

**DER VVN**

# In Sachen Demokratie

**WEISSBUCH**

druckwerkstatt renchen  
druck + verlag



WEISSBUCH DER VVN

In Sachen Demokratie



WEISSBUCH

# In Sachen Demokratie

Herausgegeben von der VVN 1960

Neu herausgegeben von  
der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –  
Bund der Antifaschisten 2005

Mit einer Einleitung von Ulrich Sander

Herausgeber: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) 1960  
Unveränderte Neuauflage 2005

Copyright 2005 by VVN-BdA. druckwerkstatt renchen · druck + verlag  
Weidenstraße 50 · 77871 Renchen

Alle Rechte vorbehalten

ISBN

Satz / Umschlag: Helmut Sander / Redaktion: Ulrich Sander  
Die Illustrationen wurden dem Original von 1960 entnommen  
Druck: Druckwerkstatt Renchen

Weißbuch – In Sachen Demokratie  
Renchen : druck + verlag, 2005  
ISBN

# Inhaltsübersicht

Einleitung zur Neuausgabe	7
Vorwort zur Erstausgabe 1960	15
Wir sprechen im Namen	16
I. Die Ziele des deutschen Widerstandes haben ihre Bedeutung behalten	19
II. Die gefährliche Perspektive der Bonner Politik	21
Über die Aufrüstung zur „Neuordnung“	21
Bundesregierung lehnt Abrüstungsvorschläge ab	24
Bundesminister Strauß fordert Atomwaffen	27
Aufrüstung – das große Geschäft	32
Einschränkung der demokratischen Freiheiten – Kehrseite der Aufrüstung	37
Politik des Kalten Krieges verhindert Wiedervereinigung	40
III. „Wer ist wer“ in Ministerien und Behörden?	45
Bundesminister des Innern, Dr. Gerhard Schröder	45
Der Fall Oberländer	52
Bundesminister für Verkehr, Dr. h. c. Seebohm	55
Bundesminister für Justiz, Dr. Fritz Schäffer	58
Bundesminister Hans-Joachim von Merkatz	59
Staatssekretär Dr. Hans Globke	61
Staatssekretär Dr. Felix von Eckardt	66
Professor Dr. Wilhelm Grewe	66
Professor Dr. Walter Hallstein	69
Herbert Blankenhorn	70
Vom Ribbentropschen zum Brentanoschen AA	71
Die unbewältigte Vergangenheit in der Justiz...	82
...und in den bundesdeutschen Amtsstuben	85
Wer schützt Demokratie und Demokraten vor Polizei und Verfassungsschutz?	90
SS-Führer als Kripo-Chefs	103
Blühendes Spitzelwesen	104
NS-Pensionäre leben gut	108
IV. Von Hitlers Wehrmacht zur Bundeswehr	117
Hitler verschwand – seine Generäle blieben	117
Die Bundesmarine	126

---

V. Die rechtsradikalen Marschierer	133
Hitlers alte Garde (Hiag)	133
Auch der „Stahlhelm“ ist wieder da	141
Für jede Einheit ein „Traditions“-Verband	146
Freikorps unter neuen Namen	148
Freikorps Deutschland	151
Die Anders-Gruppe	152
„Stoßtrupp gegen bolschewistische Zersetzung“	153
Die Bruderschaft	154
VI. Geistige Falschmünzerei und ideologische Kriegsvorbereitung	158
Das politische ABC des Geschichtsunterrichtes	158
Ganze 14 Zeilen über die Judenausrottung	162
Schröders „Lexikon für Staatsbürger“	164
Verlage, die von der Vergangenheit leben und ihre Erzeugnisse	165
„Ostforschung“ im Spiegel der bundesdeutschen Politik	167
Die Politik der Landsmannschaften	172
Die restaurative Entwicklung und die antisemitischen Exzesse	174
Die Deutsche Reichspartei – ein Sammelbecken der Neonazis	181
VII. Die demokratischen Kräfte gegen Nazismus und Militarismus – für Demokratie und Frieden!	189
Proteste aus allen Schichten der Bevölkerung	189
Gegen SS-Offiziere in der Bundeswehr	189
Gegen die nazistische Durchsetzung des öffentlichen Lebens	191
Verteidigung der VVN – Beitrag zur Erhaltung der Grundrechte und Freiheiten des Volkes	193
Stellungnahme des Präsidiums der Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes (VVN)	195
Register der Namen	197
Anstelle eines Nachworts	201

# Einleitung zur Neuausgabe

von Ulrich Sander

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten in der Bundesrepublik Deutschland (VVN-BdA) legt erneut ihr „Weißbuch“ von 1960 „In Sachen Demokratie“ vor. Die Neuherausgabe erscheint notwendig, weil heute vieles in Vergessenheit geraten ist, was damals das öffentliche politische Leben unheilvoll prägte und nachhaltig unheilvoll blieb.

Nach dem Sieg über Nazideutschland und seine Verbündeten herrschte in allen deutschen Besatzungszonen der Wille zu antifaschistischem Konsens vor; er verband die demokratischen Kräfte und prägte die damals in Deutschland neu entstehenden Verfassungen. Eingedenk der Lehren aus dem antifaschistischen Kampf trat die VVN – damals noch ohne den Zusatz „BdA“, mit dem später den nachgewachsenen Generationen der Weg in die VVN-BdA eröffnet wurde – stets für eine friedliche Zusammenarbeit der Staaten und freundschaftliches Miteinander der Völker ein, für ein demokratisches und soziales Nachkriegsdeutschland und ein ebensolches Europa, frei von Faschismus und Rassismus, von Nationalismus und Revanchismus.

In der Bundesrepublik geriet eine solche Politik bald in den Strudel des Kalten Krieges. Ab 1960 betrieb die Bundesregierung unter Konrad Adenauer das Verbot der VVN, obgleich oder weil diese sich auf die Positionen des antifaschistischen Widerstandes der Völker und der Antihitlerkoalition gründete.

1960 waren, wenn vom Wiederaufleben nazistischer Tendenzen die Rede war, noch immer vor allem die alten Nazis gemeint, neonazistische Nachwuchskräfte traten erst einige Jahre später massiv in Erscheinung. 1964 entstand die NPD.

In den fünfziger Jahren hatte sich das Gesetz von 1951 „zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen“ verheerend ausgewirkt. Dieses gestattete etwa 150.000 Beamten, Angestellten, ehemaligen Wehrmachts- und Arbeitsdienstangehörigen, die wegen ihrer Tätigkeit in der Nazizeit nach 1945 aus dem öffentlichen Dienst entlassen worden waren, volle Versorgungsansprüche zu stellen bzw. erneut in den Staatsdienst zu treten. Das Gesetz verpflichtete zudem Bund, Länder, Gemeinden, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, Bundesbahn und Bundespost, 20 Prozent der Besoldungsmittel für Einstellung dieser Personengruppen zu verwenden. Unter dem Paragraphen 15 hieß es: „Die Zahl ... muß mindestens zwanzig von Hundert

der Gesamtzahl der Planstellen jedes Dienstherrn erreichen.“ Paragraph 19 bestimmte: „Die Beamten zur Wiederverwendung sollen entsprechend ihrer früheren Rechtsstellung als Beamte auf Lebenszeit oder auf Zeit in ein gleichwertiges Amt übernommen werden. ...“

Dem 131er-Gesetz stand das Bundesentschädigungsgesetz gegenüber, das zahlreiche Widerstandskämpfer und große Opfergruppen ausgrenzte.

Während die ehemaligen NS-Berufsbeamten per Gesetz wieder in den öffentlichen Dienst kamen, wurden zahlreiche Antifaschisten per Blitzgesetz daraus entfernt oder per Paragraph 6 des Bundesentschädigungsgesetzes ihrer Entschädigungs- und Wiedergutmachungsleistungen beraubt, vor allem, wenn sie Kommunisten waren. Und dies galt oft auch für ihre Kinder und Enkel, so diese in den Staatsdienst – z.B. als Lehrerinnen und Lehrer – aufgenommen werden wollten.

Die Berufsverbote per Erlass der Ministerpräsidenten von 1972, erlassen noch in der Ära Schrübbers, jenes Präsidenten des Verfassungsschutzamtes mit NS-Vergangenheit, wurden vor allem gegen Linke exekutiert.

Für alte Nazis im Erziehungswesen, an Hochschulen, in der Justiz, aber auch in der Presse und in Kunst- und Kultureinrichtungen galt nichts Entsprechendes. Erst nachdem die NS-Aktiven aus Altersgründen oder gut versorgt mit staatlichen Pensionen aus dem Berufsleben ausgeschieden waren, begannen die einzelnen Zweige der Wissenschaften auf ihren Kongressen ihre Vergangenheit zaghaft „aufzuarbeiten“, wie man es nannte, als gehe es um die Wiederherstellung eines alten Möbelstückes.

Dem Auswärtigen Amt wurde seinerzeit nachgesagt, in ihm seien zahlreiche leitende Personen tätig, die schon vor 1945 im Nazi-Außenministerium gedient hatten. Ein Untersuchungsausschuss des Bundestages, im Oktober 1951 gebildet, antwortete auf die Frage: „Wurden oder werden im Auswärtigen Dienst, insbesondere auch im Auswärtigen Amt Personen beschäftigt, deren Verhalten während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geeignet ist, künftig das Vertrauen des In- und Auslandes zur demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden?“ mit einem klaren Ja. Auf die zweite Frage: „Auf welche Einflüsse ist eine Beschäftigung solcher Personen zurückzuführen?“ lautete die Antwort: „Es steht fest, dass mit Vorwissen und unter Duldung unmittelbarer Vorgesetzter eine Gruppe ehemaliger Nationalsozialisten am Werke gewesen ist, die durch einen außerhalb des Amtes geführten Briefwechsel versucht hat, Personen, die während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft durchaus nicht immer ein

einwandfreies Verhalten an den Tag gelegt haben, zu reaktivieren.“

Bundeskanzler Adenauer wiegelte ab: „Man kann doch ein Auswärtiges Amt nicht aufbauen, wenn man nicht wenigstens zunächst an den leitenden Stellen Leute hat, die von der Geschichte von früher her etwas verstehen... Ich meine, wir sollten jetzt mit der Naziriecherei Schluss machen. Denn verlassen Sie sich darauf: Wenn wir damit anfangen, weiß man nicht, wo es aufhört.“

Eine ähnliche Feststellung hatte der Bundeskanzler auch zur Bundeswehr getroffen. Zum Aufbau der Bundeswehr wurden schon Anfang der 50er-Jahre hohe und höchste Hitler-Generäle herangezogen, wie etwa jener Adolf Heusinger, der dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal 1945 eine eidesstattliche Erklärung abgegeben hatte, mit der die Teilnahme der Wehrmacht am Holocaust bestätigt wurde. Aus ihr zitierte der amerikanische Ankläger Telford Taylor: „Es war schon immer meine (Heusingers) persönliche Ansicht, dass die Behandlung der Zivilbevölkerung im Operationsgebiet und die Methoden der Bandenbekämpfung im Operationsgebiet der obersten politischen und militärischen Führung eine willkommene Gelegenheit bot, ihre Ziele durchzuführen, nämlich die systematische Reduzierung des Slawen- und Judentums.“ Dennoch durften Leute wie Heusinger von Anfang an die Bundeswehr prägen.

In dem Buch „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ (Hamburg 1995) stellt Alfred Streim, der inzwischen verstorbene Leiter der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen für die Aufklärung von NS-Verbrechen, fest, „dass die westlichen Alliierten auf die Deutschen keinen Druck zur Verfolgung der völkerrechtswidrigen Handlungen ausübten und im übrigen die von ihnen verurteilten Kriegs- und NS-Verbrecher Anfang der fünfziger Jahre begnadigten.“ Denn: „Infolge der damaligen angespannten politischen Weltlage hatten sie ein großes Interesse an der Wiederaufstellung deutscher Streitkräfte.“

Die Verfolgung von Angehörigen der früheren Wehrmacht stand der Wiederbewaffnung jedoch entgegen, zumal der damalige Bundeskanzler den westlichen Alliierten immer wieder erklärte, es werde keine neue deutsche Armee geben, solange noch Prozesse gegen Angehörige der Wehrmacht geführt und deutsche Soldaten sich in alliierter Haft befinden würden.“

Streim berichtete weiter, dass dann auch die Justiz der Bundesrepublik Deutschland die Verbrecher aus der Wehrmacht unbestraft ließ. Die Ludwigsburger Zentralstelle habe solche Verbrecher überführt, falls es aber zu Prozessen kam, erfolgte Freispruch spätestens vom Bundesgerichtshof. Und zwar sogar in Fällen wie diesem: Wehrmachtsangehörige beteiligten sich 1941 in Simferopol auf der

Krim an Massenerschießungen von 10.000 jüdischen Männern, Frauen und Kindern. „Nach den Feststellungen der Staatsanwaltschaft wurde die Tötung der Juden aus ‚niedrigen Beweggründen‘ und ‚grausam‘ im Sinne des § 211 StGB (Mord) durchgeführt. Sie führte aus: ‚... die Opfer (wurden) unter Stockschlägen und Peitschenhieben herangetrieben. Sie wurden mit dem Gesicht zum Graben aufgestellt und von hinten erschossen. Dabei konnten jeweils die nachfolgenden Opfer die blutigen Leichen der vor ihnen Erschossenen sehen. Kinder wurden ihren Müttern weggenommen, vor deren Augen mit Genickschuß getötet und in die Gräben geworfen.“

Die Generäle Hitlers hatten zur Bedingung ihrer Mitwirkung an den neuen Streitkräften das Ende der Kriegsverbrecherprozesse, die Freilassung der Verurteilten und eine Freisprechung der gesamten NS-Streitkräfte – Wehrmacht und Waffen-SS – verlangt. Sie bekamen ihren Willen. Bereits im August 1950 waren acht verurteilte Kriegsverbrecher vor Verbüßung ihrer Haftstrafen vorzeitig freigelassen worden. Nach einer umfassenden Amnestie des amerikanischen Hohen Kommissars im Januar 1951 verließen weitere 31 Kriegsverbrecher ihr Gefängnis. Das ursprünglich vom Kontrollratsgesetz Nr. 8 vom 30. November 1945 verfügte Verbot militärischer Traditionsverbände wurde schon Ende 1949 durchbrochen. Im September 1951 wurde als deren Dachorganisation der Verband deutscher Soldaten gebildet, dem bald neben 907 Verbänden der ehemaligen Hitlerwehrmacht u. a. auch 45 Verbände der ehemaligen Waffen-SS angehörten.

Die Bundesrepublik hält sich heute eine Verjährungsdebatte mit positivem Ausgang zugute. Doch diese Debatte stellte kein Ruhmesblatt dar. Wieder und wieder sollte die Verjährung eintreten, doch dann – unter dem Druck vor allem internationaler Proteste – kam es zur Unverjährbarkeit von Mord und von Beihilfe zum Mord.

Auch als später gegen „Linke“ der Paragraph 129 a ins Strafgesetzbuch geschrieben wurde, der die bloße Mitgliedschaft in einer als terroristisch oder kriminell eingestuften Gruppierung als Mittäterschaft auswies, musste die „Einzeltäterschaft“ von Nazis als Mörder in Uniform weiterhin nachgewiesen werden; Gestapo, SS und ähnliche galten nie von vornherein und kollektiv als kriminelle Vereinigungen. Zudem wurde noch mit dem Beginn der Verjährung Schindluder getrieben. Unverjährbarkeit von Mord galt, wenn die Verfolgung der Tat erst ab 8. Mai 1945 möglich erschien. Wenn man vorher von einer auch unter damaligen Verhältnissen verfolgbareren Tat sprechen konnte, dann waren die Mordtaten verjährbar. So schlüpfen viele Mörder durch die Maschen, weil angeblich ihre Tat schon

von Hitlers Juristen und Polizisten hätte verfolgt werden können – woran diese aber gar nicht dachten. Sie hätten auch erheblichen Ärger mit den Nazis bekommen.

Mitte der 60er-Jahre entstand die NPD, die in dem vorliegenden „Weißbuch“ nur in Gestalt ihrer Vorläufer auftaucht. Es war die Zeit des deutschen „Wirtschaftswunders“. Der mächtige CSU-Politiker Franz Josef Strauß war die Verkörperung eines Mainstreams in der Politik und in der Wirtschaft, der von Restauration, Renazifizierung und ökonomischer Expansion geprägt war. Strauß: „Ein Volk, das diese Aufbauleistung vollbracht hat, hat es nicht nötig, sich an Ausschwitz erinnern zu lassen.“

Damals schrieb der Philosoph Karl Jaspers: „Nach dem Willen der Alliierten wurden in der Bundesrepublik die alten Politiker wieder maßgebend, die dafür verantwortlich waren, daß die Deutschen sich dem Hitlerregime unterwarfen... Einst prominente Nationalsozialisten wurden wieder wirksam und maßgebend... Ein einzelner, aber besonders wichtiger Fall ist die Bundeswehr. Sie ist aufgebaut und geführt von Offizieren, die in der nationalsozialistischen Armee gedient haben, Hitler gefolgt sind... Analog liegt es bei den Richtern, den Professoren, der Polizei usw. Dies Fortwirken der alten Nationalsozialisten ist ein Grundgebrehen der inneren Verfassung der Bundesrepublik.“

Hätte es also gar nicht der neuen Nazis und der neuen Neonaziororganisationen bedurft, wenn doch so viele der alten Nazis den neuen Staat mit prägen durften? Als das Weißbuch entstand, da schieden die ersten dieser Generation altersbedingt aus. Dennoch gelang es ihnen, ihren Nachwuchs in der westdeutschen Gesellschaft und im Staat zu platzieren. Daran wurden wir in diesen Wochen im Jahre 2003 angesichts des missglückten NPD-Prozesses erinnert.

Die NPD soll uns erhalten bleiben. Das bewirkten Regierungsämter und Geheimdienste. Und das entschied das oberste Verfassungsgericht. Die NPD soll erhalten bleiben, wie uns die NSDAP-Kader nach 1945 erhalten blieben. Die Unfähigkeit der Ministerialbeamten in Berlin und in den Ländern wird als Begründung für das Scheitern des NPD-Verbotsprozesses in Karlsruhe herangezogen. Das Versagen der Richter in Karlsruhe wird aus der Kritik ausgespart. Doch sämtliche Verfassungsorgane haben versagt. Auch das höchste Gericht. Ein Blick in die Geschichte des Neonazismus in der BRD gibt einen Eindruck davon, warum dies so ist.

Die NPD wurde im November 1964 in Hannover gegründet. Ihr traten sofort zahlreiche alte Nazis und junge Neonazis bei. Darunter die V-Leute und wohl auch bewährten Jungnazis Wolfgang Frenz und Udo Holtmann vom Verfassungsschutz, die es zu Bundesvor-

standsmitgliedern brachten. Oberster Agentenführer war Verfassungsschutzpräsident Hubert Schrübbers (Ex-NSDAP-Mitglied), vor 1945 in Hamm an zahlreichen harten Urteilen in Hochverratsprozessen gegen antifaschistische Widerstandskämpfer beteiligt. Schrübbers' Chef war Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder, früher SA, nunmehr CDU. Die der CDU nahestehende Zeitung „Rheinischer Merkur“ schrieb damals: „Der Verfassungsschutz scheint sich fast ausschließlich mit der Abwehr kommunistischer Agenten zu beschäftigen und das verfassungswidrige Treiben völkischer Ideologen, das auf die Rehabilitierung der Kernstücke des Nationalsozialismus zielt, nicht so wichtig zu nehmen.“

Der Verfassungsschutz wurde von ehemaligen Nazis im starken Maße beeinflusst, und „das Amt“ hatte von Anfang an in der NPD „seine Finger drin“ und seine Leute platziert. Es ist also verfehlt, den heutigen Innenministern allein die Schuld am Desaster von Karlsruhe zu geben. Die amtlichen V-Leute im NPD-Apparat stellten für diesen von Anfang an die Schutzengel dar. Sie waren nunmehr sogar in der Lage, die NPD vor dem Verbot zu bewahren.

Das Bundesverfassungsgericht habe hinsichtlich des missglückten NPD-Prozesses nicht anders handeln können, wurde gesagt. Zu unrecht. Allenfalls wurde kritisiert, das Gericht habe nicht inhaltlich Stellung bezogen. Auch das stimmt nicht. Das Gericht hat mit dem Spruch einer Kammer von drei Verfassungsrichtern immer wieder dafür gesorgt, dass Neonazibanden auf den Straßen unseres Landes aufmarschieren und Organisationsverbote der Bundes- und Länderinnenminister umgehen durften: Den Neonazis wurde bescheinigt, allenfalls eine „missliebige Meinung“ zu vertreten.

Damit wurden Verwaltungsgerichte, die der Meinung waren, dass „sich eine rechtsextremistische Ideologie auch nicht mit den Mitteln des Demonstrationsrechts legitimieren lässt“ (so das oberste Verwaltungsgericht von Nordrhein-Westfalen), ausgebremst.

Die drei Verfassungsrichter aus der Karlsruher Kammer, die zugunsten der Naziaufmärsche votierten und die im Namen aller 16 Verfassungsrichter sprachen, wurden nie von diesen Richtern korrigiert. Die Sympathien mancher Karlsruher Richter, so musste man vermuten, waren grundsätzlich eher bei den Rechten angesiedelt. Die NPD kann jetzt ihre Hetzkampagnen ausweiten und sich immer frecher gebärden. Beruhigt kann sie ihrem 40. Gründungstag entgegengehen.

Es sei die sarkastische Frage erlaubt: Vielleicht kann dann der ehemalige Bundespräsident und vormalige Bundesverfassungsgerichtspräsident Roman Herzog (CDU) zum Festvortrag gewonnen werden? Etwa über das Thema: „Wie ich den Artikel 139 des Grund-

gesetzes – andauerndes Verbot des Nationalsozialismus entsprechend den alliierten Bestimmungen von 1945 – unwirksam machte und wie mir dabei mein teurer Lehrer Prof. Maunz half.“ Maunz und Herzog gehören zu den maßgeblichen Grundgesetzkommentatoren, und ihnen gelang es zu erreichen, dass kein Richter und Staatsanwalt mehr mit dem Artikel 139 Grundgesetz gegen die Nazis und Neonazis arbeitet, obwohl er noch immer im Grundgesetz enthalten ist. Prof. Dr. Theodor Maunz war führender Staatsrechtler sowohl in der NS-Zeit als auch in der westdeutschen Nachkriegsrepublik; von 1957 bis 1964 war er CSU-Kultusminister in Bayern; er musste infolge von Enthüllungen aus der DDR entlassen werden. Nach seiner Entlassung vertrieb er sich die Zeit u.a. mit Gutachten über die Frage, wie die DVU des Herrn Dr. Frey aus München ein Parteiprogramm und –statut bekommt, das grundgesetzlichen Prüfungen standhält.

Gerichte, Geheimdienste, Strafverfolgungsbehörden, ja ganze Politikergenerationen haben immer wieder versagt, wenn es um die Zurückweisung alter und neuer Nazis ging. Da wird es schon besser sein, wenn mündige Demokraten dafür sorgen, daß die Feststellung verantwortungsvoller Verwaltungsrichter von der grundsätzlichen Illegalität rechtsextremistischen Handelns in wirkungsvolle öffentliche Bewegung umgesetzt wird.

Sowohl die Abschaffung der NPD wie des Verfassungsschutzes sind auf die Tagesordnung zu setzen.

Zur Erörterung dieser Tagesordnung kann es hilfreich sein, das vorliegende „Weißbuch“ immer wieder zur Hand zu nehmen. Es zeigt ein Stück Geschichte auf, die nicht „erledigt“ ist. Es gilt, die Lehren der Geschichte von vor und auch von nach 1945 zu beherzigen.

Es war den Adenauer und Strauß wie auch SA-CDU-Schröder und NSDAP-CDU-Oberländer nicht möglich, die Stimme des antifaschistischen Widerstandes zum Verstummen zu bringen und die VVN zu verbieten.

Letztlich setzten sich die Antifaschisten gegen Oberländer durch, er mußte als Minister gehen.

Die VVN und die ihr nahestehende Zeitung „Die Tat“ haben zahlreiche Nazis im Amt entlarvt. Das offizielle Bonn, auch die SPD-Opposition, nannte dies „Propaganda aus dem Osten“; die Botschaft der VVN und „Tat“ wurde missachtet. Später konnte man sie nicht länger abtun. Zahlreiche Generäle, Staatssekretäre wie Prof. Vialon, Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und vor allem Kanzleramtsstaatssekretär Hans Globke, sie wurden alle als Nazi-Täter enttarnt. Ihre Fälle benannte die VVN, und sie wurden immer wieder angepran-

gert, bis sie dann auch außerhalb der Kreise des deutschen Widerstandes Empörung auslösten.

Viele Enthüllungen der VVN aus den 50er- und 60er-Jahren führten also zur Entlarvung alter Nazis – manchmal zur Entfernung aus dem Amt.

Bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurde von Seiten der Bundesregierung und der Geheimdienste der Versuch gemacht, den Antifaschismus als eine Krankheit der vergangenen DDR darzustellen, die nun zu überwinden war. Auch dieser Versuch ist zum Scheitern verurteilt.

Was mit dem „Weißbuch“ von 1960, der Zeitung „Die Tat“ und anderen ähnlichen Veröffentlichungen begann, wird heute von einer gesamtdeutschen VVN fortgesetzt – etwa mit äußerst erfolgreichen Ausstellungen über den Neofaschismus in der Bundesrepublik oder mit der Vorlage hunderter Namen und Adressen von Verbrechern aus der Wehrmacht, die noch immer unbestraft unter uns weilen. So bei Aktionen gegen „Mörder unterm Edelweiß“ zu Pfingsten 2003 in Bayern.

Wer fragt: Warum kommt ihr erst jetzt mit euren Enthüllungen, dem sei das „Weißbuch“ zur Kenntnisnahme empfohlen. Es erschien vor über 40 Jahren, blieb aber leider einer größeren Öffentlichkeit verborgen. Wer fragt: Warum kommt vieles erst jetzt in Bewegung gegen rechts, dem seien auch das „Weißbuch“ und ähnliche Enthüllungen empfohlen. Manches wurde schon erreicht, vieles ist noch zu leisten. Es kommt eben darauf an, nicht aufzugeben. Der bekannte Schwur der Häftlinge von Buchenwald „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel“ kennt auch den Satz: „Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht.“

1. September 2003

## Vorwort zur Erstausgabe 1960

Mit dieser Dokumentation wenden sich die VVN an die Öffentlichkeit. Offizielle und nichtoffizielle Kreise sind beharrlich bemüht, die gefährliche Entwicklung für Demokratie und Frieden in der Bundesrepublik zu verschleiern und sichtbar werdende Erscheinungen in dieser Richtung zu bagatellisieren oder zu bestreiten.

Die Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes sind sich ihrer großen Tradition und ihrer moralischen Verantwortung gegenüber Volk und Vaterland bewußt. Daraus ergab sich die Notwendigkeit zur Herausgabe der vorliegenden Sammlung beweiskräftiger Materialien, in denen auf die Gefahr hingewiesen wird, die durch Restauration, Remilitarisierung und Renazifizierung in der Bundesrepublik entstanden ist.

Die Diffamierung der weitaus größten Organisationen der Verfolgten des Naziregimes und die zahlreichen Versuche, die VVN außerhalb des Grundgesetzes zu stellen und sie für verfassungswidrig zu erklären, sind ein Alarmsignal für alle verantwortungsbewußten Menschen.

Das vorliegende Weißbuch des Präsidiums der VVN erhebt keinen Anspruch, eine vollständige Übersicht über die verschiedenen Erscheinungsformen der Remilitarisierung und Renazifizierung zu vermitteln. Die Beweisführung nimmt Bezug auf eine Anzahl besonders typischer Erscheinungen und Vorgänge, die das öffentliche Leben in der Bundesrepublik vergiften und das Ansehen des deutschen Volkes und der Demokratie im In- und Ausland schwer geschädigt haben. Das Weißbuch bringt auch zahlreiche Stellungnahmen des Präsidiums und der Landesverbände der VVN und ist daher gleichzeitig eine Darlegung der Haltung der Verfolgten des Naziregimes zur heutigen Lage. Mit dieser Dokumentation soll der Öffentlichkeit ein handliches, mit stichhaltigen Unterlagen ausgestattetes Nachschlagewerk übergeben werden. Es soll die Menschen zum Nachdenken und zum Handeln anregen. Erfüllt es diesen Zweck, dann ist mit einer Veröffentlichung ein nicht unwichtiger Beitrag in der Verteidigung der im Grundgesetz verankerten Rechte und Freiheiten im Interesse der demokratischen und friedlichen Zukunft unseres Volkes geleistet.

1. September 1960

Präsidium der VVN

## WIR SPRECHEN IM NAMEN

der 186 freigewählten Vertreter des deutschen Volkes im Reichstag der Weimarer Republik, die durch NS-Gerichte und in Konzentrationslagern, Gefängnissen und Zuchthäusern ums Leben kamen.

## WIR SPRECHEN IM NAMEN

der 225 000 deutschen Frauen und Männer, die allein bis zu Kriegsbeginn von der Nazi-Justiz zu 600 000 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurden und der bis zu diesem Zeitpunkt in 86 Massenprozessen angeklagten Mitglieder demokratischer Widerstandsgruppen.

## WIR SPRECHEN IM NAMEN

der 162 734 „Schutzhäftlinge“ und der 27 369 politischen Gefangenen, die sich nach einem Gestapo-Bericht vom 10. April 1939 zu diesem Zeitpunkte in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern des Dritten Reiches befanden.

## WIR SPRECHEN IM NAMEN

der 15 896 Opfer der NS-Justiz, an denen in der Zeit von 1940 bis 1945 – nach einer geheimen Mitteilung des damaligen Ministers Thierack – die Todesstrafe vollzogen wurde und der 6000 deutschen Soldaten, die im gleichen Zeitraum nach dem Militärstrafrecht zum Tode verurteilt wurden.

## WIR SPRECHEN IM NAMEN

der 176 670 Personen, die nach Gestapo-Berichten allein in den Monaten April/Mai/Juni des Jahres 1944 im Reichsgebiet aus politischen Gründen festgenommen worden waren.

## WIR SPRECHEN IM NAMEN

der allein in der Zeit vom 20. August 1940 bis zum 20. April 1945 im Zuchthaus Brandenburg hingerichteten 1807 Jugendlichen und Männer; des 16jährigen; der noch nicht 17jährigen; der 75, die noch nicht 20 Jahre alt waren, als sie starben; des Erblindeten; der Beiden, die keine Beine mehr hatten und zur Hinrichtung getragen werden mußten und der Söhne und Väter, die in sechs Fällen gemeinsam zur Hinrichtungsstätte geschleppt wurden.

## WIR SPRECHEN IM NAMEN

der 60 000 Menschen, die allein in den letzten zwei Monaten des Krieges im Konzentrationslager Bergen-Belsen umgekommen sind.

## WIR SPRECHEN IM NAMEN

der 250 000 nichtjüdischen Häftlinge, die zwischen 1933 und 1945 in den deutschen Konzentrationslagern ihr Leben lassen mußten.

## WIR SPRECHEN IM NAMEN

der zweieinhalb Millionen, die im Konzentrationslager Auschwitz mit Hilfe von „Zyklon B“ getötet wurden und für dessen Ermordung der Obersturmbannführer der Waffen-SS, Franz Hoss, verantwortlich zeichnet; der 50 000 jüdischen Kinder, Frauen und Männer, die auf Befehl des Obergruppenführers der Waffen-SS, Franz Jäckeln, in Kamenetz-Podolsk, in Dnjepropetrowsk und Riga ermordet wurden; der 5 539 Menschen, die allein in der Zeit vom 6. bis 30. März 1942 von einem SD-Sonderkommando, das dem Brigadeführer der Waffen-SS, Erich Naumann, unterstand, im mittleren Frontabschnitt von Moskau erschossen wurden; der 90 000 Menschen, die von der SD-Einsatzgruppe D unter dem Kommando des Gruppenführers der Waffen-SS, Otto Ohlendorf, im Osten durch Massenerschießungen und mit Hilfe von Vergasungswagen getötet wurden.

## WIR SPRECHEN IM NAMEN

der von den Nationalsozialisten ermordeten 6 093 000 jüdischen Kinder, Frauen und Männer – es waren dies 73,4 Prozent der 1938 in Europa lebenden Juden, deren Zahl damals 8 295 000 betrug.

## WIR SPRECHEN IM NAMEN

der 192 Männer und 8 Frauen, die am 10. Juni 1942 in Lidice in der Tschechoslowakei von SS-Verbänden und Angehörigen der Gestapo erschossen wurden; der 244 Frauen und 190 Männer, die am 2. Juni 1944 in ihrer Heimat, der französischen Ortschaft Ouradour-sur-Glane, von Angehörigen der Waffen-SS-Division „Das Reich“ ermordet wurden; der 540 männlichen Einwohner der holländischen Ortschaft Putten, die am 1. Oktober 1944 von Soldaten der Waffen-SS und des Hermann-Göring-Regiments festgenommen und in das deutsche Konzentrationslager Neuengamme gebracht wurden und dort umkamen; von Frau Ernesta Barbieri, die am 29. September 1944 durch das Wüten der Angehörigen der Waffen-SS in dem italienischen Städtchen Marzabotto bei Bologna 4 Söhne, 1 erblindete Tochter und 1 Schwager, von Frau Maria Camberini, die ihren Ehemann, ihre Mutter, 8 Brüder, 4 Schwager, ihre Schwiegereltern und 2 Onkel, von Frau Elvira Laffi, die ihren Ehemann mit 2 kleinen Neffen, von Frau Leda Laffi, die ihre Eltern, 1 Schwester mit 3 Söhnen und 1 Schwägerin mit 4 Söhnen, von Frau Nilva Monetti, die ihren Ehemann, von Frau Lydia Pirini, die ihre Eltern, 1 Schwester, 8 Cousins, 4 Tanten und von Frau Emma Rondelli, die 2 Söhne und ihren Ehemann verloren haben.

### WIR SPRECHEN IM NAMEN

derer, die im weiteren Sinne Opfer der hitlerischen Kriegspolitik geworden sind, der 2 699 000 gefallenen und 1 902 704 vermißten deutschen Soldaten sowie der 500 000 Zivilisten, die durch Bombenangriffe ums Leben kamen.

### WIR SPRECHEN IM NAMEN

der rund 180 000 gefallenen deutschen Frontsoldaten, die noch nicht 20 Jahre alt waren, als sie starben und der 54 800 000 Menschen, die in der Zeit von 1939 bis 1945 in dem von Hitler und den deutschen Militaristen entfesselten Krieg umkamen.

### WIR SPRECHEN IM NAMEN

der Kinder – der 200 jüdischen Kinder, die am 30. Juni 1941 aus Nürnberg deportiert wurden und von denen 198 den Tod fanden; der 400 Kinder jüdischer Familien aus Bremen, die alle das Dritte Reich nicht überlebten und der vielen deutschen Kinder, die durch Bomben des Krieges getötet wurden oder gesundheitliche Schäden für das ganze Leben davontrugen.

### WIR SPRECHEN IM NAMEN

der Kinder von Hiroshima, die ohne Gehirn, ohne Augen zur Welt kamen und deren Körper und Geist durch die radioaktiven Strahlen für ihr ganzes Leben zerstört wurden.

### WIR SPRECHEN IM NAMEN

aller Kinder, Mütter und Väter der Welt, deren durchaus berechtigter und erfüllbarer Wunsch es ist, daß ihre Familien, ihre friedliche Arbeit, ihre Häuser, Dörfer und Städte, in denen sie leben, nie wieder durch Kriege bedroht und zerstört werden mögen. \*)

---

\*) Die Unterlagen für den Abschnitt „Wir sprechen im Namen...“ wurden den folgenden Büchern und Publikationen entnommen:

Lord Russell of Liverpool „Geißel der Menschheit, Röderberg-Verlag, Frankfurt am Main – 1955; Reimund Schnabel „Macht ohne Moral – Eine Dokumentation über die SS“, Röderberg-Verlag, Frankfurt am Main – 1957; Gerald Reitlinger „Die Endlösung – Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1933 – 1945“, Colloquium-Verlag, Berlin – 1956; Josef Wulf „Das Dritte Reich und die Juden“, arani-Verlags-GmbH., Berlin – 1955; Kurt Hirsch „SS, gestern, heute und ...“, Verlag Schaffende Jugend, Frankfurt am Main – 1957 P. Manfred Hörhammer O. Cap. „Ich war in Oradour“ – „Michael“ vom 6. März 1955; „Todesurteile“ – CrP-Informationsdienst vom Dezember 1957; Kurt R. Großmann „Wie hoch sind die jüdischen Verluste?“ „Rheinischer Merkur“ vom 6. März 1959; Die Opfer des Zweiten Weltkrieges – Geheime Statistik des Oberkommandos der Wehrmacht veröffentlicht, „Süddeutsche Zeitung“ vom 2. Dezember 1959.

# I. Die Ziele des deutschen Widerstandes haben ihre Bedeutung behalten

Angesichts der totalen politischen und militärischen Niederlage des nationalsozialistischen Regimes, angesichts der gemeinsamen Beschlüsse der Alliierten des Zweiten Weltkrieges, ein Wiederaufleben des für die Völker der Welt und vor allem für das deutsche Volk selbst verhängnisvollen deutschen Militarismus zu verhindern, standen die deutschen Politiker, die nach dem Zusammenbruch des Naziregimes Verantwortung übernahmen vor der großen Aufgabe, den Wiederaufbau zu lenken, aus der Niederlage zu lernen und vor allem dafür zu sorgen, daß von Deutschland nie wieder ein Krieg ausgehen könne.

Daher heißt es bereits in den „Richtlinien der VVN“ vom 23. Juli 1945, wie sie in Stuttgart veröffentlicht wurden, daß neben der sozialen Betreuung das Hauptaugenmerk der ehemaligen Widerstandskämpfer auf die „Beseitigung des Nazismus in allen seinen Formen...“ und auf den „Einsatz der politischen Gefangenen bei dem Wiederaufbau Deutschlands“ zu richten sei. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind nun über 15 Jahre vergangen. Es ist bekannt, daß die Entwicklung in Deutschland nicht einheitlich verlief. Heute gibt es zwei deutsche Staaten, die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik. Dazu heißt es im Rechenschaftsbericht des V. Bundeskongresses der VVN (12. bis 14. 6. 1959): „Wir Widerstandskämpfer haben seit unserer Befreiung 1945 alles getan, um zu einer baldigen Wiedervereinigung zu kommen. Leider sind diese Bemühungen ohne Erfolg geblieben. Wir müssen aber die unterschiedliche Entwicklung der Bundesrepublik und der DDR als eine Tatsache betrachten, die allein als Grundlage unserer Überlegungen dienen kann. Wir sind deshalb davon überzeugt, daß die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes nur auf der Grundlage einer Entspannung und des Gespräches zwischen den Vertretern dieser beiden deutschen Staaten erreicht werden kann. Jede andere Auffassung entbehrt der realen Grundlage und führt nur zu einer Verschärfung der bereits bestehenden Gegensätze.“

Die ehemaligen aktiven Kämpfer gegen das Hitlersystem und die Opfer und Hinterbliebenen des Naziterrors würden aus vollem Herzen eine Politik unterstützen, wie sie der gegenwärtige Bundeskanzler Dr. Adenauer im März 1946 in der Aula der Kölner Universität verkündete:

„Die größte Aufmerksamkeit werden wir der Ausmerzungen des nationalsozialistischen, militaristischen Geistes in Deutschland widmen müssen.“

Die aktiven Nationalsozialisten und die aktiven Militaristen, die für den Krieg und seine Verlängerung Verantwortlichen, dazu gehören insbesondere auch gewisse Wirtschaftsführer, müssen aus ihren Stellen entfernt werden. Sie müssen, je nach Lage des Falles, von deutschen Gerichten gestraft, ihr Vermögen muß ganz oder teilweise beschlagnahmt werden. Das Elend, das sie über Deutschland, über die ganze Welt gebracht haben, schreit zum Himmel."

In der seit Jahren praktizierten Politik der Bundesregierung ist jedoch von diesen Gedankengängen nichts mehr zu finden. Es kann wohl kaum bestritten werden, daß in der Bundesrepublik immer mehr schuldige Kräfte des Naziregimes mit allen Mitteln gegen die Verständigung und Entspannung wirken.

Die deutsche Widerstandsbewegung hat vor dieser verhängnisvollen Entwicklung rechtzeitig gewarnt. Bereits auf der 1. Interzonalen Länderkonferenz der VVN vom 15. bis 17. März 1947 in Frankfurt am Main, die von 68 Delegierten und 62 Gästen aus 21 Ländern der damaligen vier Besatzungszonen und der Stadt Berlin besucht war, haben die Sprecher der VVN als Hüter und Mahner im Namen von 250 000 Überlebenden des faschistischen Terrors gefordert, daß „an die entscheidenden politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Stellen des deutschen Neuaufbaues Männer und Frauen zu stellen (sind), die der Welt einmal das Beispiel der charakterhaften Haltung, des Mutes, der Gesinnungshaftigkeit gezeigt haben. Wenn man nach wie vor den deutschen Neuaufbau mit mühsam entnazifizierten oder sonst belasteten Opportunisten besetzt, so wird es keinen demokratischen Neuaufbau geben."

*(Dr. Hans Mayer im Referat „Widerstandsbewegung und Friedensvertrag“, 1. Interzonale Länderkonferenz der VVN, 15. bis 17. 3.1947 in Frankfurt am Main, zitiert aus dem offiziellen Bericht, Seite 3)*

Die bitteren Erfahrungen der deutschen Widerstandskämpfer in den Jahren nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Unrechtsstaates beweisen, daß die Warnungen der VVN vor einer Rückkehr der militaristisch-nazistischen Kräfte notwendig waren und als ein konkreter Beitrag zur Verteidigung der Demokratie gewertet werden müssen. Die deutschen Widerstandskämpfer sehen heute wie damals ihre nationale Aufgabe darin, die Demokratie und den Frieden zu verteidigen. Dabei zeigt sich erneut, daß die ehemaligen aktiven Gegner des Hitlerregimes in den VVN heute die Verteidiger der im Grundgesetz verankerten demokratischen Freiheiten und Rechte sind.

## II. Die gefährliche Perspektive der Bonner Politik

### Über die Aufrüstung zur „Neuordnung“

Wir wissen sowohl durch den damaligen Innenminister Dr. Heine-  
mann wie auch durch verschiedene, inzwischen erschienene Publi-  
kationen, daß Dr. Adenauer am 29. 8. 1950 „auf eigene Faust und ohne  
vorherige Beratung mit dem Kabinett, ohne Beschlußfassung des  
Bundestages und ohne daß eine offizielle alliierte Anfrage vorlag,  
dem amerikanischen Hohen Kommissar ein Sicherheitsmemorandum für die  
New Yorker Außenministerkonferenz („*Stuttgarter Zeitung*“ vom 3. Dezember 1952)  
überreichte, in dem er den Alliierten die bundesdeutsche Aufrüstung aufdrängte.

Und so trat Dr. Adenauer, der 1946 das deutsche Volk aufforderte,  
sich der „Ausmerzungen des nationalsozialistischen, militaristischen  
Geistes“ zu widmen, von Jahr zu Jahr nationalistischer – wenn auch  
mit einer unverbindlichen europäischen Phraseologie getarnt – und  
militaristischer auf:

1950: „Wir müssen die Notwendigkeit der Aufstellung starker deut-  
scher Verteidigungskräfte erkennen.“ (*dpa vom 18. August 1950*)

1951: „Wenn Europa und die Vereinigten Staaten sich zur Verteidi-  
gung zusammenschließen, würde es für Sowjetrußland mehr als ge-  
fährlich sein, einen Krieg mit dieser Macht zu beginnen...“

(*Essener Tagblatt vom 19. September 1951*)

1952: „... ich denke mir die Entwicklung folgendermaßen: Wenn  
der Westen stärker ist als Sowjetrußland, dann ist der Tag der Ver-  
handlungen mit Sowjetrußland gekommen.“ (Bulletin des Presse-  
und Informationsamtes der Bundesregierung vom 4. März 1952)

„Als wichtigste Ziele seiner Politik bezeichnete der Bundeskanz-  
ler... die Neuordnung im Osten Europas.“

(*Die Neue Zeitung vom 17. März 1952*)

„...daß die Wiederaufrüstung Deutschlands die Vorbereitung einer  
Neuordnung in Osteuropa sein solle.“

(*Stuttgarter Zeitung vom 22. März 1952*)

1953: „Wir sprechen ... immer von der Wiedervereinigung. Sollten  
wir nicht lieber sagen: Befreiung des Ostens?“

(*RIAS vom 8. Oktober 1953*)

„Unser Ziel ist die Befreiung unserer 18 Millionen Brüder und  
Schwestern in den Ostgebieten.“

(*Aachener Nachrichten vom 9. Dezember 1953*)

„Für die Armee wird schon  
wieder geworben“  
(Dreigroschen-Oper)



1954: Unsere Kraft muß ausreichen, um auch den Menschen der Sowjetzone die innere und äußere Freiheit zu geben..."

*(dpa vom 15. Dezember 1954)*

1955: „Die New York Herald-Tribune berichtete über eine Unterredung ihrer Korrespondentin ... mit Bundeskanzler Dr. Adenauer unmittelbar nach der Genfer Konferenz. Der deutsche Kanzler, so heißt es hier, sei der beredteste Anwalt seit eh und je gewesen, daß die Wiederbewaffnung des Westens, einschließlich Deutschlands, also der Aufbau einer Position der Stärke . . .“

*(Frankfurter Allgemeine vom 24. August 1955)*

1956: „Lassen Sie mich noch einige Worte zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands, oder besser zur Frage der Befreiung der 17 Millionen Deutschen in der Ostzone, sagen...“

*(Die Welt vom 12. Juni 1956)*

1957: „Die Bundesregierung hat aber der Stationierung von alliierten Truppen mit Atomwaffen im Bundesgebiet nicht widersprochen und wird das in Zukunft nicht tun, weil sie es aus politischen Gründen für unmöglich hält... Die Bundesregierung habe dann nicht die Absicht, sich der Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu widersetzen.“

*(Der Tag vom 3. Mai 1957)*

Es gibt eine stattliche Reihe weiterer bezeichnender und schockierender Auslassungen des Bundeskanzlers, die alles andere verkünden als die Absicht, eine freiheitliche, friedliche und demokratische Politik zu treiben. Es sei nur daran erinnert, was Dr. Adenauer am 22. Januar 1960 zum Papst Johannes XXIII. sagte: „Ich glaube, daß Gott dem deutschen Volk in den jetzigen stürmischen Zeitläufen eine besondere Aufgabe gegeben hat, Hüter zu sein für den Westen gegen jene mächtigen Einflüsse, die vom Osten her auf uns einwirken.“ Wohin diese politische Konzeption letztlich führen kann, hat der Bundesverteidigungsminister Dr. h. c. Strauß selbst erläutert: „Es gibt heute für die militärische Vorbereitung nur mehr einen einzigen Fall, das ist der Fall Rot, und sonst keinen Fall auf der Welt.“

*(Strauß am 20. März 1958 vor dem Bundestag)*

Er sagte weiter:

„Der Besitz von Atomwaffen ist eine sittliche Aufgabe. Notfalls schlagen wir zu – auch wenn das Risiko tödlich ist.“

*(Strauß im Juni 1958)*

„Im Interesse der deutschen Rüstungswirtschaft müssen von der Bevölkerung große Opfer verlangt werden.“

*(Strauß am 23. November 1959 in Frankfurt)*

„Wirtschaftliche Interessen staatlicher oder privater Art müssen grundsätzlich hinter militärische Notwendigkeiten zurückgestellt werden.“

*(Strauß am 30. Mai 1960 vor der WEU in Paris)*

Wenn ein Bundesminister solche Forderungen erhebt, so erscheint es notwendig, daran zu erinnern, daß bereits im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 von allen Siegermächten einmütig festgesetzt wurde:

„Alle Land-, See- und Luftstreitkräfte Deutschlands, die SS, die SA, der SD und die Gestapo mit allen ihren Organisationen, Stäben und Institutionen, einschließlich des Generalstabes, des Offizierskorps, des Reservistenkorps, der Kriegsschulen, der Organisationen der Kriegsveteranen und alle anderen militärischen und halb-militärischen Organisationen nebst ihren Clubs und Vereinen, die zur Auf-

rechterhaltung der militärischen Traditionen in Deutschland dienen, werden vollständig und endgültig aufgelöst, damit die Wiedergeburt oder Reorganisation des deutschen Militarismus und Nazismus für immer verhütet werden...”

## Bundesregierung lehnt Abrüstungsvorschläge ab

Es war von Anfang an klar, daß die Verfolgten des Naziregimes und ihre bedeutendsten Organisationen den Kurs der Remilitarisierung, den Dr. Adenauer eingeschlagen hat, nicht mitmachen. Daher ergab sich auch nach der Spaltung Deutschlands in zwei deutsche Staaten, daß die VVN ihre ganze Kraft für die Verhinderung eines möglichen Krieges zwischen diesen beiden Staaten und für die Politik der Entspannung, der militärisch verdünnten und atomwaffenfreien Zone in Europa einsetzen.

Im März 1957 unterbreitete die Sowjetunion bei der Eröffnung der Verhandlungen des Unterausschusses der UNO-Abrüstungskommission in London einen Vorschlag, in dem als wichtigster „Schritt bei der Lösung des Abrüstungsproblems in Europa“ die Schaffung einer „Zone der beschränkten, überwachten Rüstung, die das Gebiet der beiden Teile Deutschlands und der an sie grenzenden Staaten umfaßt“, vorgeschlagen wurde. Die wichtigsten Punkte dieses Vorschlags lauteten:

„1. In dem Abkommen der entsprechenden Staaten über die besagte Zone sollen Höchstgrenzen für die Truppen der USA, der UdSSR, Großbritanniens und Frankreichs, die in den Staaten dieser Zone stationiert sind, vorgesehen sein. Die Frage des Umfangs dieser Truppen unterliegt einer Erörterung der interessierten Staaten.

2. Nach dem Abkommen dürfen in dieser Zone keine militärischen Atomeinheiten und keinerlei Arten von Atom- und Wasserstoffbomben stationiert werden...” *(zitiert nach „Atomwaffenfreie Zone in Europa“, – Kongreß-Verlag, Berlin 1958)*

Am 2. 10. 1957 unterbreitete der Vertreter Polens der UNO einen Vorschlag für eine „atomfreie Zone“ in Mitteleuropa. Im Februar 1958 wurde dann vom polnischen Außenminister Rapacki in Warschau ein Memorandum an die Vertreter folgender Staaten übergeben: USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich, Tschechoslowakei, DDR, Belgien, Dänemark, Kanada, und die Bundesrepublik erhielt dieses Memorandum durch die Vermittlung von Schweden, da Warschau keine diplomatischen Beziehungen zu Bonn hatte. Die wichtigsten Punkte des „Rapacki-Planes“ lauteten:

„1. Auf dem Gebiete der ‚Rapacki-Zone‘, das Polen, die Tschechoslowakei, die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesre-

## Adenauer deckt:



### 1951 Globke

Der einflussreiche Beamte der Bundesregierung ist der Chef des Bundeskanzleramtes Dr. Hans Globke. Durch seine Hände geht, was vom Kanzler kommt und was für den Kanzler bestimmt ist: Personalakten, Nachrichten der Geheimdienste, Gesetzesentwürfe. Einst katholischer Couleurstudent, hat Globke im Hitlerstaat die schändlichen Nürnberger Rassegesetze für die Rechtsprechung erläutert. Demokratische Proteste beantwortete Adenauer schon 1951 mit einer Ehrenerklärung für Globke und – mit dessen Beförderung vom Ministerialdirektor zum Staatssekretär.



### 1954 Schröder

Die Flucht des Verfassungsschutzpräsidenten Otto John in die Sowjetzone war von Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder selbst als „bisher größter Skandal in der Bundesrepublik“ bezeichnet worden. Aber Schröder übergibt, daß er diesen Skandal auch zu verantworten hatte. In anderen demokratischen Staaten wäre der Innenminister zurückgetreten. Nicht bei uns. Konrad Adenauer ließ Dr. Gerhard Schröder nicht fallen. 1952 berief er den – mit 47 Jahren – „jungen Mann“ auch in sein drittes Kabinett und machte ihn wieder zum Innenminister.



### 1958 Blankenhorn

Wegen falscher Anschuldigung und übler Nachrede erhielt der Botschafter Herbert Blankenhorn eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. Vor Verhandlungsbeginn bekundete Konrad Adenauer, daß der Angeklagte Blankenhorn sein volles Vertrauen besitze und die Beschuldigungen unbegründet seien. Er ließ wissen, daß „die Bundesregierung das Vorhaben Blankenhorns als innerdienstlichen Vorgang ansieht, bei dem sich der Botschafter Blankenhorn pflichtgemäß verhalten hat.“ – Die Bonner Richter aber waren anderer Meinung.



### 1959 Kilb

Die Bonner Staatsanwaltschaft beschuldigte den früheren Kanzler-Referenten und Major a. D. Hans Kilb, vier Jahre Leihwagen gefahren zu haben und einem Autowerk Gegendienste geleistet zu haben. Adenauer ließ die Justiz wissen, daß Kilb mit seinem Wissen Leihwagen gefahren hat und die „Gegendienste“ keine Gegendienste waren. Die Strafkammer ließ sich nicht beeindrucken und bereitete die Strafverhandlung vor. Da änderte ein neuernannter Gerichtspräsident den Geschäftsverteilungsplan und der „Fall Kilb“ fiel in die Zuständigkeit einer anderen Strafkammer. Diese fand den Kanzlereinwand rechtlich bedeutsam und entließ Kilb in den Stand der Unschuld.



### 1959 Oberländer

Was über die Vergangenheit Dr. Theodor Oberländers bekannt wurde, hat ihn als Minister untragbar gemacht. Als Gefolgsmann seines „Führers“ machte er im NS-Reich Karriere. Aber der Bundeskanzler steht zu diesem einstigen „Reichsführer“ des „Bundes Deutscher Osten“ und Gauamtsleiter der NSDAP: „Weil die SED auf ihn schießt, werden ich ihm nicht den Kopf abhacken!“ Daß der „Ostlandreiter“ von einst auch bei uns und selbst von aufrechten Demokraten in der Kanzlerpartei als Zumutung bezeichnet wird, nimmt Adenauer einfach nicht zur Kenntnis. Die Immunität entzieht den „Fall Oberländer“ noch immer der unerlässlichen Klärung vor Gericht.



### 1960 Strauß

In Geheimverhandlungen wollte Verteidigungsminister Franz Josef Strauß die Einrichtung von Bundeswehranlagen in Spanien sichern. Vielleicht glaubte er, dem Staat des politisch anrühenden Generalissimus Franco über die Hintertreppe Einlaß in die NATO verschaffen zu können. Die Sache flog auf. Ein Entrüstungssturm war die Folge. Das verbündete England reagierte besonders heftig. Kurz vor der Gipfelkonferenz zeichnete sich eine außenpolitische Schlappe von verheerenden Folgen ab. Strauß aber kann erklären, daß er keine Extratour geritten hat, weil zwischen ihm und Adenauer in der Sache keine Unklarheit bestehe. Und der Kanzler bestätigt dies durch Schweigen.

Fotos und Text entnommen der Zeitschrift „Revue“ Nr. 12/1960

publik umfaßt, dürfen Kern-, und Raketenwaffen nebst Zubehör nicht produziert, gelagert, stationiert, unterhalten und nicht gegen Ziele in dieser Zone eingesetzt werden, auch nicht von den Besatzungsmächten (Stationierungsmächten), in und am Rande der Zone, die auch keinerlei solche Waffen an irgendwen in der Zone liefern dürfen.

2. Die bisherigen Atom- und Raketenmächte dürfen solche Waffen nicht gegen Ziele in der Zone anwenden.

3. Auf dem Territorium der Zone wird ein umfangreiches Kontrollsystem in der Luft und auf der Erde eingerichtet, das gleichzeitig Erfahrungen für eine spätere, allgemeine Abrüstungskontrolle sammeln könnte.

4. Der Rapacki-Plan erleichtert ein danach abzuschließendes Abkommen über Begrenzung der im Gebiet der Zone stationierten, konventionellen Truppenstärke und ihrer Rüstung."

Hierzu Bundesaußenminister von Brentano in der Regierungserklärung vom 25. Januar 1958:

„Auch die Vorschläge des polnischen Außenministers Rapacki vom 13. Dezember, also unmittelbar vor Beginn der Sitzung der Regierungschefs der Atlantischen Gemeinschaft, können uns dieser pflichtgemäßen Entscheidung nicht entheben. Sie zielen auf ein Verbot der Herstellung und Lagerung von Kernwaffen in Polen, der

Tschechoslowakei, der Bundesrepublik und der sowjetisch besetzten Zone. Nach der Überzeugung der Bundesregierung würde eine solche isolierte Maßnahme die Spannungen auf der Welt nicht vermindern und die Aussichten auf eine echte, umfassende und kontrollierte Abrüstung nicht verstärken..."

Allen Vorschlägen, Angeboten, Anregungen, Plänen und Gedankengängen, die der Sicherung des Friedens, der Herbeiführung einer Entspannung, der Verhinderung eines neuen deutschen Militarismus dienten, widersetzten sich diejenigen Kreise in Bonn, die ihren Weg der Atomrüstung fortsetzen wollen.

Diesen erklärten Gegnern des Friedens hat der große deutsche Dichter Hermann Hesse einmal zugerufen:

„Genau wie ihr einst, es ist noch nicht lange her, euch von Hitlers Propaganda die Todesangst vor den Bolschewiken so lange habt einschwatzen lassen, bis das ganze deutsche Volk bereit war, wieder einen Krieg auf sich zu nehmen, so macht ihr heute den Leuten, die am Zustandekommen eines neuen Krieges interessiert sind, die Freude, ihrer Reklame und Propaganda wie Behexte Glauben zu schenken und zuzustimmen. Ein Krieg kommt nicht aus dem blauen Himmel herab, er muß vorbereitet werden. Gewünscht aber, vorbereitet und suggeriert wird er durch die Menschen und Mächte, denen er Vorteil bringt. Er bringt ihnen direkten Gewinn an Geltung,

Achtung und Macht, wie etwa den stellungslosen Generälen und Obersten.”

Ob Bundesverteidigungsminister Strauß Hermann Hesse einmal gelesen hat? Dr. h. c. Strauß war es nämlich, der am 11. November 1956 in Hollfeld sich brüstete: „Wir leben in einem technischen Zeitalter, in dem die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen ausreicht, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte streichen zu können.”

Die Alterspräsidentin des Bundestages, Frau Dr. h. c. Marie Elisabeth Lüders (FDP) erklärte dazu – und konnte der Zustimmung aller ehemaligen Widerstandskämpfer gegen Hitler sicher sein – im November 1956:

„Ob ein ‚Volk ausradiert‘, oder ein ‚Staat von der Landkarte verschwinden‘ soll, wie Strauß prophezeite, ist in der Sache dasselbe. Das Objekt dieser friedliebenden, christlichen Ankündigung – Rußland – ist trotz der Lautstärke des Redners immer noch vorhanden. Und wie steht es mit Herrn Strauß’ Versicherung von 1949!: ‚Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen...‘ Es ist in der Politik immer gewagt, apodiktische Vorhersagen zu machen; konnte doch selbst Hitler seine teuflische Ankündigung vom Ausradieren nicht wahrmachen. Am gewagtesten sind solche Prophezeiungen aber in einer repräsentativen Demokratie, in der die Entscheidung letztlich beim Parlament liegt. Doch auch demgegenüber weiß ein wirklich ‚starker‘ Mann Rat: ‚Was kümmert mich mein dummes Geschwätz von gestern!‘”

## Bundesminister Strauß fordert Atomwaffen

1957:

„Der Begriff des Schildes umfaßt die Streitkräfte vor allem der kontinentaleuropäischen Nationen, die zunächst mit konventionellen Waffen, später aber auch mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet sein sollen.”

*(Bulletin des Presse- und Informationsamtes  
der Bundesregierung vom 8. Januar 1957)*

„Erst das militärische Gewicht der Bundesrepublik räume ihr einen entsprechenden Platz auch in der atlantischen Welt ein und mache sie zum Verhandlungspartner. Das sei seine Erklärung für die Politik der Stärke...”

Bundesverteidigungsminister Strauß hat erklärt, er sei der festen Auffassung, daß die atomare Bewaffnung in allen europäischen Heeren kommen werde, gleichgültig, ob die Amerikaner dafür oder dagegen seien. „Ein Krieg wird in Europa ein Atomkrieg sein.”

*(Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Februar 1957)*

„Ein Verzicht auf Kernwaffen unter den gegebenen Umständen und im Augenblick würde militärisch eine Preisgabe Europas an die Sowjetunion bedeuten.

Die Beratungen der NATO-Konferenz haben schon im November 1956 das Problem aufgeworfen, ob die nicht-amerikanischen Streitkräfte der NATO mit leichten Atomwaffen ausgestattet werden sollen. Hier ist unser Standpunkt der, daß wir Gleichberechtigung mit den übrigen europäischen Streitkräften der NATO verlangen...“

*(Bulletin des Presse- und Informationsamtes  
der Bundesregierung vom 10. April 1957)*

„Wer als Deutscher – bei aller gebotenen Reserve – dieses entscheidende Faktum Sowjetunion als eine nun einmal nicht wegzuradierende Größe außeracht läßt und zurückstößt, indem er vom ‚Todfeind Sowjetunion‘ oder vom ‚einzigsten Bedroher des Weltfriedens‘ redet, wird dem deutschen Volk diesseits und jenseits der Elbe-Linie sagen müssen, wie er die ‚Wechselwirkung von Politik und militärischer Macht‘ zur Verwirklichung der Wiedervereinigung ausnützen will. Er wird dem deutschen Volk auch sagen müssen, was das für eine ‚Politik‘ sein soll, die dem für die Wiedervereinigung nun einmal essentiell notwendigen vierten Verhandlungspartner mit den Phrasen von der ‚militärischen Gewalt der Bundesrepublik‘ das Mißtrauen geradezu aufzwingen muß.“

*(Vorwärts,  
Zentralorgan der SPD, vom Februar 1957)*

„Strauß bezeichnet die Atombombe als eine Realität, die nicht durch ein Wunschenken aus der Welt geschaffen werden könne.“

*(Die Welt vom 19. Juli 1958)*

„Strauß symbolisiert den neuen Geist des Nationalismus, der sich jetzt in Westdeutschland regt. Bei den Verbündeten der Bundesrepublik sind ernste Zweifel über den ehrgeizigen Bundesminister wach geworden...“

*(News Week,  
amerikanisches Nachrichtenmagazin, im Februar 1958)*

„Nach einer Äußerung jedoch, die der französische Ministerpräsident Gaillard in einem Interview gemacht hat, das in der amerikanischen Zeitschrift ‚News and World Report‘ am 3. Januar d. J. veröffentlicht wurde, scheint Verteidigungsminister Strauß schon bei Geheimverhandlungen im November 1957 eine gewisse deutsche Mitarbeit bei entsprechenden Forschungsarbeiten und bei der Beschaffung gewisser, für die Herstellung von Atombomben notwendigen Einrichtungen zugesagt zu haben.“

*(Westfälische Rundschau, 1. Februar 1958)*

„Die wahren Absichten von Strauß wurden auch sichtbar, als er am Donnerstagabend in Washington im Hinblick auf das Interview des NATO-Oberbefehlshabers Norstad, der sich für die atomare Aus-

rüstung der Bundeswehr aussprach, wörtlich sagte: ‚Ich glaube, wir sollten bereit sein, Norstads (US-General, NATO-Befehlshaber in Europa) Empfehlungen zu akzeptieren‘.

Wer ist wir? Wir, die deutsche Opposition, die über zwölf Millionen Wähler vertritt, sind dazu nicht bereit; im Gegenteil, wir werden diese Empfehlung leidenschaftlich bekämpfen. Dieser Kampf erstreckt sich nicht nur auf die Opposition. Die letzte Meinungsumfrage hat eindeutig bewiesen, daß über Dreiviertel der deutschen Bevölkerung die atomare Bewaffnung der Bundeswehr eindeutig ablehnt. In gleichem Zusammenhang hat Strauß auch noch die Stirn, zu erklären, daß der Wiedervereinigung von Seiten der Bundesregierung höchste Priorität gegeben werde. Wer auf der einen Seite die atomare Bewaffnung begünstigt oder gar fordert, und auf der anderen Seite die Wiedervereinigung angeblich in die höchste Prioritätsstufe einrangierte, nun, der ist ein Phantast oder ein Heuchler, denn das eine schließt das andere aus.“ *(SPD-Pressedienst, 7. März 1958)*

„Es gibt zwei politische Grundströmungen. Die eine kalkuliert das Risiko eines Krieges in ihre Planungen ein. Ihre Repräsentanten – in allererster Linie Strauß, aber – daneben eine starke Gruppe der CDU-Fraktion und auch 11 hohe Militärs – stehen heute wie gestern auf dem Standpunkt, daß ausschließlich militärische Stärke zu politischen Erfolgen führt. Trotz aller gegenteiligen Erklärungen. In der Praxis heißt das: Rüsten und nochmals rüsten. Die ‚Russen weich‘ machen. Ihnen drohen und sie einschüchtern. Auf die große Krise in Moskau warten, die irgendwann einmal kommen muß. Und Europa unter Westdeutschlands Führung zum Ausgangspunkt einer ‚Befreiung‘ Osteuropas machen. In diese Konzeption passen weder Gipfelkonferenzen, noch Entspannungstendenzen. Bejaht man sie – den Worten nach! – dann gibt man nur dem zeitlich bedingten Druck der öffentlichen Meinung nach ... Praktische Konsequenz: Atomwaffen für die Bundeswehr, und zwar nicht nur Luftabwehr-Raketen, sondern weitreichende, offensiven Zwecken dienende Atomraketen ... Strauß will sie – dann ist unsere Armee kein Instrument der Verteidigung mehr, sondern die nach Osten gerichtete Angriffsspitze der NATO ...“ *(Neue Ruhr-Zeitung, 8. März 1958)*

„Daß Atomwaffen für die Bundesrepublik kein Schutz, sondern ein die völlige Vernichtung heraufbeschwörender, ständiger Gefahrenherd wären, hat auch der weitaus größte Teil unserer Bevölkerung erkannt: Eine Meinungsumfrage ergab dieser Tage, daß 85 % der erwachsenen Bundesbürger gegen und nur 15 % für die Errichtung von Atomraketen-Abschußbasen sind ... Die Atombewaffnung ist für ein Land von der Lage der Bundesrepublik keine Angelegenheit der Verteidigung, sondern höchstens die Sache des ‚schlagartigen‘ An-

griffs, des ‚Blitz-Überfalls‘... Der Nationalsozialismus ist tot, aber aggressive Tendenzen, aus denen er entstand, feiern Auferstehung ...

Napoleon und Hitler samt ihren Militärmaschinen sind an der unbarmherzigen Weite des östlichen Raumes gescheitert. Man würde die dritte und letzte Wiederholung dieser Katastrophen heraufbeschwören, wenn man die dumme Redensart: ‚Ja, wenn damals die Amerikaner auf unserer Seite gestanden hätten!‘ mit den modernen

Massenvernichtungsmitteln erproben wollte. Deutschland wird wieder einig, groß und angesehen in der Welt werden durch Fleiß und Tüchtigkeit seiner Bürger, durch den aufrichtigen Willen zur friedlichen Zusammenarbeit mit allen Völkern, nie und nimmer aber durch Überheblichkeit, Macht- und Eroberungspolitik, an denen es schon zweimal gescheitert ist.“

*(Frankfurter Rundschau, 20. März 1958)*

„Wäre Adenauer aufrichtig gewillt, selbst einen Beitrag zur Entspannung zu leisten, dann müßte er auf die vorgesehene Ausstattung der Bundeswehr mit atomaren Waffen verzichten und einen Minister entlassen, der sich immer mehr zum Sinnbild deutsch-nationalen Größenwahns entwickelt. Das wird Adenauer natürlich nicht tun, denn Strauß beschreitet nur konsequent den Weg, den ihm die Politik seines Regierungschefs geöffnet hat.“ (SPD-Pressedienst, 3. April 1958) Auf der Arbeitstagung der VVN am 22. und 23. Mai 1954 nahmen die Delegierten zu den Wasserstoff- und Atombomben Stellung, die als eine schlimme Bedrohung der Menschheit charakterisiert wurden. Wörtlich wurde erklärt:

„In den KZs haben wir die Anwendung von Massenvernichtungsmitteln erlebt. Unsere Wohnungen und Städte wurden durch die Bombenteppiche niedergelegt. Noch schlimmer ist die Bedrohung durch Wasserstoffbomben und Atomkanonen. So wie in vielen anderen Ländern und von höchsten kirchlichen Stellen das Verbot und die Ächtung dieser Massenvernichtungsmittel gefordert wird, muß auch Westdeutschland die gleiche Forderung erheben. Mit allen Verfolgten und gemeinsam mit den Kriegsoptionen wenden wir uns an die Bundestagsabgeordneten in den Wahlkreisen und an den Bundestag, die Massenvernichtungsmittel zu verbieten und die Atomkanonen unverzüglich zu entfernen.“ *(Dokument Nr. 78, Zur Geschichte der VVN)*

In einer Erklärung des Büros der VVN anlässlich der 10. Wiederkehr des Kriegsendes (Mai 1955) wird auf die fürchterliche Gefahr verwiesen, die mit der Atomrüstung unweigerlich über Deutschland gekommen sei:

„Bloße Experimente, wie im Pazifik und in der Wüste von Nevada, haben tödliche Gefahren für gänzlich Unbeteiligte hervorgerufen ... In Westdeutschland sind bereits Atombomben und Atombomben-

Geschwader, Atomraketen, Atomkanonen und Atomgranaten aufgestellt und gelagert ... Der drohenden Vernichtung unseres Volkes, ja der ganzen Menschheit muß schnellstens Einhalt geboten werden."

*(Dokument Nr. 94, Zur Geschichte der VVN)*

Am 3./4. Mai 1958 nahm der Bundesvorstand der VVN zur Atomrüstung direkt Stellung. Er erklärte:

„Unser Volk will nicht untergehen – es will in Frieden leben – Kampf dem Atomtod in aller Welt – deshalb keine Atomwaffen für die Bundeswehr!“

Der V. Bundeskongreß der VVN vom 12./15. Juni 1959 in Frankfurt am Main nahm in dem „Orientierungs- und Aktionsprogramm der Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes (VVN)“ zur Atomrüstung unter Punkt 1 Stellung. Es heißt:

„Getreu ihren Erfahrungen und Zielen haben die Widerstandskämpfer nach der Befreiung im Jahre 1945 sich die Aufgabe gestellt, zur Erhaltung des Friedens und zur Verständigung der Völker mit allen ihren Kräften beizutragen.

Die Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes fordern deshalb:

Ablehnung der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr, Verbot der Herstellung und Lagerung von Atomwaffen auf deutschem Boden,

Entfernung der ehemaligen Hitlergenerale und SS-Offiziere aus der Bundeswehr, Verbot aller Verbände, die Militarismus und Revanchegeist propagieren.“

Die Richtigkeit der Auffassungen der VVN über die Atomrüstung wurde besonders durch den Bundesverteidigungsminister Dr. h. c. Strauß fundamental unterstrichen. Strauß hielt es für angebracht, dem amerikanischen Kriegshetzer William S. Schlamms zu bescheinigen, daß Schlamms Buch „Die Grenzen des Wunders“, in dem der Präventivkrieg mit Atomwaffen gefordert wird, „sehr interessant und in der Analyse teilweise sehr nützlich“ sein soll. Wörtlich schrieb Strauß, der in den Besitz von Atomwaffen kommen will:

„William S. Schlamms Bericht über Deutschland fasziniert als blendend geschriebene, kritische Abrechnung mit unserer Zeit. Sie arbeitet die tödliche Gefahr des Weltbolschewismus klar heraus, wobei es wenig stört, daß manche Einzelheiten nicht ganz korrekt wiedergegeben sind. In jedem Fall sind die in diesem Bericht ‚Die Grenzen des Wunders‘ niedergelegten Gedankengänge sehr interessant und in der Analyse teilweise sehr nützlich.“ *(Der Stern vom 18. Juli 1959)*

Ein mutiger Richter hat dem von bestimmten Bonner Kreisen mitfinanzierten W. S. Schlamms kürzlich bestätigt, daß seine Reden und Schriften der Kriegshetze dienen. Der Bundesverteidigungsminister konnte das nicht feststellen?

## Aufrüstung – das große Geschäft

Im Jahre 1953 erklärte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Herr Berg, feierlich, daß der deutschen Industrie an einer bundesdeutschen Rüstungsproduktion nicht interessiert sei und daß sie auf Grund der Erfahrungen zweier Weltkriege „jegliche Rüstungserzeugung in aller Zukunft ablehne“.

Zur gleichen Zeit, da Berg solche Versicherungen im Namen der Industrie abgab, verteilte man schon im rheinisch-westfälischen Industriegebiet Fragebogen, um genau festzustellen, welche technischen Voraussetzungen für die Produktion von Waffen in den einzelnen Betrieben vorhanden sind.

Im Mai 1957 kam es dann auch zu der offiziellen 180gradigen Wendung – inoffiziell war sie längst vorgenommen – und der „Bundesverband der deutschen Industrie“ teilte der Öffentlichkeit mit, daß die Industrie sehr wohl in der Lage sei, „die auf sie zukommenden Belastungen der materiellen Aufrüstung bewältigen“ zu können. Als die Rüstungsaufträge noch immer zu langsam flossen, schrieb Berg im April 1958 dem Bundesverteidigungsminister, daß eine noch stärkere Beteiligung der westdeutschen Großindustrie an der Rüstung durchaus erwünscht sei.

Wie unter Hitler drängten die größten Konzerne an die Futterkrippe, um möglichst große Rüstungsaufträge zu erhalten. Der Bevölkerung wurde erklärt, Rüstung in Deutschland führt nicht immer zum Krieg. Bisher aber, so lehren die Erfahrungen, stand der Ausbruch des Krieges niemals weit entfernt, sobald die deutschen Rüstungskonzerne Waffen und Kriegsausrüstungen produziert haben. Zu dem Bemühen der großen Industriekonzerne, wieder ins Rüstungsgeschäft einzusteigen, schrieb der SPD-Pressedienst im April 1958:

„Heute nun liegt das Schreiben ... der deutschen Industrie ... an Franz Josef Strauß vor, in dem ... ganz offen eine angemessene Beteiligung der deutschen Industrie an der Rüstungsproduktion verlangt wird. ... Man hat sich also sehr schnell von den Diffamierungen durch die Kriegsverbrecherprozesse der Alliierten erholt.“

*(Volks-Wirtschaft vom 17. April 1958)*

Über den Zusammenhang zwischen dem Rüstungsgeschäft und der Regierungspropaganda schrieb der sozialdemokratische Publizist Friedrich Stampfer: „Die Tatsache, daß Interessenverbände einen großen Teil der Wahlpropaganda bezahlen, die sich auf Straßen und Plätzen breit macht, ist bekannt und unbestritten. Man hat aber bisher immer noch angenommen, daß es den Geldgebern um Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik geht und nicht etwa um die

Privatinteressen einzelner Firmen. Darin ist nun eine Wendung zum Schlimmeren eingetreten, seit die Bundesrepublik in galoppierendem Tempo Rüstungsaufträge vergibt.“

(*Stamper-Dienst vom 31. August 1957*)

Über die Belastungen, die der Bevölkerung durch die Aufrüstung auferlegt werden, schrieb eine durchaus nicht oppositionelle, sondern die Aufrüstung bejahende Zeitschrift: „Die Rüstungskosten sind selbstverständlich eine wirtschaftliche Last. Die Rüstungen beeinträchtigen immer und überall den Lebensstandard ...“

Wer für die Verteidigung ist, soll sich nicht genieren, zuzugeben, daß die Kosten dafür das soziale Dasein beengen.“ (*Die Gegenwart, Nr. 9/1958*)

Wie vielleicht noch niemals zuvor in der deutschen Geschichte können die Lobbyisten der Rüstungsindustrie im Klima von Bonn ihre fieberhafte Tätigkeit entfalten – hinter den Kulissen, selten gestört oder beunruhigt durch eine Anfrage oder durch einen Antrag im Bundestag. Gewißlich aber wie nie zuvor ist heute, nach 1945, die direkte Zusammenarbeit zwischen Rüstungsindustrie und ehemaligen hohen Militärs festzustellen. So sind z. B. folgende ehemalige Hitlergenerale heute als Waffenverkäufer beschäftigt (nach Pressemeldungen zusammengestellt):

Name	Letzter Dienstgrad	Jetzt tätig für Firma
Milch	Gen.-Feldm.	Klöckner, Auto-Union, Mannesmann
von Schönebeck	Gen. d. Flieg.	Luftfahrttechnik GmbH. (Hubschr.-Vertr.)
Meister	Gen. d. Flieg.	Kali-Chemie AG., Hannover
Bodenschatz	Gen. d. Flieg.	Kali-Chemie AG., Hannover
Wenck	General	Vertret. in Stahlhelmen, Funk und Funkmeßger.
Leyers	General	Ferro-Stahl AG. (Dir.)
Manthey	General	Otto R. Krause (Stahlhandel)
Manteuffel	General	Matra-Werke
Philipps	General	Schraubenwerk Neuß
Osterkamp	Gen.-Leutn.	Henschel & Sohn, Kassel
Konrad	Gen.-Leutn.	Flugzeugfabrik Fokker
Hallinghausen	Gen.-Leutn.	Flugzeugfabrik Fokker
Galland	Gen.-Leutn.	Ruhenstroth GmbH., Gütersloh
Keiper	Gen.-Leutn.	Kirchfeld GmbH. (Stahl- und Flugzeughandel)
Henschke	Gen.-Leutn.	Maschinenfabr. i. Heidelb.
Frommherz	Gen.-Major	Telefonbau u. Normalzeit
Schulz	Gen.-Major	Lonza-Werke
Junck	Gen.-Major	Wacker-Chemie GmbH., München

Als besonders charakteristisch für das Verhalten dieser Rüstungsmanager kann der Fall des seinerzeitigen CDU-Abgeordneten und jetzigen Generals der Bundeswehr, Fritz Berendsen, gelten. Dieser Bundestagsabgeordnete war nicht nur als Prokurist und Handlungsbevollmächtigter bei der an Rüstungsaufträgen interessierten Firma Klöckner und Co. tätig, sondern er gehörte auch selbst dem Verteidigungsausschuß des Bundestages an. Als Bevollmächtigter eines Rüstungskonzerns war er u. a. bestrebt, zu erreichen, daß die Bundesrepublik eine eigene Rüstungsproduktion aufbaue und daß die von ihm vertretene Firma bei der Vergebung von Aufträgen bevorzugt werde. Zum ersten Punkt erklärte Oberst a. D. Berendsen in einem (von ihm bestellten?) Interview:

„Frage: Halten Sie eine Beteiligung der Bundesrepublik an einer Rüstungsproduktion für zweckmäßig?

Antwort: Ja, neben politischen, hauptsächlich aus militärischen und wirtschaftlichen Gründen ... Die Bundesrepublik sollte ihre Interessen bei einer Beteiligung an einer Rüstungsproduktion auf die Waffen lenken, die sofort im Ernstfall zur Verfügung stehen müssen. Ich denke hierbei an Panzer, Panzerabwehrwaffen ...”

*(Wehrpolitik und Wehrwirtschaft vom 29. März 1957)*

Selbstverständlich war es nur ein „Zufall“, daß sich die Firma, bei der Herr Berendsen als bevollmächtigter Prokurist tätig war, ebenfalls um Panzeraufträge bewarb...

Die Doppelfunktion von Herrn Berendsen als Angehöriger des Verteidigungsausschusses und Bevollmächtigter einer Rüstungsfirma wurde bekannt und man sah sich gezwungen, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzusetzen.

Dieser Untersuchungsausschuß, in dem die Regierungsparteien über die Mehrheit verfügten, sah sich nicht in der Lage, die „gegen den CDU-Abgeordneten Fritz Berendsen erhobenen Vorwürfe als nicht bewiesen zu bezeichnen”.

*(Süddeutsche Zeitung vom 12. Oktober 1957)*

Im April 1959 wurde der CDU-Abgeordnete und Rüstungslobbyist Fritz Berendsen Brigadegeneral der Bundeswehr, und zwar wurde er „stellvertretender Divisionskommandeur der 11. Grenadierdivision in Marburg”.

*(Süddeutsche Zeitung vom 31. März 1959)*

Wie eng und freundschaftlich die Beziehungen zwischen der Rüstungswirtschaft und dem Verteidigungsministerium sind, ist daraus zu ersehen, daß Staatssekretär Rust im August 1959 vom Verteidigungsministerium zur Wirtschaft überwechselte. Eine den Wirtschaftskreisen nahestehende Tageszeitung kommentierte dies mit den folgenden Feststellungen:

„Rust ist nicht der erste Bonner Staatssekretär, der sich aus dem Staatsdienst verabschiedet, um woanders einen bedeutenden Wirkungsbereich mit eigener Verantwortung und mit Leitungsfunktionen zu übernehmen ...

Aber es gibt mehr Beispiele für das Hinüberwechseln aus hohen oder höchsten Ministerialpositionen in Generaldirektorstellen der privaten Wirtschaft.“

*(Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. August 1959)*

Wer sind die Hauptverdiener am Rüstungsgeschäft? Diese Frage beantwortete vor einiger Zeit eine große bundesdeutsche Tageszeitung:

„Wenn man sich die scheinbar langweilige Lektüre des ‚Adreßbuchs der Aufsichtsräte und Direktoren‘ und den ‚Aktienführer‘ zu Gemüte zieht, dann weiß man, daß es in der Bundesrepublik nach außen hin zwar keine Kartelle mehr gibt, daß aber die gesamte deutsche Wirtschaft – und damit auch das Rüstungsgeschäft – von einer Handvoll Männer (etwa dreißig) beherrscht wird. Zu diesen Männern gehören Adenauer-Freund Robert Pferdmenes und Adenauer-Schwiegersohn Hermann Josef Werhahn (letzterer mit „janzer Familie“). Bankier Pferdmenes, einer der einflußreichsten Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU, ist in 21 Aktiengesellschaften Aufsichtsvorsitzender (14), stellvertretender Vorsitzender (2) oder einfaches Mitglied des Aufsichtsrates (5). Fünf Mitglieder der Familie Werhahn sitzen in den Aufsichtsräten von zusammen 35 Aktiengesellschaften. Dem Robert Pferdmenes und der Familie Werhahn wird in Geschädtsdingen so manches nachgesagt – zu behaupten, daß sie durch das Geschäft mit der (von Freund und Schwiegervater Adenauer vorangetriebenen) Rüstung ärmer geworden sind, wäre eine glatte Lüge.“ (Frankfurter Rundschau vom 16. April 1957) Natürlich sind auch die Großbanken an diesem Geschäft beteiligt. Die bundesdeutsche Wirtschaft wird praktisch von drei Großbanken (Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank) beherrscht und ihre wichtigsten Aufsichtsratsposten wiederum sind von einem Dutzend Industriekapitäne besetzt. Drei Konzerne der westdeutschen Montanindustrie (Hoesch, Klöckner und Ilseder Hütte) haben sich zusammengeschlossen und damit ihre Macht konzentriert.

Der Mannesmann-Konzern beschäftigt 70 000 Angestellte und Arbeiter und stellt nach Ansicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes „eine ungeheure Konzentration wirtschaftlicher Macht“ dar.

*(Süddeutsche Zeitung vom 14. November 1958)*

Die Liste ließe sich fortsetzen. Mit besonderer Betonung sei jedoch wenigstens noch eines Mannes gedacht: Friedrich Flick – heute wieder „ganz hoch oben“ und wieder – im Rüstungsgeschäft. Flick, sein-

erzeit Mitglied des „Freundeskreises von Himmler“, hat in dieser Eigenschaft die SS mitfinanziert. Dank der Gnade der Westmächte und unter dem schützenden Schirm der Bundesregierung kann sich auch ein Flick neu mausern.

Wie groß die neugewonnene wirtschaftliche Macht des begnadigten Flick ist, hat die „Süddeutsche Zeitung“ am 10. Juli 1958 geschildert:

„Ein Bild des heutigen Flick-Konzerns ist nicht leicht zu zeichnen, weil nicht alle zugehörigen Firmen als zur Bilanzvorlegung verpflichtete Aktiengesellschaften betrieben werden. Die nachstehende Zusammenstellung steckt nur etwa den Rahmen ab ...

Holdings- und Verwaltungsgesellschaften: Friedrich Flick KG., Düsseldorf; Verwaltungsgesellschaft für Steinkohlenbergbau und Hüttenbetriebe mbH., Düsseldorf; Gesellschaft für Montaninteressen mbH., Düsseldorf; Gesellschaft für Fahrzeug- und Maschinenwerte mbH., Düsseldorf; „Mercur“ Gesellschaft für Industrie- und Handelsunternehmen, Düsseldorf; „Tefides“-Verwaltungsgesellschaft mbH., Düsseldorf; Verwaltungsgesellschaft Süd mbH., Düsseldorf; Societé de Gestion et des Participations „Mercure“, Paris; Betriebsgesellschaften: Daimler-Benz-AG., Stuttgart; Auto-Union GmbH., Ingolstadt; Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte AG., Sulzbach-Rosenberg; Monopol Bergbau-AG., Kamen; Buderus'sche Eisenwerke, Wetzlar; Metallhüttenwerke, Lübeck; Krauss-Maffei AG., München; Deutsche Eisenhandel-AG., Berlin; Feldmühle Papier- und Zellstoffwerke AG., Düsseldorf; Süd. Chemie AG., München, Societé Metallurgique Hainaut-Sambre, Couillet, Belgien. Jede dieser Gesellschaften kontrolliert kleinere und größere Tochterunternehmungen.

Fest steht nur, daß der Bereich der Flick'schen Interessen viel weiter gespannt ist, als die schon imponierenden bekannten Ziffern erkennen lassen...“

Über den wirtschaftlichen Einfluß Flicks, der zu den eifrigsten Förderern des Nationalsozialismus zählte, schrieb das Zentralorgan des Deutschen Gewerkschaftsbundes:

„In jüngster Zeit ist hinter neuen Konzentrationsbewegungen in der westdeutschen Wirtschaft wieder der Name Flick aufgetaucht. In aller Stille bereitet der heute 76jährige Friedrich Flick seine Schachzüge vor, mit denen er sein Nachkriegsimperium erweitert. Im Mittelpunkt steht gegenwärtig der Aufbau eines riesigen Automobilkonzerns aus den Unternehmen Daimler-Benz, Auto-Union und BMW. Fast die Hälfte des Aktienkapitals der Daimler-Benz-AG befindet sich bereits in den Händen von Flick. Mit seiner Hilfe hat sich die Stuttgarter Automobilfabrik inzwischen die Auto-Union, Düsseldorf, angegliedert. Insgesamt werden in diesem Konzern einschließlich der

Auto-Union und der Auslandswerke 83 000 Arbeitnehmer beschäftigt. Wenn auch nicht mengenmäßig nach der Stückzahl der hergestellten Wagen, so doch im wertmäßigen Umsatz liegt die Daimler-Gruppe heute schon an der Spitze der westdeutschen Automobilindustrie...” *(Welt der Arbeit vom 27. November 1959)*

Dieser Kreis ist es, der an der Propaganda interessiert ist, mit dem wirtschaftlichen Wiederaufstieg sei auch die Freiheit und Demokratie gesichert. Gegen diesen Kreis wenden sich die VVN in dem „Orientierungs- und Aktionsprogramm“, wenn es dort heißt:

„Die deutsche Widerstandsbewegung wendet sich gegen die Lüge, mit dem sogenannten Wirtschaftswunder sei der Wiederaufbau bereits gelungen, die Freiheit gesichert, der Menschenwürde ein dauerhaftes Fundament gegeben.“

## Einschränkung der demokratischen Freiheiten – Kehrseite der Aufrüstung

Die VVN haben in Zusammenhang mit der Ablehnung der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik wiederholt auf die großen Gefahren hingewiesen, die sich für die im Grundgesetz verankerten Rechte und Freiheiten ergeben. Es ist allgemein bekannt, daß als Voraussetzung für die Durchführung der Wiederaufrüstung und der

Einführung der allgemeinen Wehrpflicht am 26. 3. 1954 eine Änderung des Grundgesetzes notwendig war.

Im zweiten Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, das am 19. 3. 1956 verabschiedet wurde, ist im Artikel 17a die Ermächtigung enthalten, in Gesetzen über den Wehrdienst und den Ersatzdienst für deren Dauer die Grundrechte der freien Meinungsäußerung, der Versammlungsfreiheit, der gemeinschaftlichen Petition und in Gesetzen über die Verteidigung und den Schutz der Zivilbevölkerung die Grundrechte der Freizügigkeit und der Unverletzlichkeit der Wohnung zu beschränken.

Besonders eindeutig kamen in der Vergangenheit die Zusammenhänge zwischen Aufrüstung und Einschränkung der vollen demokratischen Betätigung der Bevölkerung in der Haltung der Bundesregierung gegenüber den großen Bewegungen gegen die atomare Aufrüstung zum Ausdruck. Am 4. 2. 1955 forderte der „Rheinische Merkur“ ein Hochverratsverfahren gegen Georg Reuter, den 2.

Vorsitzenden des DGB, weil er sich zum „Manifest der Paulskirche“ bekannte.

Am 16. 12. 1954 erläuterte Herr Senatspräsident Dr. Rothberg, daß allein schon die bestehenden Gesetze die strafrechtliche Verfolgung jedes Streiks und die Verurteilung der Gewerkschaftsfunktionäre er-

möglichten und forderte darüber hinaus den Erlaß eines Antistreikgesetzes.

Etwa um dieselbe Zeit wurde von der Pressestelle des Bundeskanzleramtes erklärt, daß Material für einen Hochverratsprozeß gegen die SPD gesammelt werde, weil „der Kampf gegen die Pariser Verträge verfassungswidrig und deshalb strafbar“ sei. In allen diesen Jahren fanden zahlreiche Prozesse gegen Volksbefragungen, demokratische Vereinigungen und Persönlichkeiten statt, die es als ihr Anliegen betrachteten, die Aufrüstung in der Bundesrepublik und die Gefährdung der Bevölkerung durch atomare Waffen zu verhindern. Alle diese Maßnahmen fanden ihren Höhepunkt in dem ungeheuerlichen Antrag der Bundesregierung vom 20. Oktober 1959, die VVN, die größte Arbeitsgemeinschaft der Widerstandskämpfer und Naziopfer, als verfassungswidrig erklären zu lassen.

Kirchenpräsident Dr. Niemöller kritisierte diese Entwicklung in einem Schreiben an die VVN anläßlich des Antrags der Bundesregierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der VVN folgendermaßen:

„Wenn sich die Auffassung durchsetzt, daß Meinungen und Überzeugungen strafbar sind, dann stehen wir – schlicht gesprochen – am Ende jeder Demokratie! Es mag sein, daß sich die Entwicklung in dieser Richtung bewegt; aber dann sollte man auch den Mut haben, die Demokratie als etwas Unerträgliches und nicht länger zu Verantwortendes hinzustellen. Die verhängnisvolle Entwicklung hat bei Adolf Hitler mit dem Verbot der Kommunistischen Partei angefangen, weil man sich die Mühe sparen wollte, den Kommunisten verfassungswidrige Tätigkeit nachzuweisen. Wir sind heute wieder auf derselben Linie: Menschen werden bestraft, gefangengesetzt, angeklagt und verurteilt, weil sie eine Überzeugung haben, die mit der Überzeugung der herrschenden Kreise im Widerspruch steht. Wenn das weitergeht, ist das Ende der Demokratie eindeutig da.“ Zu besonders heftigen Protesten gegen die laufenden Versuche, die demokratischen Freiheiten einzuengen, kam es im Zusammenhang mit den Anträgen der Bundesregierung, Notstands- und Notdienstgesetze einzuführen. Die VVN haben in einem Flugblatt zur Verteidigung der Demokratie gegen die Notstands- und Notdienstpläne aufgerufen und folgendes festgestellt: „Beide Gesetze stellen eine schwere Gefährdung der Demokratie und der persönlichen Freiheiten jedes Einzelnen dar. Das Notstandsgesetz gibt der Bundesregierung schrankenlose Ermächtigungen und ermöglicht praktisch die Ausschaltung der demokratischen Institutionen und der freiheitlichen Grundrechte auf unbefristete Zeit. Das Notstandsgesetz führt zur Rechtslosigkeit.“

In einem Artikel des „Vorwärts“ heißt es zu diesem Notstandsentswurf der Bundesregierung:

„In der Zeit des Ausnahmezustandes, den zu verkünden letztlich allein von Bundespräsident und Kanzler abhängt, ist die Bundesregierung absoluter Diktator. Für sie existiert weder eine Gesetzgebung durch das Parlament in dieser Zeit, noch muß sie Vorbehaltsrechte der Länder respektieren. Ihre Notstandsverordnungen haben Gesetzeskraft und sind keinesfalls mit Beendigung des Ausnahmezustandes hinfällig. Ebenso wie Weimarer Notverordnungen nach Art. 48 zum Teil noch heute in kraft sind, wird die Bürokratie Gelegenheit haben, manches ihrer Lieblingskinder in die Welt zu setzen, das bis dahin stets am Widerstand der Volksvertreter gescheitert ist.“

(„Vorwärts“ vom 22. 1. 1960)

Die Bundestagsfraktion der FDP erklärte zu dem Notstandsgesetzen:

„Der Entwurf muß aus politischen und rechtsstaatlichen Gründen abgelehnt werden. Die Vorlage gibt der Regierung ohne genaue Präzisierung des Notstandsbegriffs schrankenlose Ermächtigungen und ermöglicht eine Ausschaltung der demokratischen Institutionen und der freiheitlichen Grundrechte auf unbefristete Zeiten. Das Notstandsgesetz der Bundesregierung führt zu Rechtlosigkeit.“

Zum selben Thema erschien in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ ein Artikel von Herrn Dr. jur. Walter Otto, Bundesrichter beim Bundesverwaltungsgericht Berlin, betitelt „Abschied von der Freiheit“, in dem u. a. folgendes ausgeführt wird:

„...Die Häufung und schnelle Folge der Eingriffe in die grundgesetzlich gewährleistete Substanz der Freiheit sind geeignet, den peinlichen Eindruck eines ebenso hastigen wie zielstrebigem Räumungsausverkaufs des Artikels ‚Freiheit‘ zu vermitteln. Sie erschweren, weil sie das Empfinden eines sich ständig verengenden Würgegriffs der Unfreiheit erzeugen, die – in dem traditionell obrigkeitshörigen deutschen Volk ohnedies schwierige – Entfaltung eines demokratischen Freiheitsbewußtseins und nähren die politischen Hoffnungen der unter uns lebenden Feinde der Freiheit ...

... Indem man durch ein Gesetzgebungswerk die in den Grundrechten und Willkürschränken des Grundgesetzes sich manifestierende Freiheit als für Krisenfälle untragbaren Ballast deklariert, erzeugt man Zweifel an der Praktikabilität der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und Staatsidee. Man läuft Gefahr, unversehens in die ideologische Nachbarschaft der dies von jeher verneinenden Feinde der Freiheit zu geraten und diese in ihrem Streben nach einer neuen Machtübernahme zu bestärken. Gegenüber der in auffälligem zeitlichen Zusammenhang mit jenem Gesetzgebungs-

werk aufgebrochenen antisemitischen Hetze befinden sich die Initiatoren und Förderer der die demokratische Freiheit beschränkenden Normen in der Rolle des Goetheschen Zauberlehrlings. Die Vorstellung, die demokratische Freiheit könnte nur unter Zerstörung der Grundrechte und Willkürschränken, also ihrer tragenden Merkmale wirksam verteidigt werden, enthält Denkelemente jenes menschenfeindlichen Nihilismus, der die militärische Rückzugsstrategie der verbrannten Erde kennzeichnet...”

*(Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 6, Juni 1960)*

Diese wenigen Beispiele zeigen, wie notwendig es ist, eine unentwegte Tätigkeit um die volle Wiederherstellung der demokratischen Grundrechte zu entfalten. Deshalb hat der V. Bundeskongreß der VVN im Juni 1959 ausdrücklich erklärt, daß es für die ehemaligen Widerstandskämpfer und Naziopfer Pflicht ist, „die im Grundgesetz verankerten Rechte und Freiheiten zu verteidigen“.

## Politik des Kalten Krieges verhindert Wiedervereinigung

Im März 1952 wandte sich die Regierung der UdSSR „mit dem Entwurf über die Grundlage des Friedensvertrages mit Deutschland“ an die Westmächte. In diesem wurde verlangt, daß „spätestens ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages sämtliche ausländischen Militärstützpunkte auf dem Territorium Deutschlands liquidiert“ werden müßten und daß sich „Deutschland verpflichtet, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.“

Die im gleichen Monat erteilte Antwort des Bundesaußenministers Dr. von Brentano lautete:

„Wir werden alles und das Letzte unternehmen, ich sage ausdrücklich: alles und das Letzte, um die sowjetische Besatzungszone wieder zurückzuholen.“

*(„Bayerisches Volks-Echo“ vom 8. März 1952)*

In den Jahren 1952/1953 erregte die These des FDP-Abgeordneten Pfeleiderer Aufsehen. Auch er sah nur in der weltpolitischen Entspannung die Voraussetzung einer erfolgreichen Wiedervereinigungspolitik:

„Ich bin der Meinung, daß eine Wiedervereinigung nur zustande kommen kann, wenn sich alle vier Besatzungsmächte einigen. Die deutsche Aufgabe – wenn man es ernst mit der Wiedervereinigung meint – muß es also darum sein, die vier Mächte zusammenzubringen und nicht sie zu trennen.“ *(„Der Spiegel“ vom 2. Juni 1954)*

Auf der Konferenz der Außenminister im Februar 1954 legte die UdSSR eine „Ergänzung zum Friedensvertragsentwurf“ von 1952 vor. Diese Ergänzung bezog sich u. a. auf den Abschnitt „Politische Leitsätze“ und lautete:

„Deutschland werden keinerlei Verpflichtungen politischen oder militärischen Charakters auferlegt, die sich aus Verträgen oder Abkommen ergeben, die von den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vor dem Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland und der Wiedervereinigung Deutschlands zu einem einheitlichen Staat abgeschlossen werden...“  
(*Jens Daniel, „Der Spiegel“ vom 4. Februar 1959*)

Absage an Deutschlands Wiedervereinigung:

Der SPD-Pressedienst meinte über die von 1952 bis 1954 abgelehnten Vorschläge:

„Moskau hat in den Jahren 1952 und 1954 Vorschläge zur Regelung der Deutschlandfrage unterbreitet, die von der Bundesregierung unter Führung Adenauers rundweg abgelehnt wurden. Diese Vorschläge waren nicht gut. Sie waren aber ein Ansatzpunkt für Verhandlungen, die mit einiger Phantasie und Zähigkeit Chancen für die Überwindung der Spaltung Deutschlands enthielten...“

(*SPD-Pressedienst vom 13. Januar 1959*)

Und was meinte Bundesaußenminister von Brentano zu diesen mannigfaltigen Bestrebungen:

„Wer auch nur mit dem Gedanken spielt, daß ein Aufgeben der Europa-Politik der Kaufpreis für die Wiedervereinigung sein kann ... geht rettungslos den Weg des östlichen Satellitenstaates.“

(*Parlamentarisch-Politischer Pressedienst  
von Februar 1954*)

Im August 1954 trat der ehemalige Reichskanzler und Parteifreund Dr. Adenauers, Professor Heinrich Brüning, mit einigen Gedanken über die deutsche Außenpolitik hervor. Er erklärte, daß „in Deutschland seit 1945 eine rein dogmatische Außenpolitik“ betrieben worden sei und führte hierzu aus:

„Wenn man dieses Problem ruhig betrachtet, so wird man sich darüber klar, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands nicht erreicht werden kann, wenn verlangt wird, daß dieses wiedervereinigte Deutschland voll und ganz in den EVG-Vertrag und in die Europäische Union einbezogen werden soll. Es ist ja keinem Vertragspartner zuzumuten, daß er politischen Selbstmord begeht...“

(*„Die Gegenwart“ vom 28. August 1954*)

Im Dezember des gleichen Jahres trat der Heidelberger Soziologe, Professor Alfred Weber, mit einer Stellungnahme an die Öffentlichkeit, die von sechzig Personen des öffentlichen Lebens unterzeichnet worden war und in der er für die „Bündnislosigkeit“ der Bundesregierung plädierte.

*(Alfred Weber: „Nicht Neutralität, aber militärische Ausklammerung“ – Außenpolitik, Oktober 1954)*

In dem folgenden Jahr glaubte Bundesaußenminister von Brentano mit folgenden Worten einen Beitrag zur weltpolitischen Entspannung liefern zu müssen:

„In der Tat stehen die Probleme, die nun tausend Jahre zurückliegen ... in deutlicher Parallele mit denjenigen Problemen, die uns jetzt im Abendlande wiederum bedrängen ... Damals standen vor den Toren des Abendlandes, vor den Toren dieser Stadt, in der wir weilen, die heidnischen Nomadenscharen des Ostens; Verderben und Untergang drohten. Jetzt stehen wiederum, nicht sehr viel weiter von dieser Stadt entfernt, die Massen des Ostens und wiederum sehen wir der Gefahr ins Auge, daß das Abendland von ihnen überannt wird und ihnen zur Beute fallen kann. In gewisser Beziehung ist die Gefahr heute noch gewaltiger als damals...“

*(Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 14. Juli 1955)*

Bezugnehmend auf den bevorstehenden Abschluß des österreichischen Staatsvertrages mit Sowjetrußland schrieb der SPD-Abgeordnete Fritz Erler: „...wir sind daran interessiert, daß die nützlichen Grundsätze, die von der österreichischen Regierung im Interesse des Staatsvertrages proklamiert werden, endlich auch von der deutschen Regierung im Interesse der Wiedervereinigung unseres Landes begriffen werden.“

*(SPD-Pressedienst vom 13. April 1955)*

Die österreichische Regierung hatte die sowjetische Forderung, „keine Zugehörigkeit zu einem Militärblock und keine Errichtung von Stützpunkten einer fremden Macht auf österreichischem Gebiete“, akzeptiert. Hierzu Bundesaußenminister Dr. von Brentano: „Ei-nige unserer Landsleute werfen dem Westen zuweilen vor, er verfolge – wie man sagt – eine gefährliche Politik der Stärke ... Vergessen die Kritiker des Westens nicht vielleicht, daß sie dieser sogenannten Politik der Stärke die Sicherung der eigenen Existenz verdanken? Nur diese eigenständige Politik ... hat uns den Weg zu Konferenzen und Gesprächen eröffnet.“

*(Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 11. Juni 1955)*

Von Brentano hat zwar nicht erklärt, worin die Politik der Stärke beim Zustandekommen des österreichischen Staatsvertrages bestand. Es war aber logisch, daß die Kreise der Bundesregierung sich

auch gegen die Überlegungen des amerikanischen Botschafters in Moskau, George Kennan, wandten, als dieser 1956 die Wiedervereinigung Deutschlands durch Verhandlungen empfahl. Diese Aufsehen erregenden Erklärungen lassen sich mit den folgenden, seiner Denkschrift entnommenen Sätzen umreißen: „Mir scheint, die amerikanische Außenpolitik sollte darauf abzielen, Deutschland wieder zu vereinigen und dieses Land so bald wie möglich als neutralen Faktor zu etablieren, der die scharfe Kante militärischer Polarität in Europa abstupfen und dazu beitragen könnte, die Heftigkeit des Konflikts zwischen Ost und West zu mildern.“

*(Frankfurter Allgemeine vom 9. Mai 1956)*

Über die Auffassung der VVN zur Wiedervereinigung Deutschlands sagte der 1. Vorsitzende der VVN, Dr. Marcel Frenkel auf dem IV. Bundeskongreß der VVN in München im Mai 1957 u. a. folgendes:

„Wir sind für die friedliche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes. Wir sind für ein demokratisches Deutschland. Nie aber wird es ein demokratisches Deutschland geben, wenn Hitlers Wehrwirtschaftsführer, wenn seine SS-Führer und Generale einen solchen Einfluß haben, wie es zur Zeit in der Bundesrepublik der Fall ist. Der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands, zu einem Deutschland, von dem keine Gefahr mehr ausgeht und zu dem alle Völker Vertrauen haben können, dieser Weg führt nur über die Beseitigung aller nazistischen und militaristischen Kräfte und Einflüsse in der Bundesrepublik. Das ist eine Aufgabe für alle Opfer des Nationalsozialismus, wenn wir dem Vermächtnis unserer Toten treu bleiben wollen.“

Wir sind der Meinung, daß erste Schritte zur Wiedervereinigung Deutschlands getan werden müssen. Dabei gehen wir von der Tatsache aus, daß es zwei deutsche Staaten gibt. Das darf kein Hinderungsgrund sein. Ich bin der Meinung, daß erste Schritte zur Wiedervereinigung gemacht werden müssen, indem sich die beiden deutschen Staaten als erstes über ein Abkommen über die Begrenzung der Rüstungen und die Normalisierung des gesamtdeutschen Lebens verständigen. Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß sich diese Verständigung zwischen den Menschen aus beiden Teilen Deutschlands angebahnt hat und immer weiter fortschreitet. Viel haben hierzu unsere Kameraden in der DDR getan, und herzliche kameradschaftliche Beziehungen bestehen zwischen uns und den Kameraden des Antifaschistischen Komitees der Widerstandskämpfer in der DDR. Ich bin aber der Meinung, daß diese Gespräche von den beiden Parlamenten und von den beiden Regierungen aufgegriffen und weitergeführt werden müssen. Das hieße deutsch denken und deutsch handeln.“ Für die antifaschistische Widerstandsbewegung war und

ist die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zu einem einheitlichen, demokratischen und friedlichen Deutschland ein unabdingbares Anliegen. Aus diesem Grunde wurde bereits am 11./12. Dezember 1947 ein „VVN-Ausschuß für Friedensfragen“ gegründet, der sofort mit der Beratung begann und in einem Schreiben an alle deutschen Parteiführer, Ministerpräsidenten der Länder, an die Gewerkschaftsbewegung, an die Kirchen sowie an zahlreiche Persönlichkeiten die Aufforderung richtete, „den Gedanken der Einheit Deutschlands, der Gerechtigkeit für die kommenden Friedensverhandlungen vorzubereiten.“ *(VVN-Nachrichten, Januar 1948)*

Auf einer Tagung am 5. Februar 1948 wandten sich die VVN an das ganze deutsche Volk, sich allen Versuchen, Deutschland aufzuspalten, kraftvoll zu widersetzen, und „die Entwicklung zur Herstellung der deutschen Einheit vorwärtszutreiben...“

*(Dokument Nr. 23, Zur Geschichte der VVN).*

Auf dieser Tagung erklärte Professor Dr. Eugen Kogon namens der hessischen Delegation:

„Wir dürfen nicht nur unsere eigenen Interessen vertreten, sondern müssen für das Recht des ganzen deutschen Volkes eintreten. Unsere Verfolgung gibt uns dazu ein Mandat. Mit Chauvinismus kann man das Problem der früheren Ostgebiete nicht erledigen... Die VVN muß die Frage der deutschen Einheit konkretisieren und sagen, welche Einrichtungen und Formen der künftige Staat haben muß...“ (ebenda, Seite 2) Es lassen sich noch zahlreiche Dokumente und Berichte zitieren, aus denen hervorgeht, daß die Verfolgten des Naziregimes, daß die VVN zäh und unermüdlich für die Einheit Deutschlands gewirkt haben und weiterhin tätig sind.

### III. „Wer ist wer“ in Ministerien und Behörden?

Prüft man die Politik der Bundesregierung, ihre Worte und Taten, werden ihre Hintermänner und Freunde ermittelt, so drängen sich unerfreuliche Schlußfolgerungen auf. Man muß feststellen: Wenn es dem gegenwärtigen Bundeskanzler mit dem, was er 1946 seinen Zuhörern und Wählern versprach, ernst gewesen wäre, dann hätte er Menschen zur Mitarbeit heranziehen müssen, die sich im Kampf gegen das mörderische Nazisystem Verdienste um das Vaterland erworben haben. Das ist nicht nur nicht geschehen. Viele der nach 1945 vom Volk in verantwortliche Positionen gewählte oder berufene Nazigegner sind entfernt und Nazis an ihre Stelle gesetzt worden. Mit- und Hauptschuldige des Hitlerstaates fanden bald alle Türen und Tore weit geöffnet und konnten sich neu einnisten, oft mit größerer Macht ausgestattet und in höhere Positionen berufen als unter Hitler.

Der von den VVN aufgerollte „Fall Oberländer“ hat deutlich gemacht, wo die Nazis sitzen, wie sich gegenseitig abdecken und beschützen; er hat darüber hinaus klargestellt, daß die Nazis und die SS-Führer „über die Vordertreppe“ in diesen Staat zurückgekehrt sind, wie das der wegen Kriegsverbrechen verurteilte und später begnadigte SS-General Meyer (Panzermeier) auf dem HIAG-SS-Treffen am 5. September 1959 in Hameln lauthals verkünden konnte.

#### Bundesminister des Innern, Dr. Gerhard Schröder

Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder (CDU) war, seinen eigenen Auslassungen zufolge schon „1933/34 Anwärter“ der NSDAP (Vorwärts, 9. 10. 1959). Dieses Eingeständnis machte Schröder just wenige Tage nach Abgabe des Antrages der Bundesregierung beim Bundesverwaltungsgericht gegen die VVN. Schröder hat diesen faktischen Verbotsantrag unterschrieben. Das ist der Mann, von dem die „Bonner Korrespondenz“ bereits am 15. 4. 1957 einmal zu berichten wußte, daß er, Schröder, „die nationalsozialistische Weltanschauung“ verherrlicht habe:

„Der Kampf um die Erneuerung unserer Wissenschaft geht darum, die sogenannte ‚objektive‘ voraussetzungslose Wissenschaftsauffassung‘ zu überwinden und an ihre Stelle eine Wissenschaft zu setzen, die genauso wie alle anderen Lebensäußerungen im völkisch-politischen Grund unserer Rasse wurzelt und aus den Werten unserer nationalsozialistischen Weltanschauung auch ihre eigenen

Werte und Maßstäbe schöpft. Wenn schon ein ‚weltanschaulicher Rahmen‘ für das historische Urteil verlangt wird ... dann erwarten wir die deutsche Weltanschauung, geboren aus Blut und Boden, Kampf und Not, Arbeit und Schicksal unseres Volkes.“

Will Dr. Schröder uns weismachen, daß er seine „Elite“-Theorie von damals nicht auch nach 1945 vertritt? Sind es nicht dieselben Gedankengänge, die der Bundesminister am 26. 1. 1955 im „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung“ verkündet hat?:

„Wenn Elite Auswahl bedeutet, so liegt darin ohne weiteres beschlossen, daß es eine andersgeartete Vielzahl geben muß, aus der die Elite als eine Minderheit ausgewählt ist und von der sie sich allein schon dadurch unterscheidet.

Die Elite ist anders als die Masse ...

Wenn wir den Begriff der politischen Elite zu umreißen versuchen, so läßt sich vielleicht folgendes sagen: Sie ist eine Minderheit, die sich gemeinsam als berufen empfindet und durch gemeinsame soziale Verantwortung gebunden weiß, die zu Leistungen von hoher Qualität befähigt und zugleich willens ist, ihre Erkenntnisse und geistigen Entscheidungen in politische Aktionen umzusetzen ...

Ohne eine solche Elite würde sich die Massendemokratie radikalisieren und wäre so von der ständigen Gefahr bedroht, der Tyrannei zu verfallen ...“

Aus der politischen Tätigkeit Dr. Schröders nach 1945 ist zu ersehen, daß er sich mit der deutschen Schwerindustrie verbunden fühlt und dementsprechend deren wirtschaftlichen und politischen Interessen vertritt. Im Jahre 1947 eröffnete Dr. Schröder in Düsseldorf eine Rechtsanwaltspraxis. Zur gleichen Zeit wurde er Abteilungsleiter bei der Stahltreuhändervereinigung, wo er als rechte Hand des einflußreichen Dinkelbach galt. Er beschäftigte sich des weiteren mit der „Neuordnung der Montanindustrie“, wurde Vorsitzender des Aufsichtsrates der Hüttenwerke Ruhrort-Meiderich und Haspe und saß im Aufsichtsrat verschiedener Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie. Sowohl die bundesdeutsche wie auch die ausländische Presse setzte sich mit den von Innenminister Dr. Schröder vertretenen Auffassungen und Plänen oft und eingehend auseinander. Im folgenden seien hier einige Kommentare auszugsweise wiedergegeben:

„*Frankfurter Allgemeine*“, 14. 3. 1953:

„Die einen, nicht immer die Wohlwollenden, sagen, er sei der Schützling Adenauers, die anderen nennen ihn das Protektionskind von Pferdenges, die dritten den ‚Jungen Mann‘ der Herren von Stahl und Eisen, der Schlotbarone ...“

*DGB-Pressedienst – „Feinde der Demokratie“, VI/1954:*

„Der Herr Bundesminister Dr. Schröder erklärte, daß die ‚Legion Condor‘ unter das 131er Gesetz falle und die Teilnahme an der Intervention im spanischen Bürgerkrieg als Kriegszeit anerkannt und somit doppelt angerechnet werden solle.

Der verantwortliche Bundesminister des Inneren, sanktioniert hiermit die militärische Intervention der Nazis in Spanien als eine völkerrechtlich berechtigte Handlung. Das hat nicht einmal Hitler so offen erklärt. Die Hunderttausende Verfolgte und Mißhandelte des Nazi-Regimes warten noch heute auf eine schmale Wiedergutmachung, und ein Bundesminister meint, daß jenes völkerrechtliche Verbrechen die nachträgliche rechtliche Anerkennung der Bundesregierung verdiene, indem sich die Mitglieder der ‚Legion Condor‘ den regulären Verbänden der deutschen Armee gleichstellt ...”

*„New Chronicle“, 9. 8. 1954:*

„Es ist nicht notwendig, die Nazi-Bewegung wieder aufleben zu lassen, wenn es einigen ihrer hartnäckigsten Befürworter der Vergangenheit – Männer, die bisher keinen Beweis eines wirklichen Gesinnungswandels lieferten – ermöglicht wird, angesehene demokratische Parteien zu durchsetzen und Minister, vertrauenswürdige Berater, Auslandsdiplomaten und führende Regierungsmitglieder im neuen Westdeutschland zu werden.

Betrachten wir kurz einige der Männer, die ihren Weg in Dr. Adenauers Kabinett gefunden haben. Da ist erstens der gutaussehende, junge Gerhard Schröder ...”

*„Abendpost“, 17. 1. 1956:*

„Das Bundesinnenministerium hat dem ‚Sozialistischen Deutschen Studentenbund‘ die Zuschüsse aus dem Fond zur Förderung der deutschen Studentenschaft gesperrt. Wie der SDS gestern in Bonn bekanntgab, habe das Bundesinnenministerium, nachdem ein führendes SDS-Mitglied in einem Artikel die Haltung des Bundestages zum Kanzler und zur Wehrfrage angegriffen hatte, dem Bund brieflich mitgeteilt, daß ‚grobe Verstöße gegen den politischen Stil unseres demokratischen Lebens‘ vorliegen ...

Maßgebliche sozialdemokratische Kreise haben das Vorgehen des Bundesinnenministeriums scharf kritisiert und erklärt, daß versucht werde, aus der Jugendförderung ein Instrument geistiger Lenkung zu machen.”

*„Neue Presse“, Coburg, 15. 12. 1956:*

„Der Widerstand gegen die Amnestie kommt vor allem aus dem Bonner Innenministerium und Minister Dr. Schröder ist der Herold dieser Unversöhnlichkeit. Nach Dr. Schröder ist erstens die Zahl der politischen Gefangenen in der Bundesrepublik sehr gering und

zweitens handele es sich ‚ja nur um Kommunisten‘, die als Mitglieder einer verbotenen Partei sozusagen mit nachträglicher Unverbesserlichkeit als Verfassungsfeinde anzusehen sind ...“

„*Die Welt*“, 27. 12. 1956:

„Der Minister hat bei aller Geschmeidigkeit eine unglückliche Hand in politischen Entscheidungen. So war es beim Prozeß gegen die Kommunistische Partei, so ist es noch heute mit seiner sperrenden Haltung in der Frage, ob die politischen Gefangenen amnestiert werden sollen ...“

„*Der Spiegel*“, 10. 4.1957:

„Dann trat Gerhard Schröder wieder ans Rednerpult und schon strömten die CDU-Abgeordneten klatschend in den Saal zurück ... Abgeordneter Schröder: Das war das Verhalten eines SA-Mannes. – Weitere Zurufe von der SPD: SS marschier! Ihre SA-Manier!“

„*Neue Ruhr-Zeitung*“, 7. 2. 1958:

„Als wahrer Meister unter den schrecklichen Vereinfachern erwies sich wieder einmal Bundesinnenminister Schröder, der letzte Streiter im Rundfunkkrieg. Die außenpolitische Debatte im Bundestag nannte er ein ‚böses‘, nächtliches Spiel ...

Schröder nutzte seine Chance und eröffnete, was es bisher bei uns noch nicht gab: den politischen Bakterienkrieg.“

„*FDP-Pressedienst*“, 6. 11. 1958:

„Die Ausführungen, die Bundesinnenminister Dr. Schröder am 30. Oktober 1958 auf dem Delegiertenkongreß der Polizeigewerkschaft in Stuttgart zur Frage des Verfassungsschutzes und der ‚Staatsicherheit‘ gemacht hat, veranlaßten die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten, eine große Anfrage im deutschen Bundestag einzubringen Die große Anfrage hat folgenden Wortlaut:

1. Was hat den Bundesminister des Innern dazu veranlaßt, zu fordern, daß anstelle des Begriffs Verfassungsschutz der Begriff ‚Staatsicherheit‘ gestellt wird?

2. Hält die Bundesregierung die Forderung des Bundesministers des Innern für verfassungsmäßig, wonach die Verfassungsschutzämter ‚bei der Verwirklichung der politischen Ziele der in allgemeinen Wahlen gebildeten Mehrheit helfen sollen‘?

3. Was hat den Bundesminister des Innern dazu veranlaßt, das Fehlen von Exekutivbefugnissen für die Verfassungsschutzämter zu bemängeln?“

„*Polizeidienst*“ (*Fachblatt der ÖTV*), XI/1958:

„Dr. Schröder hat in Stuttgart eine staatspolitische Konzeption entwickelt, die uns als Gewerkschafter verpflichtet, kritisch Stellung zu nehmen ...

Auf Grund der derzeitigen politischen Verhältnisse streben gewis-

se Kreise unter Ausnutzung legaler Mittel zum zweiten Mal in der jüngsten deutschen Geschichte die ‚Machtergreifung‘ an ...

Von den rechtsradikalen Kreisen, von denen wir wissen, daß sie heute noch mitten unter uns bis in die höchsten Spitzen von Politik, Wirtschaft und Verwaltung sind, war zu unserem Bedauern mit keinem Wort die Rede ...”

„*Revue*“, 31. 10. 1959:

„Das geht uns alle an! Es geht um unsere Verfassung! Die wichtigste Aufgabe des Bundesinnenministers Dr. Schröder ist es, unsere Verfassung zu schützen – vor jedem Mißbrauch, vor jedem Verfassungsbruch. Aber gerade Dr. Gerhard Schröder, der oberste Verfassungsschützer, will jetzt die Verfassung mißbrauchen: Wenn er sich durchsetzt, wird der Bundestag in den nächsten Wochen die Änderung unseres Grundgesetzes beschließen. Dann darf die Regierung immer, wenn sie ‚Notstand‘ ausruft, unsere Grundrechte einschränken und ohne Kontrolle durch den Bundestag herrschen. Das ist höchst gefährlich!

Dr. Schröder malt die düsteren Schatten eines ‚Notstandes‘ an den Horizont und ruft zur ‚Vorsorge‘. Ja, sorgen wir vor, daß sich die fatale Entwicklung der Weimarer Republik nicht wiederholt! ... Ein Notstandsparagraph, leichtfertig gehandhabt, nach dem Motto ‚was Notstand ist, bestimme ich‘, wäre das Ende unserer Freiheit. Darum, Herr Dr. Schröder: Hände weg vom Grundgesetz! Nie wieder Notstandsgesetze, die den Staat retten sollen und in Wirklichkeit die Demokratie zugrunde richten!“

„*Frankfurter Rundschau*“, 24. 10. 1959:

„Der Bundesinnenminister, Dr. Gerhard Schröder, macht sich wieder einmal für ein Verbot stark. Unter Berufung auf das Grundgesetz soll jetzt die ‚Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes‘ (VVN) daran glauben und vom Bundesverwaltungsgericht als verfassungsfeindliche Tarnorganisation der verbotenen KPD aufgelöst werden. Über den Rundfunk klärte der Minister am Freitagabend die ahnungslosen Bundesbürger über die Gefahren auf, die ihnen in der Vergangenheit aus der Tätigkeit der VVN erwachsen seien. Als Beweis für die östlich gelenkte Wühlarbeit der Naziverfolgten bezeichnete Dr. Schröder u. a. die Beteiligung der VVN an der von den Kommunisten im Jahre 1951 (!) inszenierten ‚Volksbefragung gegen die Remilitarisierung‘ und ihr Eintreten für das kommunistische Programm der ‚nationalen Wiedervereinigung Deutschlands‘.

Die Treuherzigkeit des obersten westdeutschen Verfassungsschützers, mit der dieser einer aufhorchenden Öffentlichkeit die Rechnung für begangene Sünden der ... VVN präsentieren zu können glaubte, wird nur noch übertroffen von der Feststellung eines Sprechers seines Ministeriums, daß ‚der Verbotsantrag durch keinerlei

Dieses Foto zeigt Dr. Hans Speidel (zweiter von links) mit Adolf Hitler als siegreiche Eroberer in Paris.



Speidel und Strauß.



Hitler endete ...  
ein General  
Speidel blieb.

Und wieder  
marschieren sie,  
schön dekoriert.



Ereignisse der letzten Zeit' veranlaßt worden sei. Dabei pfeifen es in der Bundesrepublik und im Ausland die Spatzen von den Dächern, daß das Präsidium der VVN in einem Schreiben an die Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufklärung von Kriegs- und Naziverbrechen schwere, bisher nicht eindeutig widerlegte Beschuldigungen gegen einen amtierende Bundesminister erhoben hat ..."

„*Fränkische Presse*“, 26. 10. 1959:

„Der Schrödersche Kompaß zeigt eindeutig in Richtung Polizei-staat. Was die VVN-Leute betrifft, so waren und sind sie Gegner Hitlers und Opfer seines Systems. Was Bundesinnenminister Schröder betrifft, so hat er im Hitlerstaat das Parteiabzeichen mit dem Hakenkreuz getragen, und zwar bereits im Jahre 1937. Für Dr. Schröder war 1945 der Kampf für seinen damaligen Führer beendet. Die Opfer Hitlers blieben dessen Opfer.“

„*Westdeutsches Tageblatt*“, 21. 11. 1959:

„Es soll sich nämlich um eine kommunistische Tarnorganisation handeln. Der Bundesinnenminister behauptet dies jedenfalls. Einen überzeugenden Beweis dafür ist er der Öffentlichkeit bisher allerdings schuldig geblieben ...

Die Grundordnung des Bonner Staates wird zweifellos nicht beeinträchtigt, wenn nimmermüde Mahner vor Gefahren warnen, die durch Faschismus oder Militarismus drohen – oder? Sind wir schon wieder so weit? Wollen einige vielleicht auch ihr Mütchen an der VVN kühlen, weil ihnen auf die Füße getreten wurde? In dem Dickicht von Verboten, Untersagungen, geplanten Schutzgesetzen und Rundfunk-Monopolen – dies alles scheint auf einen Nenner zu gehören – sollte der Freiheit eine Gasse geschlagen bleiben. Unsere Grundrechte drohen sonst ausgehöhlt zu werden. Das aber sollten wir alle zu verhindern suchen.“

„*CrP-Informationsdienst*“, XI/1959:

„Wir fühlen uns nicht wohl bei dem Verbotsantrag. Es gibt in der Bundesrepublik mittlerweile zahllose Nachfolgeorganisationen ehemaliger NS-Verbände, bei deren demokratischen Bekenntnissen der allzu häufig falsche Zungenschlag nicht zu überhören ist. Die fatale HIAG zum Beispiel, der ‚Stahlhelm‘ zum Beispiel ...

Das alles gibt es also, und nicht nur die VVN, die, was immer ideologisch an ihr unliebsam sein mag, Opfer der Hitlerei vereinigt, die hierzulande auf Vorrechte Anspruch haben. Der Verbotswunsch wird ausgesprochen in einem Augenblick, wo die Zeitschrift der VVN, ‚Die Tat‘, harte Beschuldigungen gegen den Bundesminister Oberländer vorzutragen versuchte ... Das ist ein unerfreuliches Zusammentreffen von Umständen und sieht danach aus, als solle ein Vorwurf abgewürgt und ein Gegner mundtot gemacht werden.

Das Bundesgericht wird auf den Feststellungsantrag der Bundesregierung zu prüfen haben ... Es wird bei dieser Prüfung hoffentlich auch bedenken, was die Kommunisten in der VVN haben erleiden müssen, als der jetzige Innenminister es vorzog, sich mit den Machthabern zu arrangieren. Und auch das ist peinlich an seinem Antrag.”

Das Präsidium der VVN nahm am 28. 10. 1959 zum Antrag der Bundesregierung Stellung. Ohne dem Komplex vorzugreifen, der später behandelt wird, sei hier vermerkt, was in dieser Stellungnahme zu der Person des Bundesinnenministers erklärt wurde:

„Statt wirksame Schritte zur Aufklärung der Vergangenheit Dr. Oberländers zu unternehmen, und Maßnahmen gegen den erneuten Einfluß von Nazigrößen und Militaristen auf das öffentliche Leben zu treffen, hält es Innenminister Dr. Schröder für richtig, die Menschen zum Schweigen zu bringen, die konsequent und unter großen Opfern an Leib und Leben gegen die nazistischen Verderber gekämpft haben ... Wenn schon Dr. Schröder glaubt, Verbotsanträge stellen zu müssen, dann soll er sie gegen die wahren Feinde der Demokratie stellen, die sich u. a. als sogenannte ‚Entnazifizierungsgeschädigte‘, in der Deutschen Reichspartei, in Traditionsverbänden, ja sogar im ‚Bundesverband der ehemaligen SS‘ unter Einfluß der Totenkopfverbände neu organisiert haben.”

*(Die Lagerstraße, Nov./Dez. 1959)*

Allein aus diesen Stellungnahmen verschiedener Zeitungen verschiedenster politischer Richtungen läßt sich bereits nur ein Schluß ziehen: Dr. Gerhard Schröder ist für eine demokratische Funktion untragbar. Seine gesamte Tätigkeit war verbunden – ob gewollt oder nicht gewollt – mit der Rückkehr schuldiger Nazis in den Staats- und Verwaltungsapparat und in die Polizei. Daher ist die Verteidigung der Legalität der VVN niemals eine Frage der Existenz dieser Organisation gewesen; sie war und ist eine Frage der Existenz uneingeschränkter demokratischer Freiheiten in der Bundesrepublik. Kann ein Minister wie Dr. Schröder aber die deutsche Widerstandsbewegung und ihre größten Interessenorganisationen triumphieren, so wäre dieser Triumph ein Menetekel für die gesamte demokratische Entwicklung, für jedwedes demokratische Leben in der Bundesrepublik.

## Der Fall Oberländer

Das Präsidium der VVN griff im Sommer 1959 den „Fall Oberländer“ auf. In zwei sachlichen Dokumentationen („Der Fall Oberländer“, November 1959, „Noch immer Fall Oberländer“, Mai 1960), wird der Werdegang dieses vertrauten Ostexperten Dr. Adenauers

lückenlos dargelegt Das höchste Gericht der Deutschen Demokratischen Republik hat Oberländer zwischenzeitlich wegen mehrfachen Mordes zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Wenn an dieser Stelle noch einmal kurz auf diese unter dem Druck der demokratischen Öffentlichkeit von dem Posten des Bundesvertriebenenministers weggefeigten Mannes hingewiesen wird, so deshalb, weil der Fall Oberländer mit dessen Pensionierung noch keineswegs abgeschlossen sein darf.



Kriegsliteratur ...

... Kriegsorden.



1959:

„Als Antwort auf Pressemeldungen, in denen von angestellten Untersuchungen durch die zuständigen Justizbehörden im Fall Oberländer und über das Schreiben des Präsidiums der VVN vom 31. Juli 1959 berichtet wurde, ließ der Bundesvertriebenenminister u. a. das Interessenorgan der Hinterbliebenen und Opfer des NS-Regimes ‚Die Tat‘ (Nr. 3/1959) beschlagnahmen. Wie aus der Presse bekannt wurde, hatte Oberländer zuvor seinen Staatssekretär Dr. Nahm in ungesetzlicher Mission zur Hessischen Landesregierung geschickt, die aber das geforderte Vorgehen gegen ‚Die Tat‘ abgelehnt hat. Daraufhin fuhr Oberländer bei Nacht und Nebel selbst nach Fulda und erwirkte eine richterliche Beschlagnahme. Damit hat die Justiz einen Mann unterstützt, der nach einer Mitteilung des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Herbert Kriedemann bereits 1945 über sich selbst äußerte, durch seine Tätigkeit im Dritten Reich für jedes öffentliche Wirken in der Demokratie disqualifiziert zu sein.“

*(Der Fall Oberländer,*

*Erklärung des Präsidiums der VVN vom 14. 10. 1960)*

1960:

Wie die „Neuen Kommentare“, Frankfurt/Main, Mauerweg 20, am 1. Juni 1960 mitgeteilt haben, meldete sich nunmehr auch in München ein Zeuge, der Oberländers Taten mit eigenen Augen gesehen haben will und der bereits im November 1953 den Bundeskanzler auf die Vergangenheit Oberländers aufmerksam gemacht haben soll. Es handelt sich um den georgischen Erzpriester Propst Dr. Alexander Demetra-Schwily, wohnhaft in München 13, Augustenstraße 100/III. Demetra-Schwily behauptet, Oberländer habe bereits 1952 vor einem Gericht in München die Erschießung von 11 Georgiern zugegeben, ohne daß die Justiz eine Untersuchung eingeleitet habe.

„Wenn heute die Frage gestellt wird, weshalb Oberländer und Adenauer wie siamesische Zwillinge zusammenhalten, dann ergibt sich auch dafür eine naheliegende Erklärung: Auch Dr. Adenauer hat bereits 1948 ähnliche Gedankengänge verfolgt wie Oberländer. Hätte er sonst an Wilhelm Elfes am 2. Januar 1948 die Frage stellen können: ‚Was halten Sie vom Krieg gegen Rußland?‘ ...

Erinnern wir uns noch einmal an die Aussage, die Wilhelm Elfes unter Eid im Prozeß gegen Persönlichkeiten der Friedensbewegung vor der Großen Strafkammer in Düsseldorf machte: ‚Am 2. Januar 1948‘, sagte Elfes, ‚nach einer Konferenz beim Abendbrot im kleinen Kreis warf Dr. Adenauer unversehens die Frage eines Krieges gegen Rußland auf, um die Russen nach Osten zurückzudrängen. Seine Frage war über den Tisch hinweg direkt an mich gerichtet.“

*(Deutsche Volkszeitung, Februar 1960)*

Oberländer bezieht seit dem Mai 1960 monatlich DM 3000,- Ministrierpension, dazu noch über DM 2000,- Abgeordnetendiäten.

Der Antrag der Bundesregierung, so erklärte das Präsidium der VVN am 23. Oktober 1959, „kommt gerade in dem Zeitpunkt, in dem die Öffentlichkeit sich in ständigem Maße darüber beunruhigt, daß erst 14 Jahre nach dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes der Versuch unternommen wird, damals begangene Verbrechen aufzuklären und vorerst nur einige wenige der hierfür Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Gerade zu dem Zeitpunkt, in dem das In- und Ausland von dem Ausmaß der nazistischen Unterwanderung des öffentlichen Lebens bestürzt ist, wird mit der Klage der Bundesregierung der Versuch unternommen, die VVN als Warner und Mahner auszuschalten. Es drängt sich deshalb die Vermutung auf, daß der Verbotsantrag im engen Zusammenhang mit den gegen den Bundesminister Oberländer wegen seiner nationalsozialistischen Vergangenheit durch die VVN eingeleiteten Schritte steht.“

*(Dokument Nr. 157, Zur Geschichte der VVN)*

## Bundesminister für Verkehr, Dr. H.-Chr. Seebohm

Dr. Hans Christoph Seebohm, Bundesminister für Verkehr. Er gibt an, offiziell der NSDAP nicht angehört zu haben. Aber nicht wenige der in Nürnberg abgeurteilten Kriegsverbrecher waren auch keine Naziparteimitglieder. Minister Seebohm tritt heute als Sprecher der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ auf. Auf die Frage, ob er dort geboren wurde, antwortete einmal Adenauer: „Er wurde dort gezeugt.“ Allerdings war er von 1938 bis 1945 Aufsichtsratsvorsitzender der Egerländer Bergbau A. G. Dieses Unternehmen hieß vorher „Britannia Kohlenwerke A. G.“. Am 3. 1. 1939, nach der „Heimkehr des Sudetengebiets in das Reich“, schrieb das sudetendeutsche NS-Gaueorgan „DIE ZEIT“ folgendes:

„Britannia Kohlenwerke arisiert.

Karlsbad. Die Verwaltungsratsmitglieder Franz und Wilhelm Petschek sowie Ottokar E. Krofta haben ihre Mandate in dem Verwaltungsrat der Britannia-Kohlenwerke A. G. in Königswert bei Falkenau und der Vereinigten Britannia-Kohlenwerke A.G. in Seestadt bei Brüx niedergelegt. In den Verwaltungsrat der beiden Gesellschaften sind durch Kooptierung getreten: Baron Malfatti di Montetretto in Wien, Dr. Kurt Adolf Seebohm, Lissabon und Bergassessor Dr. Hans Christoph Seebohm in Hannover.“

Das heutige Interesse des Dr. Seebohm für Gebiete der Tschechoslowakischen Republik und Polens (er war unter Hitler auch an

oberschlesischen Unternehmungen beteiligt), ist also durchaus verständlich. Wie man weiß, war die sogenannte „Arisierung“ für viele Hitler-Deutsche ein ausgezeichnetes Geschäft und sie denken, daß es wieder so etwas geben sollte und müßte.

So ist auch verständlich, daß Dr. H. C. Seebohm heute zu den treuesten Paladinen Adenauers und seiner „Ostbefreiungs“-Politik gehört. Aus dem unerschöpflichen Fluß seiner Sonntags- und anderen Reden ist reichlich zu entnehmen, daß dieser Mann alles andere ist als ein Demokrat.

Anläßlich des Parteitages der Deutschen Partei im Dezember 1951 in Kassel erklärte Herr Seebohm:

„Wir beugen uns vor jedem, ich betone, vor jedem Symbol, unter dem Deutsche ihr Leben ließen.“

Anläßlich einer Flüchtlingskundgebung im Dezember 1952 erklärte Dr. Seebohm:

„Das Endziel aller Bemühungen muß sein, daß jeder vertriebene Deutsche seine Heimat wiederbekommt, um dort in Freiheit leben zu können ...“  
(*Die Neue Zeitung vom September 1952*)

Diese Rede kommentierte der „Manchester Guardian“ mit folgenden Worten:

„So soll beispielsweise Bundesverkehrsminister Seebohm erklärt haben, das Sudetenland könne mit friedlichen Mitteln zurückgewonnen werden. Hier wurde also von einem Landesteil der Tschechoslowakei gesprochen, der seinerzeit nur durch Hitlers Erpressungstaktik für Deutschland ‚gewonnen‘ worden ist ...“

Die „Frankfurter Rundschau“ am 18. 2. 1953:

„In einer vom Verkehrsministerium herausgegebenen Broschüre werden die Verdienste Hitlers und Görings um den Aufbau der deutschen Luftwaffe besonders hervorgehoben.“

Daß es sich bei dieser Broschüre nur um eine einmalige Entgleisung handelt, ist deshalb nicht anzunehmen, da Minister Seebohm mit Recht als Fachmann für ‚Rechtsfahrt‘ gelten kann. Er war es, der sich schützend vor ehemals führende NS-Funktionäre stellte, der erklärte, daß ‚Europa‘ nur ‚so weit reicht – so weit deutsche Menschen siedeln‘, der ‚die Männer des Westens‘ aufruft, ‚Buße‘ zu tun, der den NS-Dichter Kolbenheyer umarmte, der die Gewerkschaften als ‚Lohnerhöhungsmaschinen‘ beschimpfte und der in einer Ansprache u. a. ausführte: ‚Wir können aber beruhigt schlafen, denn uns kann nichts mehr passieren. Wenn noch in drei Jahren Männer in der Regierung sind wie ich, dann sind wir über den Berg, und in die Heimat werden wir zurückkehren und das Segelflugzeug wird eines Tages über die böhmischen Wälder fliegen und den heiligen Berg der Sudetendeutschen dort umkreisen.“

Man sollte Herrn Seeböhm dafür danken, daß er aus seinem Herzen keine Mördergrube macht, sondern die Dinge beim Namen nennt und damit etwa vorhandene Illusionen über seine demokratische Einstellung zerstört.

Im Zusammenhang mit einer seiner Polemiken gegen die Gewerkschaften erklärte Dr. Seeböhm in einer Versammlung der „Deutschen Partei“ in Osnabrück:

„Die Aufstellung einer Wehrmacht sei nicht nur unter außenpolitischen Aspekten, sondern auch aus Gründen der Innenpolitik notwendig, da ein Staat ohne Wehrmacht allen Kräften im Staat ausgeliefert sei,“  
*(Frankfurter Rundschau vom 15. April 1955)*

„Im Jahre 1958 erklärte Herr Seeböhm auf einer ‚Großkundgebung‘ der Vertriebenenverbände, der Bolschewismus sei als ‚schleichendes Gift gefährlicher als der Donnerschlag der Atombombe‘ und bezeichnete diesen des weiteren als ‚Tollwut aus dem Osten‘, die eingeschleppt von eingedrungenen Wölfen sogar schon unter den Tieren Westdeutschlands grassiere.“

*(Frankfurter Rundschau vom 29. Mai 1958)*

Im September 1959 wurde Bundesminister Dr. Seeböhm trotz seiner aggressiven Reden – oder vielleicht gerade deshalb – zum neuen Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft gewählt. Zu dieser Wahl schrieb ein Bundeskanzler Dr. Adenauer nahestehendes Wochenblatt: „Dr. Lodgman von Auen verabschiedete Dr. Hilf unter Anerkennung seines subjektiven guten Willens. Der neue Sprecher aber, Dr. Seeböhm, wandte sich gegen Dr. Hilf mit folgenden, nahezu undruckbaren Sätzen:

‚Sch..., das ist alles Sch... Wenn jemand Sch... in den Hosen hat und Sch... auf die Erde fällt, so soll man ihm keinen Lokus unterstellen.‘

So gesprochen am 22. März auf der Tagung der Heimatgliederung der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Augsburg. Dazu vermerkte die ‚Sudetendeutsche Zeitung‘ vom 28. März unter ‚Richtungweisende Worte Lm. Seeböhms‘ allerdings ohne wörtliche Zitierung der Abfuhr für Dr. Hilf:

‚Begeisternder, langanhaltender Beifall dankte Lm. Seeböhm für seine aufrichtenden Worte, die der Tagung einen ermutigenden Ausklang gaben...‘

*(Rheinischer Merkur vom 25. September 1959)*

In dieser eines Bundesministers wenig würdigen Weise kanzelte Seeböhm den persönlichen Referenten des „Sprechers“ Lodgman nur deshalb ab, weil dieser, Dr. Hilf, eine andere Auffassung als die des Seeböhm geäußert hatte und nachdrücklich vertritt.

Seeböhms Gegenwart, seine aggressiven, die nach 1945 großteils

als Opfer hitleristischer Kriegspolitik nach Deutschland ausgewiesenen Volksdeutschen verwirrenden „Heimatrecht“-Reden allein sind eine Quelle der Gefahr für den Frieden.

## Bundesminister für Justiz, Dr. Fritz Schäffer

Bundesminister für Justiz, Dr. Fritz Schäffer, war niemals Mitglied der NSDAP.

Aber seine Person und seine politischen Handlungen repräsentieren jenen in Deutschland so verbreiteten Typ von Politikern, die jederzeit bereit waren und sind, sich gegen soziale und politische, fortschrittliche Bestrebungen mit rechtsradikalen und faschistischen Kräften zu verbünden. Dementsprechend finden wir ihn im Jahre 1919 in den Reihen der überzeugten politischen und militärischen Gegner der Republik, der Freikorps.

Einen Antrag der SPD im Bayerischen Landtag, die NSDAP, nachdem es in Coburg zu Ausschreitungen von Angehörigen dieser Organisation gekommen war, zu verbieten, lehnte er am 11. November 1925 als Vertreter der Bayerischen Volkspartei – es war dies die stärkste Partei des Landtages – mit folgenden höhnischen Worten ab:

„Wir haben keinen Anlaß, uns gegen diese Verbände zu wenden, wir haben keinen Anlaß, ihnen mit Mißtrauen entgegenzutreten.“

*(Tagesspiegel vom 20. Mai 1948)*

In den Jahren 1932/1933 gehörte er zu jenen bürgerlichen Politikern, die sich Hitler zur Mitarbeit bei der Errichtung des NS-Staates anboten und ihm den Weg zur Machtergreifung so weit wie möglich erleichterten. Das Wissen hierüber verdanken wir dem vor einiger Zeit erschienenen Buch „Die Machtergreifung – Ein Bericht über die Technik des nationalsozialistischen Staatsstreiches“, als dessen Autor der Sohn des ehemaligen Staatssekretärs Dr. Otto Meißner mitverantwortlich zeichnet. Auf Seite 114 heißt es, daß Schäffer „im Gegensatz zu den anderen Parteiführern – eine ganz andere Meinung über Hitler und seine NSDAP“ hatte, und des weiteren lesen wir auf der gleichen Seite: „Gegen eine Kanzlerschaft Hitlers erhebt Schäffer keine prinzipielle Einwendung.“

Auf Seite 178 wird unser Wissen dahin bereichert, daß Herr Schäffer in einer Unterredung mit Papen erklärte, „er sei durchaus bereit, in eine Regierung Hitler einzutreten“.

*(Meißner-Wilde „Die Machtergreifung – Ein Bericht über die Technik des nationalsozialistischen Staatsstreiches“ – J. G. Cotta'sche Buchhandlung, Stuttgart 1958.)*

Im April 1933 schrieb der gleiche Herr Schäffer in der BVP-Korrespondenz:

„Über allem steht für die Bayerische Volks-Partei der große Gesichtspunkt, daß ein Scheitern der jetzigen Reichsregierung (Anm. d. Verf.: gemeint war die Regierung Hitlers) ein Unglück und eine Gefahr für das ganze deutsche Volk wäre.“

*(Regensburger Anzeiger vom 8. April 1933)*

Einige Zeit später meinte Herr Schäffer:

„Die Aufgabe, zu der Adolf Hitler als Erneuerer des Reiches berufen ist, ist so groß, daß es notwendig wäre, alle Kräfte wachzurufen und einzusetzen, daß dem Kanzler um Deutschlands willen die gigantische Aufgabe gelingt. Nichts wäre wahnsinniger, als eine politische Spekulation auf ein Scheitern dieser Aufgabe.“

*(Regensburger Anzeiger vom 4. Mai 1933)*

Seine Betätigung in den Freikorps, die darauf folgende Ablehnung eines Antrages auf Verbot der NSDAP, sein Bemühen, einen Ministersessel in Hitlers Kabinett zu erhalten und sein gegenwärtiges Verlangen auf Wiedereinführung der Todesstrafe gegen „Landesverräter“ entbehrt nicht einer gewissen Folgerichtigkeit.

Als Bundesfinanzminister war es Schäffers Aufgabe, immer mehr Milliarden für die Rüstung freizumachen. Wohl aus diesem Grunde wandte er sich vor fünf Jahren gegen die Wiedergutmachungsansprüche der Verfolgten des Naziregimes und erklärte, die Wiedergutmachung würde die Währung gefährden. Das mußte um so empörender wirken, da Schäffer für die sogenannten 131er Beamten, fast alles ehemalige Nazi-beamte, durchaus weitaus erheblichere Mittel freistellt, ohne Sorge zu haben, daß deshalb die Währung gefährdet werden könnte.

Heute ist Schäffer Bundesjustizminister. Unter seiner Ära konnte die Verjährung nazistischer Totschlagsdelikte widerspruchslos seitens des Bundesjustizministeriums den Bundestag passieren; es ist Schäffer, der die erdrückenden Beweise gegen belastete Nazi- und Sonderrichter und -urteile am liebsten ganz übergehen möchte.

## Bundesminister Hans-Joachim von Merkatz

Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder, Dr. Hans Joachim von Merkatz, legte in seiner Doktorarbeit ein ebenso entschiedenes wie nachdrückliches Bekenntnis zum Nationalsozialismus und gegen die Demokratie ab:

„In dem weltanschaulich-politischen Verfall des liberaldemokratisch-parlamentarischen Staatswesens vollzieht sich eine Neugestaltung der politischen Einheit durch den revolutionären Durchbruch einer verantwortungsbewußten, kraftvollen Führerschicht zur Herrschaft. Der politische Ausdruck dieser kulturellen Gestaltung ist der Führerstaat ...

Das Kriegserlebnis als Erlebnis der Schicksalsverbundenheit eines Volkes, die disziplinierte Zusammenfassung aller Kräfte vor der Wucht des Elementaren, das Erlebnis des Opfers und der Verantwortung hat in der Frontgeneration den zur Herrschaft berufenen Menschen geformt. Der politische Ausdruck der inneren Bewegung ist der Nationalsozialismus geworden.“

Merkatz wurde 1936 wissenschaftlicher Referent am Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Berlin. 1938 kam er zum Ibero-Amerikanischen Institut, wo er bis zum Kriegsende als Generalsekretär tätig war. In irgendeinem Zusammenhang muß wohl seine damalige Tätigkeit mit der Beseitigung des britischen Sonderbotschafters Yenken stehen. Damals schrieb von Merkatz an den deutschen Abwehrbeauftragten in Spanien, Faupel, folgenden Brief:

„Endlich haben wir den verfluchten Yenken, hauptverantwortlich für die neuerlichen Schwierigkeiten in Tanger und Ceuta sowie beim Wolfram-Geschäft, zur Strecke gebracht. Er ist tot, von Dr. Panhorst und Commandante Moreno buchstäblich vom Himmel heruntergeholt und direkt zur Hölle geschickt, ohne den Caudillo in diplomatische Schwierigkeiten zu bringen. General Moscardo trägt Sorge dafür, daß das Unternehmungsergebnis als ‚Unfall‘ frisiert wird...“

Auch sonst legte von Merkatz, der Mitglied der „Ersten Legion“ war, der „Abendländischen Akademie“ angehört und zu den Vorstandsmitgliedern der „Deutschen Atlantischen Gesellschaft“ zählt, bezüglich seiner „demokratischen Auffassungen“ sich keinen sonderlichen Zwang an:

„Ich bekenne als gewählter Abgeordneter dieses Hauses, daß ich von ganzem Herzen Monarchist bin ... Es wurde hier die Auffassung vertreten, daß der monarchistische Gedanke mit dem Geist des Grundgesetzes unvereinbar sei. Dieser Auffassung muß ich mit aller Entschiedenheit entgegentreten; denn eine freiheitliche Demokratie ist in der Welt von den Monarchien bedeutend dauerhafter und Notzeiten besser überstehend vertreten worden, als unter der republikanischen Staatsform...“ (166. Sitzung des Ersten Deutschen Bundestages am 10. Oktober 1951) Auch zur geistigen Vorbereitung eines neuen Krieges leistet von Merkatz immer wieder Beiträge:

„Und ich glaube zuversichtlich ..., daß es in nicht allzuferner Zukunft zur Befreiung der sowjetisch besetzten Zone, zur Befreiung der unter polnischer Verwaltung stehenden Gebiete und auch zur Befreiung ganz Osteuropas kommt.“

(*Deutsche Stimme vom 4. Dezember 1951*)

Auch Bundesminister Dr. von Merkatz, der staatsrechtlich eine eindeutig faschistische Konzeption vertritt, war niemals Mitglied der

NSDAP. Doch von seiner Doktorarbeit an, die eine klare Ablehnung der liberalistischen Staatsauffassung zum Ausdruck bringt, bis zu seinem Bekenntnis zu einem autoritären, monarchistischen Staat und der von ihm vertretenen Politik der Stärke verläuft jene politische Linie, die eine Parallele zu den antidemokratischen und antirepublikanischen Auffassungen Hugenberg's, Papens und Schachts ergibt, die alle auch niemals formelle Mitglieder der NSDAP waren, aber in Wirklichkeit eine Politik vertraten, die dieser Partei, der sie nicht angehört hatten, zum Ziele verhalf.

Eine Beurteilung verschiedener Mitglieder der Bundesregierung, wie sie seit 1957 unter Führung Dr. Adenauers die Innen- und Außenpolitik bestimmt, ist in diesem Zusammenhang schon deshalb notwendig, weil nur unter Ministern mit einer solchen Vergangenheit, einer solchen inneren Einstellung zur Demokratie sich eine allmächtige Ministerialbürokratie entwickeln konnte, deren einzelne Angehörige eine potentielle Gefahr für Freiheit, Demokratie und Frieden sind.

## Staatssekretär Dr. Hans Globke

Eine große Bedeutung in der bundesdeutschen Politik kommt den verschiedenen Staatssekretären und der höheren Ministerialbürokratie zu. Aus diesen Gründen seien im folgenden einige der Herren Berater Adenauers vorgestellt:

Globke, Hans, Dr., Staatssekretär im Bundeskanzleramt, überragt an Bedeutung und Einfluß die meisten seiner Kollegen. Als Staatssekretär des Kanzlers untersteht ihm auch der „Geheim-Fond“.

Über Globkes weitgehenden Einfluß schrieben verschiedene – oft selbst regierungsfremde – bundesdeutsche Blätter:

„Lange Wochen war Dr. Hans Globke der einzige, der in der Rhöndorfer Residenz vorgelassen wurde, der jederzeit über eine telefonische Verständigung verfügte: der Mann mit dem direkten Draht, damit aber der zweite Mann auf der Kommandobrücke unseres Staates.

Dieser unerhörte Einfluß Dr. Hans Globkes wurde niemals durch das Gewicht eines Wahlganges demokratisch legitimiert. Es ist nicht einmal gewiß, ob ihm seine eigene Partei Rückendeckung bieten würde, wäre er darauf angewiesen. Seine politische Lebenskraft bezieht er aus dem Vertrauen des Chefs – und aus seiner Leistung, aus der Arbeit eines Regierungsapparates, dessen Aufbau und Ausbau er getrost als sein Werk bezeichnen kann ...

Doch das ändert nichts an der Tatsache: Globke ist der bestinformierte Mann in Deutschland. Er weiß Dossiers zu sammeln ...”

*(Welt am Sonntag vom 30. Oktober 1955)*

„Bundeskanzler Adenauer stellte sich am Dienstag schützend vor seinen wieder einmal im Kreuzfeuer politischer Angriffe stehenden Staatssekretär Hans Globke und erklärte, er denke nicht daran, sich von Globke zu trennen .... Adenauer sagte, er werde selbst dann weiter zu Globke halten, wenn die gegen diesen gerichteten Polemiken von manchen als eine Belastung während des Wahlkampfes empfunden werden sollten“ (Süddeutsche Zeitung vom 21. März 1956)

„In diesem öffentlichen Leben war der spätere Dr. jur. Hans Globke lange als Beamter tätig. Und von hier ging er schließlich 1929 nach Berlin ins Preußische Innenministerium. Hier blieb Hans Globke auch, als Hitler kam. Er blieb bis zum bitteren Ende im Jahre 1945.

Viele sind damals geblieben, die heute nicht angefeindet werden. Globke aber tat während der verhängnisvollen zwölf Jahre etwas, was man ihm heute immer wieder ankreidet: Globke schrieb den Kommentar zu den Nürnberger Rassegesetzen der Nationalsozialisten.“ (Neue Ruhr-Zeitung vom 22. März 1956)

„Nun, was für ein Mensch Herr Globke ist, das erhellt nicht nur aus seinen Kommentaren, sondern auch daraus, daß er es gewagt hat, sich von Dr. Adenauer in sein heutiges Amt einsetzen zu lassen. Dies ist geschehen trotz der seit 1950 immer wieder vorgebrachten Proteste und Anfragen der Opposition im Bundestag, Es ist geschehen trotz des heimlichen Widerstandes mancher CDU-Leute. Aber die Tatsache, allein, daß es geschehen konnte, daß man es verstanden hat, alle Interventionen, die selbst an den Bundespräsidenten gelangten, zu verniedlichen und die Härte des Falles Globke abzuschwächen, läßt das Problem des Charakters von Herrn Globke verschwinden. Dafür steigt aber riesengroß und alles überschattend die Frage auf, was sich das jetzige Führungsgremium in der Bundesrepublik unter der Leitung von Dr. Adenauer im Widerspruch zur Meinung von Öffentlichkeit und Bundestag noch erlauben kann und erlauben wird...“ (Frankfurter Rundschau vom 17. März 1956)

Die wenigen hier zitierten Pressestimmen geben ein Bild über den weitgehenden Einfluß Dr. Globkes auf das Geschehen in der Bundesrepublik wieder. Aus diesen Gründen und nicht etwa deshalb, um alte Wunden aufzureißen, ist es nicht überflüssig, seine Tätigkeit in der braunen Vergangenheit in Erinnerung zu rufen.

Am 15. September 1935 wurden die sogenannten Nürnberger Gesetze verkündet. Über diese barbarischen Gesetze schrieb Dr. Hans Globke in seinem „Kommentar zur deutschen Rassengesetzgebung“ u. a.: „Die nationalsozialistische Staatsführung hat den unerschütterlichen Glauben, im Sinne des allmächtigen Schöpfers zu handeln, wenn sie den Versuch macht, die ewigen ehernen Gesetze des Le-



Herr Globke und  
seine Personalakte.



Vereidigungsbestätigung:

Ich bestätige hiermit, daß ich heute den folgenden durch Gesetz vom 20. August 1934 (Reichsgesetzblatt I Seite 785) vorgeschriebenen Diensteid geleistet habe.

„Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe“.

B e r l i n, den 17. August 1934.

Vors. und Zuname... *H. Hans Globke*

Amtsbezeichnung... *Neuregierungsrat*

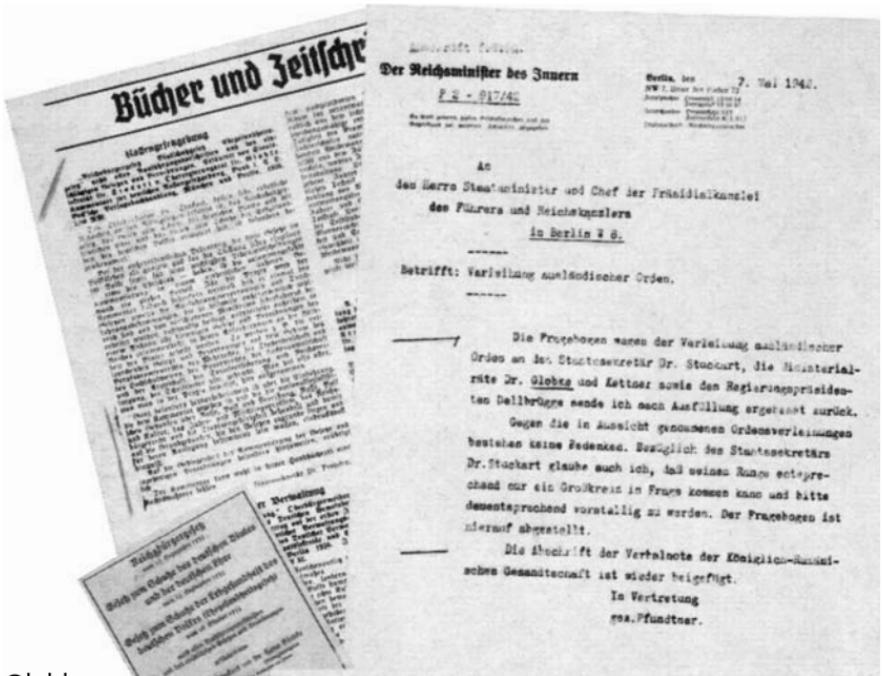
Zu den Pers.Akten.

bens und der Natur in der staatlich-völkischen Ordnung des Dritten Reiches zum Ausdruck zu bringen.“ (Seite 9) „Das Judenproblem ist nicht nur ein rassebiologisches. Es bedurfte auch in politischer, wirtschaftlicher und soziologischer Hinsicht einer Lösung für die Jahrhunderte.“ (S. 16) „Die Juden müssen sich damit abfinden, daß ihr Einfluß auf die Gestaltung des deutschen Lebens ein für allemal vorbei ist.“ (Seite 15)

„Aber auch wo das Erscheinungsbild die schlechten (!) Erbanlagen nicht zum Ausdruck bringt, sind diese Anlagen in dem Menschen, wenn auch verdeckt, vorhanden und bewirken vielfach eine seelische und geistige Aufspaltung und mangelnde innere Ausgeglichenheit ... Dieses bevölkerungspolitisch verhängnisvolle Ergebnis wird vermieden, wenn die Verbindung gesunder und rassisch wertvoller Menschen mit krankhaften und artfremden Menschen verhindert wird...“ (Seite 64) Die Kommentierung Globkes wurde von Roland Freisler als „besonders wertvoll“ bezeichnet und in diesem Sinne empfohlen. Doch Staatssekretär Dr. Hans Globke begnügte sich nicht allein mit der bloßen Kommentierung, sondern er tat auch noch einiges andere. Hierüber berichtete der Parlamentarisch-Politische Pressedienst der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands:

„Das Zentralorgan der Jungsozialisten, ‚Klarer Kurs‘, regt in seiner neuesten Ausgabe an, den Fall Globke einmal durch das Bonner Parlament behandeln zu lassen. In einem umfangreichen Aufsatz werden gleichzeitig Dokumente veröffentlicht, die bisher bei der Diskussion um diesen Fall weitgehend unberücksichtigt geblieben waren. So wird festgestellt, daß Globke nicht nur den Kommentar zu den Nürnberger Gesetzen angefertigt, sondern auch selbst an der Ausarbeitung von Rassegesetzen beteiligt war. U. a. habe der jetzige Staatssekretär nach den eidlichen Aussagen von Ministerialrat Dr. Bernhard Lösener die Verordnung des Reichsinnenministeriums betr. jüdischer Vornamen vom 18. 8. 1938 und die zweite Verordnung zur Ausführung des Gesetzes betr. Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 17. 8. 1938 ausgearbeitet.“ Es sei nicht zu bezweifeln, so schreibt die Zeitschrift hierzu, daß die Erkennungsmaßnahmen durch die Namensgesetzgebung (Israel und Sarah) zur Vernichtung der Juden wesentlich beigetragen habe. Ferner wird eine Aussage von Globke am 10. 8. 1948 im Wilhelmstraßen-Prozeß bei der Vernehmung durch Dr. von Stackenberg zitiert.

„Globke sagte damals wörtlich: ‚Ich wußte, daß die Juden massenweise umgebracht wurden, aber ich war der Auffassung, daß es daneben auch Juden gab, die nicht umgebracht wurden...‘. Auf die Frage: ‚Sie dachten also, daß Exekutionen stattfanden, aber keine systematische Ausrottung?‘ antwortete Globke: ‚Nein, das wollte ich nicht



Globke kommentiert die Rassen gesetzte gegen die Juden.

Vom Bundeskanzler gedeckt, kann auch ein Globke lachen.



sagen. Ich bin der Meinung, und ich wußte damals, daß die Ausrottung der Juden systematisch durchgeführt wurde, aber ich wußte nicht, daß sich das auf alle Juden beziehen sollte.”

Ein weniger kluger Kopf als Dr. Globke, so schreibt der ‚Klare Kurs‘ hierzu, müßte solchen alogischen Quatsch unausgesprochen lassen. Es sei doch lächerlich, anzunehmen, das NS-Regime würde die Hälfte oder gar Dreiviertel, aber niemals das Ganze der Juden li-

quidieren. Anscheinend sei für Dr. Globke die Judenfrage eine Quantitätsfrage gewesen. Die Zeitschrift weist schließlich darauf hin, daß Globke laut Taschenbuch für Verwaltungsbeamte 1941/42 als Ministerialrat im Reichsinnenministerium die Unterabteilung I 6 leitete, die sich mit der ‚Neuordnung‘ im Westen, Generalreferat Dänemark und Norwegen, beschäftigte.

*(Parlamentarisch-Politischer Pressedienst vom 22. 3. 1956)*

## Staatssekretär Dr. Felix von Eckardt

Über einen der engsten Berater Dr. Adenauers, den Pressechef der Bundesregierung Staatssekretär Felix von Eckardt, und über seine Bestrebungen schrieb das Zentralorgan der SPD unter dem Titel „Auf dem Weg zu einem Promi“ u. a.:

„So liebenswürdig aber ist dieser Herr wieder nicht, denn schließlich steht das Amt seit langen Jahren unter seiner Leitung und dieses Amt ist immer mehr mit seiner Billigung in die Rolle eines Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda hereingewachsen, denn einer Institution zur Informierung der Öffentlichkeit.

Das kann man schon an der Etatentwicklung ablesen, denn dieses Amt begann mit 897 000 DM und verfügt im kommenden Haushalt vermutlich über rund 22 Millionen DM.“

Von Eckardt war nicht Mitglied der NSDAP. Seine „innere Emigration“ benützte er u. a. dazu, um Drehbücher für Filme zu schreiben, die von Goebbels mit Prädikaten wie „volkstümlich wertvoll“ und „staatspolitisch besonders wertvoll“ sowie als „Film der Nation“ bedacht wurden. Dies betraf z. B. den Film „Die Entlassung“, der die schon erwähnte Auszeichnung „Film der Nation“ und „künstlerisch und staatspolitisch besonders wertvoll“ erhielt. In dem Drehbuch dieses Films war Herr von Eckardt bemüht, Bismarck zum Vorläufer Hitlers zu stempeln. In einem Dialog heißt es:

„Einen deutschen Staats-Sozialismus müssen wir anstreben, aber von oben, nicht von unten unter dem Druck der Straße! ... Die Gegner ... nacheinander schlagen – das ist das Kernproblem meiner Außenpolitik, die Schicksalsfrage des Reiches!“

## Professor Dr. Wilhelm Grewe

Zu den „tiefbraunen“ Größen in der Bonner Hierarchie gehört u. a. auch der Professor Wilhelm Grewe, einer der wichtigsten außenpolitischen Berater Dr. Adenauers. Als Sprecher der bundesdeutschen Delegation 1959 in Genf wandte er sich gegen die Feststellung: „Die Bundesrepublik verfolge oder dulde eine Politik des Militarismus,

Faschismus oder Revanchismus." Dies zu bestreiten, fühlte sich der gleiche Professor Grewe berufen, der während der Zeit des Dritten Reiches u. a. folgendes schrieb:

„Ein Jahrtausendlang gehörten zum Lebensraum des deutschen Volkes die böhmisch-mährischen Länder. Gewalt und Unverstand haben sie aus ihrer alten, historischen Umgebung willkürlich gerissen und schließlich durch eine Einfügung in das künstliche Gebilde der Tschechoslowakei den Herd einer ständigen Unruhe geschaffen ...

Es entspricht daher dem Gebot der Selbsterhaltung, wenn das deutsche Reich entschlossen ist, zur Wiederherstellung der Grundlagen einer vernünftigen mitteleuropäischen Ordnung entscheidend einzugreifen und die sich daraus ergebenden Anordnungen zu treffen.“

*(Monatshefte für Auswärtige Politik, Heft 4, April 1939)*

„Die Operationen im Osten sind nach deutscher Auffassung nicht als Krieg im formellen Sinn des Völkerrechtes aufzufassen ... den Deutschen im polnischen Raum kein politischer Organisationskern mehr gegenübersteht, der als kriegsrechtsfähiges Subjekt angesehen werden könnte. Für das Kriebsrecht ergibt sich aus dieser Lage die Schlußfolgerung, daß für das östliche Operationsgebiet die Grundsätze und Regeln des Kriebsrechts nur im Sinne der Analogie anwendbar sind.“

*(Monatshefte für Auswärtige Politik, Heft 19, September/Okttober 1939)*

Das Alarmierende aber liegt nicht nur allein in der politischen Vergangenheit Professor Grewes, sondern vielmehr darin, daß er diese aggressive militärische Kreuzzugspolitik von gestern heute wieder auf diplomatischem Gebiete fortsetzt, wie die folgenden, für die bundesdeutsche Außenpolitik richtungweisenden Darlegungen beweisen:

1951:

„Notwendig ist allerdings noch eins: Eine gewisse Remission unserer politischen Ideenwelt. So lange wir an der Rousseau'schen Ideologie festhalten und unter Demokratie die Herrschaft des Volkswillens verstehen, werden uns die Parteien stets ein Dorn im Auge bleiben, und man wird sie immer wieder beschuldigen, den Volkswillen im Interesse ihrer parteipolitischen Ziele zu verfälschen ... Wir sollten uns endlich entschließen, das ideologische Gerümpel des 18. Jahrhunderts über Bord zu werfen, und sollten zugeben, daß es einen Volkswillen im Sinne Rousseaus nicht gibt. Die überwältigende Mehrheit der Staatsbürger hat über die komplizierten Entscheidungen, die das moderne Staats- und Wirtschaftsleben verlangt, überhaupt kein Urteil, zumindest kein vernünftiges und sachlich begründetes Urteil.“

*(Der Monat, September 1951)*

1955:

„Ministerialdirektor Professor Dr. Grewe, Leiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, gab am 11. Dezember 1955 Chefredakteur Hans Wendt im Nordwestdeutschen Rundfunk nachstehendes Interview über die am 10. Dezember 1955 beendete Botschafter-Konferenz im Auswärtigen Amt in Bonn:

Frage: „Ist es richtig, daß auf dieser Botschafter-Konferenz die Politik der Bundesregierung dahingehend definiert worden ist, daß sie die diplomatischen Beziehungen mit jedem Staat abbrechen würde, der etwa Pankow anerkennt?“ Antwort: „... Klar ist – und das haben wir oft genug deutlich gemacht –, daß die Intensivierung der Beziehungen mit Pankow von uns als eine unfreundliche Handlung empfunden wird. Auf unfreundliche Akte anderer Staaten kann man mit verschiedenen gestuften Maßnahmen reagieren ...“

(Bulletin des Presse- und Informationsamtes  
der Bundesregierung vom 13. 12. 1955)

1958:

„Wir waren in der Vergangenheit immer in der Lage, der Bevölkerung zu beweisen, daß der einzige Weg, einen russischen Angriff zu vermeiden, darin besteht, bei einer harten Politik zu verbleiben.“

(Zitiert nach *Der Spiegel* vom 19. 2. 1958)

1959:

„Da Flexibilität nun einmal modern ist, hat Grewe unlängst seine Gedanken über den absoluten Vorgang freier Wahlen auf eine tolldeste Art modifiziert. Als Alternative dazu, so verkündete er vor stauenden amerikanischen Journalisten, könne er sich eine Beschleunigung der Wiedervereinigung auch von einem neuen Volksaufstand in der Zone versprechen. Da schließt sich der verhängnisvolle Kreis, dessen erster Bogen gezogen wurde, als Grewe, der nie Soldat war, 1941 in den ‚Monatsheften für Auswärtige Politik‘ den Angriff auf die Sowjetunion als geschichtliche Mission und als großen, übernationalen Auftrag feierte. Und es bleibt nun die große Frage, ob dieser Mann in Genf seinen nationalen Auftrag richtig zu deuten wissen wird.“

(*Zentralorgan der SPD, Vorwärts*, vom 8. Mai 1959)

Über die von Grewe betriebene Außenpolitik schrieb der Sozialdemokratische Pressedienst im Jahre 1957:

„Jetzt soll also der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, der Ministerialdirektor Professor Dr. Grewe eine Delegation der Bundesregierung nach Washington führen, um dort in einer ‚Arbeitsgruppe‘ den Bemühungen um die deutsche Wiedervereinigung Auftrieb zu geben. Ausgerechnet Herr Grewe! ... Der Mann, der maßgebend an der Ausarbeitung des Saar-Statuts betei-

ligt war, das die Saarländer dann zum Glück mit überwältigender Mehrheit ablehnten. Der Mann, der die dann später gescheiterte EVG mit vorbereiten half. Dieser Herr Grewe soll also jetzt die Politik der Wiedervereinigung neu beleben helfen ...”

*(SPD-Pressedienst vom 23. Februar 1957)*

„Es ist dies jener Herr Professor Grewe, der im Jahre 1928 an der Gründung des Nationalsozialistischen Schülerbundes in Hamburg teilnahm; der im Mai 1933 der NSDAP beitrug; der von 1933 bis 1934 dem NS-Studentenbund angehörte und leitende Funktionen bekleidete; der in den Semesterferien als Schulungsleiter bei der Hitler-Jugend in Altona tätig war; der seit 1935 Mitglied des NS-Rechtswahrerbundes war und des weiteren seine Zugehörigkeit zum NS-Studentenbund niemals bestritten hat; der 1932 in einer Zeitschrift den ‚Liberalismus und Parlamentarismus‘ als ‚Steckenpferd der geistig Zurückgebliebenen‘ bezeichnete und der Meinung Ausdruck gab, ‚das Subjekt der verfassungsgebenden Gewalt ist nicht das Volk, sondern das Heer.‘”

*(Das Deutsche Volkstum – Hamburg 1932,  
zitiert nach der Weltbühne vom 10. Juni 1959)*

Dieser Professor Grewe, der Sprecher der Bundesregierung bei internationalen Konferenzen, bei denen es u. U. um Krieg und Frieden geht, wendet sich keineswegs gegen Professor Grewe, den NS-Völkerrechtler von gestern, sondern er ist vielmehr bestrebt, die Linie der Ribbentropschen Außenpolitik, die schon einmal zum bitteren Ende des Krieges geführt hat, fortzusetzen.

## Professor Dr. Walter Hallstein

Professor Dr. Walter Hallstein avancierte im Dritten Reich im Jahre 1941 zum Ordinarius und Direktor des Instituts für Rechtsvergleichung an der Universität Frankfurt am Main. Er ist seit Jahren bestrebt, auf außenpolitischem Gebiet die bedingungslose Linie des Kalten Krieges und einer neuen deutsch-imperialistischen Aggression bis zum Ural zu vertreten. Im Januar 1958 wurde er, der die Stelle eines Staatssekretärs im Auswärtigen Amte bekleidete, zum Präsidenten der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (mit 85000 DM Jahresgehalt) gewählt. Damit wurde der sehr starke Einfluß der bundesdeutschen Wirtschaft und insbesondere der Schwerindustrie sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Über seine Tätigkeit berichtet eine große, im süddeutschen Raum erscheinende Zeitung:

„... Er (gemeint ist Hallstein – d. Verf.) wurde, im Frühjahr 1950 als Führer der Bonner Schuman-Plan-Kommission eingestellt, als bald zum Apostel der europäischen Integration. Diese Politik, deren Kern die unauflösliche feste militärische und wirtschaftliche Bin-

„dung Westdeutschlands an die Westmächte darstellte, hat Bonn viele Jahre lang vollständig beherrscht ...“

*(Süddeutsche Zeitung vom 9. Januar 1958)*

Anläßlich seiner Rückkehr von Amerika hat er sich eindeutig zu seinen aggressiven politischen Zielen bekannt und definierte in dankenswerter Offenheit, wie er den Begriff „Integrierung Europas“ zu verstehen wünsche. Nach einer Bandaufnahme der „Stimme Amerikas“ ergab sich auf einer Pressekonferenz am 12. März 1952 in Washington folgendes Gespräch zwischen Hallstein und einem Journalisten:

„Sie haben heute Abend vom Schuman-Plan und der Integrierung Europas gesprochen. Möchten Sie uns nicht den Begriff Europa definieren?“ – „Als ich die Schule besuchte, habe ich gelernt, daß Europa in östlicher Richtung bis zu den Uralbergen reicht.“ – „Haben Sie das im Sinn, wenn Sie die Integrierung Europas meinen?“ – „Ja, das ist das, was wir im Sinne haben....“

*(Neue Züricher Zeitung vom 16. März 1952)*

Ebenso bemerkenswert wie diese Äußerungen sind die diesbezüglichen bundesdeutschen Pressekommentare. Der von der CDU herausgegebene „Deutschland-Union-Dienst“ kommentierte Hallsteins Forderungen als ein Zeichen, „das an Weiträumigkeit nichts mehr zu wünschen übrig läßt. Etappen zu diesem Ziel ist die Integration des europäischen Westens, die Wiedervereinigung Deutschlands und endlich der Anschluß des von der bolschewistischen Tyrannei befreiten Osteuropas.“

*(Neue Züricher Zeitung vom 16. März 1952)*

Professor Hallstein zählt zu den Befürwortern der atomaren Ausrüstung. Dazu erklärte er, schon lange ehe die Bundesregierung die Meinung vertrat, es bedeute eine Diskriminierung, wenn die Bundeswehr nicht auch über atomare Waffen verfüge:

„Es gehe nicht an, daß der eine Staat nur atomar, der andere nur mit herkömmlichen Waffen ausgerüstet sei. Die Bundeswehr dürfte nicht schlechter bewaffnet sein als die Soldaten der übrigen Partnerländer.“

*(Frankfurter Allgemeine vom 13. April 1957)*

Die umstrittene Hallstein-Doktrin findet vor allem in der Auffassung ihren Ausdruck, daß man auf keinen Fall das Bestehen eines zweiten deutschen Staates anerkennen könne.

## Herbert Blankenhorn

Wie viele andere hohe Beamte diente auch Blankenhorn dem Dritten Reich gleichermäßen wie der Weimarer Republik und wie er der Bundesregierung des Herrn Konrad Adenauer dient.

Im Jahre 1929 kam er als Attaché in das Auswärtige Amt und avancierte zum Gesandtschafts- und Legationssekretär. Als solcher war er

in Athen, Genf und Washington tätig. Während des Hitlerkrieges amtierte Blankenhorn als Legationsrat der Deutschen Gesandtschaft in Helsinki und Bern. 1945 war er als Legationsrat I. Klasse im Protokoll in der Wilhelmstraße tätig. Das heißt, er diente Hitler bis „fünf nach Zwölf“ und zählte im gleichen Jahr zu den Begründern der CDU in der britischen Zone. Im März 1958 wurde er Generalsekretär der CDU in der britischen Zone und damit einer der engsten Mitarbeiter Dr. Adenauers. 1950 wurde er beauftragt, mit dem Aufbau des neuen AA zu beginnen. Damit wurde sein bisher schon vorhandener Einfluß auf die bundesdeutsche Außenpolitik auch nach außen hin dokumentiert. 1951 machte ihn Dr. Adenauer, der sich in der Zwischenzeit zum Außenminister ernannt hatte, zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt und übertrug ihm die Leitung der politischen Abteilung dieser Behörde. 1953 wurde ihm der Titel „Botschafter“ verliehen.

Der Protokollchef des Quai d'Orsay und französische Diplomat Jacques Dumaine erinnert sich in seinem Tagebuch, „daß Blankenhorn zu jener Zeit im rüden Pathos das ‚Dogma des Pan-Germanismus‘ gepredigt habe: ‚Es bereitete ihm nämlich Vergnügen, seine Gesprächspartner mit Drohreden herauszufordern!.“

Bei den aufgezählten beamteten Politikern handelte es sich niemals um „kleine Nazis“. Sie waren faktisch als Ideologen des Nazismus tätig, und sie denken heute genau wie damals und benutzen die gleichen Gleise einer gefährlichen Politik. Da sie weitgehend für die Politik der Bundesregierung mitverantwortlich sind, dieselbe mitgestalten, mußten sie an dieser Stelle der demokratischen Öffentlichkeit vorgestellt werden.

## Vom Ribbentrop'schen zum Brentano'schen AA

Bei der politischen Vorbelastung der obengenannten Spitzen der Bonner Beamtenhierarchie drängt sich doch die Frage auf, wie es in den unteren Rängen aussieht. Um diese aber erschöpfend beantworten zu können, wäre eine eigene Denkschrift notwendig. Deshalb begnügen wir uns im folgenden mit einigen Tatsachen, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

Über die „Personalpolitik im Auswärtigen Amt“ schrieb 1958 eine katholische Halbmonatsschrift u. a.:

„Bei aller Toleranz halten wir es für falsch, ja für gefährlich, Schlüsselstellungen in den Ministerien und besonders im Auswärtigen Amt mit ehemaligen überzeugten Nationalsozialisten zu besetzen. Schon in jüngster Vergangenheit erfüllte uns die Personalpolitik des Auswärtigen Amtes mit einiger Sorge. Unser Versuch, diese Sor-

gen dem Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten vorzutragen, scheiterte daran, daß Herren der Verbandsleitung der KAB trotz wiederholter Bitten von Herrn Bundesminister von Brentano nicht empfangen wurden ...”

*(Ketteler Wacht – Katholische Halbmonatsschrift für das schaffende Volk in Stadt und Land vom 15. Februar 1958)*

Selbst der als Sprachrohr der Bundesregierung und des Bundeskanzlers Dr. Adenauer geltende „Rheinische Merkur“ fühlte sich zu folgenden Ausführungen bemüßigt:

„Was im Inland vor allem gerügt wurde, und zwar sowohl aus Kreisen der Regierungs- wie der Oppositionsparteien, ist die Berufung des bisherigen Generalkonsuls von Hongkong, Dr. Herbert Dittmann, zum Unterstaatssekretär und des bisherigen Botschafters in Mexiko, Gebhard von Walther, zum Leiter der Personalabteilung. Beide waren wie übrigens auch der neue Leiter der ‚West-Abteilung‘, Botschafter Hasso von Eitzdorf unter Ribbentrop – im Auswärtigen Amt des Dritten Reiches – an nicht ganz unmaßgeblicher Stelle tätig. Dr. Dittmann hatte außerdem vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der 1952 die politische Vergangenheit der höheren Beamten des Auswärtigen Dienstes untersuchte, durch ‚falsche uneidliche Aussage‘ einen schlechten Eindruck gemacht und war daher als ungeeignet bezeichnet worden. Das Auswärtige Amt stellte sich schon damals auf den Standpunkt, daß der Ausschuß ‚zu weit gegangen‘ sei und übernahm Dr. Dittmann trotz des negativen Votums des Ausschusses.“

*(Rheinischer Merkur vom 21. Februar 1958)*

Doch nicht erst im Jahre 1958, sondern schon viel früher, beschäftigten sich Presse und Rundfunk mit der Personalpolitik des Auswärtigen Amtes. In einer Rundfunksendung wurde festgestellt, daß das frühere Auswärtige Amt in Berlin von „den Untaten des nationalsozialistischen Regimes“ Kenntnis gehabt habe und daran die Forderung geknüpft: „daß jeder, der einer Beteiligung an diesen Untaten dokumentarisch überführt werden kann, aus jeder öffentlichen Stellung entfernt wird“. Wörtlich wurde in der Sendung des Bayerischen Rundfunks ausgeführt:

„Nicht nur das Judenreferat und nicht nur die Deutschland-Abteilung befassen sich mit den Untaten des nationalsozialistischen Regimes, auch die sogenannten Urzellen des Amtes, die politische Abteilung und die Rechtsabteilung, wurden in zahllosen Fällen zu Judentransporten, Geislerschießungen und anderen völkerrechtswidrigen Maßnahmen gutachtlich gehört. Denn das Reichssicherheitshauptamt fragte bei Maßnahmen gegen ausländische und staatenlose Juden im Auswärtigen Amt an und reagierte auf die von dort geäußer-

ten Bedenken. Die Antwort des Auswärtigen Amtes lautete immer: ‚Keine Bedenken‘. Der Bericht über die Ermordung von Juden und andere Liquidationsmaßnahmen seien im alten Auswärtigen Amt mitgezeichnet und damit zur Kenntnis genommen worden. Man sollte unterstellen, daß jeder, der pflichtgemäß von diesen Untaten wissen mußte, oder nach der Art seiner Stellung wissen konnte, heute nicht mehr für eine Stellung im Auswärtigen Amt geeignet ist und man muß fordern, daß jeder, der einer Beteiligung an diesen Untaten dokumentarisch überführt werden kann, aus jeder öffentlichen Stellung entfernt wird.“ *(Die Neue Zeitung vom 18. März 1952)*

Im Verlauf dieser Sendung wurde dann die folgende Zusammenstellung bekanntgegeben:

„Personalabteilung: 19 leitende Beamte; davon sind 14 ehemalige Pg. und 18 Mitglieder des Auswärtigen Amtes. Politische Abteilung: 10 Referatsleiter, einschließlich des Leiters der Abteilung; sämtliche Pg. und Mitglieder des alten Auswärtigen Amtes. In der Länderabteilung: 8 Herren; davon 7 Pg. und Mitglieder des Auswärtigen Amtes. Rechtsabteilung: 8 Beamte; davon 5 Pg., 6 altes Amt. Handelspolitische Abteilung: 5 Beamte; sämtliche Pg. und altes Amt. Kulturabteilung: von 4 Beamten 3 Pg. Protokoll: von 3 sind 2 Pg..“

Allerdings hat sich seit dieser Sendung einiges geändert. Aber nicht zum Guten. Ehemals belastete Beamte, die damals noch nicht im Bonner AA oder nur an sehr untergeordneten Stellen tätig waren, sind heute in führenden Positionen und bestimmen maßgebend im alten Geist die Außenpolitik der Bundesrepublik. Dies soll an den folgenden Beispielen demonstriert werden:

BRÄUTIGAM, Dr. Otto; wurde im Jahre 1941 zum Verbindungsmann zwischen dem Minister für die besetzten Ostgebiete, dem Hauptkriegsverbrecher Rosenberg, und dem „Führerhauptquartier“ ernannt. So schrieb er z. B. am 11. Juli 1941, als er die eben erst eroberten Ostgebiete bereiste, in sein Tagebuch:

„Unter unserer stillschweigenden Duldung wurden zahlreiche Judenpogrome von der litauischen Hilfspolizei durchgeführt.“

Am 14. September 1941 brachte Bräutigam in seinem Tagebuch sehr detaillierte Angaben über die Pläne zur Verbannung und Ermordung aller Juden Zentraleuropas. Wörtlich heißt es hier:

„Der Reichsleiter hat die Verschickung aller Juden Zentraleuropas in die östlichen, unter unserer Verwaltung stehenden Gebiete in Aussicht genommen und hat telegrafisch den Auftrag erhalten, die Zustimmung des Führers zu diesem Projekt herbeizuführen.“

Auf eine Anfrage vom 15. November 1941, ob diejenigen Juden, die für Arbeiten im Interesse der deutschen Kriegsführung notwendig waren, vorläufig von „Sondermaßnahmen“ – darunter verstanden

die Nationalsozialisten die Ausrottung – verschont bleiben sollen, ordnete Bräutigam am 18. Dezember 1941 an, daß die Liquidierungsmaßnahmen ohne Rücksicht auf „wirtschaftliche Belange“ durchzuführen sei. Diese Anweisung Bräutigams führte in Lettland zur Ermordung von 85 000 Juden.

Am 13. März 1942 unterzeichnete Bräutigam einen „Evakuierungsbefehl“ für 110 000 rumänische Juden aus dem Gebiet der Bukowina und Bessarabien. Diese Menschen wurden in abgelegene Wälder im Gebiet des Bug getrieben und dort ermordet.

Dr. Bräutigam war jahrelang in der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes tätig und wurde erst nach dem Bekanntwerden seines Tagebuches „beurlaubt“. 1959 wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Gegenwärtig ist er als Generalkonsul der Bundesrepublik in Hongkong tätig. Diese Rehabilitierung erfolgte auf Grund des Gutachtens einer vom Auswärtigen Amt eingesetzten Untersuchungskommission.

Zu der Arbeit dieser Kommission und deren Folgen schrieb eine der CDU nahestehende Zeitung u. a.:

„Im Oktober 1941 hatte sich das Reichssicherheitshauptamt darüber beschwert, daß der Reichskommissar Ostland, Lohse, Judenexekutionen in Litauen unterlassen habe. Lohse fragte bei der vorgeetzten Stelle, ob denn alle Juden hingerichtet werden sollten, ohne Rücksicht auf Alter, Geschlecht und wirtschaftliche Interessen. Unter diesem Vorwand suchte er also den Henkern einen Teil ihrer Opfer zu entreißen. Unterstütze Bräutigam diese Absicht? Es kam folgende Antwort:

„Betrifft Judenfrage:

In der Judenfrage dürfte inzwischen durch mündliche Besprechung Klarheit geschaffen sein. Wirtschaftliche Belange sollen bei der Regelung (!) des Problems grundsätzlich unberücksichtigt bleiben. Im übrigen wird gebeten, auftauchende Fragen unmittelbar mit dem höheren SS- und Polizeiführer zu regeln.“ (also den willfähigen Vollstreckern der Mordbefehle)

Unterschrieben war diese Anweisung: Im Auftrag: Bräutigam.

*(Frankfurter Neue Presse vom 9. Juli 1957)*

DITTMANN, Herbert; Dittmann wurde im Jahre 1958 Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt. Über ihn schrieb der der SPD nahestehende Parlamentarisch-Politische Pressedienst:

„Herbert Dittmann, der neue Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, ist von dem Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung der gegen das AA erhobenen Vorwürfe, den der erste Bundestag eingesetzt hatte, nicht in erster Linie wegen seiner NS-Vergangenheit (Pg seit 1937), sondern wegen des begründeten Verdachts, daß er vor

dem Untersuchungsausschuß falsche uneidliche Aussagen gemacht habe, abgelehnt worden. Er hat dem Ausschuß eine, wie der Ausschuß es formulierte, absichtlich verschleierte Darstellung über die Umstände gegeben, die Dittmann und andere, darunter Blankenhorn, im Zusammenhang mit der Verurteilung des früheren Juden-Referenten des AA (Referat DIII), Rademacher, belasteten."

*(Parlamentarisch-Politischer Pressedienst vom 3. 2. 1958)*

MOHR, Dr. Ernst Günther; gehörte seit 1935 der NSDAP an. Mohr war 1933 als Attaché zunächst in China, dann (1936) als Legationssekretär tätig. Im Auswärtigen Amt Hitlers hatte man besonderes Vertrauen zu ihm. War ein Generalkonsulat oder Konsulat „schwach besetzt“, dann wurde Mohr dorthin geschickt. Durch seine aktive Tätigkeit in der NSDAP sicherte er seine Karriere.

Während des Zweiten Weltkrieges hatte Mohr als Stellvertreter des ehemaligen NSDAP-Landesgruppenleiters und Gesandten Bene in Holland großen Anteil an der Einlieferung holländischer Juden in das Vernichtungslager Mauthausen. Laut Urkundenband 60 B des Wilhelmstraßen-Prozesses hat Mohr in Den Haag Berichte über Deportationsmaßnahmen abgefaßt. Das Dokument NG – 2805 vom 26. Februar 1941 beweist es.

1944 war der NS-Diplomat Mohr im Auswärtigen Amt in der Politischen Abteilung mit der Leitung des Sonderreferats I m beauftragt. Dieses Referat hatte die Aufgabe, die Verbindung des Auswärtigen Amtes zum Oberkommando der Wehrmacht und zu den drei Wehrmachtsteilen herzustellen. Bis 1955 wurde Mohr als Botschafter außerhalb der Bundesrepublik untergebracht, da man glaubte, es sich noch nicht leisten zu können, einen solchen exponierten Nationalsozialisten in der Bundeshauptstadt selbst zu beschäftigen. Dann wurde er Chef des Protokolls im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik und im Februar 1958 Botschafter in Bern, obwohl sich die Schweizer Presse entschieden dagegen gewandt hatte. Eine große Schweizer Zeitung schrieb hierüber:

„Ein solcher Mann hat in der Schweiz nichts zu suchen, auch wenn man ihm nicht mehr vorwerfen kann als mit dabei gewesen zu sein, Protokolle über die Deportationen angefertigt und Berichte nach Berlin durchgegeben zu haben.

Wer auf diese Weise die administrativen Arbeiten miterledigen half, die sich bei der Durchführung des größten Verbrechens aller Zeiten ergaben, mag im ‚neuen‘ deutschen Auswärtigen Amt noch zu hohen Spitzenpositionen erklimmen – in der Schweiz ist er unerwünscht und es ist zu erwarten, daß der Bundesrat Dr. Mohr das Agreement nicht erteilen wird.“

*(National-Zeitung Basel vom 6. Februar 1958)*

Dr. Heinz TRÜTZSCHLER VON FALKENSTEIN; über ihn schrieb der „Spiegel“ am 6. 4. 1955 u. a.:

„Er gehört seit 1934 dem Auswärtigen Amt an; 1940 trat er in die NSDAP ein, und

während des ganzen Krieges verfaßte er die ‚Sprachregelungen‘ des Auswärtigen Amtes für die Auslandsmissionen, teils allein, teils gemeinsam mit anderen. Er wirkte bei der Herausgabe etlicher nationalsozialistischer ‚Weißbücher‘ – Dokumentensammlungen für NS-Propagandazwecke – mit und wurde 1944 von Ribbentrop zum Sekretär des sogenannten ‚Europa-Ausschusses‘ im Auswärtigen Amt ernannt. Dieser Ausschuß sollte Unterlagen sammeln, ‚die zur künftigen Regelung der neuen europäischen Ordnung nach Kriegsende dienen ... Es steht jedoch bereits jetzt fest, daß das zukünftige Europa nur Bestand haben kann, wenn Groß-Deutschlands Vorherrschaft mit Erfolg behauptet wird.‘

Trützscher kam nach Kriegsende in automatischen Arrest und wurde 1948 von der Spruchkammer Wiesbaden entlastet. Hauptgrund: Er habe sich geweigert, sich in den Führerstab Ribbentrop eingliedern zu lassen und sei bei Beförderungen übergangen worden. Trützschers enorme Karriere: 1934: Attaché; 1936: Vizekonsul; 1941: Legationsrat; 1944: Legationsrat 1. Klasse. ...

Der Ausschuß spricht sich gegen eine Verwendung von Dr. Trützscher von Falkenstein im Ausland aus.

Gründe: Eine Verwendung des Mannes, der während des ganzen Krieges in der Politischen Abteilung – sprachregelnd – an der Gestaltung der Kriegspropaganda beteiligt gewesen ist, würde das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland schädigen ...

Ein jugoslawischer Sprecher in Bonn, der gefragt wurde, warum seine Regierung den Ministerialdirektor Trützscher als Botschafter ablehne, antwortete: ‚Wir wollen uns an der Brüskierung des deutschen Parlamentes nicht beteiligen‘.

Der Dr. Trützscher aber wurde – als Belohnung dafür, daß Tito ihn ablehnte – an Stelle des seit langem für diesen Posten vorgesehenen Mexiko-Botschafters, Fritz von Twardowski, zum Leiter der Kulturabteilung des AA befördert.“ *(Der Spiegel vom 6. April 1955)*

Wir haben uns auch im Falle des Bonner Auswärtigen Amtes darauf beschränkt, nur einige wenige der ehemaligen NS-Diplomaten zu nennen, die heute wieder maßgeblich die Politik der Bundesregierung beeinflussen. Doch um den Lesern dieser Schrift ein Bild zu vermitteln, wie stark die Leibstandarte Ribbentrops im bundesdeutschen Außenministerium vertreten ist, sei im folgenden eine ebenfalls keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebende Aufstellung von NS-Diplomaten wiedergegeben:

BALGEN, von, Werner, Dr.

Auswärtiges Amt Bonn:

Ministerialdirigent, Leiter der Abteilung Handelspolitische Beziehungen zu fremden Staaten.

Auswärtiges Amt Ribbentrop:

Seit 1933 Mitglied der NSDAP. Er arbeitete bis 1937 in der Rechtsabteilung des Außenministeriums. Von 1937 bis 1940 Gesandtschaftsrat bzw. Botschaftsrat in Brüssel und später Leiter des Referats Westeuropa und Mitverantwortlicher an der Verschickung und Ermordung belgischer und französischer Juden.

ETZDORF, von, Hasso

Auswärtiges Amt Bonn:

Leiter der Westabteilung.

Auswärtiges Amt Ribbentrop:

Bis 1938 diplomatische Tätigkeit in Tokio, Rom.

Von 1938 bis 1944 Vertreter des AA beim Oberkommando der Wehrmacht.

Von 1924 bis 1933 war er Mitglied des „Stahlhelm“ und trat 1933 der NSDAP bei.

Mitgliedsnummer 3 286 356. Am 30. Juni 1938 wurde Etzdorf Sturm-  
bannführer der SA und wegen besonderer Verdienste um das Hitler-  
Regime für die Beförderung zum SA-Standartenführer vorgeschlagen.

HOLLEBEN, von, Werner

Auswärtiges Amt Bonn:

Leiter des Konsulats in Boston

Auswärtiges Amt Ribbentrop:

Personalreferent des „Reichsprotektors für Böhmen und Mähren“ in der Ära von Neurath.

JUNKER, Werner, Dr.

Auswärtiges Amt Bonn:

Bis 1956 Leiter der Abteilung „Handelspolitische Beziehungen zu fremden Staaten“ und dann Botschafter in Argentinien.

Auswärtiges Amt Ribbentrop:

Diplomat in China. Unmittelbar nach seinem Eintritt in die NSDAP wurde Junker Leiter der Pressestelle der Landesstelle China der Auslandsorganisation der NSDAP.

KASLER, Rudolf, Dr.

Auswärtiges Amt Bonn:

Im Diplomatischen Dienst in Bonn tätig.

Auswärtiges Amt Ribbentrop:

Im Diplomatischen Dienst in Dänemark tätig und außerdem „Landesgruppenrechtsamtsleiter“ der NSDAP.

KORDT, Theo, Dr.

Auswärtiges Amt Bonn:

In Athen und dann in den Ruhestand getreten.

Auswärtiges Amt Ribbentrop:

1938/39 Geschäftsträger in London und Gesandter in Bern. Bekleidete die Funktion eines Amtswalters bei der NSDAP, „Landesgruppenrechtsamtsleiter“ der NSDAP.

MALTZAN, Freiherr von, Vollrath, Dr.

Auswärtiges Amt Bonn:

Bis zur Versetzung in den Ruhestand Botschafter in Paris.

Auswärtiges Amt Ribbentrop:

1935 bis 1941 Legationsrat. Ihm unterstand die Wirtschaftspolitische Abteilung der Länder Frankreich, Belgien und Holland und deren Kolonialgebiete.

NOEBEL, Hans-Heinrich

Auswärtiges Amt Bonn:

Bis 1956 Mitarbeiter in der Politischen Abteilung, dann an der Botschaft in Belgrad tätig und wird 1957 zur Botschaft in San Salvador versetzt.

Auswärtiges Amt Ribbentrop:

Für Sonderaufträge tätig.

NOSTIZ, von, Gottfried

Auswärtiges Amt Bonn:

Vortragender Legationsrat, Abteilung West I

Auswärtiges Amt Ribbentrop:

In der Politischen Abteilung tätig. 1935 Mitarbeiter an der Botschaft in Wien und später in Genf.

RANDOW, von, Elgar

Auswärtiges Amt Bonn:

1950 Gesandtschaftsrat in Djakarta und 1957 mit der Leitung der Gesandtschaft in Ragun beauftragt.

Auswärtiges Amt Ribbentrop:

Diplomat in China und für die nationalsozialistische Propaganda verantwortlich.

REICHERT, Ritter von

Auswärtiges Amt Bonn:

Generalkonsul in Istanbul

Auswärtiges Amt Ribbentrop:

Verbindungsmann zur italienischen Regierung und Funktionär der „NS-Landesgruppe“ Italien.



Der Simon-Prozeß ...



... ein unhaltbares Urteil!



Der Pfarrer von Reubach mit dem Originalplakat, in dem die Hinrichtung der Brettheimer Bürger der Bevölkerung mitgeteilt wird.

Als typisch dafür, wie bei der bundesdeutschen Justiz die Bewältigung der Vergangenheit gehandhabt wird, kann der Fall Simon gelten, der, man kann die Dinge drehen und wenden, wie man will, zu einem Justizskandal angewachsen ist.

Unmittelbar vor Kriegsende, als Deutschland vom Osten und vom Westen her bereits von feindlichen Armeen überflutet war und jeder, vor allem aber jeder militärische „Fachmann“, klar erkennen mußte, daß die von den Alliierten geforderte bedingungslose Kapitulation nur noch eine Angelegenheit von Stunden, höchstens Tagen war, ließen der SS-General Simon, der Wehrmacht-Major Ernst Otto und der SS-Sturmbannführer Gottschalk drei Bürger des Dörfchens Brettheim bei Rothenburg ob der Tauber erhängen, weil sie ihr Dorf vor der restlosen Vernichtung retten wollten. Ihr „Verbrechen“ bestand darin, daß sie einigen Jugendlichen, die man mit Panzerfäusten ausgerüstet hatte, diese Panzerfäuste abnahmen.

Im Jahre 1954 (!) wurde endlich in Ansbach (Bayern) ein Verfahren gegen Simon, Otto und Gottschalk eröffnet. Im Oktober 1955 kam es dann endlich zur Verhandlung vor einem Schwurgericht.

Dank der Verhandlungsführung des Ur-Alt-Pg. Landgerichtsdirektor Dr. Andreas Schmidt, seit 1927 Mitglied der NSDAP und Ludendorff-Anhänger, wurden nicht nur die Angeklagten freigesprochen, sondern ihre Opfer noch nachträglich verurteilt. Doch noch ungeheuerlicher als das Verhalten des Richters, der beispielsweise die Belastungszeugen oft gar nicht zu Ende sprechen ließ, war die Begründung des Freispruchs durch den Alt-Pg. Schmidt, der sich in seiner Polemik gegen die Opfer dieser Verbrechen zur NS-Justiz bekannte. Er brachte dem Verhalten seiner Gesinnungsfreunde weitgehendes Verständnis entgegen. So auch der Ermordung der beiden Männer, die sich weigerten, das Todesurteil gegen einen ihrer Mitbürger zu unterschreiben. Nach Ansicht des Richters hätten die beiden

*„damit zwar nicht Wehrkraftzerstörung begangen, wohl aber sei Herrn Simon und seinen Helfern nicht zu widerlegen gewesen, daß sie ihrerseits in dieser Verweigerung der Unterschriften den Tatbestand der Wehrkraftzerstörung für gegeben hielten und daß sie geglaubt hätten, daß keine andere Wahl als die Todesstrafe bestanden habe.“*

Des weiteren erklärte dieser NS-Richter im Jahre 1955, *„die Bauern hätten ja nur den Hitlerjungen nicht die Panzerfäuste abzunehmen brauchen, dann hätte es weder ein Standgericht noch Gehenkte gegeben“*. Das heißt mit anderen Worten, sie, die Opfer, sind schuldig, weil sie einige

Der Simon-Prozeß.

(Aus Kurt Hirsch „Die Blutlinie“, Röderberg-Verlag, Frankfurt am Main 1960.)

SIMONIS, Susanne

Auswärtiges Amt Bonn: Konsulin in Glasgow.

Auswärtiges Amt Ribbentrop:

Funktionärin der NS-Frauenschaft und Mitarbeiterin der Botschaft in Tokio.

STECHOW, von, Johann

Auswärtiges Amt Bonn:

Botschaftsrat in Kopenhagen.

Auswärtiges Amt Ribbentrop:

Legationsrat in der Politischen Abteilung.

STELZER, Gerhard, Dr.

Auswärtiges Amt Bonn:

Gesandtschaftsrat I. Klasse in Neu-Delhi.

Auswärtiges Amt Ribbentrop:

Vizekonsul in Posen und Geschäftsträger in Bukarest.

SCHLITTER, Oskar

Auswärtiges Amt Bonn:

Botschaftsrat in London. Anlässlich einer Weihnachtsfeier bezeichnete seine Frau England als „feindliches Ausland“. Darauf erfolgte unter dem Druck der britischen Öffentlichkeit seine Abberufung. Er ist wieder im gleichen Rang in Rom tätig.

Auswärtiges Amt Ribbentrop:

An der Botschaft in Washington und London. Er trat als einer der ersten deutschen Diplomaten schon im Jahre 1933 der NSDAP bei.

SCHWARZMANN, Hans, Dr

Auswärtiges Amt Bonn:

Legationsrat.

Auswärtiges Amt Ribbentrop:

Diplomatische Tätigkeit in Kopenhagen und Algier. Zeitweilig enger Mitarbeiter von Ribbentrop.

THOMSON, Henning, Dr.

Auswärtiges Amt Bonn:

In der Politischen Abteilung tätig.

Auswärtiges Amt Ribbentrop:

Verbindungsmann des AA zum SD.

WERZ, Luitpold, Dr.

Auswärtiges Amt Bonn:

Botschaftsrat und stellvertretender Botschafter in Madrid.

Auswärtiges Amt Ribbentrop:

In verschiedenen Konsulaten Südafrikas tätig und stand in enger Zusammenarbeit mit dem SD.

Fassen wir zusammen: 69 ehemalige NS-Diplomaten sind heute wieder im Auswärtigen Amt, bei verschiedenen Botschaften sowie in internationalen Organisationen und Behörden tätig!

Von über 70 Botschaften und Gesandtschaften der Bundesrepublik werden 51 von Ehemaligen NS-Diplomaten geleitet. Über 80 Prozent der höheren Beamten im Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik waren bei Ribbentrop tätig!

Diese massive Wiederverwendung der ehemaligen NS-Diplomaten gefährdet nicht nur die demokratische Entwicklung innerhalb und außerhalb unseres Landes, sondern verstößt auch gegen das Potsdamer Abkommen. Dieses lautet u. a.:

„... alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen, es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können ... Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine evtl. friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten...“

## Die unbewältigte Vergangenheit in der Justiz ...

Die Tatsache, daß in der Justiz zahlreiche frühere belastete NS-Staatsanwälte und -Sonderrichter wieder in z. T. hohen Positionen tätig sind, hat in der ganzen Welt ungeheueres Aufsehen erregt. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung beschäftigen sich der Bundestag und verschiedene Länderparlamente mit dieser Situation. Die Echtheit der belastenden Dokumente, die von Seiten der Deutschen Demokratischen Republik, der Tschechoslowakei und Polen zur Verfügung gestellt wurden, konnten nicht bestritten werden. Auf Grund dieser Unterlagen sowie eigener Ermittlungen haben die VVN bis zum heutigen Tage gegen 134 der am stärksten belasteten ehemaligen NS-Staatsanwälte und -Sonderrichter Strafanzeige erstattet.

Hier einige Namen von NS-Juristen, die sich trotz der als richtig anerkannten Unterlagen noch immer in Amt und Würden befinden:

Dr. Kurt BELLMANN, geb. am 29. 1. 1901 in Kiel, war während der Nazizeit Vorsitzender der Kammer am Sondergericht des deutschen Landgerichts in Prag im Rang eines Landgerichtsdirektors. Er hat an einer Unmenge von Prozessen gegen tschechische Patrioten teilgenommen und ist an insgesamt 110 Todesurteilen beteiligt. Heute übt er das Amt eines Landgerichtsdirektors am Landgericht in Hannover aus.

Dr. BRUCHHAUS. Er war Staatsanwalt beim sogenannten „Volksgerichtshof“ und ist heute Staatsanwalt in Wuppertal. Er hat an Todesurteilen gegen die deutschen Antifaschisten Hermann Häuslein

aus Frankfurt am Main, Walter Richey aus Dortmund Barop-Hörde, an dem Arzt Dr. Alois Geiger, Profelfelden/Bayern, Willi Seng, Friedrich Beuttel, Alfred Kamradt und anderen mitgewirkt.

Dr. FELMY, ehemaliger Staatsanwalt an den Sondergerichten Thorn und Graudenz, steht auf der polnischen Kriegsverbrecherliste unter der Nr. 80/192. Unter Anwendung der faschistischen Zwangsgesetze beantragte er die Todesstrafe gegen die polnischen Staatsbürger Franz Strzemiński, Josef Stance, Franz Kosłowski, Konrad Szymanski und viele andere, die alle hingerichtet wurden. Am 16. Juni 1944 stand der polnische Arbeiter Anton Stachowiak aus Potzneusiedel vor dem Sondergericht, an dem Felmy Staatsanwalt war. Die Anklage lautete auf „öffentliche Zusammenrottung“ (Aktenzeichen: [4] 6 Sg. KLs. 56/45). Stachowiak wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Dr. GABRISCH war unter Hitler Staatsanwalt in Maribor, SS-Hauptsturmführer. Er steht auf der jugoslawischen Kriegsverbrecherliste unter Nr. A-16/1066. Er ist heute Landgerichtsdirektor in Hannover und arbeitet für das niedersächsische Justizministerium.

Dr. Oskar HAIDINGER war Landgerichtsrat am Sondergericht in Lodz. Heute ist er Bundesrichter am Bundesgerichtshof.

Dr. Franz LUDWIG, geb. 7. 4. 1899 in Mainz, war unter Hitler Oberstaatsanwalt am Sondergericht des deutschen Oberlandesgerichts in Prag. Als solcher hat er unter anderem an folgenden Todesurteilen mitgewirkt:

Gegen Richard Bloch aus Warschau, geb. 5. 7. 1916, wegen „unbefugter Grenzüberschreitung“; gegen Otakar Zapotecky aus Prag, Ladislav Dlesk aus Wien, Emilie Flunkova, geb. Casenska, aus Prag, Svatopluk Cila aus Prag, Vaclav Dryak aus Leipzig, Walter Lewit aus Leipzig, Yvonne Livitova, geb. Ehrlichova, aus Leipzig, Marianne Goitz-Goldlustova aus Leipzig, Josef Goldschmidt aus Prag, Ervin Samek aus Prag wegen Unterstützung von Personen, die sich aus Rassegründen der Deportation entzogen haben oder sich selbst entziehen wollten. Sie wurden am 6. 10. 43 hingerichtet bzw. der Gestapo zur „Liquidierung“ übergeben. Auf das Konto von Dr. Ludwig kommen noch weiter, mindestens 50 (fünfzig), Todesurteile aus ähnlichen Gründen. Dr. Ludwig ist heute als Staatsanwalt in Düsseldorf tätig.

Dr. Hans RHEDER-KNÖSPEL, geb. am 1. 2. 1905, war einmal Erster Staatsanwalt beim NS-Sondergericht in Prag. Heute ist er noch Staatsanwalt in Heidelberg.

Da gibt es unter dem Aktenzeichen 4 KLs 220/44 – V. – 1444/44 ein Urteil „Im Namen des deutschen Volkes“ vom 23. August 1944, in dem ein Werkschutzmann Jaroslaus Kotera und ein Oberwachmann Wenzel Vlasák zum Tode verurteilt wurden, weil sie in einem Ge-

spräch während des Werkschutzdienstes bedauerten, daß das Attentat auf den Führer mißlungen sei. Das wurde als Sabotage betrachtet und die beiden Tschechen hingerichtet. In der Urteilsbegründung heißt es:

„... Die Person des Führers verkörpert den Gedanken der europäischen Ordnung, Kultur und Zivilisation. Äußerungen, wie die der beiden Angeklagten, sind geeignet, die Bevölkerung des Protektorates politisch zu verhetzen und dadurch das friedliche Zusammenleben der deutschen und tschechischen Bevölkerung dieses Raumes zu beeinträchtigen. Da dieses friedliche Zusammenleben ein wichtiges Erfordernis für die Stärke des Großdeutschen Reiches und damit die europäische Ordnung bedeutet, muß ein schwerer Sabotagefall im Sinne der Sabotage-VO. angenommen werden. Beide Angeklagte sind demgemäß der Todesstrafe verfallen. Diese Strafe trifft sie völlig verdient. Sie haben durch ihre Tat das deutsche Volk und die gesamte europäisch denkende Protektoratsbevölkerung aufs schwerste verletzt. Nach dem gesunden Empfinden des Volkes verdient der, der den Tod des Führers und damit den Untergang der europäischen Kultur wünscht, selbst den Tod.“

Erste Staatsanwalt als Beamter der Staatsanwaltschaft bei diesem Urteil war Rehder-Knöspel.

Am selben Tage wurde auch der kaufmännische Angestellte Kurt Kasper zum Tode verurteilt, weil er ebenfalls öffentlich bedauerte, daß das Attentat auf den Führer mißlungen sei. In der Urteilsbegründung wird erklärt, daß die Mutter des Angeklagten sich im Ghetto Theresienstadt befindet, weil sie Jüdin ist. Weiterhin heißt es (und dies klingt wie ein Hohn!):

„... Als jüdischer Mischling wäre er zu besonderer Loyalität verpflichtet gewesen. Gegen diesen Grundsatz hat er aufs schwerste verstoßen. Im übrigen entspricht es durchaus dem gesunden Volksempfinden, daß derjenige, der dem Führer den Tod wünscht und damit zum Ausdruck bringt, daß er den Untergang der ganzen europäischen Kultur herbeisehnt, selbst den Tod erleidet.“ Auf den Gerichtsakten unter dem Aktenzeichen 4 KLs 221/44 V. – 1445/44 steht als Erster Staatsanwalt und Beamter der Staatsanwaltschaft der Name Rehder-Knöspel.

Am 8. Februar fand ein Massenprozeß gegen 15 „Protektoratsangehörige“ statt (Aktenzeichen 8 KLs 27/44 – V. – 202), weil sie „Sabotage durch Begünstigung und Nichtanzeige eines Reichsfeindes begingen“, d. h. einen sowjetischen Kriegsgefangenen mit Lebensmitteln und Kleidungsstücken unterstützten.

Sieben der Angehörigen, darunter zwei Frauen wurden zum Tode, ein weiterer zu fünf Jahren Zuchthaus, vier weitere zu vier Jahren

Zuchthaus, drei Frauen zu drei Jahren, zu zwei Jahren und sechs Monaten bzw. zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es über den Hauptangeklagten Cenek Fuksa, daß er seit 1938 Gemeindevorsteher in Lipkowitz war, nicht politisch organisiert war, aber mit der sozialdemokratischen Partei sympathisierte und auch deren Liste wählte.

Eine besondere Ungeheuerlichkeit dieses Prozesses war, daß Rehder-Knöspel selbst nicht davor zurückschreckte, die im sechsten Monat schwangere Ružena Hering hinrichten zu lassen, da „die Angeklagte dem Kriegsgefangenen Kleidungsstücke gegeben hatte ..., die Verantwortung für die Festigkeit der inneren Front, die heute wichtiger ist denn je, verbietet es, aus der Tatsache der Schwangerschaft etwa einen Freibrief für Handlungen gegen die innere Sicherheit des Reiches zu machen.“

Diese Liste des Grauens läßt sich mit vielen weiteren Todesurteilen und unmenschlichen Zuchthausstrafen fortsetzen.

## ...und in den bundesdeutschen Amtsstuben

Es wird heute sehr viel von der sogenannten unbewältigten Vergangenheit gesprochen. Sie begegnet uns bei den verschiedenen bundesdeutschen Behörden auf zwei Füßen.

Wir meinen die ehemaligen NS-Beamten, die heute wieder in der höchsten Hierarchie zu finden sind. Hier verdient vor allem das Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsbeschädigte Professor Oberländers Erwähnung.

Die Machteroberung durch ehemalige nationalsozialistische Beamte war dort allerdings erst durchführbar, nachdem die meisten der Beamten, die im Verdacht einer demokratischen Gesinnung standen, versetzt oder entfernt worden waren. Hier eine sehr unvollständige Liste der Mitarbeiter Oberländers im Vertriebenenministerium:

Personalreferent im Ministerium ist der ehemalige NS-Bürgermeister Dr. KRISCHKER.

Ministerialrat Dr. Habenicht war Mitglied der NSDAP und ist jetzt Funktionär des BHE.

Der Oberregierungsrat und Referent für die Eingliederung und Betreuung der jugendlichen Flüchtlinge ist der ehemalige HJ-Bannführer KUTZNER.

Regierungsrat und Sachbearbeiter für Haushalt-Kassen- u. Rechnungswesen ist der ehemalige SS-Mann RETTKOWSKI.

Das ehemalige NSDAP-Mitglied RUBENSTROTH-BAUER ist stellvertretender Leiter des Referats zur Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Landwirtschaft.

Die persönliche Sekretärin des Ministers, Frau REUTER, gehörte ebenfalls der NSDAP an.

Zum Pressechef ernannte er Dr. SCHLICKER. Er hatte im Dritten Reich als NS-Redakteur bei den „Dresdner Neuesten Nachrichten“ die notwendige Presseerfahrung gesammelt. Dr. Schlicker war vorher SA-Führer.

Andere hohe Beamte mit „völkischer“ bzw. „gelber“ Vergangenheit:  
 Dr. Viktor ASCHENBRENNER,  
 heute: Regierungsrat bei der Hessischen Landesregierung, gestern: Gauwart der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ und wurde am 30. Januar 1942 „zum Gau-Hauptstellenleiter der NSDAP“ ernannt.  
 BRUNNER

heute: Ministerialdirektor im Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Bayern) und Leiter der Abteilung IV (Verkehr),  
 gestern: Mitarbeiter der Ministerialkanzlei des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda. In der internationalen Kriegsverbrecherliste ist er unter der Nr. 25 b x / GK /154 geführt.

DEETJEN, Hans,

heute: Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,  
 gestern: Leiter der Abteilung Propaganda im Reichsnährstand.

ESSER, Werner,

heute: Seit Dezember 1959 wieder an der Spitze der Abteilung Statistik im Bundesvertriebenenministerium. Von dort mußte er unter dem Druck der öffentlichen Meinung ausscheiden. Damals schrieb ihm Minister Oberländer, dessen ehemaliger „Leibfuchs“ er war:

„Lieber Leibfuchs, der Druck war zu stark gegen Dich, und so muß ich Dich vorübergehend von der Leitung der Abteilung Statistik entbinden. Du, lieber Leibfuchs, wirst sie aber eines Tages wiederbekommen.“ – Er hat sie wiederbekommen.

gestern: im Reichsinnenministerium des Dritten Reiches tätig.

GOLDSCHMIDT,

heute: Leiter der Abteilung DPs im Ministerium Oberländer.  
 gestern: Schaltete im Sinne der Nationalsozialisten die deutsche Presse und die deutschen Kulturorganisationen in Ungarn gleich. Unterhielt in dieser Funktion Kontakte zu rechtsradikalen Gruppen, wie den „Pfeilkreuzlern“, der „Eisernen Garde“. Diese Verbindungen pflegt er in seiner heutigen Funktion wieder.

Professor HUNKE, Heinrich,

heute: Staatssekretär in Niedersachsen,  
 gestern: Ministerialdirektor, Ratsherr, Mitglied des Reichstags, Gauwirtschaftsberater in Berlin.

Professor Dr. KEYSER, Erich,

heute: Leiter und Vorsitzender einer der vielen „Institutionen“, die sich mit der Ostforschung beschäftigen. Er bekleidet diese Funktion an der „Forschungsstelle“ des Instituts Marburg,

gestern: Als NS-Kulturpropagandist in Danzig.

Helmut LEMKE,

heute: Landesminister

gestern: NS-Bürgermeister in Eckernförde/Schleswig.

Professor MAUNZ, Theodor,

heute: Kultusminister in Bayern,

gestern: NS-Professor. Mitarbeiter antisemitischer Institute. Hielt in Anwesenheit von Streicher Vorträge über Themen wie „Judentum in der Verwaltungsrechtsforschung“.

NÜSSLEIN,

heute: In der Personal- und Verwaltungsabteilung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik tätig und für allgemeine Personalangelegenheiten verantwortlich,

gestern: Mitarbeiter beim NS-Staatsminister in Böhmen und Mähren und als Staatsanwalt für die Ermordung mehrerer tschechischer und slowakischer Bürger verantwortlich.

ROSS,

heute: Vizepräsident im Verwaltungsbezirk Oldenburg,

gestern: hoher Beamter im NS-Ministerium des Landes Oldenburg.

SOMMER, Karl

heute: Referent für Kriegsfolgeschäden im Innenministerium des Landes Hessen in Wiesbaden,

gestern: War schon 1930 Mitglied der NSDAP und trat 1931 der SA bei. 1933 kam er zur Gestapo und von 1934 bis 1937 leitete er die SD-Außenstelle Bonn. Zur gleichen Zeit fungierte er als Kreisorganisationsleiter und Kreisleiter der NSDAP Bonn.

SCHELLHAUS, Erich

heute: Vertriebenenminister in Niedersachsen,

gestern: NS-Bürgermeister in Salzbrunn.

STANGE, Alfred,

heute: Professor für Kunstgeschichte an der Universität Bonn,

gestern: Hauptlektor im „NS-Amt für Schrifttumspflege“.

TIMM,

heute: In Schleswig-Holstein im Ministerium für Arbeit, Soziales und Vertriebene, Leiter der Abteilung II (Arbeit),

gestern: Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz. Unter seiner persönlichen Leitung wurden zahllose Männer, Frauen und Ju-

gendliche aus Polen und Frankreich zwangsweise nach Deutschland deportiert. Er ist unter der Nr. 38 b x / GK 303 auf der internationalen Kriegsverbrecherliste zu finden.

VENTZKI, Werner

heute: Stellvertretender Leiter der Berliner Außenstelle des sogen. Vertriebenen-Ministeriums,

gestern: 1930: Mitarbeiter der Gaubetriebszellenorganisation Pommern; 1931:

Mitglied der NSDAP; 1933: Personalamtsleiter der Kreisleitung Groß-Stettin,

Reichspropagandaredner, Gauamtsleiter in Posen; 1934: Leitung des Gauamtes für Volkswohlfahrt; 1941: Oberbürgermeister von Litzmannstadt (Lodz). Im gleichen Jahr erhielt er aus den Händen Hitlers das Goldene Parteiabzeichen. – Ein seinerzeitiger Untergebener Ventzkis, und zwar der Stadtangestellte Wilhelm Bibo, der die Überführung aus dem Lodzer Lager nach Auschwitz durchführte, wurde von deutschen Gerichten für schuldig befunden, nach Polen ausgeliefert und ist dort hingerichtet worden. Bibo war im Gegensatz zu Ventzki nach Litzmannstadt dienstlich verpflichtet worden, während der Letztere in seiner parteiamtlichen Funktion tätig war.

WOLLSRAHM,

heute: Persönlicher Referent des Bundesvertriebenenministers Oberländer,

gestern: SS-Sturmführer und Mitglied der NS-Umsiedler-Kommissionen 1939/40.

Selbstverständlich – und dies muß nachdrücklichst wiederholt werden – erhebt diese Liste keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Jedenfalls gehören dazu:

Ministerialdirigent Dr. Grau, der in Fricks Innenministerium tätig war und heute auf Grund der Empfehlungen Globkes eine führende Funktion im Bundesatomministerium bekleidet;

der Ende 1959 ernannte Regierungsdirektor des schleswig-holsteinischen Landtages, Völpel, der im Dritten Reich als SS-Sturmführer unter dem Reichskommissar Terboven in der norwegischen Zivilverwaltung tätig war;

der Ministerialrat SCHNEIDER im Ministerium für Vertriebene in Baden-Württemberg, der im Dritten Reich das Referat für Judenfragen bei Gauleiter Hofer in Innsbruck leitete;

der Staatssekretär im bayerischen Wirtschaftsministerium, Dr. Willi GUTHSMUTHS, der seit 1931 Mitglied der NSDAP war; der Bonner Staatssekretär im Verkehrsministerium, Dr. Günther BERGEMANN,

der unter der Nr. 56/51 auf der jugoslawischen Kriegsverbrecherliste steht; der SS-Untersturmführer und SD-Angehörige Willi Henne, der 1957 zum Oberregierungsbaudirektor und Leiter des hessischen Landesamtes für Straßenbau avancierte;

der Senatsrat bei der Berliner Vertretung in Bonn, Dr. Hans MALCOMESS, der bei einer Berliner Schwurgerichtsverhandlung über die Erschießung von vier Männern anlässlich des Röhm-Putsches erklärte: „Nein, der Führer hat das Verfahren gegen die beteiligten SS-Leute niedergeschlagen und damit war Schluß und Schwamm darüber“;

der Staatssekretär im hessischen Innenministerium, Dr. Walter PREISLER, der keine Gelegenheit vorübergehen läßt, um seine unveränderte, nationalsozialistische Gesinnung zum Ausdruck zu bringen;

der Referent für Funk und Film im Bundesvertriebenenministerium, Franz ROTHEN, der in verschiedenen deutschen Organisationen in Ungarn im nationalsozialistischen und antisemitischen Sinne tätig war;

der Regierungsdirektor im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, Dr. Max WINKLER, dem die Abteilung Allgemeine Verwaltung-Organisation-Personal-Presse und Rundfunk untersteht und der während der NS-Zeit als Bürgermeister in verschiedenen, von den Deutschen besetzten Städten fungierte und unter der Nr. 900/14 x in der Kriegsverbrecherliste angeführt ist;

der Handelsrichter W. G. KNAPPERTSBUSCH in Wuppertal, der bei der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes I. Kl. in seiner Dankrede erklärte, er habe schließlich zugesagt, „obwohl ich starke Bedenken hatte, jenen Orden anzunehmen, da ich weder in dem Sinne Demokrat, noch Republikaner bin, so daß ich nicht für richtig hielte, einen Orden anzunehmen von einem Staat, hinter dem ich nicht restlos stehen kann“.

Wie soll und kann die Vergangenheit des Dritten Reiches bewältigt und die junge Demokratie gefestigt werden, wenn einem diese Vergangenheit bei jeder bundesdeutschen Behörde in Gestalt der dort bestimmenden, aus der braunen Front kommenden Staatssekretäre, Ministerialdirektoren und hohen Beamten sowie Offizieren begegnet? Diese nazistische Durchsetzung der bundesdeutschen Behörden reicht tatsächlich von den höchsten Ministern über hohe Beamte, die in Hitlers Ministerien tätig waren, zu jenen Angestellten, die in den Wiedergutmachungsbehörden nationalsozialistische Lieder grölen, bis zur Feuerwehr der Stadt Kehl, die des ‚Führers Geburtstag‘ am 20. April 1959 mit einer gehißten Hakenkreuzfahne und Hitler-Jugendlieder singend, feierte.

## Wer schützt Demokratie und Demokraten vor Polizei und Verfassungsschutz?

Im Potsdamer Abkommen heißt es u. a.:

„Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland nie mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.“

Wie sieht es nach der von den Alliierten geforderten Ausrottung des militaristischen und nationalsozialistischen Geistes bei den für die demokratische Entwicklung äußerst wichtigen Behörden, dem Verfassungsschutz und der Polizei aus? Es müßte eigentlich als Selbstverständlichkeit gelten, daß z. B. Angehörige der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) und des Sicherheitsdienstes (SD) bei bundesdeutschen Behörden, deren Aufgabe es ist, die Demokratie zu schützen, außer in deren Gefängnissen aber sonst nirgends mehr zu finden sein sollten. Ehe wir den Nachweis erbringen, wie wenig hierzulande solche Selbstverständlichkeiten selbstverständlich sind, scheint es nicht überflüssig, daran zu erinnern, welche Bedeutung diese nationalsozialistischen Organisationen hatten. Im Nürnberger Prozeß hieß es unter dem Abschnitt „Die angeklagten Organisationen“ über „Gestapo und SD“ u. a.:

„Die Anklagevertretung hat die Geheime Staatspolizei (Gestapo) und den Sicherheitsdienst des Reichsführers SS (SD) als Gruppen oder Organisationen bezeichnet, die für verbrecherisch erklärt werden sollen. Die Anklagevertretung hat die Fälle gegen die Gestapo und den SD zusammengefaßt vorgetragen, und zwar mit der Begründung, dies sei wegen der engen Zusammenarbeit zwischen ihnen notwendig ...

Eine der ersten Aufgaben der Gestapo bestand ursprünglich in der Verhinderung jeglicher politischer Opposition gegen das Naziregime; diese Aufgabe führte sie mit Hilfe des SD durch. Die Hauptwaffe zur Durchführung dieser Aufgabe war das Konzentrationslager. Die Gestapo hatte nicht die verwaltungsmäßige Kontrolle der Konzentrationslager, sie war jedoch über das RSHA für die Gefangenhaltung politischer Häftlinge in diesen Lagern verantwortlich. Gestapobeamte waren gewöhnlich für die Vernehmung politischer Gefangener in den Lagern zuständig.

Die Gestapo und der SD befaßten sich ebenfalls mit Anklagen wegen Hochverrats sowie mit Fragen, welche die Presse, die Kirchen und die Juden betrafen. Als das Nazi-Programm zur Judenverfolgung intensiver wurde, nahm die Wichtigkeit dieser Gruppen wachsend

zu. Am frühen Morgen des 10. November 1938 sandte HEYDRICH an alle Gestapo- und SD-Dienststellen ein Telegramm, in welchem er Weisungen für die Durchführung der Pogrome jenes Tages erteilte und anordnete, so viele Juden, vor allem reiche, zu verhaften, wie die Gefängnisse aufnehmen konnten...

Am 24. Januar 1939 wurde Heydrich, der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, mit der Durchführung der Auswanderung und Evakuierung der Juden aus Deutschland und am 31. Juli 1941 mit der Endlösung der Judenfrage in dem von den Deutschen beherrschten Europa beauftragt. Unter der Leitung des Standartenführers Eichmann wurde im RSHA eine besondere Abteilung der Gestapo geschaffen, die für die jüdischen Angelegenheiten zuständig war und zur Erforschung der Judenfrage in den besetzten Gebieten ihre eigenen Agenten verwandte. Örtliche Gestapo-Dienststellen wurden zunächst dazu benutzt, die Auswanderung der Juden zu überwachen und später dazu, sie sowohl aus Deutschland als auch aus den während des Krieges besetzten Gebieten nach dem Osten zu deportieren.

Einsatztruppen der Sicherheitspolizei und des SD, die hinter den Linien der Ostfront operierten, führten Massenmorde an Juden durch. Eine Sonderabteilung der Gestapoleitung im RSHA wurde dazu verwandt, die Deportierung von Juden aus den Satellitenstaaten der Achse nach Deutschland für die ‚Endlösung‘ zu organisieren ... Insbesondere während des Krieges gegen die UdSSR traten Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD in Aktion und führten neben brutalen Befriedungsmaßnahmen gegenüber der Zivilbevölkerung Massenhinschlachtungen von Juden durch ...

Schlußfolgerung: Die Gestapo und der SD wurden für Zwecke verwandt, die gemäß Statut verbrecherisch waren; dazu gehören die Verfolgung und Ausrottung der Juden, Grausamkeiten und Morde in Konzentrationslagern, Ausschreitungen in der Verwaltung der besetzten Gebiete, die Durchführung des Zwangsarbeitsprogrammes und Mißhandlung und Ermordung von Kriegsgefangenen ...”

*(Der Nürnberger Prozeß, Rütten & Löning, Berlin – 1957)*

In einem kürzlich erschienenen Buch von Edward Crankshaw, „Die Gestapo“, Colloquium-Verlag, Berlin – 1959, wird die Gestapo sehr zutreffend als die „Speerspitze der SS“ bezeichnet.

DIE GESTAPO UND DER SD waren nicht irgendeine Polizeibehörde, sondern sie „waren gemeinsam für den Massenmord an Millionen unschuldigen Zivilisten in den besetzten Gebieten und für die Folterung und Mißhandlung von Tausenden weiterer Menschen verantwortlich“. *(Lord Russell of Liverpool „Geißel der Menschheit“, Röderberg-Verlag, Frankfurt am Main –1955)*

DIE GESTAPO UND DER SD waren nach Auffassung des Nürnberger Gerichtshofes „die Männer, die mit der Zigarette im Mund am Rand von Panzergräben saßen und ihre nackten Opfer mit automatischen Waffen kaltblütig ins Genick schossen. Das waren die Männer, die, ihren eigenen Leichenzählungen zufolge, rund 2 Millionen Männer, Frauen und Kinder ermordeten“.

DIE GESTAPO UND DER SD waren die Leute, über die sich selbst der „Generalkommissar für Weißruthenien“ beim „Reichsminister für die besetzten Ostgebiete“ beschwerte und schrieb: „... daß man Schwerverwundete lebendig begraben hat, die sich dann aus den Gräben wieder herausgearbeitet haben, ist eine so bodenlose Schweinerei, daß der Vorfall dem Führer und dem Reichsmarschall gemeldet werden mußte“.

*(Lord Russell of Liverpool „Geißel der Menschheit“)*

DIE GESTAPO UND DER SD waren für die Durchführung des „Kugelerlasses“ vom 4. März 1944 verantwortlich. Nach diesem sollten geflüchtete kriegsgefangene Offiziere und Unteroffiziere – mit Ausnahmen der Angehörigen der britischen und amerikanischen Armee – nach ihrer erneuten Festnahme in den Konzentrationslagern erschossen werden.

Selbstverständlich kann man nicht alle Beamte, die der Gestapo von Anfang an angehörten, als bewußte Nationalsozialisten bezeichnen. Doch wurde die Gestapo in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einem verlässlichen Instrument des NS-Staates umgestellt und im Zuge dieser Maßnahme wurden alle im Sinne der NSDAP unzuverlässigen Beamten versetzt oder entlassen.

Doch alle jene, die bis 1945 in dieser Organisation dem Dritten Reich dienten, haben durch ihre Teilnahme an Verbrechen ihre bedingungslose Treue zu dem Terrorstaat unter Beweis gestellt.

Was ist mit diesen Menschenjägern geschehen? Wurden sie zur Verantwortung gezogen? Nur in wenigen Fällen. Viele von ihnen beziehen Pensionen oder haben neue Verwendung gefunden.

Was ist mit diesen Menschenjägern des Militarismus und Nazismus, mit den NS-Propagandisten, -beamten und „Sachbearbeitern“ des „Dritten Reiches“ geworden? Was tun die „Reichsfrauen“, wovon lebt die „Hohe Frau“, Ehefrau des „Reichsmarschalls“ Göring? Müssen diese Nutznießer des Dritten Reiches auch mit der kleinen Rente einer Witwe eines von der SS erschossenen Widerstandskämpfers auskommen? Oder wurde ihnen aus, wie es so heißt, „formalrechtlichen“ Gründen nicht nur der Großteil ihrer unter Hitler gewonnenen Vermögen zur Nutznießung freigegeben, sondern darüber hinaus auch zuerkannt, ganz erhebliche Renten und Pensionen zu beziehen?

Da lebte nach 1945 der ehemalige Gestapochof Dr. Rudolf DIELS nicht von der Fürsorge; bis zu seinem Tode bezog er vom Land Niedersachsen ein monatliches „Wartegeld“ von DM 658,78. Zugleich hatte er bei Gericht eine Gehaltsnachzahlung von DM 30 000 eingeklagt. Dieser Diels, der von einigen Kreisen in der Bundesrepublik sozusagen als „Widerstandskämpfer“ charakterisiert wird, schrieb am 10. Oktober 1933 an den Reichsführer-SS, Himmler:

„Mein Reichsführer! Mit der Ernennung zum Obersturmbannführer der SS haben Sie mir eine große Freude bereitet, wie ich es mit diesen kurzen Worten des Dankes nicht andeuten kann. Ich hoffe, daß ich auf Grund der menschlichen Beziehungen, die mich sowohl bereits mit der Front der SS als auch mit Ihnen, mein Reichsführer, verbinden, Ihnen die Gewißheit bieten kann, daß ich SS-mäßig zu denken und zu leben in der Lage sein werde. Ich verspreche Ihnen, daß ich die Grundsätze, die die Schutzstaffeln ausgeprägt haben, insbesondere in meinem beruflichen Wirkungskreis, bei dem Aufbau und den Arbeiten der preußischen Politischen Polizei durchsetzen werde.“

Sein angeblich späterer „Widerstand“ gegen das Dritte Reich wirkte sich so aus, daß er Regierungspräsident wurde.

Als Diels eine Broschüre veröffentlichte, in der er die Bundesrepublik als „Riesentrugbild aus genialer Teufelei erdacht“ bezeichnete, bezog er vom Land Niedersachsen ein monatliches „Wartegeld“ und hatte bei Gericht eine Klage wegen Gehaltsnachzahlung angestrengt.

Die Veröffentlichung der Diels'schen Broschüre führte zu einer Debatte im Bundestag, hatte aber auch zur Folge, daß er „... bald nach ihrem Erscheinen ... von dem Innenminister eines Bundeslandes um einen Besuch gebeten und von einem anderen Minister animiert wurde, zum Thema Neuorganisation des Verfassungsschutzes noch mehr zu sagen ...“

*(Der Spiegel vom 1. 12. 1954)*

Außerdem gratulierten Herrn Diels „mehr als ein Dutzend Bundestagsabgeordnete zu seiner Broschüre“. Auf Grund der Bundestagsdebatte wurde gegen den Oberregierungsrat z. Vw., Rudolf Diels „ein dienstrechtliches Ermittlungsverfahren“ eingeleitet. Im August 1956 erfolgte die Einstellung dieses Verfahrens.

Ungeachtet aller Proteste und Parlamentsdebatten erhielt Diels sein „Wartegeld“ bis zu seinem Tode weiter ausbezahlt.

Möglicherweise „wartete“ Diels, in diesem Glauben von den nazistischen und militaristischen Kreisen in Bonn bestärkt, tatsächlich darauf, wieder als Chef einer neuen politischen Polizei eingesetzt zu werden. Möglicherweise ersparte nur sein Tod der Bevölkerung dieses makabre Schauspiel. Immerhin war es die Bundesrepublik bzw.

das Land Niedersachsen, das unter Bezugnahme auf die 131er Gesetzgebung auch einem Diels „Wartegeld“ gezahlt hat. Die 131er Gesetzgebung hat hunderten führenden Nazis und Militaristen ein auskömmliches Leben garantiert und ihnen die materiellen Grundlagen schaffen helfen, die es diesem Kreis Unverbesserlicher überhaupt erst möglich macht, sich zu neuen nazistischen Organisationen zusammenzuschließen.

\*

In den letzten Monaten haben 63 ehemalige Gestapo-Beamte beim Westberliner Innensenator Lipschitz beantragt, ihnen die Jahre, während denen sie sich als Mordschergen Hitlers betätigten, als ruhegehaltstfähige Dienstzeit anzurechnen.

Wie die SS, so wurde auch die Gestapo in Nürnberg als verbrecherische Organisation verurteilt. Und das zu recht. Waren es doch gerade die Gestapo-„Beamten“, die die blutige „Kleinarbeit“ des Aufspürens politischer Gegner oder jüdischer Menschen, der Geständnis- und Folterpressung durch brutale Folter, der Überführung in die KZ und andere Mordstätten vornahmen.

Es war auch die Gestapo, die politische und andere Häftlinge nach ihrer Verurteilung und Strafverbüßung am Zuchthaus abholte, um sie in einem KZ liquidieren zu lassen. Alle diese gesetzeslosen Verbrechen kommen auf das Konto der Gestapoleute, die sich nicht nur als Mörder der eigenen Landsleute betätigten, sondern noch brutaler und skrupelloser gegen Angehörige anderer Nationen vorgingen.

Hier Namen ehemaliger Gestapoleute, die um Anerkennung ihrer Bezüge einkamen:

1. HELBING, Willi, 1941 – 1945, RSH Berlin
2. STUBBE, Erich, 1934 – 1945, Stapo Berlin
3. BLEICK, Herbert, 1941 – 1945, HPF Riga, Smolensk
4. LUX, Harry, 1941 – 1945, RSH Berlin ~
5. KRUMREY, Theodor, 1934 1945, RSH, Berlin, Recklh.
6. SAMUEL, Hermann, 1933 – 1945, Stapo Berlin
7. REMER, Willi, 1933 – 1945, Stapo Berlin, Norwegen
8. HEINRICH, Gustav, 1934 – 1945, Stapo Berlin
9. SCHONBRUNN, 1935 – 1945, Stapo Berlin
10. FEUSSNER, Konrad, 1933 – 1945, Stapo, RSH Berlin
11. BORCHARD, Hellmut, 1936 – 1945, Stapo Breslau, RSH
12. RICHTER, Erich, 1937 – 1945 RSH Berlin
13. WASSERBERG, Hans, 1933 – 1945, Stapo, RSH Berlin
14. QUOSS, Kurt, 1933 – 1945, RSH, Stapo Prag
15. JUNGnickel, Hellmuth, 1943 – 1944, Litzmannstadt
16. KNOP, Heinrich, 1937 – 1945, Stapo Berlin
17. GELLESZUN, Emil, 1941 – 1942, RSH, Stapo Berlin

18. HEUBLEIN, Adolf, 1935 – 1945, RSH, Stapo Wien
19. HÜBNER, Heinrich, 1937 – 1945, RSH, Stapo Berlin
20. WEISS, Karl, 1934 – 1944, Stapo Berlin, Hohensalza
21. RENZ August, 1937 – 1945, Stapo Frankfurt (Oder)
22. MEHL, Gerhard, 1940 1945, RSH Berlin
23. HOLZHÄUSER, Walter, 1933 – 1945, RSH Berlin
24. HAYN, Wilhelm, 1937 – 1945, RSH Berlin
25. EMMERSLEBEN, Erich, 1938 – 1945, Stapo Berlin
26. SATTLER, Erich, 1936 – 1945, RSH, SD-Belgrad
27. PAULI, Reinhard, 1941 – 1945, Stapo Berlin
28. KANIA, Josef, 1938 – 1945, Stapo Berlin
29. GUENTHER, Johannes, 1941 – 1945, Stapo Berlin, Halle
30. GOHLKE, Walter, 1939 – 1945, Stapo Berlin
31. FISCHER, Friedrich, 1933 – 1945, Berun, Teschen, Prag
32. ALTMANN, Johannes, 1935 – 1945, RSH Berlin
33. VÖLKNER, Bernhard, 1937 – 1945, Stapo Berlin, Wien
34. BELOW, Walter, 1934 – 1945, Stapo Berlin
35. PRASDORF, Fritz, 1936 – 1945, RSH Wien, Aachen
36. BURKHARDT, Martin, 1939 – 1945, Stapo Berlin
37. DAUBITZ, Otto, 1935 – 1945, Stapo Berlin
38. PREPENS, 1937 – 1945, Stapo Berlin
39. ZUCKEL, Rudolf, 1937 – 1945, Stapo Breslau
40. MÜLLER, Otto, 36 – 45, Stapo, Berl., Salz. Danz., Opp.
41. THOMAS, Alfred, 1938 – 1945, Stapo Leipzig
42. MEYER, Hermann, 1937 – 1945, Stapo, RSH Berlin
43. NEUMANN, Kurt, 1937 – 1945, Berlin, Königsberg
44. PITTIG, Franz, 1939 – 1945, Stapo Berlin
45. KROHN, Emil, 1934 1945, Stapo Berlin
46. STULPE, Georg, 1940 – 1945, Stapo Potsdam
47. MÜCKE, Paul, 1942 – 1944, Stapo Dresden
48. SOMMER, Ferdinand, 1937 – 1945, Stapo, RSH Berlin
49. Herden, August, 1937 – 1945, RSH und Amt IV
50. KRAMER, Otto, 1936 – 1945, Stapo Berlin
51. HEITMANN, Wilhelm, 1938 – 1945, Stapo Berlin
52. ROSSBACH, Hermann, 1935 – Ende, Stapo Plauen
53. ALZUHN, Otto, 1937 – 1945, Stapo Berlin
54. HAACK, Wilhelm, 1936 – 1945, Stapo, RSH Berlin
55. STRATMANN, Friedrich, 1939 – 1941, Stapo Berlin
56. KIRCHHOFF, Joseph, 1940 – 1945, Stapo Berlin
57. HOFMANN, Karl, 1935 – 1945, Stapo Berlin, Holland
58. LAUX, Max, 1944 – 1945, Stapo Berlin
59. NEUENFELD, Kurt, 1941 – 1945, Stapo Berlin
60. BERNHARDT, Erich, 1939 – 1945, Stapo Berlin

61. BIESE, Karl, 1937 – 1945, Stapo, Aachen, RSH Berlin

62. HANNEMANN, August, 1933 – 1936 Stapo Berlin

63. NAWROT, Johannes 1936 – 1945, Stapo Berlin

*(Entnommen nach Unterlagen des „Der Mahnruf“, Nr. 11, 1959,  
Westberlin)*

Bundesaußenminister von Brentano äußerte 1954 „verwundert“, „daß solche Ratten ... wieder aus den Löchern kommen“. Der Speck der 131er Gesetzgebung war ein Anlaß dazu. Für dieses Gesetz hat auch von Brentano im Bundeskabinett gestimmt. Es war die Bundesregierung unter Dr. Adenauer und mit einem Mann wie Herrn von Brentano, die alle diese braunen „Ratten“ und ihre Witwen hervorgeholt und unterstützt haben. Wie wäre es denn ansonsten zu erklären, daß so viele Angehörigen der Gestapo und der Nazi-Polizei, Inhaber führender Positionen, heute finanzielle Ansprüche stellen und erfüllt bekommen wie viele Beispiele bewiesen haben, die den Etat der Bundesrepublik und der Bundesländer erheblich belasten? Wir denken hier – um nur einige zu nennen – an den SA-Obergruppenführer und Frankfurter Polizeipräsidenten Adolf BECKERLE, der nach seiner Verurteilung als Kriegsverbrecher und vorzeitigen Entlassung aus sowjetrussischem Gewahrsam nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Frankfurt vom 25. Juli 1956 eine „Kriegsgefangenen-Entschädigung“ von 5600 DM zugesprochen erhielt; an den NS-Polizeirat ANTON, dem die Stadt Lübeck auf Grund seiner Klage wegen der 1945 „verlorenen Wohnungseinrichtung“ nach einem Urteil des Karlsruher Bundesgerichtshofes vom Januar 1958 „einen Betrag von 8000,- DM zu zahlen“ hat; an den SS-Obersturmführer Hermann KRUMEY, der zu den engsten Mitarbeitern des berüchtigten Obergruppenführers Adolf Eichmann zählte und der als BHE-Kreistagabgeordneter ein zinsloses Aufbaudarlehen von 12 000,- DM erhielt und an den ehemaligen Generalmajor und SS-Standartenführer Paul WILL, der auf Anweisung des bayerischen Finanzministeriums eine monatliche Pension von 1090,- DM bekommt.

Beckerle und KrumeY sind nach der sensationellen Entdeckung und Verhaftung des früheren SS-Obersturmbannführers Eichmann wegen Verdachtes auf Mitwisserschaft und Mittäterschaft an den millionenfachen Judenmorden neuerlich in Untersuchungshaft genommen worden. KrumeY war zuvor immerhin über den sogenannten Gesamtdeutschen Block / BHE ins politische Leben zurückgekehrt. Beckerle, dessen Rolle bei den Judendeportationen auf dem Balkan, in Griechenland, nunmehr gerichtlich geklärt werden soll, lebte in Frankfurt am Main.

Einige prominente Schuldige und Hauptschuldige der NS-Zeit sind zwischenzeitlich verstorben. An ihrer Stelle kassieren ihre Witwen.

So erhält die Witwe eines HEYDRICH, an dessen Fingern das Blut des tschechischen Volkes geklebt hat, monatlich rund 1000, – DM. Das Landessozialgericht in Kiel stellte sich auf den Standpunkt, Heydrich sei „in Erfüllung seiner soldatischen Pflicht gefallen“.

Der NS-Staatsrat, Ministerialdirektor und spätere SS-Generalleutnant Dr. Harald THURNER, der auch die Funktion des Militärbefehlshabers in Serbien bekleidete, schrieb in seinen Briefen aus den Jahren 1941/42 „Aus dem Felde“ u. a.:

„Schon seit Monaten habe ich alles an Juden im hiesigen Lande Greifbare erschießen und sämtliche Judenfrauen und Kinder in einem Lager konzentrieren lassen und zugleich mit Hilfe des SD einen ‚Entlausungswagen‘ angeschafft, der nun in etwa vierzehn Tagen bis vier Wochen auch die Räumung des Lagers endgültig durchgeführt haben wird...“

Vor fünf Wochen ungefähr hatte ich bereits die ersten von 600 an die Wand gestellt, seitdem haben wir bei der Aufräumungsaktion etwa wieder 2000 umgelegt, bei einer weiteren wieder etwa 1000 und zwischendurch habe ich dann in den letzten acht Tagen 2000 Juden und 200 Zigeuner erschießen lassen...“

Die Witwe dieses Massenmörders erhält eine monatliche Oberregierungsrats-Pension von fast 700, – DM.

Doch gibt es uns bei dieser Betrachtung nicht nur darum, welche Pensionen z. B. die ehemaligen Angehörigen der Gestapo und des SD bzw. deren Hinterbliebene erhalten, sondern daß sich viele von ihnen heute wieder beim Verfassungsschutz und ähnlichen Einrichtungen betätigen. – In welchem Ausmaße dies der Fall ist, soll die folgende, natürlich auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebende Zusammenstellung beweisen:

### *Rheinland-Pfalz*

Im Juli 1959 wurde der Chef des Landeskriminalamtes von Rheinland-Pfalz, Kriminaloberrat Dr. Georg HÄUSER verhaftet. Er steht unter dem dringenden Verdacht, als ehemaliger SS-Hauptsturmführer und Leiter eines Exekutionskommandos in Minsk für Massenerschießungen verantwortlich zu sein.

Nach 1945 war der Genannte in der Wirtschaft tätig und wurde überraschenderweise 1954 Polizeidirektor in Kaiserslautern: Schon nach drei Jahren Tätigkeit im Polizeidienst von Rheinland-Pfalz wurde Häuser Chef des Landeskriminalamtes.

Es ist in diesem Zusammenhang sicherlich bemerkenswert, daß Rheinland-Pfalz zu den Ländern gehört, in denen die Deutsche Reichspartei und andere rechtsradikale Gruppen ungehindert ihre neonazistischen Propagandaaktionen durchführen können und daß

sich bei Wahlversammlungen der DRP-Oberst RUDEL bedingungslos zum nationalsozialistischen Unrechtstaat bekannte.

Dem ehemaligen Leiter von Exekutionskommandos und SS-Hauptsturmführer Dr. Georg Häuser oblag es, die Verfassung in Rheinland-Pfalz zu schützen!

Dieser Dr. Georg Häuser schrieb in seinem Tagebuch:

*„25. Juli 1943, Raum Schitomir.*

*Heiß steht die Sonne über Felder und Wälder.*

*Ein Dorf steht in Flammen.*

*Von besonderen Kommandos wird das Vieh zusammengetrieben. Eine Lastwagenkolonne ist aufgefahren, auf denen junge russische Frauen und Männer verladen werden.*

*Sie kommen zum Arbeitseinsatz nach Deutschland.*

*Arbeitssklaven der nordischen Herrenrasse.*

*Am Rande eines Getreidefeldes liegen, an Händen und Füßen zusammengeschnürt, fünfzehn Mädels.*

*Alter zwischen fünfzehn und achtzehn Jahren. Arbeitskräfte (Küchenpersonal) der Partisanen. Gefangene Partisanen schaufeln ein Massengrab aus. Ein Sturmbannführer des SD erscheint. Die Fesseln werden durchschnitten. Sie treten ihren letzten Gang an. In kniender Haltung erwarten sie den Genickschuß.*

*Dumpfpoltern die Körper in die Grube.*

*In den Getreidefeldern blüht der rote Mohn.*

*Eine Lerche trillert am Himmel.“*

### *Niedersachsen*

Einer der leitenden Beamten im niedersächsischen Verfassungsschutz ist Oberregierungsrat Walter ODEWALD.

Im April 1958 fühlte sich der SPD-Abgeordnete Lothar Urbanczyk bemüßigt, seinen Parteifreund, Innenminister Hinrich Wilhelm Kopf, zu fragen, ob es zutreffe, „daß jener Odewald früher Sturmbannführer beim SD gewesen sei, der heute als Oberregierungsrat im hannoverschen Verfassungsschutzamt sitze“.

Der sozialdemokratische Innenminister bestätigte dies und erklärte zu dem nicht geringen Erstaunen seiner eigenen Parteifreunde:

„... daß man aber Odewald aus seiner Sturmbannführer-Eigenschaft beim SD keinen Vorwurf machen könne, denn 1939 sei das Reichskriminalpolizeiamt Bestandteil des Reichssicherheitshauptamtes geworden. Damit hätten alle Kriminalbeamten einen Angleichungsdienstgrad bei der SS und dem SD erhalten, ohne Unterschied und unbeschadet der Frage, ob sie im SD tätig gewesen seien.“

Diese Antwort und den tatsächlichen Sachverhalt kommentierte eine der SPD nahestehende Zeitung:

„Unter den niedersächsischen Landtagsabgeordneten erhob sich aber alsbald das Gerücht, daß die Auskunft des Innenministers Kopf über Odewald nur die halbe Wahrheit erfaßt habe, was in Anbetracht der Umstände einer falschen Auskunft sehr ähnlich sieht. Die Abgeordnete Maria Meyer-Sevenich (SPD) ... ging diesen Gerüchten nach. Es stellte sich dabei heraus, daß Odewald vor 1933 als Kriminalpolizeibeamter der Arbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Polizeibeamter angehört hatte, die er, weil sie verboten und illegal war, eigentlich hatte bekämpfen sollen. Auch gibt es Menschen, die ihn schon vor 1939, nämlich 1937, in der Uniform der Allgemeinen SS gesehen haben; bald danach ist er als Nicht-Abiturient zum Kriminalrat befördert worden und damit in den höheren Beamtendienst gekommen. Seine Karriere ging weiter bis zum Abteilungsleiter beim Chef des SD und der Gestapo in Paris, Oberg, und endete bei Kriegsende als Chef der nichtuniformierten Polizei im Protektorat Böhmen.“  
(*Frankfurter Rundschau vom 15. 1. 1958*)

Chef der Landeskriminalpolizeistelle in Niedersachsen ist Walter ZIRPINS. Er bekleidete im Dritten Reich die Funktion eines Oberregierungs- und Kriminalrats, und außerdem war er SS-Sturmabführer. Im Jahre 1933 überführte er den „Reichstagsbrandstifter“ van der Lubbe. Er bewährte sich im Sinne der SS so gut, daß ihm die „Betreuung“ des Ghettos von Litzmannstadt übertragen wurde. Dort entwickelte er sich in der blutigen Praxis des Dritten Reiches zu einem Ghetto-Fachmann und schrieb auch einen Artikel über „Das Ghetto in Litzmannstadt kriminalpolizeilich gesehen“, in dem es u. a. hieß: „Es bedarf keines kriminalistischen Scharfblicks, um auf den ersten Blick zu ahnen, daß eine solche Zusammenpferchung von Kriminellen, Schiebern, Wucherern und Betrügern auch sofort ihre besonderen kriminalpolizeilichen, bedeutsamen Erscheinungsformen gezeigt hat ... Es hat eines umfangreichen Studiums der jüdischen Mentalität und Gepflogenheiten bedurft, um die Wege zur präventiven und repressiven Bekämpfung durch die Kriminalpolizei herauszufinden ...“  
(*Dr. Walter Zirpins „Das Ghetto in Litzmannstadt*

*kriminalpolizeilich gesehen* – „*Kriminalistik*“ Heft 9/10 – 1941)

Zu seiner „Entlastung“ erklärte Dr. Zirpins, daß er nicht in der „Partei“ gewesen sei. Der Referent des damaligen sozialdemokratischen Innenministers meinte auf eine diesbezügliche Anfrage: „Die dienstliche Vergangenheit des Herrn Dr. Zirpins ist im niedersächsischen Ministerium des Inneren sehr eingehend nach allen Richtungen geprüft worden. Es besteht danach für den Herrn Minister keine Veranlassung mehr, eine Erklärung dazu abzugeben“.

(*Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland vom 25. April 1952*)

*Schleswig-Holstein*

Beim Verfassungsschutz ist der frühere Kieler SD-Kommissar und SS-Untersturmführer, Werner, als Außenstellenleiter des Amtes tätig. Er erhielt diese Stellung als 131er.

*(CrP-Informationsdienst vom Januar 1958)*

*Hamburg*

Der ehemalige SS-Untersturmführer und Gestapomann Josef BAUMER hatte sich vor einer Strafkammer des Landgerichts Hamburg wegen der ihm nachgewiesenen Mißhandlungen von Untersuchungsgefangenen zu verantworten. Über das bestialische Verhalten dieses Gestapomannes erklärte der als Zeuge vernommene Dr. Bauer, der Angeklagte habe ihn schon bei Beginn „der Vernehmung ins Gesicht geschlagen“. Später, so erklärte der Zeuge, sei er von mehreren Gestapoleuten mißhandelt worden, und Leiter dieser „Vernehmung“ sei ebenfalls Baumer gewesen. Während es der Verteidiger des Angeklagten, ein ehemaliger Generalstaatsanwalt des Volksgerichtshofes, für richtig hielt, zu erklären, „die Verfahren vor dem Volksgerichtshof seien rechtens gewesen“, sprach der Angeklagte von dem berüchtigten Blut-Freisler als dem „Herrn Senatspräsidenten“. Josef Baumer wurde wegen Körperverletzung im Amt in Tateinheit mit Aussageerpressung zu eineinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt.

Heute bezieht Baumer „Beamtenübergangsbezüge“ und wird „beim Verfassungsschutzamt“ beschäftigt.“

*(Die Zeit vom 21. 11. 1957)*

*Baden-Württemberg*

Auf Grund der Anfrage des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Helmstädter teilte die Landesregierung mit, daß sich im Dienste des Landes 152 ehemalige Angehörige der Gestapo befanden und fügte hinzu, „eine Entlassung von früheren Gestapoangehörigen oder eine Zurücknahme ihrer Ernennung ist nach Ansicht der Landesregierung nur unter den besonderen Voraussetzungen des Beamten- oder des Tarifrechtes möglich“.

*(Frankfurter Rundschau vom 16. 3. 1958)*

*Nordrhein-Westfalen*

Sowohl die bundesdeutsche wie auch die ausländische Presse hat sich schon ausführlich mit den Verhältnissen, die bei der Polizei des größten Bundeslandes herrschen, beschäftigt. Über die diesbezügliche Personalpolitik berichtet ein Fachblatt, dessen Darlegung wir auszugsweise wiedergeben:

„Die von den betreffenden Beamten heute vertretene These, sie hätten ‚doch nur einen SS-Angleichungsdienstgrad‘ getragen, hat zu der eingangs erwähnten Verharmlosungsthese geführt. Hiernach will man glauben machen, als hätten nach einem seinerzeit bestehenden Erlaß alle Polizeibeamten angegliche SS-Dienstgrade verliehen bekommen. Zum Beispiel wäre ein Kriminalrat ohne weiteres SS-Hauptsturmführer geworden. Das war aber nicht der Fall.

Die Tatsache, daß der weitaus größte Teil aller leitenden Positionen und fast aller Schlüsselstellungen innerhalb der Kriminalpolizei des Landes NRW sich in Händen von Beamten befindet, die während der nationalsozialistischen Zeit ordnungsgemäße Mitglieder der SS waren und SS-Führerdienstgrade trugen (und nicht ‚nur einen sogenannten SS-Angleichungsdienstgrad‘ führten), stellt insofern ein politisches Problem von großer Tragweite dar, als diese Leute z. Z. nahezu ausschließlich das personalpolitische Geschehen innerhalb der Kriminalpolizei des Landes NRW bestimmen...

Es wird in diesem Zusammenhang erinnert an die beabsichtigte Einsetzung des Kriminalrates Dr. KEUNECKE als Leiter des Landeskriminalamtes.

Ist es nicht bezeichnend für die Charakterhaltung des betreffenden Herrn, daß er die Erreichung dieses Dienstpostens durch ausdrückliches Ableugnen seiner NS-Vergangenheit durchsetzen wollte, obwohl er in einem eigenhändig geschriebenen Lebenslauf zur Aufnahme in die SS u. a. erklärte:

‚Seit November 1933 gehöre ich der SA an, seit Mai 1937 bin ich Mitglied der Partei. Vom 28. 4. – 5. 5. 1941 nahm ich erfolgreich an einem SS-Führerlehrgang in Fulda teil‘.

In diesem Zusammenhang bleibt lediglich die Frage offen, ob das Ableugnen der SS-Vergangenheit nur ein ‚Kavaliersdelikt‘ ist, das disziplinarrechtliche Maßnahmen nicht nach sich zieht ...

Weiterhin erinnern wir an den stellvertretenden Leiter der Dortmunder Kriminalpolizei, Kriminalrat Dr. BRASCHWITZ, für den auch schon ein Beförderungsvorschlag bei der Bezirksregierung Arnsberg vorgelegt worden war ...

Auch Dr. Braschwitz war seit 1933 förderndes Mitglied der SS, trat am 1. Mai 1933 in die NSDAP ein, war seit dem 30. April 1943 Mitglied der Allgemeinen SS und wurde am 9. November 1943 zum SS-Sturmbannführer befördert!

Darüber hinaus wird erinnert an den jetzigen Kriminalhauptkommissar THOLEN, KPB Essen, der Ende April einem unbelasteten Beamten bei der Beförderung zum KHK vorgezogen wurde, obwohl uns von der zuständigen Stelle bei einer mündlichen Vorsprache die Zusage erteilt wurde, daß der Beförderungsvorschlag des ehemaligen

Gestapo-Beamten Tholen wegen seiner NS-Belastung zurückgezogen wird. Der Beförderungsvorschlag des unbelasteten Beamten wurde aber von den sachbearbeitenden Herren des Innenministeriums gar nicht in Erwägung gezogen ...

Die Gewerkschaft ÖTV sieht in dieser Personalpolitik im einzelnen eine bewußte systematische Besetzung der leitenden Funktionen in der Kriminalpolizei mit ehemaligen SS-Führern in der Gesamtheit. Eine solche Entwicklung ist gefährlich und daher die Personalpolitik in der Gesamtheit bei diesen Vorzeichen unhaltbar.

Dieses umso mehr, da dem verantwortlichen Beamten für die Personalangelegenheiten der Polizei des Landes NRW, Ministerialrat Dr. SPORRER ... die SS-Personalvorgänge bestens bekannt sind ... Herr Dr. Sporrer ist nämlich in erster Linie mitverantwortlich für die personellen Veränderungen der letzten Wochen bei der Kriminalpolizei in den Städten Aachen, Köln, Düsseldorf, Gelsenkirchen und Dortmund. Vielleicht war es Zufall, vielleicht war es auch Absicht; bei diesen personellen Veränderungen handelt es sich ausnahmslos um Beamte mit ehemaligen hohen SS-Dienstgraden, obwohl wir uns in unserem staatspolitischen Mitverantwortungsgefühl auch in diesen Fällen gestattet hatten, hochqualifizierte Kriminalbeamte vorzuschlagen, die (leider) keine NS-Vergangenheit aufzuweisen hatten ...

Unverantwortlich erscheint es uns nämlich, den ehemaligen SS-Sturmbannführer, Kriminalrat Dr. Menke, als Leiter der Kriminalpolizei in Dortmund einzusetzen, obwohl den verantwortlichen Herren im Innenministerium die SS-Akte des Herrn Dr. MENKE bekannt war und er auf Einspruch der Gewerkschaft ÖTV eben wegen seiner NS-Vergangenheit für eine Ernennung als Leiter des Landeskriminalamtes auch vom Innenministerium aus als nicht würdig befunden wurde. Hierbei fragen wir uns, warum man aber der Bevölkerung im Bereich der Kreispolizeibehörde Dortmund mit einer Einwohnerzahl von 750 000 zumutet, sich der kriminalpolizeilichen Sicherheit eines ehemaligen SS-Sturmbannführers anzuvertrauen? Zu der Person des Dr. Menke stellen wir fest:

Eintritt in die Polizei: 4. 7. 1934

Ernennung: Im Jahre 1936 zum Kriminalkommissar, im Jahre 1940 zum Kriminalrat, im Jahre 1942 zum Reg.- und Krim.-Rat.

Aus den Akten der parteistatistischen Erhebung: Eintritt in die NSDAP: 1. 5. 1933 (Mitglieds-Nr. 3152.619), Mitglied der SA vom 1. 7. 1933 bis zum 12. 7. 1934, förderndes Mitglied der SS.

Aus den SS-Offiziers- und RSHA-Akten:

Mitglied der Allgemeinen SS seit dem 17. 12. 1939 (Mitglieds-Nr. 351096).

Dienstgrade: Am 1. 1. 1940 Untersturmführer, am 23. 1. 41 Hauptsturmführer, am 20. 4. 1943 Sturmbannführer.

Einheiten: SD-Hauptamt, Reichssicherheitshauptamt.

Dr. Menke hat also dank seiner Aktivität im Dritten Reich nicht nur einen rasanten Aufstieg in einer Berufslaufbahn als Kriminalist erleben können, sondern erfreute sich auch eines großen Wohlwollens seiner SS-Vorgesetzten im Reichssicherheitshauptamt.

*(Polizei im Lande Nordrhein-Westfalen –  
Mitteilungsblatt der ÖTV-Bezirksfachabteilung Polizei v. Sept. 1959)*

## SS-Führer als Kripo-Chefs

Auf Grund des Aktenmaterials, das der Gewerkschaft ÖTV vorliegt, befinden sich im Lande NRW die folgenden, ehemaligen SS-Führer in leitender Stellung:

„Dr. Fritz BERGER, früher SS-Sturmbannführer, der Leiter der Kripo Bonn; Dr. MALY, SS-Sturmbannführer, der Leiter der Kripo Köln; Karl KICHNE, SS-Sturmbannführer, der Leiter der Kripo Essen; Dr. EWELER, SS-Sturmbannführer, dessen Stellvertreter; Dr. Fritz KEUNECKE, SS-Obersturmführer, Dr. Josef MENKE, Leiter der Kripo Dortmund, ehemaliger SS-Sturmbannführer.“

*(CrP-Informationsdienst vom November 1959)*

Zusammenfassend gelangte eine bundesdeutsche Tageszeitung zu der folgenden Feststellung:

„Darüber hinaus wird in den Städten Bonn, Essen, Krefeld und Mönchen-Gladbach die Kripo schon seit Jahren von früheren SS-Sturmbannführern geleitet und weitere 35 bis 40 frühere SS-Führungsdienstgrade sind heute als Kriminalhauptkommissare oder Oberkommissare in Nordrhein-Westfalen tätig.“

*(Frankfurter Rundschau vom 7. 10. 1959)*

Es ist bemerkenswert, wie der Polizeipräsident von Düsseldorf, Herr Herbert Klein, auf die bekanntgewordene Tatsache, in welchem Ausmaß die Polizeibehörden von NRW durch SS-Offiziere unterwandert sind, reagierte:

„Haben Sie übrigens schon die Stimmen des Auslandes zu den ÖTV-Angriffen gegen leitende Kriminalbeamte in Nordrhein-Westfalen zur Kenntnis genommen, z. B. aus der Schweiz und England? Da sind uns zu Unrecht weiter viele Schwierigkeiten bereitet worden, und zwar ohne jegliche Not.“ *(Der Spiegel vom 11. 11. 1959)*

Das heißt, man wendet sich nicht gegen die Gestapo-Leute und SS-Offiziere, die innerhalb der Polizei wichtige Stellen bekleiden, sondern gegen die Gewerkschaft, die es wagt, auf diese Tatsachen hinzuweisen. Wie wirkt sich der Tatbestand, daß in Widerspruch zu

allen Verträgen und Abkommen, die vor und nach 1945 zwischen den Alliierten geschlossen wurden und aller demokratischen Beteuerungen der Bundesregierung, sich ehemalige führende Gestapo- und SS-Leute bei bundesdeutschen Behörden in Amt und Würden befinden, praktisch aus?

## Blühendes Spitzelwesen

Auch hier begnügen wir uns mit der kommentarlosen Wiedergabe der Stellungnahme großer bundesdeutscher Zeitungen. Der bekannte konservative Publizist Paul Sethe schrieb unter dem Titel „Wie man verdächtigt wird“, u. a.: „Wir sehen doch, wie eifrig auch deutsche Stellen, sei es nun die Polizei oder das vielberufene Verfassungsschutzamt, dahinter her sind, unseren Umgang, unsere Freunde, unsere Gesinnung ständig zu überwachen. Wenn Solti nicht jene Berufung nach Chikago erhalten hätte, hätte er überhaupt nichts davon erfahren, daß er auf einer schwarzen Liste der Verdächtigen stand. Wieviele Staatsbürger mögen auf dieser Liste stehen, ohne daß sie das geringste davon wissen, und mögen in Wirklichkeit ebenso wenig belastet sein wie er? Es ist ein höchst peinliches Gefühl, bei dieser Gelegenheit zu erfahren, mit welcher Fahrlässigkeit dabei vorgegangen wird. Unsere Empfindungen werden nicht freundlicher, wenn wir hören, daß solche Listen von ‚Verdächtigen‘ auch noch der Besatzungsmacht übergeben werden ...“

Die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb am 14. 7. 1953 u. a.: „Die Gesinnungsschnüffelei greift immer massiver auf unser Land über ... Da geht etwa ein V-Mann – V ist die aus SD- und Gestapo-Zeiten noch wohlvertraute Abkürzung ausgerechnet für ‚Vertrauen‘ – in eine Exportfirma und sagt dem Unternehmer: ‚Ihr Angestellter, Herr Huber, war bis 1951 Mitglied der Deutsch-Sowjetischen Gesellschaft; wir empfehlen Ihnen dringend, den Mann zu entlassen‘, winkt ganz leise mit der Entziehung von Staatsaufträgen, und schon ist es um jenen Angestellten geschehen. Normalerweise wird sich der Arbeitgeber nicht die Blöße geben, den wahren Grund für die Kündigung zu nennen, aber selbst, wenn, so ist Herr Huber längst schon durch die Treppenhaus-Ermittlungen des V-Mannes zur Strecke gebracht.“

Zu dem Thema „Spitzelwesen“ schrieb die „Frankfurter Rundschau“ am 10. 7. 1954:

„Der von Dr. Schröder formulierte, treffliche Grundsatz, daß Material gegen ‚politisch unbescholtene Staatsbürger‘ grundsätzlich nicht verwendet werde, ist mindestens in den Fällen des FDP-Politikers Reinhold Maier und der beiden SPD-Funktionäre Schroth und Scharley von der Praxis Lügen gestraft worden.“

Freilich, jeder kann sich wegen vermuteter Rechtsverletzung der Verfassungsschutzbehörden an die Gerichte wenden, erklärt Herr Schröder. Natürlich. Aber was nützt mir der schönste Grundgesetzartikel 19, wenn ich vielleicht gar nichts von der Denunzation erfahre, sondern nur dunkel spüre, daß hinter meinem Rücken etwas gegen mich vorgeht? Oder was nützt mir eine Klage bei Gericht, wenn der Herr Minister dem betreffenden Beamten des Verfassungsschutzamtes wegen ‚Gefährdung der Staatsicherheit‘ keine

Aussagegenehmigung erteilt ...?

Die schönste Verfassung allein tut's noch nicht. Man kann sie und mit ihr die ganze freiheitliche Demokratie zum inhaltlosen Popanz machen durch ein systematisch betriebenes Angebertum, durch Polizeistaatmethoden und durch eine allzu routinierte Handhabung veralteten Strafprozeßrechtes. Athen, Rom und Venedig sind mit daran zugrunde gegangen. Freie Menschen sind wichtiger für die Freiheit als Spitzel!"

Bereits im Jahre 1953 fühlte sich der ehemalige Innenminister und jetzige SPD-Abgeordnete, Dr. Heinemann, als Spitzenfunktionär der damaligen „Gesamtdeutschen Volkspartei“ bemüßigt, an Innenminister Lehr folgendes zu schreiben:

„Ich bin im Dritten Reich, sehr geehrter Herr Minister, aufs erbarungsloseste schikaniert worden und ich weiß daß mein gesamter Briefverkehr durch die Zensur des NS-Staates gegangen ist.

Immerhin hat man mir meine Post nach Kenntnissnahme des Inhalts zugestellt.

Heute ist es aber so, daß der Großteil meiner Post einfach verschwindet ... Nicht nur mein politischer Schriftwechsel, sondern auch meine Berufspost kommt nicht an ... Wohin sie sich verirrt, weiß ich nicht, vielleicht in den Papierkorb? – – – ”

Das Zentralorgan der SPD, das dieses Schreiben veröffentlichte, fügte dem hinzu:

„Herr Bodensteiner, Generalsekretär der Partei des früheren Innenministers der Adenauer-Regierung, hat mir unter Zeugen am 19. März 1953 erklärt, daß dem Landesverbandsvorsitzenden der GVP Bayern, in München auf dem Postamt auf eine Beschwerde über Nichteingang der Post erklärt worden sei, ‚man habe den strikten Auftrag gegeben, die Post der GVP in den Papierkorb zu werfen ... das sei eine Verfügung der Alliierten‘ ...”

*(Neuer Vorwärts vom 17. 4. 53)*

Am 8. Juli 1954 erklärte Dr. Menzel von der SPD im Bundestag auf Grund der ausweichenden Antwort des Innenministers Dr. Schröder gegenüber den verschiedenen, gegen die Methoden des Verfassungsschutzes gerichteten Angriffen u. a.:

„Das sind hier nur einige Fälle; sie ließen sich leider Gottes erheblich vermehren und keiner von uns, meine Damen und Herren, weiß, ob er nicht morgen selbst das Interesse eines solchen Drei-Groschen-Jungen erweckt, nur damit der seine drei Groschen verdienen kann ...“

Diese Fälle beleuchten schlagartig die Gefahr, die dem Staatsbürger droht, der bisher glaubte, in einem freien Deutschland zu leben ...“

*(Frankfurter Allgemeine vom 15. 7. 1954)*

Fassen wir zusammen: Schon in den Jahren 1953/54 – und nur diese Tätigkeit der Verfassungsschutzämter in dieser Zeit wurde bisher behandelt – wurden durch den Verfassungsschutz des Bundes und der Länder ehemalige Minister, Politiker und Bürger, die es wagten, einen der Bundesregierung nicht genehmen Standpunkt einzunehmen, überwacht. Es wurden des weiteren schwarze Listen von allen, der Bundesregierung unliebsamen Personen angefertigt, es wurde nachgewiesenermaßen das verbürgte Postgeheimnis verletzt und es wurden Telefongespräche überwacht.

Neben dem Verfassungsschutz bestanden damals etwa ein halbes Dutzend halbamtlicher und von alliierten Stellen unterstützte Organisationen, die sich ebenfalls mit dem Anlegen schwarzer Listen, mit dem Bespitzeln und Überwachen aller in ihren Augen unliebsamer Personen beschäftigten. Zu diesen gesellten sich noch die alliierten Nachrichtendienste.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete und ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Reinhold Maier, sagte vor Pressevertretern:

„Es gibt wieder eine Geheime Staatspolizei ...“

„Wir haben uns bereits in dem eigenen Netz verstrickt, das mit den unkontrollierbaren Ämtern für Verfassungsschutz geschaffen worden ist.“

*(Frankfurter Rundschau v. 26. 4. 1954)*

„Der hessische Innenminister Zinnkann sah sich gezwungen, beim Leiter des Bundeskriminalamtes, Dr. Jeß, Beschwerde über eine in der Fuldaer Verlagsanstalt durchgeführte Hausdurchsuchung zu erheben, die von 76 Beamten der Bundeskriminalpolizei und des Grenzschutzes vorgenommen wurde, wegen des dabei nicht gewährten rechtsstaatlichen Gesichtspunktes. Darüber hinaus haben der Verleger Heinrich Kierceck und seine Verlagsangehörigen bei der Fuldaer Staatsanwaltschaft gegen mehrere Beteiligte der Aktion Strafanzeige wegen Körperverletzung, Nötigung und Beleidigung erstattet.“

*(Frankfurter Rundschau vom 11. 6. 1953)*

Später, im Jahre 1956 wurde bekannt, daß zu den ständigen Mitarbeitern des Bundesverfassungsschutzes der ehemalige „Führer“ der neonazistischen „Sozialistischen Reichs-Partei“, Dr. Fritz Dorls

(„Frankfurter Rundschau“, 17. 10. 1956) zählte. Vor einiger Zeit erklärte der Vorsitzende der Bad Nauheimer Stadtverordnetenfraktion der SPD, Helmut Jakobi, „er und seine Familie würden seit geraumer Zeit von Agenten des Geheimdienstes überwacht“.

*(Frankfurter Rundschau, 13. 1. 1958)*

Im gleichen Sinne äußerte sich auch „der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete für den Kreis Friedberg, Olaf Radke“

*(Frankfurter Rundschau, 13. 1. 1958).*

Im Januar 1960 berichtete die „Holzarbeiter-Zeitung“, das Organ der IG Holz, über die Erfahrungen des Geschäftsführers der IG Holz in Uslar mit bundesdeutschen Nachrichtenmännern:

„Gestützt auf einen der vielen Gummi-Paragrafen, die nur in der eigenartigen politischen Atmosphäre der Bundesrepublik entstehen konnten, gestützt auf den § 90 a, der sich gegen verfassungsfeindliche Vereine richtet, kommt die Nachrichtenpolizei, durchsucht die Büroräume der Gewerkschaft Holz und nimmt mit, was ihr interessant genug erscheint, um einen Menschen – und vielleicht auch die Organisation – politisch verdächtigen zu können. Es muß einmal gefragt werden, wer und was sich hierzulande eigentlich damit beschäftigen darf, die Verfassung zu ‚schützen‘. Da ist der Verfassungsschutz des Bundes und der Länder; da gibt es die Sicherheitsgruppe Bonn; da besteht der Bundesnachrichtendienst des Herrn Gehlen; da lebt der MAD (Militärischer Abschirmdienst); da arbeitet K 14, das politische Kommissariat der Kriminalpolizei; da taucht in Niedersachsen die Nachrichtenpolizei auf.

Schließlich sind da die vielen Vereine, Büros und Grüppchen halb-offizieller Art, die ‚Material‘ sammeln. In Uslar nun war es die Nachrichtenpolizei die in unser Büro kam und ... Beschlagnahmungen vornahm. Sie nahmen mit: das Grundsatzprogramm der SPD, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg, den Entwurf eines gewerkschaftlichen Referates über die Lohnsituation in Niedersachsen, und die Protokolle von Betriebsratsbesprechungen; das alles wurde konfisziert. SPD und Gewerkschaften – zu diesen Schlußfolgerungen muß man ja jetzt kommen – werden also verdächtigt, verfassunggefährdende Vereine zu sein.

Nun, das wäre nicht das erste Mal in der Geschichte der Arbeiterbewegung, aber so deutlich ist es nach 1945 selten gemacht worden. Diese Vermutung wird noch untermauert durch die Ereignisse bei der polizeilichen Vernehmung in Northeim.

Man hielt unserem Kollegen u. a. ein Referat vor, in dem er in Uslar zur Lohnsituation und zum Ortsklassenproblem gesprochen hat. Die Wiedergabe der Rede war so wortgetreu, daß sofort der Verdacht auftauchte, daß ungebetene Zuhörer in der Gewerkschaftsversamm-

lung mitgeschrieben hätten. Später gab man, wenn auch indirekt, zu, daß das Referat durch eine geheime Abhöranlage aufgenommen wurde. Das Verhör dauerte acht volle Stunden!”

„Der Rheinische Merkur“ schrieb über die Zielsetzung dieser „Verfassungshüter“ am 8. Januar 1960:

„Der Verfassungsschutz scheint sich fast ausschließlich mit der Abwehr kommunistischer Agenten zu beschäftigen und das verfassungswidrige Treiben völkischer Ideologen, das auf die Rehabilitierung der Kernstücke des Nationalsozialismus zielt, nicht so wichtig zu nehmen, obwohl sich seit Jahren in vielen Presseorganen und politischen Cliquen die ideologische NS-Restauration immer offener manifestiert.“

## NS-Pensionäre leben gut

„Der Widerstandskämpfer“, Wien, Nr. 5, 1958, schreibt:

„Der Pressedienst der SPD‘ teilt mit: ‚Die Bundesregierung zählt jährlich 1371 Millionen DM an Renten und Pensionen an ehemalige hohe NS-Funktionäre und Hitler-Generale.

Zum Beispiel:

15 ehem. NS-Staatssekretäre je bis DM 2700 monatlich;

75 ehem. Generale und Marschälle monatlich bis 2500 DM

120 ehem. Divisionsgenerale monatlich bis 2500 DM

800 ehem. Brigadegenerale monatlich je bis 2500 DM

1275 ehem. Obersten je bis 2500 DM

1725 ehem. Obersten je bis 2500 DM.

„Der Mahnruf“, West-Berlin, Februar 1959:

„Angehörige der NSDAP und ihrer Gliederungen, die im Parteidienst einen Unfall erlitten haben, behalten den im Dritten Reich zugebilligten Rentenanspruch. (Nach der Ztg. ‚Kurier‘, Westberlin.)

Keine Renten erhalten dagegen die drei minderjährigen Kinder eines Offiziers, der wegen antifaschistischer Äußerungen kurz vor Kriegsende von einem fanatischen Durchhalte-Nazi erschossen wurde. Das Bundessozialgericht in Kassel wies die klagenden Vollwaisen mit der mehr als merkwürdigen Begründung ab, daß es sich bei diesem Mord an ihrem Vater um eine Art ‚Unfall‘ gehandelt habe.“

Die nachfolgende Liste, die keineswegs vollständig ist, aus der jedoch der ganze Umfang dieses Kapitels aus der Rückkehr nazistischer und militaristischer Kreise durchaus sichtbar wird, zeigt daß einflußreiche Kreise die „alten Kämpfer“ mit gut dotierten Pensionen versehen haben:

1. ANDRAE, Alexander,  
General a. D., Kriegsverbrecher, zeitweiliges Direktoriums-  
Mitglied der DRP – erhält Generals-Pension nach § 131 –  
(*Druck und Papier, Nr. 18 v. 15. 9. 1958*)
2. ANTON,  
Ehem. NS-Polizeirat – Entschädigung von 14 100 DM –  
(*Die Stimme der PRV, April 1959*)
3. BUDDE,  
Ehem. Kreisleiter und NS-OB in Bielefeld – Entschädigung von  
21000 DM und Forderung auf 1345 DM monatliche Pension  
(*ÖTV-Presse, Nr. 10/1958*)
4. DÖNITZ,  
Admiral a. D. – 1300 DM Pension  
(*„Der Widerstandskämpfer“, Nr. 5/1958*)
5. EICHHOFF, Arnold,  
Angeh. des NS-Pol.-Bat. 9, Mitschuldiger am Tode hunderter  
jüdischer Bürger – Bezieht Rente, Höhe unbekannt  
(*„Der Mahnruf“, Nr. 8, Februar 1959*)
6. EISELE, Dr. med.,  
z. Z. in Ägypten – Erhielt 4000 DM Heimk.-Entschädigung. und  
25 000 DM Aufbauhilfe (*„Stimme d. PRV“, April 1959*)
7. ENGEL, Johannes,  
Ehem. NS-Funktionär, maßgeblich mitbeteiligt an Terror-Akten  
gegen Nicht-Nazis – Fordert Pension als Stadtrat  
(*„Stimme der PRV“, November 1957*)
8. FREISLER, Frau,  
Witwe des Volksgerichtspräsidenten – Rente 1000 DM monatlich  
(*„Die Tat“, Nr. 4/1959*)
9. FÖRSCHNER, Frau,  
Witwe des in Landsberg hingerichteten KZ-Kommandanten von  
Buchenwald – fordert Rente, Zahlung bis jetzt unbekannt  
(*FAZ vom 24. 11. 1958*)
10. FECHNER, Wilhelm,  
SA-Feldjägermeister – OVG Lüneburg billigt in Grundsatzur-  
teil Pension im Sinne des Gesetzes 131  
(*Parl. Nachrichten, Nr. 17/1958*)
11. GRÜNEWALD, Georg Ludwig,  
NS-Bürgermeister von Lampertheim – Zahlung unbekannt  
(*„Darmstädter Echo“ vom 22. 8. 1959*)
12. GRITZBACH, Dr. Erich,  
Persönlicher Referent Görings und SS-Oberführer – Monatliche  
Pension von 1293,36 DM zu einem jährlichen Einkommen von  
25 240 DM (*„Stimme der PRV“, 1959*)

13. GENZKEN, Dr. Karl,  
Generalleutnant der Waffen-SS, wegen brutaler Verstümmelungen an KZ-Häftlingen zu lebenslänglich verurteilt – Erhält heute Versorgung nach § 131  
(„*Stimme der PRV*“, November 1957)
14. HOLZ, Frau,  
Witwe des ehemaligen Gauleiters von Franken – Erhielt rückwirkend vom 1. 4. 1945 Witwen- und Waisenrente, Beträge bisher unbekannt  
(„*Stimme der PRV*“, Juli 1958)
15. HEYDRICH, Frau,  
Witwe des SS-Obergruppenführers und Chefs des SD, Heydrich – Erhält seit 1950 eine hohe Vers.-Rente  
(*DGB-Informat.*, Niedersachsen, Juli/August 1958)
16. BETHGE, Dr.,  
Tätig unter dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums – Zahlung unbekannt  
(„*Süddeutsche Zeitung*“ vom 30. 8. 1958)
17. ENGELHART, Wilhelm Karl,  
Kreisleiter der NSDAP in Oldenburg bis 1945, Landesverwaltungs-Gericht Oldenburg billigte ihm besoldungsmäßig Tätigkeit als Schullehrer zu – Zahlung unbekannt  
(„*Süddeutsche Zeitung*“ v. 30. 8. 1958)
18. HAGER, Dr. Wilmar,  
Ehem. LGR. bei der Oberreichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof – Pensionszahlung wahrscheinlich  
(„*Süddeutsche Zeitung*“ v. 30. 8. 1958)
19. HAMKENS, Wilhelm  
Kreisleiter der NSDAP und NS-Landrat in Rendsburg, PG seit 1929 – Erhielt volle Landrats-Pension zugesprochen  
(„*Süddeutsche Zeitung*“ v. 30. 8. 1958)
20. HELLINGER, Martin, Dr.  
SS-Arzt, Spezialist für Goldzähne von KZ-Häftlingen – 10 000 DM Sonderunterstützung („*Süddeutsche Zeitung*“ v. 30. 8. 1959)
21. HELLMUTH, Otto, Dr.  
NS-Gauleiter von Mainfranken und NS-Regierungspräsident – 5160 DM Kriegsgefangenen-Entschädigung und Zulassung als Arzt  
(„*Süddeutsche Zeitung*“ v. 30. 8. 1958 – *PRV* / Nov. 57)
22. HENLEIN, Frau  
Witwe des einstigen Gauleiters von Sudetengau Konrad Henlein Klage auf Witwen-Bezüge nach § 131, Zahlung unbekannt  
(„*Frankfurter Rundschau*“ v. 12. 12. 1958)

23. HALTENHOFF  
NS-OB von Hannover – 1200 DM Pension  
(„*Stimme der PRV*“ April 1959)
24. HELMS, Hans  
SA-Gruppenführer, PG seit 1922 / Nie im öffentlichen Dienst –  
Seit 1952 Pension eines Oberregierungsrats  
(„*Stimme der PRV*“ April 1959 – „*Süddeutsche Zeitung*“ 30. 8. 1958)
25. HAACK, Hans, Dr.  
Früher Generalstaatsanwalt in Hamburg-Altona – Wartegeld  
monatlich 1653 DM  
(„*Hamburger Morgenpost*“ vom 25. 3.1859)
26. HINKEL, Hans  
Ehemaliger Abteilungsleiter im Propaganda-Ministerium und  
SS-Oberführer – Heute Pension als Oberregierungsrat,  
Höhe unbekannt („*Stimme der PRV*“ Nov. 1958)
27. HÜLLE, Dr.  
NS-Ministerialrat, Oberstrichter; belastet im Schörner-Prozeß;  
Verdacht der Mitwirkung an „Führerbefehlen“ –  
Zahlung unbekannt  
(„*Druck und Papier*“, Nr. 18 vom 15. 9.1958)
28. JORDAN, Rudolf  
Gauleiter von Sachsen-Anhalt – 6000 DM Heimkehrer-  
Entschädigung  
(„*Süddeutsche Zeitung*“ v. 30.8. 1958)
29. JUNCKER  
Ehemaliger NS-OB von Hanau – 40 000 DM Pensions-  
Nachzahlung  
(„*Stadtanzeiger Köln*“ v. 30. 9. 1958)
30. KÄSSLER, Anton  
NS-Kommandant KZ Sachsenhausen, SS-Standartenführer –  
6000 DM Heimkehrer-Entschädigung  
(*ÖTV-Presse* Nr. 10, Oktober 1958)
31. KESTEL, Frau  
Witwe des in Nürnberg zum Tode verurteilten Kommando-  
Führers im KZ Buchenwald Josef Kestel – Höhe der Entschädi-  
gung unbekannt.  
(„*Frankfurter Rundschau* v. 18. 12.1958)
32. KREBS, Friedrich, Dr.  
Früherer NS-OB von Frankfurt – Pensions-Zahlg. nach § 131  
bis jetzt unbekannt  
(„*Hessische Allgemeine*“ Kassel, 16. 7. 1959)
33. KÖRNER, Paul  
SS seit 1931, Adjutant und Mitarbeiter Görings; SS-Obergruppen-

- fürher; NS-Staatssekretär und Stellvertreter Görings im Vierjahresplan – Monatliche Pension zwischen 1500 und 2000 DM  
(„*Druck und Papier*“, Nr. 18, 15. 9. 1958)
34. LAUTZ, Ernst, Dr.  
Ehemaliger Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof – Erhält ab 1. 4. 1951 692 DM; ab 1953 1342 DM; ab April 1958 monatlich 796 DM; insges. 125000 DM  
(*ÖTV-Presse Nr. 10, Oktober 1958*)
35. LINGE, Heinz  
SS-Sturmbannführer und Kammerdiener Adolf Hitlers – Fordert Kriegsgefangenen-Entschädigung von rund 6000 DM  
(„*Kasseler Post*“, 29. 8. 1959)
36. LEMKE, Max  
Generalmajor a. D.; Vorsitzender der Gemeinschaft der Ritterkreuzträger, Landesgruppe Niedersachsen – Erhält Generals-Pension  
(„*Druck und Papier*“, Nr. 18, 15. 9. 1958)
37. MATHAEI, Kurt, Dr.  
NS-Polizei-Kommissar und Regierungspräsident in Schaumburg-Lippe; übler Antisemit; Führend in der SRP – 795 DM Rente  
(*Parlamentarische Nachrichten vom 17. Oktober 1958*)
38. MEINBERG, Wilhelm  
SS-Gruppenführer; NS-Staatsrat – NS-Reichsbauernführer; Heute Vorsitzender der DRP – Pension nach Gesetz 131  
(„*Süddeutsche Zeitung*“, 30. 8. 1958)
39. MILCH, Erhard  
Generalfeldmarschall; Stellvertreter Görings; NS-Staatssekretär – 1500 DM Pension  
(„*Süddeutsche Zeitung*“, 30. 8. 195 – *PRV November 1957*)
40. MÜNSTERMANN, Wolfgang, Dr.  
Ehemaliger Beisitzer am Volksgerichtshof. Mehr als 50 Todesurteile – Monats-Pension von 700 DM (vorh. 1000 DM)  
(„*Berliner Zeitung*“, 12. 3. 1959)
41. NIEHOFF  
General a. D.; gehört z. d. Transp. Nichtamnestierter – 6000 DM Heimkehrer-Entschädigung und Pension nach Gesetz 131  
(„*Stimme der PRV*“, April 1959)
42. NEUMANN, Dr.  
Früher Oberstrichter; belastet im Schörner-Prozeß – Entschädigung unbekannt  
(„*Süddeutsche Zeitung*“, 30. 8. 1958)
43. PEIPER, Jochen  
SS-Standartenführer und Oberst der Waffen-SS; zum Tode ver-

- urteilt, 1956 entlassen – 6000 DM Heimkehrer-Entschädigung  
(„*Druck und Papier*“, Nr. 18, 15. 9. 1958)
44. PIOROWSKI, Frau  
Witwe des von den Amerikanern im Jahre 1948 hingerichteten  
KZ-Kommandanten von Dachau SS-Sturmbannführers  
Alex Piorowski – Höhe der Rente unbekannt  
(„*Frankfurter Rundschau*“, 6. 12. 1958)
45. PAPEN, Franz v.  
Ehemaliger Reichskanzler – Fordert Pension und Pensions-  
Nachzahlung. Zahlung unbekannt  
(*FAZ* v. 8. 12. 1958)
46. LAMMERS, Hans Heinrich  
SS-Obergruppenführer; NS-Reichsminister; Chef der Reichs-  
kanzlei des Führers. In Nürnberg zu 20 Jahren Haft verurteilt  
und 1951 entlassen – Klage auf Rückgabe von Vermögenswer-  
ten. Wahrscheinlich Pension  
(*DGB-Informat. Niedersachsen, Juli/August 1958*)
47. PAGENKOPF, Dr.  
SA-Obersturmbannführer; NS-Bürgermeister von Dortmund –  
Erhält 42000 DM Entschädigung  
(„*Süddeutsche Zeitung*“, 30. 8. 1958)
48. PLAZA, Dr.  
SS-Arzt im KZ Buchenwald und Gehilfe von Eisele – 4000 DM  
Heimkehrerentschädigung und 25 000 DM Bauhilfe  
(„*Süddeutsche Zeitung*“, 30. 8. 1958)
49. POPPENDIECK, H., Dr. med.  
Arzt im SS-Rasse- und Siedlungs-Hauptamt; Chef des persönli-  
chen Büros im Stabe des Reichsarztes SS; SS-Oberführer; in  
Nürnberg zu 10 Jahren Haft verurteilt; Heimkehrer-Entschädi-  
gung durch den Verwaltungspräsidenten von Oldenburg  
(*Parlamentarische Nachrichten, Nr. 17, Okt. 1958*)
50. POCK, Hermann, Dr.  
SS-Obersturmbannführer; Chefzahnarzt der SS; Initiator der  
Goldzahnverwertung ermordeter Juden. In Heimkehrer-Ent-  
schädigung durch den Verwaltungspräsidenten von Oldenburg  
(*Parlamentarische Nachrichten, Nr. 17, Oktober 1958*)
51. RAEDER, Erich  
Ehemaliger Großadmiral der Marine – Erhält seit 1953 monat-  
lich 2246 DM Pension  
(„*Stimme der PRV*“, Nr. 4, April 1959)
52. RAMCKE, Bernhard  
General a. D. – Pension nach § 131; Höhe unbekannt  
(„*Stimme der PRV*“, Nr. 4, April 1959)

53. REMER, Ernst  
Ehemaliger Generalmajor und Helfer bei der Ermordung der Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944 – Pension nach § 131; Höhe unbekannt („*Stimme der PRV*“, Nr. 4, April 1959)
54. REEDER, Eckert  
Ehemaliger SS-Gruppenführer und Deportations-Spezialist von Belgien; NS-Regierungspräsident von Köln – 26 000 DM Nachzahlung und 1400 DM monatliche Pension (ÖTV-Presse, Nr. 10, Oktober 1958 – „*Stimme der PRV*“, November 1957)
55. RICHTER, Karl  
Major der Schutzpolizei; Luftschutz-Beauftragter für Regensburg – Seit 1951 Unterhaltsbeitrag und Wartegeld; Nachzahlung von DM 70 324,95 („*Die TAT*“, Nr. 4, 24. Januar 1959)
56. ROEDER, Manfred  
Ehemaliger Luftwaffen-Generalrichter, hat zahlreiche Todesurteile gegen polnische Gegner des Nazi-Regimes gefällt; nach 1945 rechtsradikal tätig – Pension lt. § 131 („*Stimme der PRV*“ Nr. 4, April 1959)
57. ROTHENBERGER, Curt  
NS-Staatssekretär im Reichsjustizministerium; NS-Justiz-Senator von Hamburg; Gauführer und Präsident des Hamburger Oberlandesgerichts – Monatliche Pension von DM 2073,19; kassierte bis jetzt 200 000 DM Pension („*Stimme der PRV*“, Nr. 10, Oktober 1959)
58. SCRIBA, Friedrich, Dr.  
Ehemaliger NS-Oberlandesgerichtspräsident von Darmstadt; bekannte sich bereits vor 1933 zur NSDAP – Erhält Pension nach § 131 eines Landesgerichtspräsidenten („*Offenbach-Post*“ vom 19. September 1959)
59. SÜDECK  
Ehemaliger NS-Beauftragter für Vermögens-Beschlagnahme in Berlin – lt. Ges. 131 monatlich 1150 DM Wartegeld (ÖTV-Presse, Nr. 10, Oktober 1958)
60. SCHLEMMING  
Ehemaliger Bürgermeister Höhr-Grenzhausen – Vergleich des Verwaltungsgerichts 5200 DM für die Jahre nach 1956 und für die folgenden Jahre jährlich 1800 DM außer der monatlichen Pension, die Schlemming erhält („*Rhein-Zeitung*“, Koblenz, 23. Juni 1959)
61. SCHNUHR, Harald  
1933 Gauinspektor der NSDAP und ehemaliger NS-Regierungs-

- direktor. Nach 1945 rechtsradikal tätig – Nach § 131 monatlich 450 DM  
(„*Stimme der PRV*“, Mai 1959)
62. SCHACHT, Hjalmar, Dr.  
Ehemaliger NS-Reichsfinanz-Minister – Monatliche Pension von 1500 DM – ÖTV-Presse, Nr. 10, Oktober 1958 –  
Monatliche Pension 2800 DM  
(„*Stimme der PRV*“, November 1958)
63. SCHÖDER, Walter  
SS-Brigadeführer und NS-Polizei-Präsident von Lübeck –  
Erhält 65 000 DM Entschädigung und 1200 DM Pension  
(„*Stimme der PRV*“, Mai 1959)
64. SCHEGELBERGER, Franz, Prof., Dr.,  
Ehemaliger Staatssekretär und amtierender Reichsminister der  
Justiz. Neben Schlegelberger beziehen weitere 15 Beamte eine  
Staatssekretär-Pension nach § 131. (Quelle: „Hamburger Echo“,  
7. 4. 1959) – Erhält monatliche Pension in Höhe von DM 2894  
(„*Nordsee-Zeitung*“ vom 8. 9. 1959)
65. SCHRANZ, Helmuth, Dr.  
NS-Oberbürgermeister von Offenbach a. M.. 1925 Mitglied der  
NSDAP – Erhebt Forderung nach § 131 1400 DM Monatspension  
und Nachzahlung von 40000 DM  
(„*Die Zeit*“ vom 29. 5. 1959)
66. STOLLEIS, Erich, Dr.  
Ehemaliger NS-Oberbürgermeister von Ludwigshafen –  
Monatliche Pension 900,- DM  
(„*Stimme der PRV*“, Mai 1959)
67. STEILRECH, Helmuth, Dr.  
Ehemaliger Beauftragter für die „Weltanschauliche Schulung“  
im Amt Rosenberg; SS-Obersturmbannführer; PG seit 1922; MdL  
der NSDAP; Stellvertreter Rosenbergs – Verlangt 90 000 DM  
„Lastenausgleich“  
(„*Druck und Papier*“ vom 15. 9. 1958)
68. SOMMER, Karl, Dr.  
PG seit 1930; seit 33 bei der Gestapo; Obersturmführer der SS  
beim SD; 1957 Landesgeschäftsführer der BHE in Hessen –  
Entschädigung unbekannt  
(„*Süddeutsche Zeitung*“, 30. 8. 1958)
69. THIEMANN, Alfred  
Ehemaliger Adjutant des Landes-Polizei-Generals Niehoff und  
dessen Personalchef – Entschädigung. Erhält Pension als Gene-  
ralleutnant; Höhe unbekannt  
(„*Stimme der PRV*“, Mai 1959)

70. THURNER, Frau  
Die Witwe des Mörders Harald Thurner, der wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit 1947 zum Tode verurteilt wurde – Bezieht Hinterbliebenen-Vers. nach einem Oberregierungsrat („*Stimme der PRV*“, November 1957)
71. WÖDTKE, Alexander v.  
Ehemaliger SS-Standartenführer von Glogau – Pension eines Polizeipräsidenten; Höhe unbekannt („*Stimme der PRV*“, Mai 1959)
72. WEILER, Hans  
NS-Bürgermeister von Bad Orb; Mitglied der NSDAP seit 1930; seit 1932 Kreisschulungsleiter. – Erhebt Pensionsanspruch nach § 151 („*FAZ*“ 16. 12.1958)
73. WAHL, Karl  
Ehemaliger NS-Gauleiter von Schwaben – 12 000 DM Abfindung und 6000 DM Gerichtskosten-Ersatz (*DGB-Informat. Niedersachsen Juli/August 1958*)
74. WOHLGEMUTH, Wilhelm  
Ehemaliger Kreisleiter der NSDAP und NS-Oberbürgermeister von Würzburg; Mitglied der NSDAP seit 1926; SS-Obersturmführer und Träger des goldenen Ehrenabzeichens der NSDAP – Nach einem Entscheid des Verwaltungsgerichts Würzburg rückwirkend vom 1. April 1951 bis auf unbestimmte Zeit Übergangsgehalt zu zahlen; Höhe unbekannt („*Die TAT*“ vom 3. Januar 1959)
75. SIEBER, Hans-Joachim  
Ehemaliger Leiter der SA-Sportschule und SA-Ober-Gruppenführer – Erhält Pension als Oberst a. D. („*Stimme der PRV*“, Nr. 5, Mai 1959)
76. BAUMKÖTTER, Heinz, Dr.  
KZ-Arzt von Sachsenhausen – Heimkehrerentschädigung DM 6000, –
77. BECKERLE, Adolf Heinz  
Ehemaliger NS-Gesandter in Bulgarien; NS-Polizei-Präsident in Ffm. und SA-Obergruppenführer – Klagt beim Verwaltungsgericht Frankfurt a. M. auf Zahlung einer Entschädigung („*Stimme der PRV*“, Nr. 11, Mai 1958)
78. HEYDE, „Witwe“  
Frau des wegen vielfachen Mordes beschuldigten Dr. Heyde – Erhielt eine Pension von 700 DM im Monat („*Frankfurter Rundschau*“, 19. 12. 59)
79. BAUR, Hans  
Flugkapitän des „Führers“ – Erhält eine Pension für Generalleutnant („*Der Mahnruf*“, Berlin-West, Februar 1959)

## IV. Von Hitlers Wehrmacht zur Bundeswehr

Wir haben im ersten Abschnitt daran erinnert, wie sehr die welt-politische Situation, d. h. der Kalte Krieg, die Vorbereitungen der bundesdeutschen Aufrüstung beschleunigte und wie schnell bundesdeutsche Politiker ihre in den Jahren 1945/46 ausgesprochenen Erkenntnisse von der Notwendigkeit der friedlichen Entwicklung und der Beseitigung aller nationalistischen und militaristischen Tendenzen über Bord geworfen haben.

Wir wissen heute, daß zu einer Zeit, als Bundeskanzler Dr. Adenauer der in- und ausländischen Öffentlichkeit immer wieder versicherte, es denke niemand an eine bundesdeutsche Aufrüstung, diese schon planmäßig vorbereitet wurde und daß sich Bundeskanzler Dr. Adenauer heute mit Stolz als „Vater der Bundeswehr“ bezeichnen läßt.

### Hitler verschwand – seine Generäle blieben

Es ist im Rahmen dieses Weißbuches nicht möglich, das Verhalten der deutschen Generalität zum NS-Staat und zu Hitler ausführlich zu behandeln. Deshalb begnügen wir uns vorerst mit der Feststellung, daß die überwiegende Mehrheit der maßgebenden Männer des deutschen Offizierskorps 1933 als demokratische Staatsbürger versagt hatten; daß sie sich nicht gezwungen, sondern bereitwilligst Hitlers Kriegsvorbereitungen zur Verfügung stellten und daß sie Hitler im schrecklichsten Sinne des Wortes bis zur Mobilisierung des Volkssturmkindes dienten. Daß einige von ihnen, als sich schon die militärische Niederlage eindeutig abzeichnete, im Jahre 1944 nach einem Ausweg aus dem militärischen Dilemma suchten, ändert nichts an dieser grundsätzlichen Feststellung.

Angesichts der stark geförderten und verbreiteten Rechtfertigungsliteratur, die der Rehabilitierung des Zweiten Weltkrieges und der geistigen Vorbereitung eines dritten Weltkrieges dient, muß mit allem Nachdruck festgestellt werden, daß der Zweite Weltkrieg, der von den Nationalsozialisten planmäßig, geistig, politisch und militärisch vorbereitet worden war und deren politischen Konzeption entsprach, von dem System des Dritten Reiches nicht zu trennen ist. Der Zweite Weltkrieg war der Krieg Hitlers, und die Generalität, die diesen Krieg strategisch vorbereitete und führt, tat dies im Auftrag des „Führers“.

Auf der Grundlage der uns heute vorliegenden Dokumente und der gesamten Literatur, die sich mit der Geschichte des Zweiten

Weltkriegs beschäftigt, muß der Versuch, diesen Krieg und die während des Krieges begangenen Verbrechen vom nationalsozialistischen System trennen zu wollen, als eine ebenso bewußte wie plumpe Geschichtsfälschung bezeichnet werden.

Die VVN hat zu keiner Zeit den Millionen deutschen Männern einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie sich, freiwillig oder unfreiwillig, durch die Naziführerschaft mißbrauchen und in den entsetzlichen Krieg führen ließen. Wir, die Opfer des Naziregimes von gestern und deshalb die berufenen Warner vor einer ähnlichen Entwicklung in der Gegenwart, wünschen einen Strich unter das Geschehen der jüngsten Vergangenheit zu ziehen, einen Strich mit all jenen gemeinsam, die bereit sind, aus ihren Fehlern und aus ihrer Mitschuld die richtigen Folgerungen zu ziehen. Es geht nicht um die Hunderttausende ehemaliger deutscher Soldaten, es geht auch um keine neue Kollektivschuld-Propaganda, sondern es geht um jene hohen, für den Zweiten Weltkrieg militärisch verantwortlichen Offiziere. Ihre Worte heute sagen alles.

#### ADOLF HEUSINGER:

Nach einer Anordnung des Bundesverteidigungsministers vom 1. Juni 1957 bekleidet der Vier-Sterne-General Adolf Heusinger die Stelle eines Generalinspektors der Bundeswehr, dem die Führerstäbe des Heeres, der Luftwaffe und der Marine unterstehen. Seinem militärischen Lebenslauf entnehmen wir die folgenden Daten:

„Nach dem Besuch des Gymnasiums entschied er sich für den Beruf eines aktiven Offiziers, trat im Jahre 1915 als Fahnenjunker in die Armee ein und nahm von 1915 bis 1918 am Ersten Weltkrieg teil. Im Jahre 1916 wurde er Offizier und nach dem Kriege, 1922, zur Kriegsakademie kommandiert. Im Jahre 1931 wurde er endgültig als Hauptmann in den Generalstab übernommen, in dem er dann bis zum 20. Juli 1944 Dienst tat, und zwar seit 1937 dauernd in der Operationsabteilung des Heeres, zuletzt als deren Chef, nachdem er inzwischen bis zum Generalleutnant (1943) befördert worden war.“

Nachdem er Kaiser Wilhelm II. und der Republik gedient hatte, machte er bei Hitler große Karriere. Hierüber berichtete das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ am 29. Februar 1956:

„Heusinger hat seine Planer-Qualitäten längst bewiesen. Die Aufmarschpläne für die Unternehmen Österreich, Sudetenland, Prag und die Feldzüge des letzten Krieges waren das Werk der Operationsabteilung im Generalstab des Heeres. Als erster Generalstabsoffizier dieser Abteilung fungierte seit August 1937 der Major im Generalstab, Heusinger.“

Im Zusammenhang mit den Ereignissen des 20. Juli 1944 wurde Heusinger – wie sich bald herausstellte – unschuldig festgenommen und nach zwei Monaten wieder entlassen. Diese Zeit kann aber durchaus nicht als verloren gelten. Er verfaßte für Adolf Hitler eine Denkschrift über die militärische Lage Hitlerdeutschlands 1944. Wie sehr der „Führer“ dies zu schätzen wußte, darüber berichtete Heusinger selbst:

„... Hitler, gebeugt und müde, gibt Heusinger die Hand und sieht ihn lange an: ‚Es hat mir leid getan, daß auch Sie in die Untersuchung verwickelt waren. Aber ich konnte da nicht eingreifen ...

Ich habe Ihre Denkschrift aus der Haftzeit studiert. Ich danke Ihnen dafür...’

Generalleutnant Heusinger nach kurzem Stocken: ‚Ich mußte mir während der langen Zeit meiner Haft diese Gedanken von der Seele schreiben...’

Hitler: ‚Sie haben mich sehr interessiert...’

*(Adolf Heusinger „Befehl in Widerstreit“, Rainer-Wunderlich-Verlag, Tübingen und Stuttgart—1950)*

In einer Zeit, als man in der Öffentlichkeit noch alle Wiederaufrüstungspläne sehr energisch dementierte – im Jahre 1950 – fungierte General Heusinger gemeinsam mit General Dr. Speidel als militärischer Berater des Bundeskanzlers. Ebenso wie unter Hitler waren seine strategischen Pläne gegen die Sowjetunion von dem Gedanken des Angriffskrieges diktiert, so bekannte er sich auch 1953 zu den Ideen des Präventivkrieges:

„Der Verteidiger muß seinerseits den Angreifer angreifen, wo immer sich eine Chance dafür bietet. Mit dieser Kampfmethod sollte der Westen dem Osten gegenüberreten. Man muß versuchen, so schnell wie möglich den russischen Operationsplan zu durchkreuzen. Mit anderen Worten, es gilt, so schnell wie möglich die Initiative zu erringen. Aus diesem Grunde sollten in Westdeutschland Kräfte bereitgestellt werden, die Gegenangriffe führen können. Deshalb haben wir darauf gedrungen, daß genügend Panzerdivisionen im Rahmen der europäischen Verteidigungsgemeinschaft aufgestellt werden.“

*(Passauer Neue Presse vom 27. Oktober 1953)*

In einem von ihm unterzeichneten Dokument schrieb Heusinger am 27. März 1941:

„Politisch ist es besonders wichtig, daß der Schlag gegen Jugoslawien mit unerbittlicher Härte geführt wird und die militärische Zerschlagung in einem Blitzunternehmen durchgeführt wird.“

Die Unterschrift Heusingers trägt auch eine „Geheime Kommandosache“ zur Vorbereitung des Überfalls auf Holland, Belgien und Luxemburg, in der es heißt:

„Gleichzeitig hat Heeresgruppe B entsprechend besonderer Anweisung alle Vorbereitungen zum sofortigen Einrücken in holländisches und belgisches Gebiet zu treffen, falls die politische Lage es erfordert.

Den Befehl zum Einrücken gibt OKH. Bis dahin ist jede Grenzverletzung holländischen oder belgischen Gebiets peinlich zu vermeiden.“

Im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß stellte der britische Ankläger, Oberst Taylor, fest, daß „die eidesstattlichen Erklärungen der Generale Röttiger, Rohde und Heusinger den naheliegenden Schluß bestätigen, daß der ganze Plan der ‚Befriedigung‘ von allen deutschen militärischen Führern ‚klar verstanden worden war‘.“

*(Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Band XXII, S. 331)*

#### JOSEF KAMMHUBER:

Wie so viele andere Militärs diente auch der gegenwärtige Inspekteur des Führungsstabes der bundesdeutschen Luftwaffe, Josef Kammhuber, verschiedenen politischen Herren. Er begann seine militärische Laufbahn im Jahre 1914 als Freiwilliger des Ersten Weltkrieges. In der Reichswehr diente er als Infanterieoffizier und kam 1928 in den Generalstab des Heeres, wo er in der Operationsabteilung Fragen der Heeresfliegerei bearbeitete.

Im Jahre 1933 wurde er von Göring in das Reichsluftfahrtministerium berufen und 1936 zum Kommandeur einer Jagdflieger-Gruppe ernannt.

Im Auftrage Hitlers verfaßte er im Jahre 1938 die „Organisationsstudie 1950“ über den Aufbau der Luftwaffe „nach dem Sieg“. In dieser Denkschrift wurden die Städte Warschau, Wien und Budapest bereits als künftige deutsche Luftbasen bezeichnet.

Bemerkenswert an seiner militärischen Laufbahn ist auch, daß er im Jahre 1940 zum Kommandeur des Kampfgeschwaders 51 (Edelweiß-Geschwader) ernannt wurde, das am 10. Mai 1940 die deutsche Stadt Freiburg im Breisgau bombardierte, wobei 57 Männer, Frauen und Kinder ums Leben kamen. Dieses provokatorische Bombardement war für Hitler der Vorwand zur Eröffnung des totalen Luftkrieges gegen England.

Kammhubers antidemokratische Einstellung kam schon am 9. November 1923 – dem Tag des Hitler-Putsches – zum Ausdruck: Damals:

„... stand der Leutnant Kammhuber auf der Seite derjenigen Kompanieführer seines Regiments, die sich weigerten, dem Befehl der Regierung zu gehorchen und gegen Hitlers Kolonnen auszurücken“.

*(Der Spiegel vom 11. Dezember 1957)*

# Der Freiwillige

## KAMERADSCHAFTSBLATT DER HIAG



Aus dem Verordnungsblatt des Bundesverteidigungsministeriums vom 14. August 1956.\*)

\*) Regelungen zum Überspringen von Dienstgraden beim Übergang von der Wehrmacht und von der Waffen-SS zur Bundeswehr.

SS-Offiziere in der Bundeswehr – seit es sie gibt, wissen die SS-Traditionsverbände über alles sofort Bescheid.

Auch er zählt heute zu den Befürwortern der atomaren Bewaffnung und erklärte schon im Jahre 1957, „Westeuropa kann nur noch mit Atomwaffen wirksam verteidigt werden“.

*(Frankfurter Rundschau vom 14. Februar 1957)*

#### HANS SPEIDEL:

Im Jahre 1914 trat Speidel in den militärischen Dienst ein und wurde später Mitglied des Generalstabes der Reichswehr. Nach der Machtübernahme Hitlers wurde er Mitarbeiter des deutschen Militärattachés in Paris. Die Behauptung von seiner Mitverantwortung für den Königsmord in Frankreich (Marseille 9. Oktober 1934) wurde von ihm bestritten.

Nach seiner Rückkehr aus Paris wurde Speidel Chef der Abteilung „Fremde Heere“ im Generalstab. In dieser Eigenschaft erarbeitete er die militärischen Unterlagen für die Angriffe auf die westeuropäischen Länder. Dann wurde er Chef des Stabes des deutschen Militärbefehlshabers in Paris. In einem von Speidel am 28. Februar 1942 verfaßten Lagebericht an Keitel heißt es:

„Folgende Sühnemaßnahmen wurden in der Berichtszeit befohlen: 1000 Kommunisten und Juden wurden nach Compiegne zwecks Deportation nach dem Osten überführt.

In Rouen wurden umfangreiche Razzien auf Kommunisten und Juden durchgeführt, die zu zahlreichen Verhaftungen führten. In Zusammenhang mit den Maßnahmen ... wurde für das gesamte besetzte Gebiet die Überführung von 1000 Kommunisten und Juden in deutsche Haft angeordnet. Diese sind zur Deportation nach dem Osten bereitgestellt.“ Im Frühjahr 1942 kam Speidel an die Ostfront, wo er vorwiegend als Generalstabschef der VIII. Armee tätig war. Im April 1943 wurde Speidel zum Generalstabschef der Heeresgruppe B in Frankreich ernannt. Diese Heeresgruppe wurde für Rommel geführt.

Der Sohn Rommels, Manfred Rommel, erklärte 1945 auf dem Bürgermeisteramt in Ehingen-Donau vor dem damaligen Bürgermeister und einer Kommission, daß General Speidel, um seinen Kopf zu retten, Rommel an die Gestapo verraten habe.

„General Speidel: Soldat und Mensch“ – So lautet die Überschrift eines der vielen Artikel, die dazu beitragen sollen, Generalleutnant Dr. Hans Speidel, den Befehlshaber der NATO-Luftstreitkräfte, im In- und Ausland zu popularisieren. In diesem Aufsatz heißt es u. a.:

„Die Bundesregierung konnte sicherlich keine besser geeignete Persönlichkeit für diese Stelle, die großes militärisches Können, aber auch diplomatische Begabung und Takt erfordert, benennen. Alle diese Forderungen erfüllt der General Speidel. Er wird das

deutsche Soldatentum in seinem neuen Amt würdig vertreten, und wir können schon stolz darauf sein, daß ihm als erstem deutschen General ein derartig hoher Posten von internationaler Bedeutung übertragen wurde...”

*(Wehr-Informationen, Frankfurt vom 6. Febr. 1957)*

Der „Combat“, Paris, schrieb am 4. April 1957 über Speidel: „Frankreich kann nichts dafür: Wenn es das Gesicht Speidels sieht, wird es durch dieses Gesicht an vier Jahre Erpressung, Folterungen, an vier Jahre Hölle erinnert. Es ist unmöglich, Frankreich diese Aufheizung zuzumuten. Die Staatsräson hat kein Recht, sich über das Herz der Völker zu stellen. Das Blut der Toten läßt sich nicht so leicht trocknen wie eine Unterschrift. Die Schmach, die soeben dem

Volksgefühl und dem nationalen Empfinden angetan wurde, ist ein ungeheurer Fehler ... Ein Bündnis, das uns zwingt, unsere logischen Reaktionen zu unterdrücken, wird von Tag zu Tag unerträglicher erscheinen.“

Die „Prawda“, Moskau, nahm am 27. 1. 1957 zu der Ernennung Speidels als Befehlshaber von NATO-Truppen wie folgt Stellung:

„Wie die Propagandisten der NATO behaupten, liebt der General Frankreich. Dutzende von Dokumenten – Befehle und persönliche Anweisungen Speidels – sind bis auf den heutigen Tag als Zeugnisse dieser „flammenden Liebe“ erhalten geblieben. Der Stabschef brachte den Söhnen Frankreichs so viel Aufmerksamkeit entgegen, daß er persönlich die Todesurteile gegen französische Patrioten fällte und persönlich die Hinrichtungen an Hitler meldete.

Hans Speidel gehört zu denen, die durch die Taktik der ‚verbrannten Erde‘ traurigen Ruhm erlangt haben. Der General ist bereit, diese Taktik auch gegen das von ihm heißgeliebte Frankreich anzuwenden. Was tut er nicht alles aus Liebe?“

Überall, wo Speidel auftaucht, protestiert die Bevölkerung, so in Norwegen, Dänemark, Frankreich usw. In London wurde die Ernennung Speidels zum NATO-Befehlshaber als „eine Beleidigung der Lebenden und eine Verächtlichmachung der Toten“ empfunden.

#### FRIEDRICH FOERTSCH:

Als deutschen Mitarbeiter für ein von der NATO herausgebrachtes, mehrsprachiges Buch hat das Bundesministerium für Verteidigung den General Foertsch benannt. Diese Wahl entbehrt nicht einer gewissen Logik, denn der Genannte verfügt als Verfasser militärpolitischer Schriften über große Erfahrungen. So schrieb er z. B. als Oberstleutnant des Dritten Reiches in einer von ihm verfaßten „Pflichtlehre für den hitlertreuen Offizier der deutschen Wehrmacht“ u. a.:

„Wer diesen nationalsozialistischen Staat nicht aus der Fülle seines Herzens heraus bejaht, wer diesem Staat und der Weltanschauung, die ihn gefordert hat und ihn trägt, gleichgültig oder ablehnend gegenüber steht, hat als Offizier in der neuen deutschen Wehrmacht nichts zu suchen ... Alle Gesetze des Volkstums und der Rasse, alle Grundsätze des politischen, wirtschaftlichen, geistigen Lebens im neuen Staat müssen dem Offizier eigen sein. Alle Bestrebungen, die diesem Ziel dienen, erfordern seine Förderung und Hilfe.“

*(Foertsch „Der Offizier der deutschen Wehrmacht – Eine Pflichtlehre“ – Berlin 1942)*

Foertsch kam aus dem kaiserlichen Heer und wechselte später zur Reichswehr über. Er wurde dort als Generalstabsoffizier ausgebildet. Im 1. September 1939 war er Major im Generalstab des III. Armeekorps. Vom Januar bis Mai 1945 war Foertsch Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Kurland, der die 16. und 18. Armee

unterstand. Im Jahre 1945 wurde er zum Generalleutnant befördert und erhielt das Ritterkreuz.

Wegen begangener Kriegsverbrechen wurde Foertsch zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt. 1955 erfolgte seine vorzeitige Entlassung. Bereits ein Jahr darauf bekam er die Führung der 2. Grenadier-Division der Bundeswehr in Kassel anvertraut. Gegenwärtig ist er stellvertretender Stabschef für Planung und Politik im NATO-Hauptquartier Europa in Fontainebleau.

Eine große, bundesdeutsche Tageszeitung kommentierte die Tätigkeit des nationalsozialistischen Militärschriftstellers Foertsch bei der Bundeswehr mit folgenden Worten:

„Fürwahr, das Bundesverteidigungsministerium beweist ein besonderes Geschick in der Auswahl seiner Mitarbeiter. Mag aus dem hitlerischen Saulus Foertsch ein demokratischer Paulus geworden sein – Gesinnungswechsel wäre hier wirklich erfreulich –, so kann man die Einfallsarmut des Ministeriums nur bewundern. Es scheint fast so, als hätte es keinen qualifizierten und dazu auch noch demokratischen Militärschriftsteller in Deutschland als eben diesen Herrn Foertsch gegeben. Wenn dem so ist, dann dürfte der Traum von der demokratischen Armee endgültig ausgeträumt sein.“

*(„Frankfurter Rundschau“ vom 3. November 1956)*

#### HANNES TRAUTLOFF:

Bereits im Juli 1936 meldete sich der Angehörige der deutschen Wehrmacht, Hannes Trautloff, als Freiwilliger nach Spanien, um dort auf Seiten der spanischen Faschisten gegen die Republik zu kämpfen. Er gehörte zu den ersten sechs Jagdfliegern, die mit Bombenangriffen auf die wehrlose spanische Bevölkerung begannen.



Die SS marschiert  
„über die  
Vordertreppe“  
in den Staat.

In seinem Buch „Als Jagdflieger in Spanien“ rühmte er sich seiner blutigen Heldentaten gegen die spanischen Republikaner.

Als „Belohnung“ für seine Mitwirkung an der Zerschlagung der Demokratie in Spanien erhielt Trautloff aus den Händen Görings das Spanienkreuz in Gold.

Später wurde er Oberst und Commodore des „Grünherz-Geschwaders“. Beim Überfall auf Polen war er Staffelfkapitän und Gruppenkommandeur des Jagdgeschwaders 54.

Am 27. Juni 1941 erhielt er das Ritterkreuz und im November 1943 wurde er von Göring zum Inspekteur der Tag-Jagdverbände ernannt.

Nach 1945 widmete sich Trautloff verschiedenen Aufgaben. So wurde er z. B. erster Vorsitzender der „Gemeinschaft ehemaliger Jagdflieger“ und außerdem Vorsitzender des Traditionsverbandes „Jagdgeschwader 54“.

Im Jahre 1956 hielt er die Zeit gekommen, auf einer internen Tagung der „Legion Condor“ in Bingen (Rhein) „das Wirken der Legion ‚Condor‘ in Spanien der bundesdeutschen Jugend als Vorbild“ zu empfehlen.

Heute schult Trautloff als Brigadegeneral den bundesdeutschen Fliegernachwuchs. Wer möchte ihm seinen Sohn anvertrauen?

#### MARTIN HARLINGHAUSEN:

Als Generalleutnant war er in der „Legion Condor“ in Spanien tätig. Harlinghausen kam von der Reichsmarine und erhielt die Generalstabsausbildung in der Luftwaffe. Bereits im Jahre 1939 war er als Major Chef des Generalstabes eines Fliegerkorps. Als späterer Chef der Basis der AS/88 auf Mallorca trug er die Verantwortung für die Bombardierung zweier französischer Grenzstädte im Jahre 1938.

Als achter Offizier der NS-Wehrmacht erhielt er am 30. Januar 1941 von Hitler das Eichenlaub, nachdem er schon am 4. Mai 1940 das Ritterkreuz bekam. Die Auszeichnungen wurden ihm für seine Beteiligung an den Luftangriffen gegen englische Städte verliehen.

Heute ist er Kommandeur der Luftwaffengruppe Nord in Münster.

## Die Bundesmarine

„Ich mache gar kein Hehl daraus, daß für mich nicht alles, was aus der Zeit des Dritten Reiches herrührt, darum verwerflicher Irrtum ist

...

Es ist doch keineswegs so, daß die Entwicklung zum totalen Staat nur auf das Konto dieses einen Mannes zu setzen wäre. Es ist vielmehr umgekehrt: er war der Exponent einer Entwicklung, für welche die Zeit reif war. Das NS-Gedankengut war tatsächlich ja auch nichts Neues. Adolf Hitler setzte nur noch in politische Wirklichkeit um, was andere vor ihm dachten und z. T. schon trefflich formuliert hatten. Der Nationalsozialismus wurzelt durchaus in der europäischen und speziell der deutschen Geschichte der vorhergehenden 30 bis 50 Jahre. Auch war die praktische Durchführung durchaus nicht nur unzulänglich ... war doch vieles so vorbildlich, so sehr den Bedingungen der Zeit wie dem Charakter des Volkes angemessen, daß man es nur als gute Erfahrung mit in die Zukunft nehmen kann ...”

*(Zitiert nach „Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, vom 20. Juni 1958)*

Die obigen Sätze stammen aus einer Denkschrift des Jahres 1951 über den Aufbau der Bundesmarine, die der Flottillenadmiral und Chef der Abteilung „Organisation und Ausbildung“, Heinrich GERLACH, verfaßt hat. Er zählt zu den höchsten Offizieren der Bundesmarine und hat sich bis heute nicht von seinen oben wiedergegebenen Auffassungen – die zweifellos nicht in das Bild einer Armee vom „Staatsbürgern in Uniform“ passen – distanziert.

Doch ehe wir uns mit den politischen Tendenzen der gegenwärtigen Bundesmarine auseinandersetzen, sei kurz an deren jüngste politische Vergangenheit erinnert.

Die in der politischen Publizistik oft zitierte Rede Himmlers, die dieser am 3. August 1944 vor den Gauleitern in Posen hielt, stand naturgemäß unter dem Eindruck des Attentats vom 20. Juli und war als politische Abrechnung mit den im Sinne der Nationalsozialisten „reaktionären Kreisen der Wehrmacht“ gedacht. Gegenüber den Teilen des Offizierskorps der Wehrmacht, die die Niederlage kommen sahen, erwähnte Himmler lobend die schon in der Weimarer Republik zum Ausdruck gebrachte antirepublikanische Einstellung der Marine.

Hier muß vor allem daran erinnert werden, daß der seinerzeitige Kapp-Putsch durch die von der damaligen Reichsregierung reichlich spät angeordnete Auflösung der beiden Marinebrigaden Ehrhardt und Löwenfeld – die sich als antidemokratische Kampfgruppen in Döberitz etabliert hatten – ausgelöst wurde.

Es ist nicht von ungefähr, daß von den beiden Mördern Walter Rathenaus einer, und zwar Erwin Kern, Oberleutnant zur See a. D. war; daß der katholische Politiker Erzberger das Opfer der Marineoffiziere Schulz und Tillessen wurde; daß der Chef des 1. SA-Kommandos der Marineleutnant Klintzsch war; daß die Funktion des 1. Organisationsleiters der SA, Kapitänleutnant a. D. Alfred Hoffmann, ehemaliger Stabschef der Marinebrigade Ehrhardt, bekleidete. Sie alle können als Vorläufer des ebenfalls von der Marine kommenden SS-Führers Heydrich gelten und mit Recht wurde in der nationalsozialistischen Literatur und auch in der Schulliteratur des Dritten Reiches die republikfeindliche Tätigkeit der Marine mit viel Liebe und Sorgfalt erwähnt. Hier einige Beispiele:

„Reichswehr und Frontkämpfer als ‚Zeitfreiwillige‘ und die Brigade Ehrhardt retteten in blutigen, mit wilder Entschlossenheit geführten Straßenschlachten das Reich vor dem Bolschewismus ...

Hoch klingt das Lied vom braven Mann. In aller Mund ein Name-Kapitän Ehrhardt! ...

Ich brauche mir den Mann nicht lange anzusehen. Es war Ehrhardt ... Für uns Studenten war der Kapitän nicht nur der Inbegriff von soldatischer Treue und Ehre, sondern zugleich der Typus und

das Vorbild des soldatischen Draufgängers, in dem sich unsere junge Begeisterung und unser junger Zorn neu orientieren und informieren konnte ... Es gab nur einen Kapitän Ehrhardt."

*(„Kampf“ – Lebensdokument deutscher Jugend von 1914 – 1934“  
Philipp Reclam jun. Verlag, Leipzig)*

Goebbels erwähnt in seinem Tagebuch ebenfalls lobend die Marine: „Die Marine ist fabelhaft in Form. Alle, Offiziere und Mannschaften, ganz für uns. Man liest den ‚Völkischen Beobachter‘ und den ‚Angriff‘ ... Die Leutnants sind fabelhafte schlanke Jungen, wahre Bilder von soldatischen Männern. Und alle treten sie für uns ein. Armes System! Ich unterhalte mich lange und stehe auf jede Frage Rede und Antwort. Die Marine ist richtig. Ein paar Offiziere fahren in Zivil mit in die Versammlung ...“

*(Dr. Josef Goebbels „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“,  
Zentralverlag der NSDAP, Fr. Ehler-Verlag Nachf., Münch.)*

Im Dritten Reich erwies sich das Offizierskorps der Marine von allen drei Wehrmachtsteilen im Sinne der NSDAP als besonders zuverlässig, und es ist kaum als Zufall zu werten, daß von den Männern des 20. Juli kein einziger der Marine angehörte und daß Hitler Großadmiral Dönitz als besonders verlässlichen Nationalsozialisten zu seinem Nachfolger ernannte.

Und heute? Ein neuer Geist in der Bundesmarine?

#### KARL ADOLF ZENKER:

Als kommissarischer Leiter der Marineabteilung im Verteidigungsministerium erklärt Kapitän K. A. Zenker 1956 vor Angehörigen der Marinelehrkompanie in Wilhelmshaven: „Die deutsche Marine, die heute nach über zehn Jahren Unterbrechung einen neuen Anfang macht, hat eine ehrenvolle Tradition ... Bei dieser Gelegenheit muß ich aber auch des Schicksals gedenken, das die beiden letzten Oberbefehlshaber der alten Kriegsmarine erlitten haben. Die Großadmirale Raeder und Dönitz sind von einem internationalen Gericht der Siegermächte nach einem eigens zu diesem Zweck nachträglich geschaffenen Recht ... aus politischen Gründen zu längeren Haftstrafen verurteilt worden ... Jeder von uns alten Marineleuten, die unter der Führung der beiden Großadmirale Dienst getan haben, weiß, daß die Marine sauber, anständig und ehrenhaft geführt worden ist und daß kein Makel an der Person unserer ehemaligen Oberbefehlshaber haftet. Das will ich heute hier vor Ihnen aussprechen ... daß die Großadmirale nichts getan haben, als ihre Pflicht gegenüber ihrem Volk erfüllt. Sie tragen ihr Schicksal daher stellvertretend für uns alle ...“

*(„Leinen los!“ Monatszeitung des „Deutschen Marinebundes e. V.“,  
München – 1956/II)*

Das heißt, der damals höchste, bundesrepublikanische Marineoffizier verteidigt die politisch belasteten Großadmirale Hitlers und holte sich, wie er dies ebenfalls mitteilte, von Raeder die Erlaubnis, in der Bundesmarine zu dienen. Von jenem Raeder, der anlässlich einer Gedenkfeier für Hindenburg und Ludendorff in den ersten Jahren des Dritten Reiches erklärte:

„Das deutsche Volk hat den aus dem Geiste des deutschen Frontsoldaten geborenen Nationalsozialismus zu seiner Weltanschauung gemacht und folgt dem Symbol seiner Wiedergeburt mit ebenso heißer Liebe wie fanatischer Leidenschaft. Es hat den Nationalsozialismus erlebt, und nicht, wie so viele hilflose Kritiker draußen glauben, erlitten. Darum die klare und schonungslose Kampfansage an den Bolschewismus und an das internationale Judentum, deren völkervernichtendes Treiben wir zur Genüge am eigenen Volkskörper zu spüren bekommen haben.“

Nach Ansicht von Herrn Zenker sollte Großadmiral DÖNITZ als Vorbild für die neue Bundesmarine gelten. – Jener Admiral Dönitz, der am 12. Mai 1944 erklärte:

„Was wäre aus unserer Heimat heute, wenn der Führer uns nicht im Nationalsozialismus geeinigt hätte! Zerrissen in Parteien, durchsetzt von dem auflösenden Gift des Judentums und diesem zugänglich, da die Abwehr unsrer jetzigen, kompromißlosen Weltanschauung fehlte, wären wir längst der Belastung dieses Krieges erlegen und der erbarmungslosen Vernichtung unserer Gegner ausgesetzt worden.“

Es ist dies jener Großadmiral Dönitz, der in einem Geheimbefehl am 7. April 1945 ausführte:

„Wir Soldaten der Kriegsmarine wissen, wie wir zu handeln haben. Unsere militärische Pflicht, die wir unbeirrbar erfüllen, was auch links und rechts ... geschehen mag. Ein Hundsfott, wer nicht so handelt. Man muß ihn aufhängen und ihm ein Schild umbinden: ‚Hier hängt ein Verräter‘ ...“

Es ist dies jener Großadmiral Dönitz, der am 1. Mai 1945 das folgende, von Trauer und Ehrfurcht für Hitler tiefende Manifest an das deutsche Volk erließ:

„Unser Führer Adolf Hitler ist gefallen. In tiefster Trauer und Ehrfurcht verneigt sich das deutsche Volk ... Am Ende dieses seines Kampfes und seines unbeirrbaren, geraden Lebensweges steht sein Heldentod ... Sein Leben war ein einziger Dienst für Deutschland, sein Einsatz im Kampf gegen die bolschewistische Sturmflut hat darüber hinaus Europa und der gesamten Kulturwelt ...“

Das politische Bild dieses Falles erfährt dahingehend seine Ergänzung, daß die „Regier und Dönitz“ von rechtsradikalen Kreisen auch heute noch als rechtmäßig anerkannt wird.

Im April 1956 wurde im Deutschen Bundestag vier Stunden über die Rede Zenkers diskutiert. Die Bundestagsdebatte hatte zur Folge, daß an die Stelle Zenkers Vizeadmiral Ruge trat und Kapitän Zenker wurde „mit der Bearbeitung von Ausbildungsfragen“ im Marinekommando beschäftigt. Im März 1957 aber avancierte er zum Befehlshaber der europäischen Seestreitkräfte der Atlantikstaaten!

Natürlich fanden Zenkers Auffassungen über die jüngste, nach seiner Ansicht ruhmreiche Vergangenheit des Dritten Reiches auch in seiner militärischen, antikommunistischen Konzeption ihren Niederschlag. So schrieb er schon im Jahre 1954 über die militärische Bedeutung des Ostseegebietes:

„Ist auch die Ostsee ein Randmeer, so führt sie doch weit in den Raum eines möglichen Gegners hinein und bildet für ihn eine offene Flanke, an der er verletzlich bleibt.“ *(Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 11. November 1954)*

Vizeadmiral FRIEDRICH RUGE:

Zenkers Nachfolger, Vizeadmiral Ruge, schrieb im „Deutschen Soldatenkalender 1954“ u. a. folgendes: „Für den Frieden gewählt, griff Hitler zum Schwert, um seine Ziele zu erreichen.“

Ruge verliert kein Wort der Wahrheitsfindung, kein Wort darüber, daß damals wie heute der Antikommunismus zum Schreckgespenst erhoben wurde, um die Wiederaufrüstung überhaupt begründen zu können. Stattdessen erklärt Ruge klipp und klar, wozu die Bundesmarine geschaffen wurde und worin er, Ruge, seinen militärischen Auftrag sieht:

„... daß sie durch ihre Erfahrungen der beste Bürge für das Offensein der Ostsee-Eingänge ist. Erst wenn sichergestellt ist, daß die Ostsee jederzeit für Flotten, die von außen kommen, zugänglich ist, wirkt der Druck der großen Seemächte in die Ostsee hinein auf die tausend Kilometer sowjetisch besetzte Küste, die fast mit ihrer ganzen Länge zum Landen gut geeignet ist.“

In der Zeit der internationalen Abrüstungsbemühungen – im April 1956 – gab Vizeadmiral Ruge zwei Erklärungen ab – von denen eine im Bulletin der Bundesregierung abgedruckt wurde – , die in folgenden Feststellungen gipfelten:

„Außenpolitische Sicherheit hängt von einer Reihe von Faktoren ab, deren oberster die Macht ist, gewöhnlich ausgedrückt heißt das, in militärischer Rüstung und Schlagkraft.“

In der Bulletin-Erklärung hieß es des weiteren, für die „Anhänger des dialektischen Materialismus“, also für die Sowjetunion, sei „Macht der einzige Faktor, den sie als Gewähr für die Sicherheit kennen und anerkennen“.

Wie es in der Führung der Bundesmarine aussieht, hat der Fall „Dobberstein“ hinlänglich bewiesen. Dieser frühere Offizier der Bundesmarine wandte sich gegen die Verherrlichung solcher ehemaliger Hitler-Admirale wie Dönitz. DOBBERSTEIN war zuletzt Chef des „Marine-Abschnitts-Kommandos Nordsee“. Als er feststellte, daß Zenker die Verherrlichung solcher Hitler-Admirale wie Dönitz unbehindert fortsetzte, wandte er sich an das Bundesverteidigungsministerium. Jedoch nicht Zenker – Dobberstein wurde entlassen.

Im April 1959 konnte die „Deutsche Soldaten-Zeitung“ triumphierend berichten, daß die VII. Kammer des Landesverwaltungsgerichts Köln die Klage Dobbersteins wegen seiner Entlassung aus der Bundesmarine „als unbegründet abgewiesen“ habe. Das Gericht bestätigte die Entlassungsgründe des Verteidigungsministeriums, wonach Dobberstein mangelnde Eignung für die Aufgaben eines Stabs-offiziers in der Bundesmarine vorgeworfen wird.

Wie stark der Einfluß der nationalistischen und rechtsradikalen Marinevereinigungen in der heutigen Bundesmarine ist, sei an einem Beispiel des U-Boot-Kommandanten und Fregattenkapitäns Otto KRETSCHMER demonstriert. Der Genannte war Präsident des deutschen Marinebundes. Unter seiner Präsidentschaft wurde die Ehrenmitgliedschaft an RAEDER verliehen. Es hat sich bei der Verleihung um eine eindeutige politische Demonstration gehandelt. Damals erklärte Kretschmer: „Raeder ist unser Kamerad“. Zwangsläufig war in diese Kameradschaft das nationalsozialistische Bekenntnis des Großadmirals a. D. mit eingeschlossen. Das politische Bild der bundesdeutschen Marine wird vervollständigt, wenn man erfährt, daß die „Marine-Jugend“ – eine Jugendorganisation, der wegen ihrer rechtsradikalen Tendenz in verschiedenen Städten die Aufnahme in die Stadtjugendringe versagt worden ist, – gemeinsam mit der Bundesmarine auf dem Ausbildungsschiff „Amazona“ auf Übung fährt: „Dieses Unternehmen beschwerte kaum die Geldbörse der Teilnehmer, denn die Bundesmarine war großzügig und hatte in ihren Werbefonds gegriffen.“

*(Bonner Generalanzeiger vom 26. August 1959)*

Das offizielle „Mitteilungsblatt“ des Jugendringes NRW – einem Lande mit einer CDU-Regierung – beurteilte diese Zusammenarbeit der Bundesmarine mit einer extrem nationalistischen Jugendgruppe mit folgenden Worten:

„Für uns sollte dieser Vorfall der Anlaß sein, nach wie vor die Marinejugend sehr aufmerksam zu beobachten und bei ihrer Beurteilung strengste Maßstäbe anzulegen.“

*(Mitteilungsblatt des Jugendringes NRW vom Dezember 1959)*

So weit die geistige Verfassung derjenigen Offiziere der Bundesmarine, die bestrebt sind, die unheilvolle Tradition der Ära Dönitz fortzusetzen.



Begnadigte Kriegsverbrecher bekennen sich zu den „Taten“ der SS und diffamieren die Demokratie.

## V. Die rechtsradikalen Marschierer

### Hitlers alte Garde (HIAG)

1951:

TATBESTAND

„Westdeutschlands Ent- und Remilitarisierer auf dem Petersberg haben seit langem zwischen den Soldatenbünden und der Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages gewisse Zusammenhänge entdeckt. Jedenfalls schlucken sie seit Korea ohne Reaktion Pressemeldungen über Treffen und Gründungen ‚militaristischer‘ Art.

Sie schlucken sogar die Verlautbarung, daß es in Westdeutschland nicht weniger als 326 örtliche Vereinigungen ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS gibt – eine Tatsache, die der Kessel-Spezialist der Ostfront, General der Waffen-SS und Kommandeur der ‚germanischen‘ Freiwilligen-Division Wiking, Gille, in Stemmen bei Hannover mit Genugtuung aus der Tagespresse zitiert. Selbst das kollektive Kriegsverbrecher-Urteil des Nürnberger Gerichts gegen die Waffen-SS hat offenbar nur noch gelegentliche und dann auch nur noch rhetorische Bedeutung.“ (*„Der Spiegel“ vom 19. September 1951*)

Maurice Bardèche:

SS-FREUNDE

„Blicken wir der Zukunft, die uns erwartet, ins Auge. Wir können alles retten, wenn wir das Abendland schaffen. Wir sind nichts mehr, wenn sich gegen uns eine kommunistische Führung des Abendlandes bildet. Unser Geschick spielt sich zur Zeit in Deutschland ab. Wir müssen wählen, die SS mit uns oder bei uns zu haben!“

(*Maurice Bardèche „Nürnberg oder das Gelobte Land“, Brugg-Verlag, Glattbrugg-Zürich – 1951*)

1952

TATBESTAND

Mit Autos, Fahrrädern, Motorrädern, Bussen und der Eisenbahn waren etwa 4000 ehemalige Waffen-SS-Leute nach Verden gekommen. Sie sammelten sich in ihren alten Traditionsverbänden, der „Leibstandarte Adolf Hitler“ (es wurde immer nur „LAH“ gesagt), „Deutschland“ und „Germania“: „Es wirkte beinahe krampfhaft, wie immer wieder hervorgehoben wurde, das ganze Treffen gelte der Vermißtensuche und der Aufklärung von Vermißten-Schicksalen.

Aber da war Ramcke. Er sollte eigentlich nur ein Grußwort der Fallschirmjäger überbringen. Als einziger der vielen Begrüßungssprecher zog er sich den Mantel aus, zupfte sein Kavaliertaschentuch zurecht, klopfte sich die Füsseln von seinem braunen Anzug und hielt fünfundzwanzig Minuten lang eine politische Rede: Die Westalliierten seien die eigentlichen Kriegsverbrecher; die schwarze Liste,

auf der die SS gestanden habe, die der verbrecherischen Organisationen, würde bald wieder eine Ehrenliste sein, usw. ...”

(„Der Spiegel“ vom 5. November 1952)

Hans-Ulrich Rudel:

SS-FREUNDE

„... man hat untadelige Männer, die in jeder Nation als höchste Vorbilder des Mannestums verehrt würden – ob Dönitz oder Kesselring, Sepp Dietrich – bis heute schmachvoll ihrer Freiheit beraubt ...”

(Hans-Ulrich Rudel: „Es geht um das Reich“,  
Dürer-Verlag, Buenos Aires – 1952)

Der niedersächsische Minister des Innern:

„Sie dürfen versichert sein, daß ich Ihren Bestrebungen, das unsagbare schwere Los der Kriegsgefangenen und ihrer Angehörigen zu erleichtern, stets Verständnis entgegenbringen werde. Ihrem Treffen, das diesen Bestrebungen dient, wünsche ich guten Erfolg.”

(Aus dem Schreiben des Ministers vom 29. September 1952  
an die Veranstalter des SS-Treffens in Verden)

1952:

PROTESTE

„Seitdem mit verschiedenen anderen Waffengattungen, Infanterieregimentern, Frontdichtern und Nachrichtenhelferinnen auch die ehemalige Waffen-SS als ‚gleichberechtigter Partner‘ in den ‚Verband Deutscher Soldaten‘ eingezogen ist, – völlig unpolitisch, versteht sich, nur ‚zur Traditionspflege‘ – hat man sich in ihren Reihen um eine wirksame neue Reklameidee bemüht ...

Denn was da als ‚urdeutsche Erfindung‘, aus Schutt und Asche steigt, heißt: Europa-Armee. Hatten doch, so schrieb man flugs an Eisenhower, ‚Tausende von Niederländern, Flamen, Wallonen, Norwegern, Schweden, Franzosen, Spaniern, Ukrainern und andere Schulter an Schulter mit der deutschen Waffen-SS, gegen den Kommunismus ...‘ Schon immer und allerwege. Kleine Unterschiede zwischen Eisenhower und Himmler, zwischen Notwehr und Raub-Weltherrschaftsanspruch, muß man ja nicht so genau nehmen. Hauptsache: die Europa-Armee ist nichts Neues, wir haben doch gesiegt, und der Plevnenplan müßte eigentlich Hitlerplan heißen. Gezeichnet: Waffen-SS, gleichberechtigter Partner im ‚Verband Deutscher Soldaten‘. Und – künftig: das versteht sich doch, nicht wahr? – in der Europa-Armee, made in Germany schon vor zehn Jahren.”

(Echo der WOCHEN vom 15. Februar 1952)

1953:

TATBESTAND

„Nach den Feststellungen des Baden-Württembergischen Innenministeriums wurde auf der Totengedenkfeier, an der rund 3000 ehemalige Angehörige der Waffen-SS sowie Familienangehörige und Hinterbliebene aus dem Bundesgebiet und aus Österreich teil-

nahmen, unter anderem eine schwarze Fahne mit einem weißen Wiking-Schiff (dem Symbol der ehemaligen SS-Division Wiking) ge-  
 heißt, ein Eichenkranz mit schwarzer Schleife und dem Wahlspruch  
 der allgemeinen und der Waffen-SS ‚Unsere Ehre heiß Treue‘ nie-  
 dergelegt und das SS-Treuelied ‚Wenn alle untreu werden‘ gesun-  
 gen. Am Vorabend der Totenfeier und des Suchdiensttreffens hatten  
 etwa 400 Personen an einer Sonnenwendfeier der ‚HIAG‘ (nach dem  
 Sonnenwendfeier-Mythos der SS) und an einem Fackelzug teilge-  
 nommen.

Einige unter Alkoholeinfluß stehende Teilnehmer hatten außer-  
 dem versucht, das Lied ‚Das ist die Garde, die Adolf Hitler liebt‘ an-  
 zustimmen, andere Teilnehmer hätten, allerdings ‚in versteckter Art  
 und Weise‘, den Hitlergruß ausgetauscht.

Innenminister Ulrich stellte dazu fest, daß der durch die Verwen-  
 dung nazistischer Symbole, Lieder und Wahlsprüche zwangsläufig  
 hervorgerufene Eindruck des Wiederauflebens nationalsozialisti-  
 scher Einflüsse und Tendenzen mit all seinen schändlichen Folgen so  
 stark sei, daß dieser Gefahr in Zukunft vorgebeugt werden müsse.“

*(Die Neue Zeitung vom 17. 9. 1953)*

Erich Kern:

SS-FREUNDE

„Ein Oberjunker der Waffen-SS meldete sich zur Kompanie ver-  
 setzt. Er kam frisch von der Führerreserve, war blutjung und von je-  
 ner rosaroten Frische, wie man sie bei kleinen Kindern antrifft ... Ich  
 habe sechs Russen beim letzten Durcheinander erschossen ... Wir  
 werden den Krieg gewinnen, weil wir die Besseren sind ...“

*(Erich Kern: „Die Uhr blieb stehen“,*

*Verlag Welsermühl, Starnberg und Wels – 1953)*

Bundeskanzler Dr. Adenauer:

„Die Männer der Waffen-SS waren Soldaten wie die anderen auch.“  
*(Dr. A. in einer Wahlversammlung am 30. August 1953 in Hannover)*

„Bundeskanzler Dr. Adenauer besuchte in Werl die dort inhaftier-  
 ten Kriegsverurteilten ... Unter den Häftlingen, mit denen der Bun-  
 deskanzler sprach, war der SS-General Kurt Meyer, genannt ‚Pan-  
 zermeyer‘ ...“ *(Zitiert nach Kurt Hirsch „SS gestern, heute und...“*

*Verlag Schaffende Jugend, Frankfurt am Main, 1957)*

Deutsche Soldaten-Zeitung:

„Der Oberbürgermeister von Kassel ist offensichtlich einer kom-  
 munistischen Aktion zum Opfer gefallen. Er verbot ein Soldatentreffen  
 der Waffen-SS ... Wir sind der Meinung, daß auch mit den Reser-  
 vaten der politischen Diskriminierung endlich Schluß gemacht wer-  
 den muß. Man kann in Europa nicht mit Vorbehalten verteidigen ...  
 Darum erscheint es uns unverantwortlich, die Diskriminierung wei-

ter aufrecht zu erhalten. Wo sie in politischen Zirkeln konserviert werden soll, muß man ihr mit Schärfe entgegentreten. Wir können es uns nicht leisten, im Angesicht des drohenden Ostblockes die ausgestreckten Hände unserer eigenen Landsleute aus opportunistischen Gründen fortgesetzt zurückzuweisen ...”

*(Deutsche Soldaten-Zeitung vom 15. Juli 1954)*

#### PROTESTE

„Der 3. Ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes stellt eindeutig fest, daß immer wieder unbelehrbare Nationalsozialisten und militaristische Vereinigungen den Versuch unternehmen, unter Mißbrauch der demokratischen Staatsform ihre verderblichen Absichten, die zum totalen Zusammenbruch Deutschlands im Jahre 1945 führten, durch Kundgebungen, Tagungen und Versammlungen in die Öffentlichkeit zu bringen.

Der Kongreß stellt fest, daß neun Jahre nach dem furchtbaren Zusammenbruch der Politik dieser Gruppen ihre Vertreter wieder leitende Positionen in Wirtschaft und Verwaltung innehaben und daß die Bankrotteure von Gestern das Geschehen von Heute bereits wieder wesentlich beeinflussen. Die im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinten Arbeiter, Angestellten und Beamten sind nicht gewillt, die Ergebnisse ihrer entbehrungsreichen Arbeit seit 1945 wieder dem Ehrgeiz und der Selbstsucht irgendwelcher Anhänger totalitärer Systeme zu opfern. Sie haben nicht vergessen, was der Verlust der Freiheit und der Demokratie für ein Volk bedeutet. Sie stellen mit großer Sorge fest, daß die verfassungsmäßig berufenen Organe des Staates die in diesen Fragen notwendige Aktivität leider vermissen lassen. Der Bundeskongreß verlangt daher erneut von der Bundesregierung und den Regierungen der Länder und ihrer Organe im Interesse der Sicherung der Demokratie, daß diese neofaschistischen und reaktionären Umtriebe unterbunden werden. Darüber hinaus appelliert der Bundeskongreß an die Arbeitnehmerschaft in Stadt und Land und an die demokratische Öffentlichkeit, stets äußerste Wachsamkeit zu bekunden und allen Versuchen politisierender Generale und neofaschistischer und militaristischer Kreise entgegenzutreten, die unter dem Deckmantel der Traditions- und Kameradschaftspflege die Demokratie zu zerstören suchen.”

*(Welt der Arbeit, Nr. 42, vom 15. Oktober 1954)*

1955:

#### TATBESTAND

„Vor einigen Tagen konnte man lesen, wie mühselig sich die Witwe jenes Bauern durchs Leben schlagen muß, den ein tollwütiger SS-Gruppenführer noch kurz vor Kriegsende ermorden ließ, weil er halbwüchsigen Buben die Panzerfäuste weggenommen hatte. Das ist

kein Einzelfall. Tausende warten noch immer auf Entschädigung für das Unrecht, das ihnen im Dritten Reich an Leib und Leben angetan worden ist. Sie warten seit zehn Jahren. Die Vergangenheit ruhen lassen? An dem Tag, an dem nicht mehr von den Untaten des Dritten Reiches geredet wird, werden die unbelehrbaren Nazis aufstehen und verkünden, wie schön, wie edel und wie mächtig das Hitlersche Deutschland gewesen ist. Nur die Verbrechen des Systems und die ständige Erinnerung daran hindern sie, diese Legende heute schon zu verbreiten.“ (*Abendzeitung, München, vom 28. November 1955*)

Bundeskanzler Dr. Adenauer: – SS-FREUNDE

„Ich weiß schon längst, daß die Soldaten der Waffen-SS anständige Leute waren. Aber so lange wir nicht die Souveränität besitzen, geben die Sieger in dieser Frage allein den Ausschlag, so daß wir keine Handhabe besitzen, eine Rehabilitierung zu verlangen. Machen Sie einmal dem Ausland klar, daß die Waffen-SS nichts mit dem Sicherheitsdienst und Gestapo zu tun hat. Machen Sie einmal den Leuten deutlich, daß die Waffen-SS keine Juden erschossen hat, sondern als hervorragende Soldaten von den Sowjets gefürchtet war ...“

(*Bundeskanzler Dr. A. in einem im Oktober 1955 an den FDP-Abgeordneten, General a. D. von Manteuffel, gerichteten Schreiben.*

*Zitiert nach „Deutsche Soldaten-Zeitung“ vom August 1956*)

1955: PROTESTE

„Sollten die Ansprachen der Generale und sollten die ständigen demonstrativen Treffen des Stahlhelm, der SS- und Soldatenbünde etwa beruhigend wirken? ...“

(*Die Bergbauindustrie vom 17. September 1955*)

1956: TATBESTAND

„Als der Bundestagsabgeordnete Jacob in der vergangenen Woche auf einer Versammlung der SPD im Ostberliner Bezirk Treptow sprach, bestürmten ihn die Teilnehmer mit der Frage, ob es wahr sei, daß Waffen-SS-Führer in der Bundeswehr Offizier werden könnten. Jacob mußte mit Ja antworten.

Folgende Anzeige erschien im SS-Organ ‚Der Freiwillige‘ im Dezember 1958:

„Alle Kameraden, die von Beginn der Aufstellung bis Kriegsbeginn bei den SS-Totenkopf-Verbänden ‚Brandenburg‘, ‚Thüringen‘ und ‚Oberbayern‘ waren, werden freundlichst gebeten, ihre Anschrift bekanntzugeben ...‘ Den Einsatzorten der SS-Totenkopfverbände ‚Brandenburg‘, ‚Thüringen‘ und ‚Oberbayern‘ entsprachen die berühmten KZs Oranienburg, Buchenwald und Dachau, die größten der vor dem Krieg bestehenden Konzentrationslager ...“

(*Neue Ruhr-Zeitung vom 26. Oktober 1956*)

Erich Kern:

SS-FREUNDE

„Es gibt im Bundesverteidigungsministerium keine neue Entscheidung oder sonst was, und sei es auch noch so geheim, und die HIAG wüßte nicht spätestens 24 Stunden darauf genauestens darüber Bescheid. Dafür sorgen schon unsere Freunde des Heeres ...

Die 20. Juli-Leute waren Feiglinge. Wenn sie echte Rebellen oder Meuterer gewesen wären, würde ich nichts gegen sie sagen. Um so mehr, als es vielleicht passieren kann, daß die 400 000 Überlebenden der Waffen-SS einmal zu solchen Meuterern gegen die Bundesrepublik werden können.“

*(Der Pressechef der HIAG, Erich Kern, zitiert nach CrP-Informationsdienst vom Oktober 1956)*

„Die Hilfsgemeinschaft ehemaliger Soldaten der Waffen-SS auf Gegenseitigkeit (HIAG) hatte am vergangenen Freitag die SPD-Abgeordneten MdB Fr. Höhne und MdL Rud. Schlichtinger zu einem Gespräch über die Kollektivschuld und die noch immer anhaltende Diffamierung der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS eingeladen. Um es gleich vorwegzunehmen, es war eines der fruchtbarsten politischen Gespräche, die ... nach 1945 geführt wurden. Die zwei Gruppen begegneten sich in Toleranz und mit großem Verständnis ... In der mitunter sehr lebhaften Aussprache zwischen den beiden Abgeordneten und den ehemaligen SS-Männern wurde manches Vorurteil weggeräumt und – der Außenstehende konnte es mit Befriedigung feststellen – eine Synthese gefunden, die gewiß nicht zum Schaden der Demokratie ist ...“

*(Regensburger Woche vom 23. 8. 1956)*

„Eine bemerkenswerte Sachlichkeit und Objektivität legte der erste der Gastredner, der SPD-Bundestagsabgeordnete, Ulrich Lohmar, an den Tag, als er u. a. wörtlich erklärte: ‚Vielleicht finden wir einen gemeinsamen Weg in die Zukunft, wenn wir bereit sind, in Toleranz, die nichts mit Gegenwartstaktik zu tun hat, eine Brücke zueinander zu schlagen. Wir sollen in Deutschland unsere Kräfte nicht zersplittern, sondern uns zusammenfinden, um auf einer gemeinsamen Plattform den Kommunismus zu bekämpfen‘ ...“

*(Der Freiwillige – Wiking-Ruf, Kameradschaftsblatt der HIAG vom August 1958)*

PROTESTE

Die VVN haben rechtzeitig und wiederholt gegen das Auftreten neuer SS-Organisationen und SS-Hilfsverbände protestiert. Am 16. und 17. Mai 1953, anlässlich der zweiten westdeutschen Delegiertenkonferenz der Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus in Dortmund, wandten sich die VVN an das deutsche Volk:

„Wie in den Jahren 1932 und 1933 werden Gesetz und Verfassung gebrochen, Friedenskämpfer verfolgt und eingekerkert, jede Menschenwürde mißachtet und das Recht der freien Meinungsäußerung unterdrückt ... Beherzigt die Mahnung des Sozialdemokraten Wilhelm Leuschner vor seiner Hinrichtung: ‚Genossen, vergeßt die Ein-

*Lösen Sie alles über „Papa Demke“ - Das Leben des berühmten Fallschirmjägergenerals; S. 8*

# DEUTSCHE Soldaten-Zeitung

UNABHÄNGIGES BLATT FÜR EHRE, RECHT UND FREIHEIT - EUROPÄISCHE SICHERHEIT UND KAMERADSCHAFT

8. Jahrgang / Nummer 11

Amerikanisches Fernsehen arbeitet gegen deutsches Eigentum - Der Bank des Vaterlandes an der Saar / Spione unter uns / USZ-Rüstet / Der Tod steht am Weg / Leberleide / Salzerische Buchhändler wollen einseitigsteht / Stundenplan der Bundeswehr

**● 10 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund**

## WELT DER ARBEIT

Zahlgang X - Nummer 11      STLN, 6. Oktober 1959      Einzelpreis 40 Pfennig

**Trotz beschwichtigender Erklärungen aus Düsseldorf:**

# SS-Führer bleiben an der Spitze der Kripo

**Im Feuilleton**

**Strauß**

Übersetzung von H. Wolf  
Text von der GND die hier  
abdruckt ausgeklügelt, Me-  
moire in München hat, das Pro-

**DTY fordert: Keine Hexenjagd - aber politische unperfähliche Verwendung**



SS-Führer in der Kripo und Großdeutschland-Parolen während der Außenministerkonferenz 1959.

heit der Arbeiterklasse nicht! ... Verteidigt auch heute in gemeinsamen Aktionen Eure sozialen und politischen Rechte. Verhindert einen neuen 2. Mai 1933 – zerschlagt die faschistische Entwicklung durch machtvolle Aktionen. Bildet überall Ausschüsse gegen den faschistischen Terror. Erzwingt das Verbot der faschistischen und militaristischen Organisationen.”

*(Dokument Nr. 70, Zur Geschichte der VVN)*

Im Juli 1954 wenden sich die VVN in einem Aufruf an alle Naziopfer gegen die Refaschisierung und gegen die Rückkehr der Hitleranhänger: „Und das besonders Bezeichnende: Die Männer von vor 1945 kehren allgemach in ihre alten oder ähnlichen Positionen zurück. Nicht nur Generale und Feldmarschälle wie Kesselring, Manteuffel, Gille u. a. m. fühlen sich zu Wegbereitern neuer blutiger Abenteuer berufen ... Es gilt, dem faschistisch-militaristischen Ungeist zu wehren. Es gilt, die Freiheit recht zu verteidigen und zu entfalten ...”

*(Dokument Nr. 80, Zur Geschichte der VVN)*

Am 21. Juni 1955 veranstalteten die VVN in Bonn eine internationale Pressekonferenz, um gegen die geplanten SS-Treffen in der Bundesrepublik zum Protest aufzurufen. In Anwesenheit italienischer, französischer und holländischer Widerstandskämpfer und Opfer des Naziregimes warnten die VVN in einem Pressecommuniqué:

„Der ... von neuem wachgerufene SS-Geist, diese Geißel der Menschheit, müsse bei den europäischen Völkern neues Mißtrauen und neue Furcht erzeugen ...”

*(Dokument Nr. 116, Zur Geschichte der VVN)*

Zugleich fanden in vielen Städten der Bundesrepublik Protestversammlungen der VVN statt, auf denen – wie am 22. Juni 1957 in Essen – in Resolutionen gegen die Wiederkehr der SS protestiert wurde:

„Mit dem Namen SS sind die unmenschlichsten Verbrechen, die unter dem Hitler-Regime begangen wurden, untrennbar verknüpft ... Im Namen der Demokratie, im Namen des Ansehens unseres Volkes erwarten wir von der Bundes- und den Länderregierungen das Verbot jeglichen Auftretens der SS, das Verbot aller ihrer Organisationen, das Verbot ihrer Zeitungen und Literatur.”

*(Dokument Nr. 117, Zur Geschichte der VVN)*

Entgegen dem Willen der Bevölkerung wurden die SS-Treffen nicht verboten; im Gegenteil – das letzte große Treffen am 5./6. September 1959 in Hameln bewies, daß die Behörden der Bundesrepublik derartige Treffen tolerieren und durch den Einsatz von Polizeikräften „ordnungsmäßig” verlaufen lassen. Als sich die bayerische Gewerkschaftsbewegung 1957 gegen das geplante (und später auch durchgeführte) SS-Treffen in Karlsburg, Mainfranken, wandte, verteilten die VVN ein Flugblatt, in dem es heißt:

„Die Ehre unseres Volkes darf nicht erneut geschändet werden. Wir rufen die Bundesregierung, die Regierungen der Länder, die Landräte und Bürgermeister auf, in keiner deutschen Stadt einen solchen Aufmarsch (der SS) zuzulassen.“

*(Dokument Nr. 118, Zur Geschichte der VVN)*

Bekanntlich durfte die SS in Karlsburg aufmarschieren und ihre Nazi-Lieder singen. Die „Garde, die der Führer liebt“, formierte sich, um im September 1959 in Hameln „über die Vordertreppe“ in die Bundesrepublik einzubrechen.

Am 2./3. November 1957 beschäftigte sich der Bundesvorstand der VVN mit der Tätigkeit der SS im Bundesgebiet. In einem „Appell“ heißt es: „Die SS formiert sich wieder in aller Öffentlichkeit und veranstaltet provozierende Aufmärsche unter behördlicher Duldung. Faschistische und militaristische Organisationen predigen erneut Rassenhaß und Revanche.“

Im Frühjahr 1959 wandten sich die VVN gegen das geplante SS-Treffen in Arolsen/Hessen. In einer „Erklärung“ vom 10. September 1959 gegen das SS-Treffen in Hameln (Weser), kommen die VVN zu folgender Feststellung:

„Am 5./6. September 1959 sind in Hameln (Weser) etwa 8000 ehemalige SS-Leute aufmarschiert, die sich jetzt in der HIAG organisiert haben. Angehörige aller 38 ehemaligen SS-Divisionen waren vertreten, darunter natürlich auch die KZ-Schinder der SS-Totenkopfverbände. Außerdem waren ihre Komplizen aus 7 europäischen Ländern anwesend.“

Trotz zahlreicher Proteste des In- und Auslandes ... konnte dieses SS-Treffen unter Duldung und mit Genehmigung der Behörden stattfinden. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß dieses Treffen nicht ohne Wissen und Billigung seitens der Bundesregierung veranstaltet wurde.

Seine Protegierung durch offizielle Kreise ist ein wahrhaft erschütternder Beweis dafür, daß entgegen allen Behauptungen der Bundesregierung der Militarismus, Faschismus und Revanchismus wieder volle Unterstützung erfahren.“

*(Dokument Nr. 150, Zur Geschichte der VVN)*

## Auch der „Stahlhelm“ ist wieder da

Auch „Der Stahlhelm“ ist nach Landesverbänden aufgebaut. Erster Bundesführer war der als Kriegsverbrecher verurteilte Generalfeldmarschall a. D. Albert Kesselring, geschäftsführender Bundesführer ist Curth Barth und Bundeshauptmann der ehemalige SA-Gruppenführer Thomas Girgensohn.

Im April 1933 richtete die Stahlhelm-Leitung einen Aufruf an ihre Mitglieder, in dem es u. a. hieß:

„Kameraden des Stahlhelm! Über 14 Jahre habt Ihr als Kampftruppe in der größten Front der nationalen Gesamtbewegung gegen das November-System Eure soldatische Pflicht erfüllt ...

Ihr habt in diesem dem ‚Stahlhelm‘ geschichtlich gewiesenen Kampfabschnitt die Straße freigemacht zu dem politischen Umschwung des 30. Januar, in dem an Eurer Seite Eure Kameraden der nationalsozialistischen Bewegung sich die Macht im Staate erstürmten ...“ Adolf Hitler wußte die Leistungen des Stahlhelms zu würdigen. Er ernannte den ersten Bundesführer des „Stahlhelm“ zum „Reichsminister“ bei gleichzeitiger Beförderung zum SA-Obergruppenführer. Aus diesen hier angeführten Gründen muß es im höchsten Maße bedenklich stimmen, daß der Bundesgerichtshof kürzlich dahin entschieden hatte, daß die Eingliederung des „Stahlhelm“ im Jahre 1933 in die SA noch nicht bedeute, daß die Stahlhelm-Mitglieder damit SA-Mitglieder wurden. Mit diesem Urteil ist die von den politischen Nachgeburt des Stahlhelms von vor 1933 geforderte Rehabilitierung dieser Organisation nun auch formaljuristisch durchgeführt. Und heute ist der „Stahlhelm“ wieder da! Im Jahre 1951 trat der Stahlhelm mit einem Zwölf-Punkte-Programm an die Öffentlichkeit, das sich den Anschein friedlichen staaterhaltenden Wollens gab. Aber schon zwei Jahre später konnte man lesen:

„Die Internationalisierung unserer Jugend zu vermeiden, ist in erster Linie der deutsche Frontsoldat berufen ... Unsere stolze Reichskriegsflagge weht uns wieder voran. Bald wird sie auch wieder unseren grauen Marschkolonnen vorangehen ...“

*(Aus dem Mitteilungsblatt der Bonner Ortsgruppe des Stahlhelms im März 1953)*

„1954 sagte Kesselring: ‚Die Bedeutung des deutschen Soldaten ist durch Qualifikation als »bester Soldat der Welt« anerkannt und bestimmt heute die Außenpolitik von Ost und West.‘ Sie sei besonders heute wichtig, da es die deutschen Soldaten seien, die im Kampfe gegen die Sowjets Erfahrung gesammelt hätten ...

Auf die Frage eines Journalisten, ob der Stahlhelm in Solingen Mitglieder zum Schutze von Streikbrechern aufgestellt habe, antwortete ein Vorstandsmitglied: Wenn der Staat in Gefahr sei, müsse auch der Stahlhelm eingreifen.“

*(Parlamentarisch-Politischer Pressedienst vom 30. 8. 1954)*

1955:

„... die rote Einheitsfront von KPD, FDJ und DGB brüderlich vereint gegen die Elemente der Ordnung. Der blamable Versuch der DGB-Führung, von den Radaubrüdern und Provokateuren ab-

zurück, ist vergeblich. Denn die haßgeifernden Typen ihrer Funktionäre sind bildlich festgehalten.“

*(„Der Stahlhelm“ vom August 1955)*

Hier eine gewerkschaftliche Einschätzung der „Der Stahlhelm“-Aktivität:

„Offenbar hat die Annahme der Pariser Verträge durch den Bundestag alle diejenigen zu neuer Aktivität ermutigt, die schon immer bestrebt waren, anstelle der demokratischen und sozialen Gesellschaftsordnung den autoritären und militaristischen Obrigkeitsstaat zu setzen.

Der von der Bundesführung des ‚Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten‘ für Juni dieses Jahres als ‚Heerschau wehrbejahender Kreise‘ in Goslar angekündigte Aufmarsch aus dem ganzen Bundesgebiet ist eine Bestätigung der durch die Gewerkschaften geäußerten Befürchtungen. Dieses Bundestreffen ist eine nationalistisch-militaristische Provokation. Dieser Aufmarsch muß als ein Versuch gewertet werden, durch eine Wiederholung der ‚Harzburger Front‘ einen Zusammenschluß aller reaktionären Kräfte herzustellen. Denn die Wahl Goslars ist kein Zufall ...“

*(Erklärung des Landesbezirksvorstandes des DGB Niedersachsen vom 22. März 1955)*

1956:

„... ‚der nächste Krieg wird ein totaler‘, erklärte der Bundesführer und unterbreitete einige Vorschläge ...

Grundsätzlich, so forderte Kesselring, sei es notwendig, jeden wehrpflichtigen Deutschen militärisch auszubilden, ‚sonst hat die neue Armee in der Verteidigung überhaupt keine Chance‘. Die Ausbildungszeit müsse mindestens anderthalb bis zwei Jahre betragen. ‚Die Wehrpflicht muß künftig wieder das Höchste und Stolzeste eines Staatsbürgers werden‘, rief er unter dem Beifall der Versammlung aus ...“

*(„Süddeutsche Zeitung“ vom 3. September 1956)*

„Die Furche“, eine katholische Wochenzeitung, schrieb am 22. 9. 1956 über den „Stahlhelm“: „General Kesselring, der Bundesführer des neuen Stahlhelm-Verbandes, sah mit entschlossener Miene die Männer des Stahlhelms marschieren beim Treffen des Stahlhelm-Verbandes in Erlangen. Und auch 14jährige sind dabei. Sie hat man sogar uniformiert. Auch sie schauen mit entschlossenen Mienen in den deutschen Wind, der die alten Fahnen in alter Weise bläht. Was macht’s, wenn die Kolonnen noch immer an den Ruinen der Häuser vorbeimarschieren. Links zwei, drei, vier! ‚Darum laßt die Fahnen fliegen in das große Morgenrot, das uns zu neuen Siegen leuchtet oder brennt zum Tod!‘

Was die Toten des letzten Krieges, zu denen er gehört, nicht mehr sagen konnten, das sagte Wolfgang Borchert, der zwei Jahre noch überlebte. 1947 ist er mit 26 Jahren gestorben. Krieg und Kerker hatten seine Gesundheit zerstört. Das übrige tat die Hungersnot der Nachkriegszeit. Zwei Jahre blieben ihm noch zum Schreiben. Und er schrieb im Wettlauf mit dem Tod:

„Kegelbahn. Zwei Männer sprachen miteinander. Nanu, Studienrat, dunklen Anzug an. Trauerfall?

Keineswegs, keineswegs, Feier gehabt. Jungens gehen an die Front. Kleine Rede gehalten. Sparta erinnert. Clausewitz zitiert. Paar Begriffe mitgegeben: Ehre, Vaterland, Hölderlin lesen lassen, Langermarck gedacht. Ergreifende Feier. Ganz ergreifend. Jungens haben gesungen: Der Gott, der Eisen wachsen ließ. Augen leuchteten. Ergreifend! Ganz ergreifend.

Mein Gott, Studienrat, hören Sie auf. Das ist ja gräßlich. Der Studienrat starrte die anderen entsetzt an. Er hatte beim Erzählen lauter kleine Kreuze auf das Papier gemacht. Lauter kleine Kreuze. Er stand auf und lachte. Nahm eine neue Kugel und ließ sie über die Bahn rollen. Es donnerte leise. Dann stürzten hinten die Kegel. Sie sahen aus wie kleine Männer.’

„Nun laßt die Fahnen fliegen in das große Morgenrot’ ... ”

1957:

„In seinem Schlußwort rief der 2. Bundesführer den ‚Stahlhelm‘ zur entschlossenen Tatbereitschaft auf. Die Besten seien zur Führung, zur Mitarbeit gerade gut genug. Mit dem Treuegelöbnis an das Vaterland und dem Deutschlandlied schloß die Tagung ... Die Kameraden bestiegen ihre, in unseren Farben geschmückten Fahrzeuge ... um in ihre Heimatorte zurückzufahren, wo sie den Stahlhelmen von den eindrucksvollen Göttinger Tagen berichten werden.“  
(„Der Stahlhelm“ vom Oktober 1957)

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 15. Juni 1957 schrieb:

„Wir glauben, daß die Sicherheit der Bundesrepublik durch die über 1100 existierenden SS- und Soldatenverbände mehr gefährdet ist als durch das Auftreten sowjetischer Artisten und durch das Verbeugen sowjetischer Filmschauspieler, daß Blätter wie die ‚Deutsche Soldaten-Zeitung‘ die demokratische Grundordnung mehr gefährden, als dies eine Frankfurter Fußballmannschaft tun würde, wenn sie in Moskau ein Spiel austrägt.“

1958:

„Mit lautem Jubel begrüßt, ergriff dann einer der verdienstvollsten Soldaten des Zweiten Weltkrieges, der mit den Brillanten zum Ei-

chenlaub mit Schwertern des Eisernen Kreuzes ausgezeichnete General der Panzertruppen, Hasso von Manteuffel, das Wort. Er sei der Bitte des Bundes, bei der Einleitung des Delegiertentages zu den im ‚Stahlhelm‘ vereinten Frontsoldaten zu sprechen, mit großer Freude nachgekommen....

Schon deshalb mußte die Beendigung der ‚Kriegsverbrecher-Prozesse‘ vor deutschen Gerichten gefordert werden. Mit Wärme trat der General für die deutschen Wehrmachtsbeamten ein ... Mit Nachdruck wandte er sich gegen die Kollektivdiffamierung der Waffen-SS...  
(„Der Stahlhelm“ vom Oktober 1958)

Über ein anderes „Stahlhelm“-Treffen berichtete der „Vorwärts“ am 19. 9. 1958:

„Wir hatten keinen Massenaufmarsch geplant. Wir werden ihn erst dann befehlen, wenn wir den Zeitpunkt für gekommen halten!“ dröhnte der Landesführer Rheinland, Karl Behle, in die Wellblechhalle neben dem Remagener Bergrestaurant ‚Waldburg‘ und die 800 – 1000 Stahlhelmer brachen in stürmische, trampelnde Zustimmung aus. ‚Und heute‘, so knarrte ‚Führer Sander‘, heute steht der Stahlhelm wieder am Rhein und der Geist ist der gleiche wie damals, wie 1930! ...

In der Bundesführungs-Erklärung Nr. 2 heißt es, nach einem lautstarken Bekenntnis zum Antibolschewismus und zur Abwehr des ‚roten Angriffs‘ wörtlich: ‚Wir danken dem Herrn Bundeskanzler, daß er unbeirrt seinen vielfach einsamen Weg geht. In diesem Kampf stehen wir wie ein Mann hinter ihm.‘...“

Für ihren primitiven Antibolschewismus ernten die „Stahlhelmer“ die Toleranz der Bundesregierung. Sie werden immer dreister.

1959:

„Noch immer war schlecht beraten, wer seine Verteidigung allein auf die Abwehr beschränkt. Will man wirklich Entscheidendes für die Freiheit und gegen die drohende Sklaverei unternehmen, dann bedarf es der Erweckung der Bereitschaft des Einzelnen...“

Das deutsche Volk braucht in der gegenwärtigen Situation etwas vom echten Frontsoldatengeist. Im gegenwärtigen Kalten Krieg ist überall Front und es gibt dabei keine Unbeteiligten.“

(Aus dem „Bild vom Deutschen Haus“,  
das Ende August 1959 auf einer Stahlhelm-Tagung in Oldenburg  
verlesen wurde. Der Entwurf stammte von  
dem CDU-Abgeordneten Professor Pasqual Jordan  
und wurde auch von diesem vorgetragen.)

„Durch die weite Halle dröhnten Märsche, als die Stahlhelm-Bundesführung einmarschierte. Die Stahlhelmer, von denen viele

als Uniformersatz schwarzweißbrote Krawatten trugen, klatschten Beifall. Dann verlas Bundeshauptmann Girgensohn eine ‚Erklärung der Bundesführung‘. Dem zügigen Angriff des Bolschewismus werde der Stahlhelm nun ein ‚Bild vom deutschen Haus‘ entgegensetzen, dessen Neubau erforderlich geworden sei. ‚In soldatischer Entschlossenheit werden wir den Weg gehen, der uns zum Ziele führen soll.‘

Für diese Forderungen setzte sich auch der Hauptredner des Abends, der CDU-Bundestagsabgeordnete, der für die Atomziele der CDU eintretende prominente Atomphysiker, Professor Pasqual Jordan, ein. Vor den Kriegsfahnen auf der Bühne stehend, kritisierte er die ‚typischen Etappenschweine, die nur den eigenen Vorteil erstreben‘. Die sogenannten Entspannungs-Journalisten, die für eine elastische deutsche Politik eintreten, seien gefährlich. ‚Das deutsche Volk braucht den Stahlhelm dringend... Es braucht den Geist der Frontsoldaten als heilende Medizin‘, sagte Jordan. Aber auch handeln sollten die Stahlhelmer. Sie müßten den Luftschutz kräftig auf- und ausbauen‘.” *(Hannoversche Presse vom 31. 8. 1959)*

Der „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“ zählte 1954 60 000 Mitglieder und gegenwärtig dürfte die Zahl 70 000 bis 80 000 betragen. Die Nebenorganisationen sind der „Stahlhelm – Frauenbund“, „Königin Luise“ und die „Scharnhorst-Jugend“ mit dem Untertitel „Bund Deutscher Jungmannen“.

## Für jede Einheit einen „Traditions“-Verband

Der „Verband deutscher Soldaten“, als dessen Vorsitzender Generaloberst a. D. von Salmuth fungiert und der rund 60 000 Mitglieder zählt, ist in allen Ländern der Bundesrepublik vertreten und besitzt in den Landeshauptstädten auch Büros. Angeschlossen haben sich diesem Verband die folgenden Soldatenvereinigungen:

- Bund Deutscher Feuerwerker,
- Kameradschaftsring XII. Inf.-Div.,
- Kameradschaftsring der ehemaligen XXIV. Inf.-Div.,
- Bundesverband ehem. Unteroffz.-Vorschüler und -Schüler,
- Traditionsverband der ehemaligen XVIII. Pz.-Gren.-Div. (Manstein-Div.),
- Waffenring der Wehrtechniker e. V.,
- Bund d. Notgemeinschaften ehem. berufsmäßiger Arbeitsdienst-Angehöriger und ihrer Hinterbliebenen,
- Kameradschaftsbund I. R. X,
- Kameradschaft Legion Condor,
- Gemeinschaft der Sturmartillerie.

In der gleichen Weise nach Landesverbänden ist der „Kyffhäuser-Bund e. V.“ aufgebaut. Diese Organisation, der auch der „Deutsche Jugendbund Kyffhäuser“ und der „Kyffhäuser-Frauenkreis“ angeschlossen sind, verfügt über eine lange antidemokratische Tradition aus der Zeit der Weimarer Republik und war folgerichtigerweise im gleichen Sinne im Dritten Reich tätig. Diese Organisation, die gegenwärtig rund 86 000 Mitglieder zählt, läßt auch heute keine Gelegenheit vorübergehen, ohne durch rechtsradikale Auslassungen hervorzutreten.

Wenig bekannt dürfte es sein, daß es sechs Vereinigungen der Träger von „Tapferkeitsorden“ der zwei Weltkriege gibt. An einem kürzlich durchgeführten Treffen der „Gemeinschaft der Ritterkreuzträger“ nahmen neben hohen SS-Offizieren, die wegen verschiedener Verbrechen zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt worden waren, auch Offiziere der Bundeswehr teil.

Um den Lesern einen Begriff über die vielen Soldatenvereinigungen der Bundesrepublik zu vermitteln, sei darauf hingewiesen, daß es allein 47 Reiter- und Kavallerie-Kameradschaftsvereinigungen gibt. Die Zahl der Marinebünde beträgt 34, während die ehemaligen Angehörigen der SS im Bundesgebiet in 43 Einheiten zusammengefaßt sind. Diese sind wiederum nach Landes- und Ortsverbänden organisiert und im „Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS“ erfaßt, der seinerseits wiederum ebenfalls über Landes- und Ortsverbände verfügt. In dieser Nachorganisation dürften sich gegenwärtig 60 – 70 000 Angehörige der SS-Eliteeinheit zusammengeschlossen haben.

Unter den rund 1100 SS-, Soldaten- und Marinebünden befinden sich die ehemaligen Angehörigen nationalsozialistischer Eliteeinheiten, wie „Legion Condor“;

„Fallsch.Pz.-Korps ‚Hermann Göring‘“;

„Bund deutscher Fallschirmjäger“;

„I. SS-Pz.-Korps LSSAH“;

„SS-Pz.-Division Totenkopf“.

An internationalen faschistischen Eliteeinheiten finden wir u. a.:

„Waffen-SS-Gren.-Div.“ (Galizische Nr. 1) ‚Galizien‘,

„Waffen-SS-Gren.-Div.“ (Lettische Nr. 1),

„Waffen-Gren.-Div.“ (Lettische Nr. 2),

„SS-Gren.-Div.“ (Estnische Nr. 1),

„SS-Freiw.-Pz.-Gren.-Div. ‚Niederland‘“, Nr. 1 ‚Galizien‘,

„Waffen-SS Gren.-Div. (Lettische Nr. 1),

„Waffen-SS Gren.-Div.“ (Lettische Nr. 2),

„SS-Gren.-Div.“ SS-Geb.-Div. Kama,

„Waffen-SS-Gren.-Div.“ (Ungarische Nr. 1),

„Waffen-SS-Gren.-Div.“ (Ungarische Nr. 2),  
 „SS-Freiw.-Pz.-Gren.-Div. Wallonie“,  
 „SS-Div. Italien“,  
 „Kameradschaftsverband ungarischer Frontkämpfer“,  
 „Verband der estnischen Freiheitskämpfer ‚Voitleja‘“,  
 „Lettischer Fürsorgeverein Daugavas Vanagi e. V.“,  
 „Lettische Division“ (19),  
 „XV. Kosaken-Kav.-Korps“,  
 „Kroatische Felddivision“,  
 „Verband rumänischer Frontkämpfer“,  
 „St. Maartenfonds v. z. w.“

Begnügen wir uns mit der Feststellung, daß die Zahl dieser Bünde seit der bundesdeutschen Aufrüstung in stetigem Wachsen begriffen ist; daß es sich bei den verschiedenen Kundgebungen und Demonstrationen dieser Organisationen um nationalistische und militaristische Willensäußerungen gehandelt hat und daß trotz dieser sehr oft zutage tretenden neonazistischen Tendenzen Vertreter der Bundesregierung und der Bundeswehr an diesen Kundgebungen teilnahmen.

## Freikorps unter neuen Namen

Die Orientierung der Politik auf die Wiederbewaffnung führte zur Wiederkehr und zur Neuaufstellung von militärischen Terrorgruppen, u. a.: Bund Deutscher Jugend.

Die „Time“ berichtete in einem Beitrag über diese Organisation, dem wir die folgenden Stellen entnehmen:

„In der vergangenen Woche platzte in Westdeutschland ein großer Skandal, – mittendrin, unglücklich zappelnd, stand Onkel Sam.“ Wenn auch nicht tatsächlich von Adenauers Regierung unterstützt, wurde der BDJ doch wohlwollend als Westdeutschlands Antwort auf die zwei Millionen starke kommunistische FDJ in Ostdeutschland angesehen. In gewissen Zeitabschnitten gingen BDM-Einheiten in ein geheimes Lager im Odenwald, um unter amerikanischer Aufsicht in der Handhabung von russischen, amerikanischen und deutschen Waffen, einschließlich Maschinengewehren, Handgranaten und Messern ausgebildet zu werden. Diese Elite-„Jugend“, so sagte Zinn, sei zwischen 35 und 50 Jahren alt und bestünde aus ehemaligen Offizieren, wovon einige alte Nazis und SS-Leute seien. Die Ausgaben der Amerikaner: DM 50 000,- pro Monat. ...

Die Augen aller Deutschen wandten sich zum Büro des amerika-

nischen Hochkommissars in der Erwartung eines Dementis. – Aber es kam keines.

Jedoch kurz nach der roten Invasion in Korea entschied sich der amerikanische ‚den-Dolch-im-Gewande‘-CIA (Central Intelligence Agency = Oberste Abwehrbehörde) seine Vorbereitungen zu treffen. Er organisierte den BDJ als eine gegebenenfalls einsatzfähige Partisanengruppe.“  
(„Time“ vom 20. 10. 1952)

Einer vom Zentralsekretariat der Jungsozialisten herausgegebenen Broschüre über den „Bund Deutscher Jugend“ entnehmen wir die folgenden Feststellungen:

„Aus den Vereinsregisterakten des Amtsgerichts in Frankfurt am Main ergibt sich anlässlich der Eintragung des BDJ ein Vereinsvermögen von 1,7 Millionen DM. Das ist eine beachtliche Summe, wenn man berücksichtigt, daß der BDJ nach zuverlässigen Meldungen niemals mehr als 2000 Mitglieder gehabt hat. Offiziell begründet der BDJ sein Vermögen mit irgendwelchen Geldgebern, die unter keinen Umständen genannt werden wollten. Es wurden Einzelspenden in Höhe bis 500 000,- DM genannt. Bedeutend wichtiger waren aber für den BDJ laufende Einnahmen. Wie sich aus einer Geheimbesprechung der BDJ-Landesführer vom 18. 12. 1950 in Frankfurt am Main ergibt, sind ständige Einnahmen von amerikanischen Quellen dem BDJ zugeflossen. In dieser Besprechung hieß es, die laufende Unterstützung werde gewährt, weil man mit der US-Besatzungsmacht eng zusammenarbeite.“

(„Partisanen gegen Bezahlung – Das dunkle Spiel des BDJ“, herausgegeben vom Zentralsekretariat der Jungsozialisten, Bonn)

Über die deutschen Geldgeber des BDJ schrieb ein gewerkschaftlicher Pressedienst unter dem Titel „Millionenspenden der Industrie“:

„Das alles darf aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß aus Industriekreisen dem BDJ große Geldbeträge zur Verfügung gestellt wurden. U. a. werden als Geldspender genannt: Ein bekannter Schuhfabrikant, eine süddeutsche Elektrofirma von Weltrup, eine norddeutsche Zigarettenfabrik und eine Getränkefirma mit nordamerikanischen Beziehungen.“

(*Pressedienst des DGB Niedersachsen „Feinde der Demokratie“ vom Februar 1953*)

Das Zentralorgan der SPD ergänzte diese Feststellungen:

„a) Die BDJ-Prominenz ging im Bundesinnenministerium, im Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen sowie beim Bundesverfassungsschutzamt ein und aus.

b) Das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen bezeichnet

den BDJ schriftlich als eine förderungswürdige Organisation,

c) Der BDJ berief sich in Briefen an Industriefirmen, mit denen er sich für den Aufbau eines antigewerkschaftlichen Betriebsschutzes anbot, auf das Bundesinnenministerium.

d) Das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen versuchte mit dem Hinweis auf die wertvolle Tätigkeit des BDJ auf Polizeistellen einzuwirken, um sie zu veranlassen, Vergehen von BDJlern nachsichtig zu behandeln.

e) Der BDJ erhielt vom Bundesinnenministerium aus Verfassungsschutzmitteln eine Zuwendung von 6000,- DM, vom Kaiser-Ministerium zweimal je 10 000,- DM.

f) Führende Mitglieder der Regierungskoalition (Dr. Kiesinger und Euler) traten auf einer Kundgebung des BDJ als Hauptredner auf.

g) Bundeskanzler Dr. Adenauer sandte dem BDJ zu dieser Kundgebung ein Begrüßungstelegramm. Kurz vor Aufdeckung der Partisanenaffäre empfing er zehn uniformierte BDJler und ließ sich sogar in ihrer Mitte fotografieren.“ *(Neuer Vorwärts vom 31. Juli 1953)*

Der Untersuchungsausschuß des Bundestages zum Schutze der Verfassung sah sich gezwungen; bezüglich des BDJ mit einer Stimme Enthaltung die folgende Entscheidung zu fällen:

„Der BDJ stellt mit seiner Nebenorganisation, dem TD, bzw. Partisanenorganisation (Sicherheitsdienst), in personeller und ideeller Hinsicht weitgehend eine Einheit dar.

Der BDJ hat aber eine Entwicklung genommen, die eine ernste Gefährdung der demokratischen Staatsordnung und eine Störung des inneren Friedens in Deutschland darstellt.“

Die VVN haben damals ein Flugblatt herausgegeben, in dem gegen die „Terror- und Mordorganisation des BdJ“ protestiert wurde. Darin heißt es wörtlich: „Ausländische Dienststellen haben die Aufstellung dieser Terror- und Mordorganisation veranlaßt. Amerikanische Agenten lieferten die Waffen zur Ausbildung dieser Banditen, die auf Hitlers Buch ‚Mein Kampf‘ vereidigt wurden. ...

Aus der eigenen opfervollen Erfahrung wissen die Widerstandskämpfer, wie Hitlers Mordbanditen Millionen Deutsche nach ihren Liquidierungslisten umbrachten, in Zuchthäuser und Konzentrationslager warfen. ...

Mag der eine auch stehen, wo er will: Im gemeinsamen Kampf gegen die furchtbare Gefahr des faschistischen Terrors und der Unterdrückung ... gibt es keine Schranken der Weltanschauung und des Bekenntnisses.“

Mit der Aufforderung, rasch zu handeln, „ehe es zu spät ist“, schließt dieses aufsehenerregende Flugblatt der VVN gegen die Organisationen des BdJ.

## Freikorps Deutschland

Offiziell wurde das „Freikorps Deutschland“ am 17. August 1951 in Hamburg gegründet. „Aus Protest gegen die am Umsturzversuch des 20. Juli 1944 beteiligten Offiziere“, wurde das Datum auf den 20. Juli 1951 zurückverlegt. Als die „Führer“ dieser eindeutig neonazistischen Organisation traten die folgenden Persönlichkeiten auf: Eduard FRAUENFELD, höherer SS-Führer und NS-Gauleiter von Wien; Hermann LAMP, höherer SS-Führer in der „Division Totenkopf“; Eberhard HAWRANKA, höherer SA-Führer, dessen Name auch im Zusammenhang mit dem seinerzeitigen Halacz-Bombenattentat im November 1951 genannt wurde; BECK-BROICHSITTER, früherer Generalstabsoffizier, gehörte ebenfalls den Freikorps an. Des weiteren zählte auch der seinerzeitige Reichsstudentenführer SCHEEL zu dem Führerkreis. Das politische Ziel des Freikorps war es, die verschiedenen legalen und illegalen, rivalisierenden Nazigruppen in der Bundesrepublik zu einigen und unter seine Kontrolle zu bringen. Dementsprechend setzte sich das Freikorps aus den Angehörigen der folgenden Organisationen zusammen: SRP, Vaterländische Union, Nationale Rechte, Bruderschaft, Bund für Wahrheit und Recht sowie einer Notgemeinschaft der SS. Des weiteren bestanden nachgewiesenermaßen Verbindungen zu Kreisen der „Deutschen Partei“ in Bremen und Niedersachsen. In seinem Programm bekannte sich das Freikorps zu den „revidierten 25 Punkten des Parteiprogramms der NSDAP“ und seine Angehörigen fühlten sich noch an den für Hitler geleisteten Treueid gebunden. Als den rechtmäßigen Nachfolger Hitlers betrachteten sie Admiral DÖNITZ. Die vollkommen nach militärischen Prinzipien gebildete Organisation teilte sich nach Freischaren auf. Diese trugen Namen wie Rudel, Nürnberg, Dönitz, Petain, Werl, Landsberg usw. Von den Mitgliedern wurde bedingungsloser Gehorsam und strenge Geheimhaltung gefordert. Jedes Mitglied mußte bei seinem Eintritt einen Verpflichtungsschein unterschreiben und wurde unter einer Tarnnummer oder einem Decknamen geführt. Selbst die Mitglie­deraushweise waren nur mit Nummern versehen.

Die militärische Führung oblag dem ehemaligen obersten SA-Führer Ost, STRASSERMANN. Auch der SA-Führer Walter STENNE, der als Instrukteur bei Tschiang-Kai-schek tätig war, gehörte zum Führerkreis.

Erst im Mai 1952 wurde das Freikorps vom Bayrischen Staatsministerium des Innern verboten. – Einem Beispiel, dem man in Hamburg, Bremen und Niedersachsen nicht gefolgt war, obwohl gerade von dort aus die Bewegung ihren Ausgang nahm. Das Verbot in diesen Ländern erfolgte in den ersten Wochen des Jahres 1953.

Der Leiter der Abteilung Öffentliche Sicherheit im Bundesinnenministerium, Ministerialdirektor Hans Egidi, versicherte damals der Öffentlichkeit, er „schlafe ruhig“ und wollte damit zum Ausdruck bringen, daß die rechtsradikale Gefahr in der Bundesrepublik gar nicht ernst zu nehmen sei. Auch der damalige Staatssekretär des Bundesinnenministeriums, Hans Ritter von Lex, erklärte in Zusammenhang mit dem Freikorps, es bestehe in der Bundesrepublik „keine aktuelle, neonazistische Gefahr“.

## Die Anders-Gruppe

Der ehemals SS-Sturmbannführer Heinz Peter ANDERS hatte sich mit der von ihm gebildeten Gruppe das folgende Ziel gestellt: „Wenn eines Tages sowjetische Truppen die Zonengrenze offensiv überschreiten, dann wird hinter ihrem Rücken ein Chaos entstehen. Züge werden entgleisen oder fehlgeleitet, Brücken werden in die Luft fliegen, in den kriegswichtigen Betrieben und großen Kraftwerken werden die Räder stillstehen. Geheimnisvolle Hände werden die Hebel so legen, daß Transport- und Munitionszüge ineinander rasen. Überall werden Maschinenteile fehlen, Benzinlager werden explodieren und ganze Landstriche unter Wasser stehen. Kleinere Gruppen von roten Besatzungssoldaten werden aus dem Hinterhalt niedergemacht.“

Die Wochenzeitung der größten Oppositionspartei der Bundesrepublik schrieb über die Hintermänner dieser Partisanenorganisation folgendes: „Uns interessieren aber die Auftraggeber und Geldgeber weit mehr. Einwandfrei führen die Spuren über Bonn nach Remagen und von dort nach Baden-Baden. Hier verlieren sie sich und tauchen – wenn man den Aussagen glauben kann – im Nato-Hauptquartier in Paris wieder auf. Die geheime Front der ‚Tag-X-Partisanen‘, zu der sich der SS-Sturmbannführer a. D. bekennt, wurde bereits im November 1950 gebildet ...“

*(Neuer Vorwärts vom 27. Mai 1953)*

Der sogenannte, aus dem Sudetengebiet stammende „Partisanen-Professor“, Edelwald Hüttle, Garmisch-Partenkirchen, wurde im Zusammenhang mit dieser Partisanenaffäre angehalten und die Polizei beschlagnahmte bei ihm 30 000,- DM. In einem Briefwechsel mit dem damaligen CDU-Bundestagsabgeordneten und jetzigen Bundesverteidigungsminister Strauß – ein solcher hatte stattgefunden – „betonte Hüttle, daß er sich zu den Exponenten der Partisanensache rechne. Er verweist darauf, daß es gerade Strauß bekannt sein müsse, daß die Partisanenbewegung von höchsten Militärstellen der USA getragen war.“

*(Revue, Nr. 13, 1953)*

## „Stoßtrupp gegen bolschewistische Zersetzung“

Über diesen „Stoßtrupp“ schrieb eine Gewerkschaftszeitung: „Nach dem, was bisher vom Stoßtrupp bekannt wurde, handelt es sich um eine Organisation, die gegen alles vorgeht, was nicht der politischen Überzeugung der Bundesregierung entspricht. Niemand ist letzten Endes vor der Tätigkeit solcher illegal arbeitender Organisationen geschützt: weder der Politiker, noch der Gewerkschaftsfunktionär, noch der harmlose Bürger, der seine Meinung – meinethalben am Biertisch – offen äußert. Eines Tages kann ein Brief ins Haus

Nazi-Propagandamaterial  
aus den Händen  
der Naziprominenz ...



Allein im Jahre 1955 wurden in der Bundesrepublik mehr als 700 Titel pronazistischer Autoren mit einer Gesamtauflage von fast drei Millionen gedruckt und verbreitet.



Verführte junge Menschen,  
ihre Opfer.

fliegen, der ihn für seine Ansicht verwarnt. („Warte nur, bald ruhest auch Du!“) Der ‚Stoßtrupp‘ gegen bolschewistische Zersetzung, stellt in Bayern, das nach seiner Verfassung ein Freistaat ist, ein gefährliches Eitergeschwür dar, dessen weitere Ausbreitung durch stillschweigende Duldung nicht länger gefördert werden darf.“

(„Welt der Arbeit“ vom 19. September 1952)

## „Die Bruderschaft“

Im Februar 1950 wurde die bundesdeutsche Öffentlichkeit über die Existenz einer „Bruderschaft“ informiert, die ihr politisches Programm bekannt gab. Einer ihrer Punkte lautete: „Vordringliche Aufgabe bei den bevorstehenden Wahlkämpfen um die Landtage der Bundesländer ist die Schaffung einer breiten antimarxistischen

Front, um die Herrschaft der SPD, besonders in Norddeutschland und Niedersachsen, zu brechen.“ Es ist daher wesentlich, zu bestimmen, welche Brüder die Möglichkeit besitzen, innerhalb der Parteien für diesen Gedanken der antimarxistischen Frontstellung zu werben. Diese Weichenstellung muß miteinander abgestimmt sein und im Einvernehmen mit dem Reichsbrüdererrat gesteuert werden.“

(Zitiert nach „Darmstädter Echo“ vom 3. März 1955)

Man trat für die „Wiederaufrüstung in einem selbständigen Europa“ ein; bezeichnete sich als „Nachfolger des Deutschen Ritterordens“ und propagierte „Elitebildung und echte Führerschaft“. Ebenso wie beim „Bund Deutscher Jugend“ kam der antibolschewistischen Einstellung und Propaganda auch bei der „Bruderschaft“ hervorragende Bedeutung zu. Im Programm berief man sich bewußt auf die Tradition der deutschen Ritterorden und gab als „Hochziel“ die Erreichung der „Union der Völker Europas zwischen Atlantik und Ural“ an. Darin sollte „als organischer Bestandteil das Reich aller Deutschen in seinen ethnographischen und historischen Grenzen“ liegen.

Bemerkenswert ist, daß das Mitglied des „Reichs-Bundesrates“ der Bruderschaft, BECK-BROICHSITTER, im Namen der „jüngeren Generalstabsoffiziere“ in einem Schreiben an den ehemaligen Generalstabschef Halder – schon im Jahre 1949 – sich bedingungslos zum Angriffskrieg bekannte und hierzu wörtlich ausführte:

„So lange der Krieg nicht abgeschafft ist, ist in den Augen aller Generalstäbe der Welt der Präventivangriff ein anerkanntes Mittel der Verteidigung. Ich denke dabei besonders an Zeitungsmeldungen über Äußerungen des amerikanischen Generalstabes.“

(Zitiert nach „Darmstädter Echo“ vom 2. März 1950)

Man könnte sehr wohl annehmen, daß es sich bei den beiden maßgebenden Männern der „Bruderschaft“, Helmut BECK-BROICH-

SITTER, und Alfred FRANKE-GRICKSCH – der letztere gehörte seit 1927 der NSDAP an – um verspätete Irrläufer des Dritten Reiches handelt. Doch daß dem nicht so ist, zeigt die Debatte vom 29. Oktober 1952 im Landtag von Schleswig-Holstein. Damals führte der Sprecher der SPD-Fraktion, Max Kukil, folgendes aus:

„Gehen wir jetzt zu einer anderen Organisation über, die sich ebenfalls hier in Schleswig-Holstein ganz besonders bemerkbar macht – die ‚Bruderschaft‘.

Es ist gerichtsnotorisch, daß die ‚Bruderschaft‘ Feinde der Demokratie sind, den demokratischen Staat bekämpfen.

Und nun möchte ich den Herrn Ministerpräsidenten fragen, ob er sich vorstellen könne, daß jemand, der einen solchen Schwur geleistet hat, ihn nicht über den sonstigen, im bürgerlichen Leben üblichen Eid stellt. Dasselbe haben wir bei den Tarnorganisationen erlebt, die während der Weimarer Republik bereit waren, jeden Meineid zu leisten.“

Der „Stern“, der wegen dieser Nummer verboten wurde

Folgende Seite:

Politische Justiz? – Rückwirkende Bestrafung? –

Zitiert aus Frankfurter Rundschau vom 17. 5. 1958.

### Wer schützt uns vorm Verfassungsschutz?

**Die gesetzlichen Vorkehrungen gegen einen Mißbrauch des Verfassungsschutzes sind heute nur noch eine Fassade. Dahinter verbirgt sich eine Organisation, die sich inzwischen zu einer politischen Polizei, mehr noch zu einem regelrechten Geheimdienst mit all seinen negativen Begleiterscheinungen gemauert hat. Unter Mißachtung des Gesetzes haben die Verfassungsschutzfunktionäre in Köln den ihnen vom Parlament gesteckten Rahmen gesprengt und sich in Bereiche vorgerobbt, aus denen man sie aus gutem Grund heraushalten wollte.**

Das muß daran liegen, daß sich die Kölner Herren, in deren Reihen eine ganze Clique von Geheimdienstlern aus der NS-Zeit Unterschlupf fand, sich von Anbeginn zu Höherem berufen fühlten, als nur zum bloßen „Sammeln“ und „Auswerten“ von Nachrichten über umstürzlerische Elemente. Diese Funktionäre meinten, der Geheimdienst mit all seinen Variationen, wie Spionage, Spionageabwehr und Gegenspionage sei ihr eigentliches Bewährungsfeld.

Allen voran marschierte der Regierungsdirektor Richard Gehrken. Dieser Mann setzte sich zunächst einmal mit Billigung seiner Vorgesetzten über den in der Verfassung verankerten Grundsatz „Verfassungsschutz ist Ländersache“ hinweg und ging still und heimlich daran, in der Bundesrepublik einen eigenen Nachrichtenapparat aufzuziehen. In Kassel, Hannover, Lübeck und Hamburg wurden getarnte Außenstellen des Bundesamtes eingerichtet. Ihre Leiter unterstehen direkt dem Regierungsdirektor Gehrken in Köln. In anderen Ländern, wo Gehrken mit seinem Vorhaben, einen eigenen Nachrichtenapparat aufzuziehen, auf Widerstand der Landesbehörden stieß, fand er einen Ausweg. Er stellte ziemlich schnell Kontakt zu alten Spezis aus der Zeit vor 1945 her, die sich gleich ihm – nur eben in den Landesämtern – beim Verfassungsschutz eingemistet hatten. Diese Genossen waren schnell bei der Hand, die Funktionäre in Köln privat mit Informationen zu versorgen.

**Widerstand gegen Hitler  
- straferschwerend  
Zweierlei Maß bei der  
Beurteilung des politischen  
Unrechtsbewußtseins**

Von Hans Henrich

Der 25jährige Walter H. in Essen hatte bis vor einigen Monaten eine nette Stellung als Maschinenbauingenieur. Aber dann, Ende 1957 erhob der Oberstaatsanwalt beim Landgericht Dortmund eine Anklage gegen ihn wegen Betätigung und Rädelsführerschaft in der verbotenen FDJ, eine Tätigkeit, die er seit 1951, im Lebensalter von 17 bis 25 Jahren, ausgeübt haben soll. Für die Art der Beweisführung sind zwei Stellen aus der Anklageschrift typisch. In dem einen Fall wird behauptet, Walter H. sei dem FDJ-Verbande nach dem Verbot treu geblieben, und dazu näher ausgeführt: „Ob er in den Jahren 1952 und 1953 eine bestimmte Funktion bekleidet hat, war bisher nicht sicher festzustellen. Er soll jedoch stets mit der FDJ und ihren Führern in Raume Essen Kontakt gehalten haben.“

**„Hätte“ und „demnach“**

Das zweite Musterbeispiel juristischer Präzision in dieser Anklageschrift sieht folgendermaßen aus: Der Angeschuldigte führte im Mai 1955 dem (unpolitischen) Essener Filmklub den sowjetischen Film „Meister des russischen Balletts“ vor; es sollte geprüft werden, ob der Film zur Vorführung im Klub geeignet sei. Da dies nach Meinung des Vorstandes nicht der Fall war, unterblieb die Vorführung vor der Klubmitgliedschaft. Der Oberstaatsanwalt weiß aber mit hellseherischer Gewißheit, was passiert wäre, wenn der Film zur Vorführung angenommen worden wäre: „Getreu den Machenschaften der kommunistischen Tarnorganisation hätte der Angeklagte nach Vorführung des obigen Films, der keine politische Tendenz aufweist, dem Filmklub in Zukunft kommunistische Propagandafilme angeboten. Es handelt sich *d e m n a c h* um den Versuch, den Essener Filmklub im Sinne der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft zu infiltrieren.“

Verständlich, wenn nicht nur die Mitglie-

der des erweiterten Initiativ Ausschusses für die Amnestie, auf dessen 5. Arbeitstagung in Frankfurt dieser und die folgenden Vorfälle zur Sprache kamen, sondern auch andere Staatsbürger, die vom Rechtsstaat eine bestimmte Vorstellung haben, solche Argumentationen nicht schön finden. Aber es kommt noch dicker. In einem anderen Fall hat ein Strafkammervorsitzender, der sogar allgemein als liberaler Mann gilt, die Anwendung des Strafgesetzbuchparagraphen 94, der durch die Unterstellung einer verfassungsverräterischen Absicht aus einem Antragsdelikt ein Verbrechen macht, mit folgender reichlich zynischer Begründung zu rechtfertigen versucht: „Sie mußten auch nach Paragraph 94 bestraft werden, denn es wäre für Sie als einen alten Kommunisten eine Beleidigung, wenn wir Sie nicht nach Paragraph 94 bestrafen würden, und Sie würden von Ihren Genossen schief angesehen.“

**„Das hat nichts genützt“**

Den Vogel aber dürfte der Lüneburger Staatsanwalt von Lücken in einer Strafkammerverhandlung am Freitag vergangener Woche abgeschossen haben. Seine Anklage richtete sich gegen einen Mann namens Kronmüller, der unter Hitler zweimal wegen Hochverrats (Betätigung für die KPD) verurteilt worden war, 1933 zu zwei Jahren, 1940 zu fünf Jahren Zuchthaus. Diese seine Widerstandstätigkeit gegen das NS-Regime hat ihm Herr von Lücken als besonders belastend vorgehalten mit den Worten: „Straferschwerend kommt hinzu, daß der Angeklagte bereits wegen solcher Tätigkeit hart bestraft worden ist. Das hat nichts genützt. Ich beantrage daher gegen ihn eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten.“ Herr von Lücken hat offenbar nicht daran gedacht, daß diese politischen Strafen aus der Hitlerzeit längst aus den Strafregistern gelöscht sind.

Kronmüllers Anwalt, aufs äußerste betroffen von dieser Art der Beweisführung, versuchte, dem Staatsanwalt eine Brücke zu bauen, und sagte, er nehme an, daß dieser es nicht so gemeint habe, wie er es ausgedrückt habe. Aber Herr von Lücken scheint es doch so gemeint zu haben, denn er nahm es nicht zurück. Herr von Lücken ist ein junger Mann Anfang der 30, und er

kann deshalb noch nicht in der Hitler-Justiz tätig gewesen sein. Er würde wahrscheinlich auch sehr böse werden, wenn wir behaupteten, für ihn sei die politische Justiz die Fortsetzung des Nationalsozialismus mit anderen Mitteln. Aber trotzdem stellt seine Bemerkung – auch für jeden, der den Kommunismus entschieden ablehnt, eine Beleidigung derer dar, die, wie Kronmüller, gegen Hitler Widerstand geleistet haben.

In der gleichen Lüneburger Strafkammer scheint überhaupt eine merkwürdige Atmosphäre zu herrschen. Kronmüllers Anwalt berichtete, in Lüneburg sei es jetzt Sitte bei politischen Verhandlungen, daß ein Polizeibeamter am Sitzungstisch Platz nehme und das Plädoyer des Verteidigers wie die Zeugenaussagen mitstenographiere. Der Anwalt sieht darin einen Versuch, Verteidigung und Zeugen einzuschüchtern. Auch von anderen Teilnehmern der Frankfurter Tagung wurde Klage über die Praxis der politischen Strafkammern geführt. Ein Diskussionsredner sprach von den „Redewendungen im Fließbandverfahren“, die von Staatsanwälten und Richtern dieser Kammern schablonenhaft verwendet würden. Es wurde beanstandet, daß die ständige Betrauung bestimmter Kammern mit politischen Strafsachen praktisch zu politischen Sondergerichten führe, und eine Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe gegen die politischen Strafkammern angeregt.

### Rückwirkende Bestrafung

Auch die Zahl dieser Kammern ist in ständigem Wachsen. In Düsseldorf gibt es jetzt zwei politische Strafkammern, ebenso in Dortmund. (Dort sind es in Wirklichkeit sogar vier, weil jede doppelt besetzt ist.) Ein Grund dafür ist der Umstand, daß die Prozesse gegen ehemalige KPD-Mitglieder entgegen allen amtlichen Beruhigungsversuchen sich stark vermehrt haben. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Wir sprechen nicht von Verfahren wegen verbotener kommunistischer Fortsetzungsbetätigung nach dem KPD-Verbot, sondern wegen der politischen Tätigkeit, die ein Kommunist noch in der Zeit ausübte, als die KPD noch eine erlaubte Partei war. So unglaublich es dem einfachen Staatsbürger klingen mag: mit der Begründung, die Tätigkeit für die KPD sei schon immer straf-

bar gewesen, aber erst nach dem Verbot der Partei verfolgbar geworden, hat der politische Strafsenat des Bundesgerichtshofes es fertiggebracht, den uralten Rechtsgrundsatz „Nulla poena sine lege“ („Keine Strafe ohne Gesetz“) zu durchbrechen.

Ein bei der Frankfurter Tagung anwesender Universitätsprofessor des Strafrechtes fragte ehrlich entsetzt, ob denn in keinem dieser Fälle das mangelnde Unrechtsbewußtsein der Täter berücksichtigt worden sei. Er, der Professor, würde jeden Examenskandidaten, der bei einem Strafrechtsfall die Frage des Unrechtsbewußtseins nicht prüfe, glatt durchfallen lassen. Die anwesenden Strafverteidiger lächelten als kummergewohnte Praktiker milde über den Theoretiker und erklärten ihm, wie das in der Gerichtsroutine aussieht: Der Täter hätte schon vor dem Verbot aus der Presse den Eindruck gewinnen müssen, daß die Betätigung für die KPD verfassungswidrig sei. Die Gerichte finden nichts dabei, dies von einem einfachen Laien zu verlangen, obwohl die hochgelehrten Richter des Bundesverfassungsgerichtes immerhin fünf Jahre zu der Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD gebraucht haben.

Wieso freilich den Simon und Genossen, also all denen, die in den letzten Kriegstagen unschuldige Fremdarbeiter und harmlose Bürger umgebracht haben, die sich gegen eine Fortsetzung des sinnlos gewordenen Krieges wehrten, der Mangel des Unrechtsbewußtseins von unseren Gerichten zugebilligt werde, nicht aber kleinen kommunistischen Funktionären für ihre im Vergleich dazu doch recht harmlose Parteitagitation, das konnten auch die kampferprobten Strafverteidiger dem Herrn Professor nicht erklären. Das ist jene Bewußtseinspaltung in unserer politischen Justiz, deren Unbilligkeiten die in dem Initiativ-ausschuß vereinten politischen Strafverteidiger und sonstigen freiheitlichen Juristen wenigstens durch eine Amnestie einigermaßen ausgleichen möchten – eine Forderung freilich, mit der sie auf den härtesten Widerstand des Bundesinnenministers Dr. Schröder, eines ehemaligen Pg. und SA-Mannes, stoßen, der seinerseits die Herren vom Initiativ-ausschuß in einer Bundestagsdebatte zu Unrecht als kommunistenfreundlich verdächtig hat.

## VI. Geistige Falschmünzerei und ideologische Kriegsvorbereitung

### Das politische ABC des Geschichtsunterrichtes

Die antisemitischen und neonazistischen Vorfälle der letzten Monate haben das Augenmerk der Öffentlichkeit vor allem auf die bundesdeutschen Schulen gerichtet und die Frage aufgeworfen, wie dort das politische ABC, d. h., die Geschichte der jüngsten deutschen Vergangenheit, behandelt wird.

Beginnen wir mit den Geschichtsbüchern, die die Grundlage des zeitgeschichtlichen Unterrichts bilden sollen. Im wesentlichen hält man sich, was die Zeitgeschichte betrifft, an die Schulordnung von 1890, in der es heißt:

„Alles unnötige Resümieren und Diskutieren mit der Jugend ist zu vermeiden, daß sie schon früh lernen, sich der Obrigkeit zu unterwerfen.“

In einem als „Lebendige Vergangenheit“ betitelten Geschichtsbuch beschreibt der Autor, ein Schulrat, Hitler als „Mann mit der eisernen Faust ... „der so tapfer den Roten die Stirn bietet“ und der bestrebt sei, „Macht und Größe des Reiches wiederherzustellen“.

Hier einige Beispiele der zeitgeschichtlichen Schilderung in „Lebendige Vergangenheit“:

„Die wissenschaftliche Erforschung der Kriegsschuldfrage hat ergeben, daß 1914 kein Volk und keine Regierung die Absicht hatte, einen allgemeinen Krieg zu entfesseln (S. 79). Die USPD und die Kommunisten verdoppelten ihren Eifer, den Kampfwillen der Front und der Heimat zu zersetzen. Durch Streiks versuchten sie, die Rüstungsindustrie lahm zu legen. (Seite 91) ...

Hitler glaubte, Stalin werde bald den Krieg in Deutschland eröffnen ...

Aus den besetzten Ländern des Nordens und des Westens und aus Spanien kamen Freiwillige, die gegen die kommunistische Bedrohung kämpfen wollten. Für das deutsche Volk hoffte Hitler in diesem Krieg nicht nur Sicherheit vor dem Kommunismus, sondern auch Siedlungsland zu gewinnen (Seite 130) ...

Sie (die deutschen Truppen) waren ihnen (der Roten Armee) fast wehrlos ausgeliefert, weil die Maschinengewehre und die Motoren der Panzer und Flugzeuge bei der Kälte oft versagten (Seite 131) ...

Die Länge der Nachschubwege erschwerte den Krieg in Rußland außerordentlich ...

Dazu kam das Wirken der Partisanen, die nach russischen Angaben

das Leben von 300 000 deutschen Soldaten auf dem Gewissen haben (Seite 132) ...” (Fritz Simonsen: „*Lebendige Vergangenheit*“, Ernst-Klett-Verlag, Stuttgart, 1953)

Dieses Werk wurde als empfehlenswertes Geschichtsbuch durch die Grundsatzgenehmigung des Kultusministers Baden-Württembergs vom 19. 6. 1953 ausdrücklich anerkannt. Der „Staatliche Prüfungsausschuß für Schulbüchereien der Höheren Lehranstalten“ in Bayern, eine Einrichtung, die dem Kultusminister beratend zur Seite steht, empfiehlt im Amtsblatt des Ministeriums ein Werk des ersten Präsidenten der NS-Reichsschrifttumskammer, Blunck, für die Schulbibliotheken. In einer der Bundesregierung nahestehenden Wochenzeitung lesen wir über diese erstaunliche Empfehlung, die auch zur Klärung der Geschichte der jüngsten Vergangenheit beitragen sollte, u. a.:

„Auch Paul Alverdes wird von ihm wärmstens empfohlen, der im tausendjährigen das ‚Innere Reich‘ herausgegeben hat, der germanische Rassedichter Hjalmar Kutzleb und der deutsch-völkische Luedendorff-Anbeter Wilhelm Matthiessen, Karl Springenschmid, der seine fanatische Nazi-Propaganda unter dem beziehungsreichen Pseudonym ‚Kreuzhakler‘ veröffentlichte, und der ehemalige SS-Hauptsturmführer und HJ-Gebietsführer, Fritz Helke, der den ‚Wegweiser durch die Gesetzgebung des nationalsozialistischen Reiches für die jungen Deutschen‘ geschrieben hat; der Hitler-Jugend-Dichter Hans Baumann fehlt ebenso wenig in der Titelliste wie der nationalsozialistische Rassenforscher Ludwig F. Clauss und der Antisemit Wilhelm Stapel.“ (Die Europäische Zeitung vom 26. Mai 1956)

In der ebenfalls in München erschienenen „Geschichte der deutschen Literatur“ wird für Arbeiterdichter nur eine halbe Seite verwandt. Auf dieser sind sechs Autoren verarbeitet und es wird als ein „typisches Arbeitergedicht“ ein Vers zitiert, der von einem grünen Baum handelt. Über Alfred Döblin heißt es, er erhält „Sinn und Ziele seines Lebens“ von der „Auseinandersetzung mit der Lehre Christi“. Leonhard Frank erhält neun Zeilen gewidmet und dann erfahren wir, daß „die Dichtung nur dann gesund ist“, wenn der „Dichter in seinem Volksstamm Sinnfälligkeiten schafft“. Als Beispiel hierfür wird der Blubo-Dichter Wilhelm Schäfer zitiert. Über den NS-Dichter Hans Grimm ist zu lesen: „Ernst und Gesinnung des Romans lassen die Bedenken über den politischen Mißbrauch, der mit ihm getrieben wurde, zurücktreten.“ Außerdem werden wir darüber belehrt, daß Erwin Guido Kolbenheyer „die Menschen in ihrer biologisch-organischen Gebundenheit“ darstellen wollte. Natürlich fehlen weder Blunck, Dwinger noch Pleyer. Über die Kriegsliteratur heißt es:

„Doppelt lastet die Tragik auf den deutschen Soldaten, die nicht nur einen aussichtslosen Kampf gegen die ungeheure Übermacht führen, sondern auch im Zwiespalt des Gewissens bis zum bitteren Ende standhalten mußten.“

(Dr. W. Grabert „Geschichte der deutschen Literatur“,  
Bayerischer Schulbuch-Verlag, München – 1955)

Hingegen wird Bert Brecht als „Träumer, Vagant, Literat und Dichter“ hingestellt. Eine in München erscheinende Kulturzeitschrift kommentiert dieses Buch ebenso ausführlich wie kritisch und gelangte zu der folgenden Feststellung:

„Aber was sich selbst die anmaßendste Literaturgeschichte der Neuzeit, nämlich die Paul Fechtlers, nicht erlauben konnte, ist in Bayern möglich: Das Lehrbuch des Kultusministeriums enthält kein einziges Wort über einen der brilliantesten humanistischen Schriftsteller deutscher Sprache, über Heinrich Mann.“

In einer „Geschichte der Neuesten Zeit“ weiß der Autor über Hitlers Parteiprogramm nicht mehr zu berichten, als: „Hitler hat sich allerdings später nicht an dieses Programm gehalten, sondern dessen Sätze teilweise verdreht und vor allem grauenhafte Verbrechen verübt“ (Seite 145). Auf den nächsten Seiten wird den Kindern folgendes Bild vermittelt:

„In den Jahren nach 1933 fand Hitler auch im Ausland viel Verehrer. Sein späterer Gegner Churchill sprach noch 1935 über ihn mit Worten der Bewunderung ...

Von den ausländischen Regierungen wurde Hitler sehr viel besser behandelt als die Vertreter der Weimarer Republik.

Er lehnte die Juden als fremdrassisch ab und führte den Kampf gegen sie mit allen Mitteln. Das begann schon 1933 mit einem Boykott aller jüdischen Geschäfte. Die Juden wurden Zug um Zug aus allen öffentlichen Ämtern und aus der Wirtschaft verdrängt. Aber noch ließ man ihnen das Leben, den Besitz und eine gewisse Freiheit. Das änderte sich nach 1938 ...

Der Weltanschauungskampf wurde im Laufe des Krieges ebenfalls verschärft ... Mit großer Härte verfolgte Hitler alle Personen, die aus politischen, religiösen und rein menschlichen Gründen dem Nationalsozialismus widerstrebten. Für sie führte er politische Sondergerichte ein, deren Urteile besonders hart waren ...

(H. Pinnow: „Geschichte der neuesten Zeit“,  
Ernst Klett-Verlag, Stuttgart – 1956)

Diese scheinbar antihitleristische Grundtendenz erweist sich bei genauerem Hinsehen, als eine der typischen „objektiven“ Geschichtsklitterungen, mit deren Hilfe die Wahrheit über das Dritte Reich vernebelt werden soll.

In einem anderen Geschichtsbuch heißt es über Antisemitismus: „Diese Rassenlehre steigerte sich zum Antisemitismus, der Hitlers Laufbahn von Beginn bis zum Ende erfüllt. Der Jude ist für ihn der Weltfeind schlechthin, der Urheber allen Bösen, der Schuldige an allem Unheil und Unglück in Vergangenheit und Gegenwart ... Im Weltkrieg machte man den grausigen Versuch, Millionen von Juden nicht nur aus Deutschland, sondern auch aller besetzten Länder, durch Konzentrationslager und Vergasung physisch zu vernichten.“

(Dr. Hans Herzfeld: „Grundriß der Geschichte“, Ernst-Klett-Verlag, Stuttgart – 1956)

Auch hier die „objektive“ Geschichtsklitterung. Kein Wort über die Rolle der SS, die im Auftrage der Machthaber des Dritten Reiches, deren Streben nach Weltherrschaft zu unmenschlichsten Verbrechen führte, Abermillionen Menschen auf dem Gewissen hat. Auch hier der Versuch, von „physischer Vernichtung“ zu faseln, während es sich um brutalen Mord an Abermillionen Hitlergegner, nicht nur Juden gehandelt hat. Was sollen Schulkinder mit den obigen Sätzen anfangen? Was sollen sie von nachstehender Versicherung derjenigen halten, die, wie Dr. Herzfeld, solche Geschichtsbücher schreiben:

„Zwar erlag niemals das ganze deutsche Volk dieser Judenfeindschaft der Partei, aber zumindest teilweise gerieten weite Kreise unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise und der Erfolge Hitlers in den Bann der verführerischen, antisemitischen Propaganda.“

Der Autor eines anderen Geschichtsbuches widmet den Judenproblemen sieben Zeilen und schließt mit den lapidaren Worten: „Diese Judenpogrome schadeten dem Ansehen Deutschland ungeheuer“.

(F. Traber: „Geschichte der neuesten Zeit“, Verlag Johann Bormeyer, Bonn – 1951)

Helmut Langenbuches, der im Dritten Reich „an hervorragender und begünstigter Stelle“ von nationalsozialistischer Warte aus die Normen dafür aufgestellt hat, was hinfort Dichtung sei und was nicht, der Bücher wie „Volkshefte“, „Dichtung der Zeit“, „Nationalsozialistische Dichtung“, „Dichtung der jungen Mannschaft“ (CrP-Informationsdienst vom Juni 1957) und anderes herausgeben konnte – dieser Langenbuches veröffentlichte 1956 ein „Hand- und Lesebuch“ (*Helmut Langenbuches: „Ein Hand- und Lesebuch für Feier und Besinnung in Schule und Haus“*, Verlag Neue Schule – Anton Leitner, Bad Reichenhall – 1956) in dem die einzelnen Dichter und Schriftsteller mit Zitaten vertreten sind. Die Proportion ist in diesem Werk die folgende: Hans Baumann, H. F. Blumck sind 26mal vertreten; W. Brockmeier, K. H. Böhner, Hermann Claudius sind 15mal zu finden; R. Euringer, Ludwig Finck 36mal; Friedrich der Große 24mal; Kol-

benhayer, Langbehn, Lersch, Linke, Herybert Menzel, A. Miegel, W. Pleyer, Heinz Steguweit, H. Stehr, Will Vesper 15mal; daneben hat Langenbuches bei Albert Einstein, Carl Zuckmayer und Stefan Zweig nur je zwei geeignete Zitate gefunden, während Heinrich Heine, Erich Kästner, Romain Rolland und Franz Werfel nur einmal genannt werden und Thomas und Heinrich Mann, Bert Brecht, Laskerschüler, Musil, Joseph Roth und Annette Kolb kein einziges Mal erscheinen

## Ganze 14 Zeilen über die Judenausrottung

Unter dem Titel „Restauration und Reaktion“ berichtete die Gewerkschaftszeitung der Lehrer und Erzieher über die „Geschichtsbetrachtung“ von Frau Ida Marie Bauer und Otto Heinrich Müller, des Autoren des Geschichtsbuches „Der Mensch im Wandel der Zeiten“.

Vorausgeschickt muß werden, daß in der ersten Ausgabe des Jahres in den damals erschienenen zwei Bänden in relativ sachlicher Weise die jüngste Vergangenheit behandelt wurde. In den nächsten Ausgaben, in denen die Bücher zu einem Band zusammengefaßt wurden, kommt sehr deutlich die restaurative Entwicklung zum Ausdruck und die schon erwähnte Gewerkschaftszeitung schreibt über die „Straffung“ u. a.:

„Das neue Buch hat für die Geschichte von 1914 ab bis heute nur 34 Seiten übrig, während die alte Ausgabe von 1952 diesem ungemein wichtigen Zeitabschnitt 71 Seiten widmete. Die packend geschriebene Geschichte des Hitlerreiches wurde von 41 Seiten in der alten Ausgabe auf 13 Seiten reduziert und dazu leider noch so ‚umgeschrieben‘, so allgemein formuliert, daß die Schüler nur ein sehr verblaßtes Bild dieser dunkelsten deutschen Zeit gewinnen dürften ...

Will man mit diesen typischen Stoffkürzungen den Schleier des Vergessens über die blutigste Zeit der deutschen Geschichte legen?

Aus der Art der Kürzungen und Weglassungen sind jedoch untrügliche Schlüsse zu ziehen auf die Kräfte, die diese Kürzungen erzwangen ...

Die alte Ausgabe widmet der Judenverfolgung und Judenausrottung in kindertümlicher, verständlicher Darstellung immerhin drei ganze Seiten, die neue Ausgabe dagegen nur – 14 Zeilen! Die frühere ausführliche Darstellung war ein hartes Gericht über die Unmenschlichkeiten des Hitlerregimes, auch für Kinder eindrucksvoll und begreifbar. Die 14 ‚gestrafften‘ Zeilen sagen in ihrer Nüchternheit und Abstraktheit den Kindern nichts von den millionenfachen Morden an Juden ...

Nach der neuen Ausgabe hat es einen Reichstagsbrand nie gegeben. Nicht eine Zeile bringt sie darüber, auch das Bild vom Reichstagsbrand fehlt! Ist der Reichstagsbrand etwa eine böswillige Erfindung von Juden und Kommunisten? ...

Kein Wunder, daß die Geschichte der Konzentrations- und Vernichtungslager der deutschen Jugend in der neuen Ausgabe vorenthalten wird. Das alte Buch berichtet auf 5 Seiten in warmherzigen, mitfühlenden Schilderungen taktvoll und psychologisch richtig von diesen grauenvollen Vernichtungsstätten, um in der Jugend Abscheu und Ekel vor solchem staatlich geleiteten Untermenschentum zu erwecken und zugleich den Willen, so etwas für die Zukunft unmöglich zu machen ...

Die Schüler erfahren nichts von der brutalen Vernichtung Warschaus, nichts von der Zerstörung des friedlichen Rotterdam, nichts vom ‚Blitz über England‘, nichts vom ‚Ausradieren‘ englischer Städte durch die deutsche Luftwaffe! Nichts von Ouradour! Nichts von Lidiče!

Das neue Buch unterschlägt die Widerstandsbewegung gegen die Hitlerbarbarei ganz! Es weiß nichts von den Millionen Opfern aus allen Schichten des deutschen Volkes im Kampf gegen die Nazityrannei.

Während so die neue ‚straffe‘ Ausgabe den Krieg mit den heutigen Gesprächspartnern auf 10 Zeilen nur als ein bedauerliches Kavaliersdelikt erscheinen läßt, bringt sie dagegen den Krieg gegen die Sowjetunion, insbesondere den Kampf um Stalingrad, ungekürzt ...

In (geschickt erfundenen?) Briefen eines schlesischen Flüchtlingsjungen lesen wir von den Schrecknissen der Flucht. Die Hölle von Dresden dagegen wird nur in einem halben Satz gestreift, und taktvoll wird der Angreifer verschwiegen! Aber liebevoll wird von Görlitzer ‚Pimpfen‘ gesprochen, die ‚uns warme Suppe bringen‘ ...”

Die vom „Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnen-Verein“ herausgegebene Zeitschrift „Die bayerische Schule“ hat für die Mitglieder dieser Organisation eine „Unterrichtshilfe“ über „Stalingrad – Die Krise des militärischen Gehorsams – Ein Unterrichtsvorhaben über den Zweiten Weltkrieg“ herausgebracht.

In dem Buch sind u. a. auch „Merksätze“ zu finden. Ein solcher sieht im Falle des „Polen-Feldzuges“ folgendermaßen aus:

„a) Deutsche Fliegereinheiten setzen polnische Flugplätze und die Luftwaffe außer Gefecht. b) Die Generale Bock (1.) und Kluge (2.) kreisen polnische Truppen im Korridor ein, vernichten sie und rücken gegen das Innere des Landes vor. c) General Rundstedt (3. und 4.) vernichtet die polnische Hauptmacht im Kessel von Radom und schließt Warschau ein, das nach heftiger Bombardierung fällt. d) Kübler (5.) und List (6.) verhindern Rückzug der Polen. Hitler schlägt Teile Polens zu Ostpreußen und Warthegau und errichtet das Generalgouvernement Polen.“

Unter dem Stichwort „Frankreich-Feldzug“ finden wir den folgenden Merksatz:

„a) Nach abgelehntem Friedensangebot Hitlers besetzt Luftlanddivision die ‚Festung Holland‘ (1a), kämpft Flugwaffe französische Flugzeuge und Flugplätze nieder, sichert (1b) rechte Angriffsflanke in Belgien, durchstoßen die Panzer Kleists, Guderians und Hoths die Ardennen, reißen im kühnen Vorstoß die Front auf und zwingen die Engländer bei Dünkirchen (1d) zum Verlassen des Festlandes.“

(Josef Neuwirth: „Stalingrad – Die Krise des militärischen Gehorsams“, Verlag „Die bayerische Schule“ vom März 1958)

### Schröders „Lexikon für Staatsbürger“

Das Vorwort zur dritten Auflage des „Lexikon für den Staatsbürger“ (Lexikon für den Staatsbürger, Verlag B. Scharf, Oldenburg – 1957) schrieb Bundesinnenminister Schröder. Er betonte, daß dieses Lexikon das notwendige Wissen zur Kenntnis der demokratischen Einrichtungen vermittele. Das Zentralorgan der SPD schrieb hierzu, „daß dieses Lexikon durch die Stichworte auffällt, die nicht darin vorkommen“. Für „Vertriebene, Vertreibungsschäden“ stehen fünf Druckseiten zur Verfügung; dagegen kommen die Stichworte ‚Verfolgte‘ (z. B. die rassisch oder politisch Verfolgten des Hitlerregimes) nicht vor“.

Es werden zwar:

„evangelische und katholische Einrichtungen, nicht aber entsprechende jüdische Einrichtungen erwähnt. Auch die an sich natürliche Frage des jungen Staatsbürgers nach der nationalsozialistischen Vergangenheit, nach Konzentrationslagern und anderen Dingen bleibt unbeantwortet. Das Stichwort ‚(SPD) Sozialdemokratische Partei Deutschlands‘ beginnt mit dem lapidaren Satz: ‚Die SPD wurde 1945 wiedergegründet‘. Kein Wort darüber, daß es sich um die älteste politische Partei Deutschlands handelt, nichts über ihre Geschichte – wie überhaupt in diesem Lexikon nichts über die Vergangenheit steht. Es beginnt im Jahre Null.“

(Vorwärts, 5. 12. 1958)

Einer in Wien erscheinenden, katholischen Wochenzeitschrift entnehmen wir die folgende Betrachtung:

„Eine kleine Geschichte, die eine größere spiegelt: Die Wandlung – eines weitverbreiteten westdeutschen Geschichtsbuches, bestimmt für Schüler des 5. und 6. Schuljahres. In der Ausgabe von 1958 sind, verglichen mit der Ausgabe von 1949 und 1952, folgende Verkürzungen vorgenommen worden:

Geschichte von 1914 bis zur Gegenwart:

Ausgabe 1949	71	Seiten
Ausgabe 1951	71	Seiten
Ausgabe 1952	43 1/2	Seiten
Ausgabe 1958	34	Seiten.

Reichtagsbrand:

Ausgabe 1949	2 1/2	Seiten
Ausgabe 1951	2 1/2	Seiten
Ausgabe 1952	1/2	Seite
Ausgabe 1958		kein Wort.

Geschichte des Hitlerreiches:

Ausgabe 1949	2 1/2	Seiten
Ausgabe 1951	2 1/2	Seiten
Ausgabe 1952	1/2	Seite
Ausgabe 1958		kein Wort.

Konzentrationslager:

Ausgabe 1949	5	Seiten
Ausgabe 1958		nichts mehr.

Judenverfolgung:

Ausgabe 1949	3	Seiten
Ausgabe 1958	14	Zeilen.

Religionsverfolgung im Dritten Reich:

Ausgabe 1949	2	Seiten
Ausgabe 1958	4 1/2	Zeilen.

Nur nebenbei bemerkt: Statistiken über die Geschichte derselben Zeit an Österreichs Schulen liegen nicht vor. Was wunder, als draußen eine Umfrage bei Schülern über Hitler ergab, daß er die Reichsautobahnen baute und zum erstenmal den Wohlstand des Volkes hob ...”  
(*Die „Furche“ vom 18. Juli 1959 – Wien*)

So weit einige Beispiele aus den bundesdeutschen Schulbüchern, die zeigen, wie wenig in den Schulen die Geschichte der jüngsten Vergangenheit bewältigt wird.

Wie soll unsere Jugend, in deren Händen solche Lehrbücher sind, die geschichtliche Wahrheit jemals begreifen, tatsächlich zum Vorteil und zum Wohle unseres Volkes, seiner Zukunft verarbeiten? Einige Kultusminister versuchten, die wahrheitsgetreuere Vermittlung der jüngsten Vergangenheit zu erreichen. Aber sie stoßen auf den Widerstand brauner Geschichtsfälscher.

## Verlage, die von der Vergangenheit leben, und ihre Erzeugnisse

Ein wichtiges Kapitel auf dem Sektor der Verbreitung des Gifts der Kriegshetze stellen Presse und Literatur dar. Hier werden auch Millionensummen verwandt. Dazu gehören z. B.:

Der Plesse-Verlag in Göttingen. Er hat die Memoiren von Alfred Rosenberg u. a. herausgegeben.

Die Göttinger Verlagsanstalt. Hier erschienen die nazistischen Machwerke „Wehrkraft im Zwiespalt“ und „Volk ohne Führung“.

Der Klosterhaus-Verlag, Starnberg, in dem die Ludendorff-Bewegung ihre Erzeugnisse gegen „Weltjuda“ herausbringt.

Der Drüffel-Verlag, Starnberg, in dem das antibritische Buch „Alter Feind, was nun?“ erschien.

Der Nation-Europa-Verlag, Coburg, in dem die Schrift „Nation Europa“ herauskommt, die bekannt geworden ist durch ihre Verherrlichung der SS und die Vertuschung der Schuld Hitlers und des deutschen Militarismus am Zweiten Weltkrieg.

Damit ist die Liste längst nicht vollständig. Man denke nur an die zahlreichen Verlage, die „Memoiren“ von nazistischen Kriegsverbrechern herausgaben. Die Flut der militaristischen und neofaschistischen Literatur nimmt immer mehr zu. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften sah sich nun endlich gezwungen, einige dieser Publikationen auf den Index zu setzen. Sie mußte feststellen, daß das Buch des SS-Generals HAUSSER „Waffen-SS im Einsatz“ den Hitlerkrieg zu einem Freiheitskampf umfälsche. Von dem Buch des DRP-Starredners Hans-Ulrich RUDEL wurde festgestellt, daß es die Tendenz enthalte, Hitler zu glorifizieren“. Die an allen Kiosken zu findenden Reihen von „Landser“-Heften bezeichnete die Prüfstelle als „einen besonderen Typ von Schundliteratur“. Man hat jetzt angeordnete, daß die Bücher, darunter auch KONSALIKs Roman „Sie fielen vom Himmel“ nicht mehr an Jugendliche verkauft werden dürfen. Aber an Erwachsene natürlich weiter, statt sie grundsätzlich zu verbieten und alles vorhandene einzustampfen. Man ist erschüttert, wenn man erfährt, daß die Auflage der Literatur, die den Krieg verherrlicht, vor allem die Groschen-Hefte für die Jugend, eine Höhe von 10 Millionen Exemplaren jährlich erreicht. Das wäre unmöglich ohne die ideelle und finanzielle Förderung durch hohe staatliche Stellen und durch Rüstungsunternehmungen, die das bewußt fördern, weil es in der Linie der Aufrüstung und des kalten Krieges liegt und dazu dient, wieder „Helden“ und „todesmutige Krieger“ zu erziehen und zu erzeugen.

Zu diesem Komplex gehört auch die Presse der Militaristen und Neofaschisten, von der „Deutschen Soldatenzeitung“ bis zum „Reichsruf“ der DRP und die Produktion von Filmen, in denen der Krieg als eine Art von Sportveranstaltungen oder Abenteuer dargestellt wird, von „So war der deutsche Landser“ bis „Der Kampf um den Alkazar“. In keinem demokratischen Staat der Welt gibt es eine solche Schlammflut von Gifterzeugnissen literarischer oder anderer Art der militaristischen Propaganda wie in der Bundesrepublik.

Hier einen entschiedenen grundsätzlichen Wandel herbeizuführen, dieses Gift auszumerzen, ist eine wesentliche Aufgabe der VVN.

Die Geschichtskommission beim Präsidium der VVN hat im Frühjahr 1960 in einem „Memorandum“ auf diesen unhaltbaren Zustand hingewiesen und eigene, konkrete Verbesserungsvorschläge unterbreitet. In dem Memorandum zu dem Thema „unbewältigte Vergangenheit“ heißt es:

„Wir sind der Auffassung, daß bei der Behandlung der Geschichte der jüngsten deutschen Vergangenheit in Darstellung und Stoffverteilung folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden sollten:

1. Die politische und wirtschaftliche Situation, in der der Nationalsozialismus zur Macht kam, und die Kräfte, die seine Machtübernahme vorbereiteten und seinen Machtausbau unterstützten.
2. Die Ideologie des Nationalsozialismus, seine Wurzeln, seine pseudowissenschaftlichen Theorien, seine Phraseologie und Demagogie als Waffe im Kampf gegen Demokratie, Freiheit, Recht, Kultur und Völkerverständigung.
3. Der Widerstandskampf gegen den Nationalsozialismus: seine Wurzeln in den humanistischen und demokratischen Traditionen der deutschen Geschichte, seine Aufgaben und Ziele, der patriotische Charakter des Widerstandskampfes. Widerstandsgruppen und die Methoden ihres Kampfes. Der Widerstandskampf in den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern, in der Emigration, in den Bewährungsbataillonen, der europäischen Widerstandskampf. Anerkennung und Würdigung des Widerstandskampfes, Bedeutung der Widerstandskämpfer als politische Vorbilder.
4. Die Politik des Nationalsozialismus
  - a) sein antinationaler Charakter nach innen
  - b) seine Weltherrschaftspläne (Außenpolitik)
5. Der Hitlerkrieg und die totale Niederlage.
6. Die Bilanz der Katastrophe
7. Die Überwindung des Nationalsozialismus als geistige, politische und historische Aufgabe der Gegenwart.“

## „Ostforschung“ im Spiegel der bundesdeutschen Politik

Bei dem Unterricht der Oberstufen an den Höheren Schulen und der Studenten kommt der in der Bundesrepublik betriebenen „Ostforschung“ große Bedeutung zu. Über die umfangreiche ideelle, offizielle und finanzielle Förderung, der sich diese Institute erfreuen, war schon in einem 1951 erschienenen „Bericht des Ausschusses für das Besatzungsstatut und Auswärtige Angelegenheiten über den Antrag der DP betreffs Pflege der Kenntnisse über die deutschen Ostgebiete, Osteuropa und Südosteuropa“ zu lesen:

„Durch das Auswärtige Amt erfolgt eine Unterstützung der ‚Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde‘...“

Das Auswärtige Amt wendet sich für bestimmte Vorhaben an einzelne Institute, bzw. an geeignete Einzelpersonen in den Instituten. Das Bundesministerium des Innern fördert die Arbeitsgemeinschaft in Göttingen sowie die Osteuropainstitute in Berlin und München. Das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen stützt das Herder-Forschungs-Institut, den sogenannten Göttinger Arbeitskreis, die Nordostdeutsche Akademie in Lüneburg, das Südostinstitut sowie die Südostdeutsche Kultur- und Forschungsstelle in München. Das Ministerium wendet neben den Beiträgen für Institute Mittel für besondere Forschungsaufgaben auf, die sich auf die ostdeutsche ... Problematik beziehen ....“

*(Deutscher Bundestag –*

*1. Wahlperiode Bonn, 1949, Drucksache 4098)*

Über das Ausmaß der „Ostforschung“ berichtete ein offizielles Regierungsorgan:

„Es gibt zur Zeit innerhalb der Lehr- und Forschungsarbeit der westdeutschen Hochschulen: 16 Lehrstühle für Slawistik, Osteuropäische Sprachforschung und Literatur, 6 Lehrstühle für Osteuropäische Geschichte und 5 Spezialinstitute. Die 5 Institute entfallen auf folgende Hochschulen: 1. Tübingen: Institut für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde. Dir.: Prof. Dr. W. Markert. 2. Mainz: Institut für Osteuropakunde mit der Abteilung Osteuropäische Geschichte. Dir.: Prof. Dr. W. Rhode. 3. Wilhelmshaven: Institut zum Studium der Sowjet-Wirtschaft. Dir.: Prof. Dr. N. Raupach. 4. München: Institut für Ostrecht. Dir.: Prof. Dr. R. Maurach. 5. Münster: Institut für Ostkirchen, das der evangelischen theologischen Fakultät angeschlossen ist. Dir.: Prof. Dr. R. Stupperich ...“

Eine Bestandsaufnahme der gesamten Ostforschung an den deutschen Universitäten ergibt, daß über 80 Prozent der in ihr tätigen Wissenschaftler Slawistik, Geschichte, Religionswissenschaft und Philosophie betreiben, während auf die Disziplinen der Rechts- und Staatswissenschaft, Volkswirtschaft und Geographie nur ein gutes Zehntel entfällt ...

*(Das Parlament vom 13. August 1958)*

Im Jahre 1958 wurde vom Auswärtigen Amt ein „Arbeitskreis für Ostforschung“ ins Leben gerufen. Eine große, in Hamburg erscheinende Tageszeitung deutete an, zu welchem Zweck und mit welcher Zielsetzung in Westdeutschland „Ostforschung“ betrieben wird:

„Zu den Aufgaben des Arbeitskreises wird es gehören, einen Beitrag zur geistig-ideologischen Auseinandersetzung mit dem Osten zu leisten, der Offensive des Ostens entgegenzutreten und alle Probleme geistiger, politischer und wirtschaftlicher Art im Hinblick auf das Verhältnis Ost-West zu prüfen.“

*(Die Welt vom 9. September 1958)*

Sinn, Zweck und Weg der sogenannten „Ostforschung“ wird für jedermann deutlich, wenn die Frage nach der politischen Herkunft der Ostforscher gestellt wird. Wer sind diese „Ostforscher“ eigentlich, was haben sie vor der Hitlerzeit, was haben sie unter Hitler getrieben?

Peter Heinz SERAPHIM – Lehrbeauftragter für Osteuropäische Wirtschaft an der Universität München.

Über die Voraussetzungen, die Professor Seraphim für diese Tätigkeit mitbringt und über seine bisherige wissenschaftliche Tätigkeit gibt das Buch „Wer ist Wer“ einige Auskünfte, die wir im folgenden auszugsweise wiedergeben:

„1930 Institut für Osteuropäische Wirtschaft, Königsberg; 1937 Dozent; 1940 Professor, 1943 ordentlicher Professor für Wirtschaftswissenschaften in Greifswald; 1948 Lehrbeauftragter für Osteuropäische Wirtschaft, Universität München; 1954 Tätigkeit an der philosophisch-theologischen Fakultät in Bamberg ...“

Weniger diskret ausgedrückt, befand sich das Betätigungsfeld Seraphims im Dritten Reich in unmittelbarer Nähe Rosenbergs. Er fungierte als Leiter des Referats „Geschichte der Judenfrage“ in der NSDAP. Außerdem war er Mitarbeiter des „Instituts zur Erforschung der Judenfrage“ an der sogenannten „Hohen Schule der NSDAP“. Ferner betätigte er sich in der Funktion des Hauptschriftleiters der berüchtigten antisemitischen Hetzzeitschrift „Der Weltkampf“ und war Oberkriegsverwaltungsrat und Fachbearbeiter für Jüdische Fragen bei der Rüstungsinspektion Ukraine sowie Mitarbeiter des Instituts „Deutsche Ostarbeit“, das unter der Leitung des Generalgouverneurs Hans Frank stand und dessen Aufgabe es war, die Germanisierung Polens ideologisch zu leiten. Hier einige Titel aus Seraphims Publikationen: „Der Antisemitismus in Osteuropa“, 1939; „Wirtschaftsbedeutung der rückgegliederten deutschen Ostgebiete des Generalgouvernements“ – 1940; „Der Rassencharakter der Ostjuden“, 1940; „Deutschtum und Judentum in Osteuropa“, 1943; „Die geschichtlichen Lösungsversuche der Judenfrage“, 1943. In dem letztgenannten Buch lesen wir:

„In größerem Zusammenhang gesehen, ist eine Lösung der Judenfrage allerdings in Südosteuropa ebenso wie im nordosteuropäischen Teil unseres Kontinents durch die getroffenen Ausgliederungs- und Einschränkungmaßnahmen nicht zu erzielen. Auch hier kann die Frage, auf die Dauer gesehen, ihre endgültige Lösung nur durch eine planmäßige und generelle Aussiedlung der Juden nach einem überseeischen Wohngebiet finden ...“ (Seite 56)

Der Historiker des „Jüdischen Historischen Instituts“ in Warschau, Arthur Eisenbach, schrieb über die verhängnisvolle Tätigkeit Professor Seraphims in Polen:

„Ich möchte noch einmal erklären, daß Professor Seraphim viele Arbeiten über die jüdische Bevölkerung in den Ländern Osteuropas geschrieben hat und daß er eine verhängnisvolle, verbrecherische Rolle in der Vorbereitung der Materialien für die Judenvernichtungspläne spielte.“

Der Leiter des obengenannten Instituts zur Erforschung der Judenfrage, Dr. Wilhelm Grau, schrieb über die Ausgabe des Organs dieses Instituts „Der Weltkampf“, als dessen Hauptschriftleiter Professor Seraphim fungierte, u. a.: „Die Zeitschrift ‚Der Weltkampf‘ hat in den Jahren, in welchen die heute das Reich tragende ‚Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei‘ ihren Kampf gegen das Judentum begann, der Bewegung als führendes Aufklärungsorgan gedient.

Lange Jahre war Alfred Rosenberg der Herausgeber und erste Mitarbeiter. Der politische Kampf in jenen Anfängen hat seitdem weltpolitisch und weltanschaulich weite Ausmaße gewonnen ...“

Dem „Institut für deutsche Ostarbeit“, in dem Seraphim ebenfalls in führender Position mitarbeitete, oblag es, die antisemitischen und die nationalsozialistischen Theorien in Polen und in den anderen eroberten Ostgebieten praktisch in Anwendung zu bringen. Zwei Monate nach seiner Gründung veranstaltete das Institut vom 20. bis 22. Juni 1940 „seine erste große Arbeitstagung“, an der verschiedene Führer der Nationalsozialisten aus Deutschland und dem Auslande teilnahmen. Das Programm dieser Tagung bestritten u. a.: Generalgouverneur Hans Frank, der als Präsident fungierte; Professor Dr. P. H. Seraphim, der über „Die Juden in Polen“ sprach und Professor Dr. Theodor OBERLÄNDER (Ex-Bundesvertriebenenminister!), der über das „Agrarproblem Osteuropa“ referierte.

Erich KEYSER – Leiter des Instituts für Ostforschung in Marburg.

Noch im Jahre 1944 schrieb Professor Dr. Erich Keyser in einer theoretischen Zeitschrift der Nationalsozialisten: „Erst der Sieg der deutschen Truppen aller deutschen Stämme unter der Führung Adolf Hitlers hat im Herbst 1939 ... Die Grenze des Weichsellandes wurde als Grenze des neuen Reichsgaues Danzig-Westpreußen weit nach Südosten vorverlegt ...“

Herbert KRAUS – Präsident des sogenannten „Göttinger Arbeitskreises“.

Im Holzner-Verlag, Würzburg erschien die 2. Auflage der „Geschichte der Albertus-Universität zu Königsberg in Preußen“ von Götz v. Selle. Herausgegeben wurde diese Schrift vom „Göttinger Arbeitskreis“ in Gemeinschaft mit dem „Königsberger Universitätsbund“. Im Geleitwort schreibt Professor Kraus unter anderem: „Die neue Ausgabe hält sich im wesentlichen an den Text der früheren. Einige damals zeitbedingte Stellen sind verändert oder gestrichen

worden.“ Die erste Auflage erschien 1944. Ungeachtet der Streichungen finden wir im Kapitel „Der gute Wille“ folgende diffamierende Anmaßung:

„Ein großer Teil der Medizinstudierenden in den neunziger Jahren waren Juden, die sich allmählich zu einer Plage entwickelten...“

Theo KEIL – Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Bayern für Ostkunde im Unterricht.

Für seine Tätigkeit als Fachreferent für Schulfragen wurde Dr. Theo Keil von Henlein zum Gaureferenten für Schul- und Erziehungsfragen der NSDAP im Gau Sudetenland ernannt. Am 17. November 1941 wurde Keil dank seiner Verdienste für die „kulturelle“ und „schulische“ Betreuungsarbeit als Referent für Hauptschulfragen ins Reichserziehungsministerium berufen.

Heute fungiert er als Herausgeber der extrem-nationalistischen Zeitschrift „Deutsche Ostkunde“. In diesen „Blättern für Erziehung und Unterricht“ schrieb z. B. im September 1959 ein Herr Dr. Ernst Lehmann:

„Dagegen kann aber geltend gemacht werden, daß die Heimatvertreibung der Ostdeutschen und der durch ihre Aufnahme erfolgte Strukturwandel sowie alle durch die unerhörten Geschehnisse ausgelösten Folgen die ostkundlichen Bestrebungen recht eigentlich auf den Plan riefen. Diese wollen im Rahmen von Erziehung und Unterricht nicht nur den Anspruch auf die unaufgebbaren Gebiete wach halten, um die deutsche Jugend für eine neue Ausfahrt im Auftrag Europas vorzubereiten.“

Hermann RASCHHOFER – wissenschaftlicher Mitarbeiter des Sudetendeutschen Rats und mehrerer Forschungsinstitute. Im Jahre 1941 schrieb Professor Dr. Hermann Raschhofer in der nationalsozialistischen Zeitung des Sudetengauges: „Die Entthronung des Gleichbegriffes macht nicht bei den Individuen halt, sie ergreift auch die Völkerbeziehungen. Mögen auch die Völker als kulturelle Potenz ...gleichberechtigt erscheinen, in der wirklichen Welt sind sie verschieden und stehen zueinander im Verhältnis von Führung und Gefolgschaft ...“  
(*Die Zeit vom 20. Februar 1941*)

Zusammenfassend kann über die verschiedenen Ostinstitute folgendes gesagt werden: Der Außenstehende wird kaum eine Vorstellung haben von der Bedeutung und dem Umfang der sogenannten Ostforschung und was sich in vielen Fällen hinter diesem Begriff verbirgt.

Über Zweck und Ziel der Ostforschung geben einige der Experten Auskunft. So sieht z. B. der Bonner Universitätsprofessor Dr. Oswald Schneider in der „Neuordnung“ Europas eine wichtige Aufgabe der Ostforschung:

„Die Bedingungen einer Neuordnung in Osteuropa richtig verstehen, das ist die Aufgabe der Osteuropa-Forschung, deren Erfüllung es der Osteuropa-Politik ermöglichen kann, die richtigen Ziele und Wege dieser Neuordnung Europas zu finden ...“

*(Prof. Dr. Oswald Schneider „Osteuropa und der deutsche Osten“ – Müller-Verlag, Köln, 1953)*

Wie weit das Gebiet der „Ostforschung“ praktisch gezogen wird, darüber belehrt uns eine offizielle Zeitschrift der Bundesregierung:

„Der Verlust der Ostforschungsinstitutionen in den verlorenen deutschen Ostgebieten und die geographische und politische Lage der Bundesrepublik verweist auch die Universitäten notwendig auf die Wiederbelebungen und den Ausbau der Ostforschung. Und gehört es nicht auch zu der gesamtdeutschen Aufgabe unserer Universitäten, die sowjetisch besetzte Zone in ihre Lehrpläne einzubeziehen?“

*(Das Parlament vom 13. August 1958)*

## Die Politik der Landsmannschaften

Zu jenen Organisationen in der Bundesrepublik, die in der gefährlichen innen- und außenpolitischen Konzeption der Bundesregierung eine besondere Rolle als Stützpunkte und Hilfskräfte spielen, gehören auch die Flüchtlingsverbände und Landsmannschaften. Bei ihnen ist vor allen Dingen zweierlei charakteristisch:

1. An der Spitze dieser Organisationen stehen fast überall ehemalige Naziaktivisten bzw. maßgebende Förderer des Hitlerregimes und
2. die Politik dieser Verbände und Gruppierungen ist durchwegs auf die Rückeroberung der Ostgebiete und auf Revanche für die Niederlage von 1945 eingestellt. Sie sind ein wichtiger Faktor in der von dem ehemaligen Bundesminister Oberländer proklamierten „psychologischen Kriegsführung“.

Hier einige Beweise: Sprecher der sudetendeutschen Landsmannschaft ist z. B. der Bundesverkehrsminister Dr. Hans Christoph SEEBOHM. Er war unter Hitler Mitarbeiter des SS-Gruppenführers Wilhelm Meinberg.

Vorsitzender des Bundesvorstandes der sudetendeutschen Landsmannschaft ist Dr. Franz BÖHM. Er war unter Hitler Leiter des Gaugerichts Sudetenland der NSDAP. In der Bundesversammlung, dem höchsten Gremium der sudetendeutschen Landsmannschaft sitzen u. a. folgende ehemalige hohe Nazifunktionäre:

Dr. Franz BÖHM, Emil BREUER, Paul BUHL, Josef BUDE, Lothar FOLTINEK, Ing. Franz KARMASIN, Dr. Walter ZAWADIE usw. Karmasin beispielsweise war der Stellvertreter Henleins in der Slowakei (stellvertretender Gauvorstand), später Staatssekretär in

der slowakischen Marionettenregierung Hitlers. Er führte die nazistischen Judengesetze in der Slowakei durch.

Vorsitzender und Sprecher der Landsmannschaft der Oberschlesier ist Dr. Otto WERTZ. Wertz wurde 1938 Leiter des „Deutschen Volksbundes in Polen“. 1939 erhielt er von Hitler das Goldene Parteiabzeichen für seine „Verdienste um das Auslandsdeutschtum“. 1955 wurde er in der Bundesrepublik mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Sprecher der Landsmannschaft Westpreußens ist Dr. Hans KOHNERT. Er war SS-Oberführer und NS-Landesbauernführer im Gau Wartheland.

Sprecher der „Deutsch-Baltischen Landsmannschaft“ ist Axel de VRIES. Er war Chefredakteur der „Revalschen Zeitung“ und als solcher schrieb er im November 1939:

„Der Glaube an das deutsche Volk und an seinen Führer leuchtet heute stärker denn je vor uns als Sinnbild unserer Zukunft und unserer wahren Aufgaben ...“

*(Aus „...bis alles in Scherben fällt“, Beiträge zur Zeitgeschichte von Georg Herde und Hans Maier, – München 1960)*

Am 13. März 1959 fand anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung der Slowakei, also des Hitlerschen Satellitenstaates, eine Feierstunde der karpathendeutschen Landsmannschaft und der deutsch-slowakischen Gesellschaft statt. Dabei hielt der bayerische Arbeitsminister Walter STAIN, der auch der sudetendeutschen Landsmannschaft und der „völkischen Gesinnungsgemeinschaft“ (Witiko-Bund) angehört, eine Rede, in der er behauptete, die Slowakei, deren „Schutz“ Hitler am 16. März 1939 offiziell übernahm, sei kein nazistischer Marionettenstaat gewesen. Man feierte also die Unterwerfung der Slowakei unter das Hitlerregime im Jahre 1959 in der Bundesrepublik, und die Bundesminister STRAUSS und SEEBOHM, sowie der Bundestagsvizepräsident Dr. JAEGER (CSU), München, sandten dem ehemaligen sudetendeutschen Nazisten „herzliche Grußworte“ zur Feier.

Man könnte noch Dutzende von Zitaten aus Reden und Erklärungen von Flüchtlings- und Landsmannschafts-Vertretern anführen, die alle weit entfernt sind vom Geist der Demokratie des Friedens und der Verständigung. Dieser Feststellung ist nur noch hinzuzusetzen, daß die sogenannten „Vertriebenenverbände“ auch von der Bundesregierung über alle möglichen Kanäle finanziell gefördert werden.

„In Bayern und einigen anderen Ländern erfolgt die Mittelvergabe in der Weise, daß sich das Arbeitsministerium als die für Belange der Vertriebenen und Flüchtlinge zuständige Landesbehörde die Be-

handlung der Anträge überörtlichen Charakters vorbehalten. Hierzu gehören etwa Landestreffen, Ankäufe von Kunstwerken, Druckkostenzuschüsse, Ausstellungen, Schulungskurse größerer Verbände sowie die Förderung überregionaler Einrichtungen. Anträge auf örtliche Filmabende, Heimatveranstaltungen, Vorträge, auf Zuschüsse für Musik- und Singkreise u. a. sind an die zuständige Regierung zu richten, da für solche Zwecke Kulturmittel zur Verfügung stehen.“

*(Aus „Film, Lichtbild und Vortrag“,  
herausgegeben vom „Sudetendeutschen Filmwerk“)*

So werden also die alten NS-Volkssturmkämpfer in den Flüchtlingsverbänden und Landsmannschaften auf Kosten der Steuerzahler finanziert, um möglichst viele ihrer Landsleute bei der Stange zu halten.

Dabei spielt ihr Kampf gegen die sogenannten „Verzichtpolitiker“ eine große Rolle, d. h. gegen jene Deutschen, die die Anerkennung der Tatsachen fordern, die im Ergebnis des Hitlerkrieges entstanden sind und die eine Politik der Entspannung, der Verständigung, der Verhandlungen und der Verhinderung einer atomaren Kriegskatastrophe vertreten.

## Die restaurative Entwicklung und die antisemitischen Exzesse

Bei seinem Besuch in Bergen-Belsen am 2. Februar 1960 erklärte Bundeskanzler Adenauer: „Ich möchte auch heute allen Juden in Deutschland sagen und ihnen die feste Zusicherung geben, daß sie hier die Sicherheit und die Achtung genießen, auf die sie wie jeder andere freie Mensch ein Anrecht haben. Ich möchte auch von hier aus sagen, daß alle diejenigen, die die Sicherheit und die Achtung, die unseren jüdischen Mitbürgern gebührt, verletzen, der energischen Bestrafung zugeführt werden...“

Tatsache ist jedoch, daß die meisten antidemokratischen Provokateure ungeschoren bleiben, und daß sich die antisemitische und nazistische Hetzwelle weiter fortgesetzt hat.

Nachfolgend eine kleine Zusammenstellung:

1. März 1960 – Vor dem Amtsgericht in Stuttgart wurden zwei Nazisten wegen Absingen des Horst-Wessel-Liedes mit der lächerlich geringen Geldstrafe von 120 Mark bestraft.

3. März 1960 – In die Tür der Kreisgeschäftsstelle des Deutschen Roten Kreuzes in Bottrop wurde ein 20 cm großes Hakenkreuz eingeschnitzt.

28. März 1960 – Bei den Gemeindewahlen in Unterfranken kam es zu faschistischen Provokationen. Nach Mitteilungen der Polizei wur-

den in Nuedlingen und Birkenfeld mit schwarzer Teerfarbe Hakenkreuze gemalt.

29. März 1960 – Ein eklatantes Beispiel von Rassendiskriminierung im Bonner Staat schildert der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Arndt im SPD-Pressedienst. Unter Hinweis darauf, daß jüdische Bürger, die nach Westdeutschland einreisen wollen, ein „Kopfgeld“ von 1000 DM zahlen müssen, stellt Dr. Arndt fest: „... sind also doch in der Bundesrepublik Juden unerwünscht...“ Er zitiert den Brief eines westdeutschen Bürgers, der einen jüdischen Studenten aus Italien nach Moosburg bei München eingeladen hatte. „... dies scheiterte am Kopfgeld ...“

6. April 1960 – Auf dem jüdischen Friedhof von Assenheim im Kreis Friedberg wurden 28 Grabsteine umgestürzt.

9. April 1960 – Auf dem im Krieg zerstörten Münchener Armeemuseum wurde eine 2,80 lange Hakenkreuzfahne gehißt.

10. April 1960 – Der jüdische Friedhof in Groß-Karben im Kreis Friedberg wurde erneut geschändet. Es wurden sämtliche Grabsteine umgestürzt oder abgebrochen. Der Friedhof bot ein einziges Bild der Zerstörung. Bereits drei Jahre vorher wurde der Friedhof vollkommen zerstört und verwüstet und mußte neu angelegt werden.

25. April 1960 – In der Nacht vom 20. zum 21. April 1960, dem Geburtstag Adolf Hitlers, wurde der jüdische Friedhof in Fürth geschändet. Es wurden rund 50 Grabsteine umgestürzt, schwere Grabsteinplatten herausgerissen und zertrümmert.

8. Mai 1960 – Der jüdische Friedhof von Hohne, in der Nähe des faschistischen Vernichtungslagers Bergen-Belsen, ist von faschistischen Rowdies geschändet worden. 40 Grabsteine wurden umgeworfen, eine große Anzahl von Grabsteinen zerstört.

16. Mai 1960 – Nazistische Elemente malten an einer Brücke zwischen Heilbronn und Neckarsulm große Hakenkreuze und die Worte „Juden raus“.

21. Mai 1960 – Die Rendsburger Jugendgruppe der IG Metall hat von anonymer Seite einen Schmähbrief erhalten, weil sie beschlossen hat, den jüdischen Friedhof in Rendsburg-Westerroenfeld zu pflegen. In dem antisemitischen Brief heißt es, Juden und Zigeuner seien nie deutsche Mitbürger gewesen, sondern illegale asiatisch-afrikanische Elemente mit verbrecherischen Eigenschaften. Sie seien 1933 mit Recht aus dem Deutschen Reich verjagt worden.

Dem Initiator der Ausstellung „Ungesühnte Nazi-Justiz“, dem Studenten Reinhard Strecker, wurden Drohbriefe zugesandt, in denen es u. a. heißt:

„Judensau Strecker, haben Sie keine Angst, daß mal ein kleiner Autounfall vorkommen könnte? ... Sind Sie vorsichtig, Ihre Zeit

kommt auch – wenn auch kein Gasofen zur Verfügung steht. ... Sie sind doch ein ganz gemeiner Dreckjude, aufzuknüpfen wäre noch viel zu human für solch asoziale Elemente ... – ... Denken Sie daran, ein kleiner Autounfall kommt öfter vor. Der Autofahrer ist nicht immer schuldig. Drecksau, jüdische, verschwinde! ...”

Diese antisemitischen Ausschreitungen können nicht losgelöst von der gesamten restaurativen Entwicklung betrachtet werden. Alle antisemitischen und neonazistischen Demonstrationen konnten und können nur auf dem Boden der 60 rechtsradikalen Parteien und Organisationen; der 30 Jugendvereinigungen mit gleicher Tendenz; der rechtsradikalen Verlagsanstalten und Buchgemeinschaften und nicht zuletzt auf dem Schlamm-Grund der primitiven antikommunistischen Propaganda gedeihen.

Mit welcher berechtigten Sorge diese Vorfälle die demokratisch gesinnte bundesdeutsche Öffentlichkeit erfüllen, sei an Hand einiger Pressestimmen angedeutet. Sie beweisen auch, wie wenig die provokatorische Behauptung, die antisemitischen und neonazistischen Vorfälle seien „vom Osten“ beeinflusst und gelenkt, Glauben findet.

*„Freiheit“, Mainz, vom 6. Januar 1960:*

„Wo also liegt die Wurzel dieses Übels? Die Bundesregierung sprach am vergangenen Sonntag in ihrer offiziellen Stellungnahme zu den bedauerlichen Vorfällen erstmals von einer ‚gelenkten Aktion‘. Nichts anderes hatte auch die DRP an Weihnachten verlautbaren lassen, als die beiden Kölner Schmierfinken sich als ihre Mitglieder entpuppten. Sie sollten jetzt plötzlich vom Osten bezahlte ‚Provokateure‘ sein. Beide Reaktionen aber sind allzusehr vom Wunsch als dem Vater des Gedankens bestimmt. Der Stoßseufzer, der sich in diesen Tagen der Brust manches CDU-Funktionärs entringt, ‚hoffentlich steckt der Osten dahinter...‘, offenbart das schlechte Gewissen der Kreise, die für unser politisches Klima – und noch einiges mehr – verantwortlich sind. Wer sich seit einigen Jahren in der Bundesrepublik forsch antikommunistisch gibt, der ist als ‚Streiter gegen den Bolschewismus‘ willkommen, wie nationalistisch er sich auch gebärden mag. Und der Verfassungsschutz ist oft genug auf dem Ohr taub, mit dem er nach rechts hören sollte. Wenn man dem von 1933 bis 1945 im politischen Ruhestand lebenden Bundeskanzler auch keine Nazifreundlichkeit nachsagen kann, so ist doch niemand anders als Adenauer selbst dafür verantwortlich, daß ehemalige aktive Nationalsozialisten führende Stellungen in seiner Regierung einnehmen und sogar Kabinettsmitglieder werden konnten. Seiner eigenwilligen, autoritären Personalpolitik zuliebe war der Regierungschef dieser Demokratie weder bereit, einen Globke zu suspendieren, als dessen Mitwirkung an den Kommentaren zu den schändlichen Nürn-

berger Rassegesetzen bekannt wurde, noch die politische Vergangenheit z. B. des Professors Oberländer als Hinderungsgrund für die Ernennung zum Minister anzuerkennen.“

„Vorwärts“ – Bad Godesberg – vom 8. Januar 1960:

„Ehe man sich aber zu voreiligen Schlußfolgerungen verleiten läßt, sollte man versuchen, die Hintergründe dieser Vorgänge auf das sorgfältigste zu untersuchen. Der Mann, der hierzu kraft seines Amtes verpflichtet ist, ist der Verfassungsminister; denn die Ausschreitungen sind ein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik. Wir haben mit Bundesinnenminister Schröder gesprochen, weil sich in dieser Situation einige Fragen geradezu Aufdrängten...“

Der Minister sprach davon, daß man jetzt zum ersten Mal konkrete Täter hatte, die eine Untersuchung der soziologischen und politischen Hintergründe erlauben. Das ist fürwahr eine betrübliche Auskunft, und man muß sich fragen, was die zuständigen Organe, die der Dienstaufsicht des Innenministers unterstehen, eigentlich in den vergangenen Jahren getan haben, wenn es der Synagogenschändung bedurfte, um soziologische und politische Untersuchungen über die rechtsradikalen Kräfte in der Bundesrepublik anzustellen. Was mag denn wohl bisher in den Berichten über die halbfaschistischen und neofaschistischen Organisationen gestanden haben? Liegt es vielleicht an diesen Berichten, daß der Innenminister den Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik ganz offensichtlich unterschätzt? ... Die Zeichen an der Wand müssen eine Warnung sein, die Gefahr von Rechts nicht zu unterschätzen ...

Wer 1945 zehn Jahre alt war und 1960 Hakenkreuze an jüdische Gotteshäuser malt, der kann dazu nicht mehr durch das Dritte Reich angestiftet worden sein.

„Hamburger Echo“, 9. 1. 1960:

„Es gibt Politiker, die auf die Vergeßlichkeit ihrer Mitmenschen spekulieren. Bereits vor Jahresfrist gab es eine Welle antisemitischer Ausschreitungen. Damals hat der Bundeskanzler dem britischen Fernsehsender BBC in einem Interview erklärt, die Zwischenfälle gingen, mindestens zu einem Teil, auf das Konto kommunistischer Provokateure. Der obenerwähnte Herr Duffhues hat vor einem Jahr im nordrhein-westfälischen Landtag die Hakenkreuzschmierereien an den Düsseldorfer Synagogen als eine Aktion der illegalen KPD bezeichnet. Ähnliches wurde behauptet für die Sudeleien in Detmold, Amberg und an anderen Orten.“

Man hatte in Düsseldorf auch einen jungen Malergehilfen namens Klier, der sich als überzeugter Kommunist bekannte, unter der Beschuldigung der Täterschaft verhaftet. Klier wurde, obwohl er nach-

weisen konnte, daß er die fragliche Nacht zu Hause in seinem Bett verbracht hatte, von der Staatsanwaltschaft als Täter bezeichnet und monatelang festgehalten. Als schließlich alles gegen seine Täterschaft sprach, suchte man ihm aus anderen Dingen einen Strick zu drehen.

Das lauthals angekündigte Verfahren wegen Synagogenschändung wurde zehn Monate später sang- und klanglos eingestellt ... Aber der Fall Klier war ein ausgesprochener Skandal, der von rechts wegen vor die Straßburger Kommission zum Schutze der Menschenrechte gehört. Nicht nur, weil so etwas in einem Rechtsstaat unmöglich sein sollte, sondern auch deshalb, weil man, indem man aus politischem Prestige an einer falschen Täterthese festhielt, die Spuren der wirklichen Täter verwischte ... Herr Dufhues als der Innenminister eines Landes, in dem ehemalige hohe SS-Ränge wieder wichtige Positionen in Polizei- und sonstigem Sicherheitsdienst einnehmen, hätte damals, statt voreilig vor den Landtag hinzutreten, besser getan, etwas kritischer die Herkunft und die Glaubwürdigkeit gewisser ihm vorgelegter Ablenkungsversionen zu überprüfen. Die internationalen jüdischen Stellen, die jetzt eine Überprüfung der wieder in Amt und Würden befindlichen ehemaligen NS-Größen fordern, befinden sich u. E. durchaus auf der richtigen Fährte.“

„*Der Spiegel*“, 13. 1.1 960:

„Unangefochten von den Zweifeln im In- und Ausland (die ‚Time‘: ‚Ohne Vorlage irgendeines Beweises‘) und den schwerlich durch SED-Organisatoren angezettelten antisemitischen Malereien im Ausland, ließ die Bundesregierung ihre Hintermänner-Theorie durch ihre Missionen im Ausland allen Regierungen zustellen, mit denen sie diplomatische Beziehungen unterhält.

Allein, das Unglück wollte es, daß Bundesinnenminister Gerhard Schröder während der Formulierung dieser einfallsreichen Entschuldigung durch Konrad Adenauers Springinsfeld, Felix von Eckardt, in Urlaub weilte und bei der Hintermänner-Konstruktion nicht mitgewirkt hatte. Nun war er dagegen.

Während die wackere Staatsregierung Bayerns nach Abschluß ihrer Untersuchung antisemitischer Zwischenfälle lakonisch konstatierte, daß keinerlei organisatorische Zusammenhänge der einzelnen Vorkommnisse zu erkennen seien, zog Gerhard Schröder persönlich gegen den von ihm beneideten Kanzler-Intimus von Eckardt mit dessen Theorie ins Feld ...

Die allen ausländischen Kabinetten offiziell zugestellte Hintermann-Theorie der deutschen Bundesregierung war damit von einem Kabinettsmitglied als Hirngespinnst entlarvt.“

„*Frankfurter Rundschau*“, 18. 1. 1960:

„Seine (Adenauers) mehr als großväterliche Aufforderung, den Lümmeln eine Tracht Prügel zu verabreichen, kann wohl kaum als eine ausreichende politische Aktion angesehen werden, zumal solche – gewiß gut gemeinte – Ratschläge sich nicht gerade mit unserem Rechtssystem vereinbaren lassen ...“

„*Die Zeit*“ – Hamburg – vom 22. Januar 1960:

„Hinten ist die Keilerei schon im Gange. Und nun rückt die Polizei an, wie das Versammlungsgesetz es befiehlt. Im Gänsemarsch, Tschako aufgesetzt, etwa 50 Mann stark, die Hüter der Ordnung. Die Zwischenrufer werden überwältigt, einige mit Polizeigriff abgeführt. ‚Das sind die Bundesgenossen der DRP‘, ruft voll Erbitterung ein junger Bursche. ‚Wir tun nur unsere Pflicht‘, antwortet ein Polizist. Im Saale wirds wieder ruhig.

Neue Sprechchöre brüllen: ‚Nazis raus, Nazis raus.‘ Die DRP-Parteigänger antworten: ‚Bolschewiken raus, Bolschewiken raus.‘ Und wieder fährt die Polizei dazwischen. Die Demonstranten klettern über die Zäune und flüchten über Vorgärten, andere suchen hinter Laternenpfählen und Autos Deckung. Allmählich wird das Schlachtfeld geräumt. Die Polizei ist ‚Herr der Lage‘.

Und ein anderer ruft erbittert: ‚Gestern hat uns Adenauer gesagt, wir sollen die Nazis prügeln, und heute kriegen wir’s selber über den Kopf.‘“

FDP-Bundestagsabgeordneter Willy Max Rademacher:

„So lange noch Männer in führenden Stellungen des Staates, der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Kunst, der Justiz und der Presse sitzen, die zu den geistigen Wegbereitern des Nationalsozialismus gehörten und heute noch schwerwiegenden Einfluß haben und nehmen, so lange noch Männer in führenden Funktionen den Versuch unternehmen, einige Wochen Internierungslager der Alliierten mit sechs Millionen toten Juden zu kompensieren, so lange noch Minister und Politiker die Parole ‚Heim ins böhmische und polnische Reich‘ ausgeben dürfen, so lange Parteien den Versuch unternehmen, durch Amnestien eine verbrecherische Vergangenheit zu überwinden ... so lange werden wir den Ungeist des Tausendjährigen Reiches nicht überwinden, und so lange werden Verbrecher, Böstige und Dummköpfe, auch für sich das Recht in Anspruch nehmen, das deutsche Ansehen weiter ruinieren zu dürfen.“

(*Der Spiegel* vom 13. Januar 1960)

Die VVN hat sich am 7. Januar 1960 an alle Gegner des Nazismus und Militarismus gewandt und erklärt:

„Es geht der VVN nicht darum, angesichts dieser nazistischen Provokationen selbstgefällig zu erklären: ‚Seht Ihr, wir haben das schon

immer vorausgesehen!' Dazu ist die Situation zu ernst. Es gilt gemeinsam mit allen Menschen, die noch Anstand im Leibe haben (und das ist schließlich die Mehrzahl der Bürger in der Bundesrepublik), diesem Spuk ein schnelles und drastisches Ende zu bereiten. Wir rufen alle Organisationen und Vereinigungen der Verfolgten, die Gewerkschaften und Jugendverbände auf, gemeinsam über Maßnahmen zur Abwehr des Antisemitismus und Rassismus zu beraten und gegebenenfalls Sicherungen zu treffen, um die Gotteshäuser und Mahnmale für die Nazi-Opfer vor den Händen der Unbelehrbaren zu schützen.

Gleichzeitig ist es notwendig, ein Wort über die Hintergründe dieser faschistischen Aktionen zu sagen. Sie sind auf demselben Boden gewachsen wie die organisiert gemalten Parolen ‚Schlesien bleibt deutsch‘ oder ‚Das Sudetenland gehört zu Deutschland‘ usw., die während des Eisenhower-Besuches und der Konferenz der Außenminister in Genf an allen Mauern zu lesen waren.

Sie wachsen auf dem Boden einer chauvinistischen und revanchistischen Verhetzung, deren Drahtzieher mit allen Mitteln beabsichtigen, eine Verständigung und den Abschluß eines Friedensvertrages zu hintertreiben.

Sie wachsen auf dem Boden einer Politik, die die VVN, die größte Organisation des deutschen Widerstandes, als ‚staatsgefährdend‘ deklariert und gleichzeitig der SS Massentreffen gestattet und sie als ‚gemeinnützig‘ erklärt.

Im Vorwort einer Dokumentation der VVN über den Antisemitismus in der Bundesrepublik heißt es deshalb: ‚Das neuerliche Anwachsen des Antisemitismus kann nur im Zusammenhang mit der allgemeinen politischen Entwicklung in der Bundesrepublik erklärt werden. Denn wie sollte es kein Anwachsen der antisemitischen Provokationen geben, wenn die alten Nazis in Justiz, Verwaltung und Armee rehabilitiert werden und man öffentlich erklärt, daß die ‚im Kampf gegen den Bolschewismus und zur Verteidigung der Freiheit‘ gebraucht werden?‘

Jeder Bürger in der Bundesrepublik muß sich im klaren darüber sein, daß Aufrüstung, Militarismus, Chauvinismus, Antikommunismus und Antisemitismus zusammengehören. Diese verhängnisvollen Entartungen des politischen Lebens in Deutschland haben zum 30. Januar 1933, zum Zweiten Weltkrieg, zu Oradour, Lidice, Auschwitz und Treblinka geführt.“

Am 5. und 6. März 1960 fand in Rom eine internationale Tagung gegen den Antisemitismus statt, zu der die VVN einige Delegierte entsandt hatte. Auf dieser Tagung wurde der „Aufruf gegen den Antisemitismus“ angenommen, in dem es u. a. heißt:

„Die Delegierten der Konferenz richten an alle Völker, an alle Regierungen, an alle geistigen und politischen Autoritäten den Aufruf: Entfernt aus euren Gesetzen, aus eurer Jugenderziehung alles, was der Brüderlichkeit und der Würde der menschlichen Persönlichkeit widerspricht! Untersagt jede Propaganda des Rassenhasses und der rassischen Diskriminierung! Setzt alle, die sich zu rassischen Theorien bekennen und Völker spalten und gegeneinander hetzen außerhalb des Gesetzes und außerstande, zu schaden! Arbeitet an der Brüderlichkeit, der Gleichheit und Achtung aller Menschen füreinander! Duldet nicht, daß die, die unter der Fahne des Nazismus die Welt mit ihren Verbrechen in Not und Elend gestürzt haben, von neuem den Frieden bedrohen!“

## Die Deutsche Reichspartei – ein Sammelbecken der Neonazis

Unter den rechtsradikalen Gruppen kommt der „Deutschen Reichs-Partei“ besondere Bedeutung zu. Ein Vorläufer der DRP war die 1946 gegründete „Deutsche Rechts-Partei“. Ihre Führung setzte sich aus Dr. MISSNER, Dr. DORLS und Dr. RICHTER (alias Rössler) zusammen. Den konservativen deutschnationalen Flügel dieser Partei bildeten die Fabrikdirektoren KLINGSPOR und von OSTAU. Die Namen der letzteren tauchen seit Jahren immer wieder in Zusammenhang mit allen möglichen antidemokratischen Intrigen auf. Da es im Jahre 1946 noch notwendig war, sich zumindest in der Theorie demokratisch zu tarnen, enthielt das damals entworfene Parteiprogramm der „Deutschen Rechts-Partei“ den folgenden Satz:

„Wir fordern den Rechtsstaat auf demokratischer Basis. Wir bekämpfen auf das Stärkste die nationalsozialistische Staats- und Weltanschauung mit allen ihren Begleiterscheinungen in der Erkenntnis, daß jede Form des Faschismus ihrem Wesen und Ursprung nach schlechthin undeutsch ist.“

Dieses ausdrückliche Bekenntnis zur Demokratie und gegen die Diktatur war nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 eine Voraussetzung für die Lizenzierung einer Partei durch die Besatzungsmächte.

Im Jahre 1947 vereinigte sich die „Deutsche Rechts-Partei“ mit der nordrhein-westfälischen „Konservativen Partei“ und bildete mit dieser einen Vorstand, dessen Vorsitzender der schon genannte Wilhelm Klingspor wurde. Die politische Ehe zwischen deutschnationalen Konservativen und Rechtsradikalen bewährte sich nicht lange, und noch im gleichen Jahr kam es zu einer Abspaltung der rechtsradikalen Gruppe, aus der sich später die „Sozialistische Reichs-Partei“ neu und die „Deutsche Rechts-Partei“ wieder bildeten.

In Niedersachsen konnte sich von Anfang an der radikale Flügel innerhalb der „Deutschen Rechts-Partei“ durchsetzen und seinen ersten Erfolg anlässlich des Wahlsieges in Wolfsburg erreichen. Es war dort nach Kriegsende das erste Mal, daß Versammlungen mit Marschmusik und mit schwarz-weiß-roten Fahnen abgehalten wurden.

Zu den Bundestagswahlen im Jahre 1949 konnte die „Deutsche Rechts-Partei“ 273 000 Stimmen für sich verbuchen und fünf Abgeordnete in den Bundestag entsenden.

Ende Januar 1950 vereinigte sich ein Teil der „Deutschen Rechts-Partei“ mit der „Nationaldemokratischen Partei“ – die vor allem in Hessen beheimatet war – zur „Deutschen Reichs-Partei“. Nach seinem Ausschluß aus der „Deutschen Partei“ trat auch der Abgeordnete Wolfgang HEDLER, dessen Pöbeleien gegen die Opfer des Dritten Reiches noch in Erinnerung sind, der DRP bei.

Anlässlich der Bundestagswahlen im Jahre 1953 kandidierte die DRP, und die politischen Visitenkarten der Kandidaten lauteten:

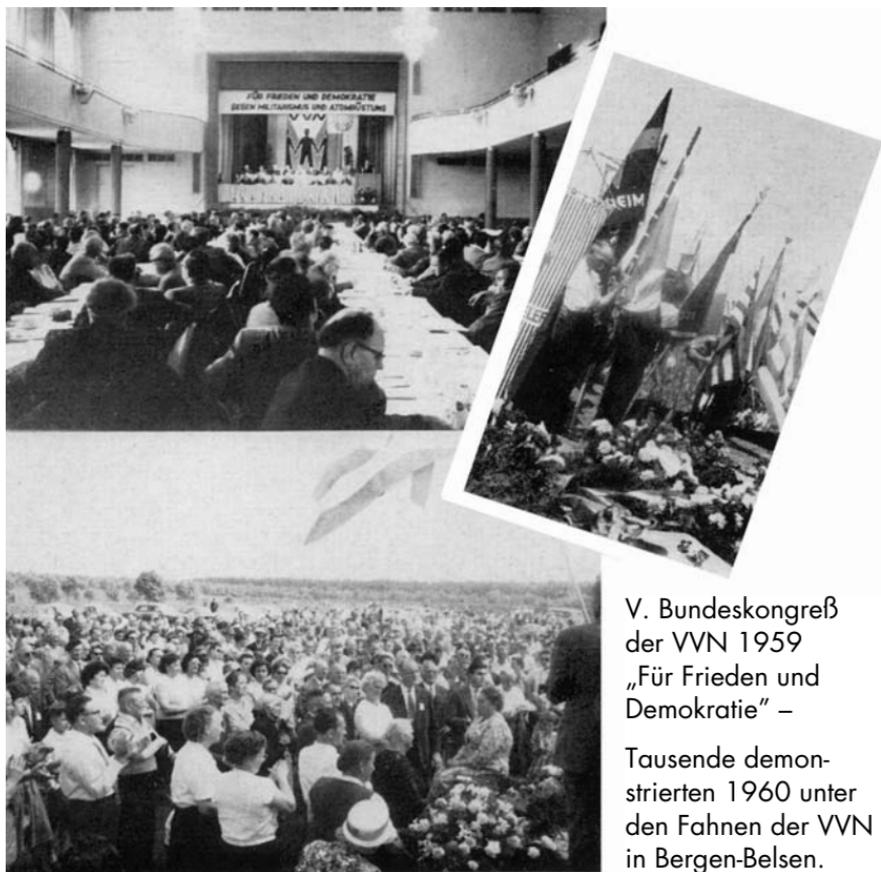
Adolf von THADDEN, der als „Führer“ der Partei gilt, nahm als Offizier am Zweiten Weltkrieg teil und war von 1945 bis 1946 als Gutsverwalter in Polen tätig. Von seinem rechtsradikalen Konkurrenten August HAUSSELEITER wurde er beschuldigt, „Mitarbeiter des Verfassungsschutzes“ zu sein. Auch er ist, wie alle anderen Funktionäre der DRP, über den Verdacht einer demokratischen Gesinnung erhaben und sein Wunsch ist es, wie er dies auf dem Landesparteitag der DRP im Mai 1957 in Würzburg ausdrückte, „Deutschland wieder so herzustellen, wie es war.“

Oberst a. D. RUDEL konnte von argentinischen Behörden überführt werden, daß er und seine Gesinnungsfreunde in Argentinien unter den Auslandsdeutschen eine illegale Organisation aufgebaut hatte, deren Mitglieder „absolute Treue zum Schöpfer und Führer des Deutschen Reiches, Adolf Hitler“ schwören mußten. Seine diesbezüglichen Auffassungen hat er auch in seiner Broschüre „Wir Frontsoldaten zur Wiederaufrüstung“ zum Ausdruck gebracht. In diesem Pamphlet bezeichnete er das Dritte Reich als „eine neue soziale Ordnung“. Des weiteren vertritt er die folgenden politischen Auffassungen:

„...daß wir nur dann bereit sind, noch einmal einen Krieg zu führen, wenn es sich lohnt ... Außerdem müssen wir Lohn bekommen für unseren Einsatz: Das heißt, daß wir nicht nur die Gefahr von unserer Heimat und Europa abgewendet wissen wollen, sondern daß außerdem unserem Volk der notwendige Lebensraum gesichert wird. Es läßt uns dabei kalt, ob bei dem Wort Lebensraum der ganze Westen oder die ganze alliierte Welt wieder eine Gänsehaut bekommt.“

Diese und viele andere antidemokratische Exzesse schienen den bundesdeutschen Behörden nicht für ausreichend, Rudel das Auftreten bei den Wahlkundgebungen der DRP im Jahre 1959 in Rheinland-Pfalz zu untersagen.

Seit Jahren sind die DRP-Bestrebungen dahingehend gerichtet, die sich teils aus persönlichen Gründen und sachlichen Meinungsverschiedenheiten gegenseitig bekämpfenden rechtsradikalen Gruppen und Parteien auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Hierbei kommt der DRP maßgebende Bedeutung zu. Sie übertrifft die beiden anderen rechtsradikalen Parteien, die „Deutsche Gemeinschaft“ und den „Deutschen Block“ sowohl zahlenmäßig als auch an ehemals führenden NS-Funktionären, die in ihren Reihen stehen und tätig sind.



V. Bundeskongreß  
der VVN 1959  
„Für Frieden und  
Demokratie“ –

Tausende demon-  
strierten 1960 unter  
den Fahnen der VVN  
in Bergen-Belsen.

Hier eine kleine Liste der braunen DRP-Prominenz:

Professor Dr. Hans Bernhard von GRÜNBERG, Rektor der Universität Königsberg; Professor Dr. Heinrich KUNSTMANN, SA-Standartenführer; Otto HESS, SA-Oberführer; Waldemar MAGUNIA, NS-Handwerksfunktionär in Ostpreußen und SS-Brigadeführer; Hildgard von RHEDEN, Führerin der NS-Frauenschaft in Niedersachsen; Waldemar SCHÜTZ, SS-Hauptsturmführer; Georg JOEL, NS-Ministerpräsident von Oldenburg und Heinz HOFFMANN, SS-Obersturmbannführer.

Kunstmann wurde auf dem Hildesheimer Parteitag der DRP am 10. Juli 1960 Vorsitzender dieser Partei. Auch der frühere SA-Oberführer Heß rückte in den Vorstand auf.

In engster Verbindung mit der DRP – ohne der Partei zumindest offiziell anzugehören – stehen verschiedene NS-Dichter wie ZILLICH, VESPER sowie der Mitarbeiter verschiedener rechtsradikaler und militaristischer Blätter, KERNMAYR.

Um die letzten Wahlerfolge der DRP und ihre Aussichten in voller Tragweite erkennen zu können, ist es notwendig, besonders auch in Betracht zu ziehen, daß sich weite Kreise des deutschen Bürgertums in der jüngsten deutschen Geschichte als durchaus nicht immun gegenüber rechtsradikaler Propaganda erwiesen haben. Das heißt: die um ihre Existenz kämpfenden Parteien, wie die DP und FDP sowie der BHE, die SS-, Soldaten- und Flüchtlingsverbände – sie alle bilden ein großes Reservoir für die zweifellos vor sich gehende Werbung der DRP.

Die neonazistische Propaganda innerhalb der Deutschen Reichspartei läßt seit Jahren nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig. So bekannte sich der frühere Parteivorsitzende MEINBERG mit „Stolz“ dazu, „der NSDAP angehört zu haben“. Wir müssen uns aus Platzmangel mit einigen wenigen dieser braunen Fakten begnügen. Bei einer Wahlkundgebung der DRP erklärte der ehemalige stellvertretende Leiter der NS-Schulungsburg Vogelsang und gegenwärtige Syndikus der Bonner Vertretung der Automobilfirma Mercedes-Benz, Dr. F. W. SCHMIDT, u. a.:

„Als die deutsche Ordnungsmacht im Jahre 1945 zusammenbrach, begann das Chaos ...

Das Verbrechen an den sogenannten Kriegsverbrechern, in Wahrheit kerndeutschen Männern, die nur ihre Pflicht taten und deren Opferleistung dem Lande zur Ehre gereicht, sowie die Verurteilung der SS als verbrecherische Organisation ist ein Schandfleck für die angelsächsische Welt ...”

Am 23. Januar 1959 schrieb Professor Kunstmann als Vorstandsmitglied der DRP in der Zeitung dieser Partei, dem „Reichsruf“:

„Das Reich ist zusammengebrochen. Der NSDAP ist es nicht gelungen, das Reich vor seinen Feinden im Innern und draußen zu bewahren ... Der Auftrag zum Reich ist geblieben. Er ist sogar zwingender und größer geworden als je zuvor ... Diejenigen Deutschen, für welche die NSDAP damals ein zeitbedingtes Instrument im Kampf für die Behauptung von Volk und Reich war, wissen sich unter dieser Verpflichtung zum Reich bis an ihr Lebensende. Sie sind auch heute zum



Den Toten die Treue –  
 der Jugend die Hilfe,  
 mit allen Völkern Freundschaft: das sind wichtige Aufgaben der VVN.

Kampf berufen, wie die inzwischen herangewachsenen Deutschen gleichen Charakters, welche die NSDAP nie kannten."

Noch „härter und deutlicher“ kann der Krieg gegen die Demokratie und gegen die demokratische Grundordnung nicht proklamiert werden. Mit einer nichts zu wünschen übriglassenden Deutlichkeit erklärte Herr Kunstmann, daß zwar die NSDAP als äußere Form nicht wiederholbar sei, und bekennt sich aber zur gleichen Zeit bedingungslos zum inneren Gehalt ihrer Politik und preist damit die DRP als eindeutige Nachfolgeorganisation der Hitler-Partei an.

Nach den antisemitischen Vorfällen um die Jahreswende 1959/1960 in Köln ließ der Bundesinnenminister Dr. Schröder, dessen wiederholte Attacken gegen die Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes (VVN) zwischenzeitlich Legion geworden sind, versichern:

„Wir werden nicht zögern, jedes verfassungsfeindliche Unkraut auszureißen, wenn und so bald die prozessualen Voraussetzungen gegeben sind.“

In der Erklärung des Innenministers von Nordrhein-Westfalen, Dufhues, wurde die Einsetzung einer Sonderkommission angekündigt, und über ihre Aufgaben heißt es u. a.:

„Die Arbeit der Sonderkommission wird ergeben, ob die DRP und die in ihr tätigen führenden Persönlichkeiten derartigen Aktionen nach ihrer politischen Betätigung wirklich so fern stehen, wie es der Vorsitzende der DRP, Meinberg, behauptet.“

Wenn man diese und verschiedene andere Äußerungen bundesdeutscher Politiker und Minister liest, so könnte man zu dem Eindruck gelangen, die „Deutsche Reichs-Partei“ sei seit ihrem Bestehen ein Hort der demokratischen Gesinnung gewesen und die Tatsache, daß es Angehörige der DRP waren, die die Synagoge und ein Denkmal für Opfer des Dritten Reiches in Köln schändeten, sei ebenso erstaunlich wie überraschend.

War es den bundesdeutschen Behörden unbekannt, daß die DRP innerhalb der rechtsradikalen Gruppen und Parteien erst nach dem Verbot der SRP an Bedeutung gewann, vielen Funktionären und Mitgliedern dieser Organisation in ihren Reihen politisches Asyl gewährte und sowohl in geistiger wie auch in organisatorischer Hinsicht eindeutig als Nachfolgeorganisation der SRP zu gelten hat?

Warum hat man in den Jahren 1952/53 nach dem damals erfolgten Verbot der SRP nicht die Rolle und die Bedeutung der DRP untersucht, wenn man die ernste Absicht gehabt hätte, „jedes verfassungsfeindliche Unkraut auszureißen“?

Liegen nicht eine Unmenge Äußerungen und Zeitungsartikel von maßgebenden DRP-Funktionären vor, aus denen eindeutig die

verfassungsfeindliche und neonazistische Einstellung der „Deutschen Reichs-Partei“ zu erkennen ist, und wäre nicht schon längst Gelegenheit gewesen, dieses „verfassungsfeindliche Unkraut auszureißen“?

Waren nicht die Parteitage dieser Organisation – über die die Presse ausführlich berichtete – mit der dort zum Ausdruck gebrachten nationalsozialistischen Phrasologie und mit ihren Bekenntnissen zum Dritten Reich der beredte Ausdruck des „verfassungsfeindlichen Unkrauts“?

Über die Aufgaben der schon erwähnten Sonderkommission erklärte Herr Innenminister Dufhues, sie sollte „vor allem die geistigen Urheber“ der Synagogenschändung ermitteln und des weiteren „feststellen, ob zwischen der Kölner Schändung und anderen Vorfällen der letzten Jahre Zusammenhänge bestehen. Nicht aufgeklärt ist bis jetzt beispielsweise eine Synagogenschändung in Düsseldorf im Frühjahr dieses Jahres.“ Dieses Bemühen ist sicherlich sehr erfreulich, doch drängen sich dem Betrachter einige Fragen auf:

Waren es nicht die Herrn Dufhues unterstehenden Behörden, die, ohne auch nur die Spur eines Beweises erbringen zu können, den 25jährigen Hellmut Klier, der Mitglied der KPD war, beschuldigten, die Synagogenschändung in Düsseldorf begangen zu haben und hielten sie ihn deswegen nicht monatelang in Untersuchungshaft?

War es nicht Bundeskanzler Dr. Adenauer, der auf Grund dieser mehr provokatorischen als belegten Behauptung vor dem britischen Fernsehen BBC im Februar 1959 laut einer up-Meldung erklärte:

„Ein Teil der antisemitischen Zwischenfälle, die sich in letzter Zeit in der Bundesrepublik ereignet hatten, geht auf das Konto kommunistischer Provokateure. Einen eigentlichen Antisemitismus gibt es in der Bundesrepublik ebenso wenig wie einen nennenswerten Nationalsozialismus.“

War es den bundesdeutschen Behörden unbekannt, daß z. B. von 68 registrierten Friedhofsschändungen, bei denen rund 2000 jüdische Grabstätten geschändet wurden, 18 im April (Hitlers Geburtstag), also fast ein Drittel, durchgeführt wurden, während 7, also etwa 10 Prozent, auf November (Kristallnacht) entfielen und der Rest sich auf die übrigen Monate verteilte? Und wußten sie nicht, daß von den 1700 jüdischen Friedhöfen 300 geschändet wurden?

War es den bundesdeutschen Behörden unbekannt, daß sich die Schändung jüdischer Friedhöfe und die der Denkmäler für die Opfer des Dritten Reiches seit 1957 ständig im Zunehmen befinden, und wurde der Öffentlichkeit nicht immer wieder versichert, daß es sich bei den Tätern nicht um Angehörige rechtsradikaler Kreise, sondern nur um „spielende Kinder“ gehandelt habe?

War es den bundesdeutschen Behörden unbekannt, daß in Ansbach und in Bamberg, wo ebenfalls Friedhofsschändungen vorkamen, der „Deutsche Block“ – eine rechtsradikale Partei – besonders stark vertreten ist? Sollte es des weiteren ein Zufall sein, daß die großen Friedhofsschändungen in Salzgitter-Lebenstedt gerade in einem Wahlkreis vorkamen, in dem die „Deutsche Reichs-Partei“ im Jahre 1949 anlässlich der Bundestagswahlen 23 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte? Das heißt, in diesem Wahlkreis haben sich damals von 38 510 Wählern 8 828 für die neonazistische und antisemitische DRP ausgesprochen.

Es darf und soll nicht vergessen werden, daß bei den verschiedenen Ämtern und Stellen, denen es theoretisch obliegen würde, die rechtsextremen Kreise zu überwachen, bis in die führenden Stellen hinauf Leute tätig sind, die gestern mit jenen, die sie heute überwachen sollen, Schulter an Schulter im Ungeist jener Partei angehört, deren Tradition die zu Überwachenden fortzusetzen bemüht sind. Will jemand ernsthaft behaupten, daß ehemalige Gestapo-Beamte und Angehörige der SS die Gewähr für ein „Ausreißen“ des „verfassungsfeindlichen Unkrautes“ bieten?

Selbstverständlich müssen alle demokratischen Kreise der Bundesrepublik ein konsequent durchgeführtes Verbot der DRP und aller ihrer Nachfolgeorganisationen fordern. Doch wäre es verfehlt, in diesem Zusammenhang zu übersehen, wie vielen rechtsradikalen Gruppen es gelang, in den letzten Jahren mit Hilfe der hochgehenden Wogen der Schlamm-Flut des hierzulande propagierten primitivsten Antikommunismus ihr antidemokratisches Boot wieder flott zu machen.

Sie alle, die 60 Gruppen mit eindeutig rechtsradikalen Tendenzen; die 30 Jugendgruppen mit ähnlicher Geisteshaltung; die 1200 Marine-Soldaten- und SS-Verbände; die Flüchtlingsvereinigungen, sie sind kein Zufall, sondern Kinder der Bonner Regierung. Sie unterstreichen die Aktualität der warnenden Worte des deutschen Reichskanzlers Wirth, die dieser nach der Ermordung Rathenaus vor bald vier Jahrzehnten im Deutschen Reichstag ausrief: „Der Feind steht Rechts!”

Diese von Wirth und von vielen anderen kämpferischen Persönlichkeiten ausgesprochene Warnung ging damals in der Weimarer Republik im hysterischen Geschrei des Antibolschewismus unter. Soll sich das heute wiederholen? Auf keinen Fall!

Den Worten von Dr. Wirth folgte die Friedhofsruhe des Dritten Reiches und die Katastrophe des Jahres 1945.

Faschismus und Krieg dürfen sich nie wieder auf deutschem Boden erheben! Das Ende wäre die atomare Auslöschung unseres Volkes.

## VII. Die demokratischen Kräfte gegen Nazismus und Militarismus – für Demokratie und Frieden!

### Proteste aus allen Schichten der Bevölkerung

Aus der nachfolgend veröffentlichten Auswahl von Protesterklärungen und Stellungnahmen gegen die restaurative, militaristische Gestaltung der Nachkriegsverhältnisse in der Bundesrepublik ist zu ersehen, daß es starke Kräfte gibt, die sich dagegen stemmen. Es bedarf auch ihres gemeinsamen entschlossenen Vorgehens und Handelns, um die neue Gefahr zu bewältigen und ein neues noch größeres Unheil als 1933 und 1939 zu verhindern. Die VVN wird mit ihrer ganzen Kraft und mit dem schon gegen Hitler bewährten Mut ihrer Kämpfer in dieser Massenbewegung zur Rettung der Demokratie und des Friedens wirksam sein.

### Gegen SS-Offiziere in der Bundeswehr

„Die ohnedies skeptische Jugend in Deutschland und der westliche Verbindungsoffizier im gemeinsamen Stab werden kaum differenzieren, wenn sie sich fragen, ob dieser oder jener Mann mit den Tressen der neuen Wehrmacht wohl dabei war, als in Warschau das Ghetto ausgerottet, in Oradour Frauen und Kinder niedergeschossen, in Rußland ‚Lebensraum‘ gewonnen oder in Auschwitz Juden verbrannt wurden.“ *(Der Tagesspiegel vom 6. September 1956)*

„Mit der Wiederaufrüstung sind so viele Reibungsflächen innerhalb des politischen Bereiches entstanden, daß die Art, mit der das Bundesverteidigungsministerium der Öffentlichkeit seine SS-Offiziere präsentiert wirklich schwer erträglich ist.

Wenn es dann das Ministerium Blank für notwendig hält, ausgerechnet die einst konsequentesten und zynischsten Feinde der Demokratie, Stützen und Träger des Nationalsozialismus, Leute, die einst dazu berufen waren, die Wehrmacht innerlich und äußerlich im Geiste Himmlers umzuformen, wenn das Ministerium Blank es für notwendig hält, diese Leute mit Führungsaufgaben in die neue Bundeswehr zu berufen, so scheint uns das absurd zu sein bis zum Exzeß.“

*(Bayerische Staatszeitung München vom 15. September 1956)*

„Wir dürfen es nicht mehr unwidersprochen hinnehmen, daß Verteidiger der Waffen-SS so tun, als habe es keine Vernichtung von

Millionen Unschuldiger in Gaskammern und Konzentrationslagern durch Angehörige der SS gegeben oder diese Tatsachen doch verschweigen oder verkleinern ... Die Jahreshauptversammlung des Bundes der katholischen Jugend, in dem 1,2 Millionen Jugendliche organisiert sind, hat in ihrer Resolution am Wochenende gefordert, daß Bewerber im Generals- oder Oberst-Rang der früheren Waffen-SS nicht in die Bundeswehr eingestellt werden. Auch die übrigen Bewerber in Offiziers- und Unteroffiziersrängen sowie der Mannschaftsgrade sind in der neuen Bundeswehr vorerst nicht tragbar und können deshalb bis auf weiteres nicht eingestellt werden."

*(Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. 11. 1956)*

„Die Internationale Förderung der Widerstandskämpfer (FIR) protestiert gegen den Beschluß der Regierung der Deutschen Bundesrepublik, die ehemaligen Mitglieder der Waffen-SS, unter Beibehaltung ihrer alten Dienstgrade, in die Bundeswehr aufzunehmen, an deren Spitze bereits ehemalige Generale der Hitler-Wehrmacht stehen. Die Widerstandskämpfer und Opfer des Nazismus werden niemals die von der Waffen-SS während des letzten Krieges begangenen Verbrechen vergessen. Die Waffen-SS stellte die Gardien für die Konzentrationslager und hat Millionen Männer, Frauen, Greise und Kinder ermordet. In den besetzten Ländern hat die Waffen-SS die blutigen Spuren der Massenvernichtung der Zivilbevölkerung, deren Symbole Oradour, Lidice, Warschau und Marzabotte sind, hinterlassen. Sie war es, die den Namen Deutschland auf der ganzen Welt entehrte.

Diesen Männern, die für die an allen Völkern – auch am deutschen Volk – begangenen Verbrechen verantwortlich sind, wieder Waffen und Kommandostellen zu geben, stellt eine Verhöhnung ihrer Millionen Opfer dar, eine Herausforderung aller, die für die Freiheit ihres Vaterlandes gekämpft haben. Der Beschluß der Bundesregierung steht in krassem Widerspruch zu den interalliierten Abkommen und zeigt deutlich die Gefahr, die die Remilitarisierung Westdeutschlands für die anderen Völker darstellt.

Die Internationale Förderung der Widerstandskämpfer (FIR) ruft alle Widerstandskämpfer und Opfer des Nazismus auf, entschieden zu protestieren:

Gegen die Rehabilitierung und Wiedereinstellung der SS in die Bundeswehr!

Gegen die Wiedergeburt des Militarismus und Nazismus in Westdeutschland!"

Wien, am 25. September 1956

\*

„Der in Köln versammelte Grünwalder Kreis hat sich auf seiner Tagung am 13. und 14. Oktober 1956 auch mit den politischen Fragen beschäftigt, die durch die Aufnahme ehemaliger Angehöriger

der Waffen-SS in die Bundeswehr entstanden sind. Er ist der Ansicht, daß ehemalige Angehörige der Waffen-SS nicht in die Bundeswehr hätten aufgenommen werden dürfen, weil die SS die sichtbarste Verkörperung des nationalsozialistischen Unrechtstaates darstellt.

Der Grünwalder Kreis wird bei Bundestag und Bundesregierung durch eine von ihm gewählte Delegation seine Bestürzung über die bisherige Entwicklung zum Ausdruck bringen und deren Revision fordern.“

„Auch die Europäische Exekutive des Jüdischen Weltkongresses erhob auf ihrer zweitägigen Sitzung in Paris scharfen Protest gegen die Einstellung ehemaliger Waffen-SS-Offiziere in die Bundeswehr. In einer Resolution wurde festgestellt, der Weltkongreß teile die Befürchtungen, die der Zentralrat der Juden in Deutschland in dieser Angelegenheit zum Ausdruck gebracht habe. Ehemalige Offiziere der Waffen-SS seien als Führer der deutschen Jugend in einer Armee ungeeignet. Daran ändere auch nichts die Tatsache, daß die Bewerber vor ihrer Annahme genauestens geprüft werden sollten.“

*(Pressemeldung vom Oktober 1956)*

## Gegen die nazistische Durchsetzung des öffentlichen Lebens

„Mit großer Sorge verfolgen die im DGB zusammengeschlossenen Industriegewerkschaften die verstärkten Umtriebe nationalistischer und nazistischer Kräfte in der Bundesrepublik. Sie sehen eine Gefahr für die Demokratie vor allem:

Im anmaßenden Auftreten ehemaliger hoher Parteiträger des Naziregimes in Tat, Wort und Schrift;  
in der braunen Rechtfertigungsliteratur und in den nazistischen Hetz- und Verleumdungsschriften;  
in der Diffamierung aller Widerstandskämpfer gegen den Nazismus;  
im Wiederaufleben des Antisemitismus;  
in der Gründung und im Treiben nationalistischer faschistischer Gruppen;  
im verstärkten Einsickern ehemaliger NS-Parteiträger in leitenden Verwaltungs- und Staatsfunktionen.

Angesichts dieser Gefahren ist die oft festzustellende Gleichgültigkeit des demokratischen Staates gegenüber den nationalistischen und faschistischen Kräften unverständlich. Der Bundesrepublik darf nicht durch falsch verstandene Toleranz das Schicksal der Weimarer Republik widerfahren ...

Es fordert der Bundesvorstand alle gewerkschaftlichen Organe sowie jeden gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer und jeden

verantwortungsbewußten Staatsbürger auf, noch entschlossener immer und überall Aufklärung und aktiven Widerstand gegen das Wiederaufleben nationalistischer und nazistischer Tendenzen zu leisten ... Er ruft alle Lehrer und Erzieher, die Institutionen der öffentlichen Meinungsbildung sowie die demokratischen Jugendverbände auf, die Jugend unseres Landes über das verbrecherische Regime und die grauenhaften Folgen des Dritten Reiches schonungslos und wahrheitsgemäß aufzuklären. Sie können damit entscheidend dazu beitragen, die Jugend gegen die neuen nationalistischen Parolen immun zu machen ...”

*(Beschluß des 4. Bundes-Kongresses des DGB am 29. 10. 56)*

„Sie beziehen heute hohe Pensionen. Sie verklagen den Staat auf Nachzahlungen von Zehntausenden, sie verlangen von der gleichen Demokratie, der sie einst den Dolchstoß versetzten, noch Entschädigungen. Sie sind unbelehrbar, unverbesserlich, sie haben nichts dazu gelernt! Schon einmal wurden wir ein Opfer unserer allzu großen Duldsamkeit! Schon einmal wurden die Gewerkschaftshäuser gestürmt, Männer und Frauen der verschiedenen politischen und konfessionellen Anschauungen mißhandelt und zu Tode gequält. Ein zweites Mal wird die deutsche Arbeiterbewegung das zu verhindern wissen.

Unsere Geduld ist zu Ende, wir werden in machtvollen Demonstrationen den Willen der Arbeitnehmerschaft kundtun, die Wiedergeburt des verbrecherischen Faschismus zu verhindern.

„Für Demokratie und Freiheit, gegen den Ungeist der ewig Gestrigen“ – so lautete die Parole, unter der am 27./28. Juli in Karlbürg (Ufr.) und in Coburg Tausende von Arbeitnehmern aus dem fränkischen und hessischen Raum demonstrierten.

Die Opfer der Waffen-SS, die Ermordeten und Mißhandelten und die Zukunft der Demokratie in Deutschland verpflichten uns, Missetaten der Waffen-SS mit allen Mitteln zu verhindern. Die Gewerkschaften wissen sich in diesem Bestreben einig mit allen demokratischen Kräften und mit den tausenden Anständigen, die gegen ihren Willen zur Waffen-SS gezwungen wurden.

Die Industrie-Gewerkschaft Metall, Bezirksleitung München, mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, Landesbezirk Bayern, und den ihm angeschlossenen Gewerkschaften rufen alle auf, denen es ernst ist um den Bestand unserer Freiheit und die Erhaltung unserer Rechte, dieses Vorhaben zu unterstützen.

Schützt die Demokratie – wehret den Anfängen!”

*(Industrie-Gewerkschaft Metall  
für die Bundesrepublik Deutschland,  
Bezirksleitung München, E. Essl)*

„In einer weiteren Entschließung protestierten die Delegierten gegen die sich wiederholenden neonazistischen und antisemitischen Umtriebe gewisser politischer Kreise. Der DGB-Vorstand wird beauftragt, geeignete Maßnahmen vorzubereiten, um antidemokratischen Bestrebungen ehemals führender Nazis unmißverständlich entgegenzutreten. In einer Entschließung wird künftig jede Herstellung faschistischer und antidemokratischer Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter und Bücher abgelehnt. Gewerkschaftsmitglieder, die wegen ihres Widerstandes gegen eine derartige Herstellung gemäßregelt oder entlassen werden, sollen in jeder Weise unterstützt werden.“

*(Aus der Resolution der Fünften Ordentlichen Gewerkschaftstagung der IG Druck und Papier in Hannover vom 20. November 1959)*

„Ein für vergangene Woche in Berlin-Wilmersdorf geplantes Treffen der HIAG (Waffen-SS) ist durch die nachhaltigen Proteste der Berliner Öffentlichkeit verhindert worden ...“

*(„Die Tat“ vom 10. Oktober 1958)*

## Verteidigung der VVN – Beitrag zur Erhaltung der Grundrechte und Freiheiten des Volkes

Zum Verbotsantrag des Bundesinnenministers Dr. Schröder beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin haben die Rechtsanwälte Dr. Hamann, Oldenburg, Dr. Rebsburg, Wuppertal, Dr. Eisenberg, Hanau, und RA. Mattissen, Ludwigshafen, in verschiedenen Schriftsätzen die Auffassungen des Präsidiums der VVN sowohl vom rechtlichen wie vom allgemeinpolitischen Gesichtspunkt dargelegt.

Im einzelnen wurden folgende Feststellungen getroffen, die auf einer Pressekonferenz in Bonn am 14. März 1960 in schriftlicher Form der Öffentlichkeit übergeben wurden:

a) Der Antrag der Bundesregierung ist rechtsmißbräuchlich und deswegen unzulässig, weil er nicht auf den Schutz der demokratischen Grundordnung gerichtet ist, sondern auf die Ausschaltung eines politischen Gegners.

Nach dem Grundgesetz Art. 9 Abs. 2 darf eine Vereinigung nur dann verboten werden, wenn sie sich in ihrer Zielsetzung und Tätigkeit gegen die verfassungsmäßige Grundordnung der Bundesrepublik richtet.

b) Nach ständiger Rechtsprechung muß die verfassungsfeindliche Tätigkeit oder Zielsetzung einer Vereinigung zum Zeitpunkt der Antragstellung gegeben sein.

Die Bundesregierung hat, wie wir bereits in unserer Erklärung Anfang November 1959 dargelegt haben, ihren Antrag fast aus-

schließlich auf Materialien gestützt, die zeitlich zum Teil viele Jahre vor dem Antrag liegen. Teilweise betreffen die Beweismaterialien, die vorgelegt wurden, die VVN überhaupt nicht. Diese Beweismittel müssen als verfahrensfremd ohne weiteres zurückgewiesen werden.

c) Zum Teil wird eine legale politische Tätigkeit, die in Übereinstimmung mit zahlreichen anderen politischen Gruppierungen und Einzelpersonlichkeiten in der Bundesrepublik steht, als fassungsfeindlich dargestellt, wie z. B. der Kampf gegen die Remilitarisierung, gegen die atomare Aufrüstung und gegen die Unterwanderung des öffentlichen Lebens durch unverbesserliche Nazis. Diese Tätigkeit der VVN hat sich immer nur gegen eine bestimmte Politik der Bundesregierung gerichtet, niemals aber gegen diese als verfassungsmäßige Einrichtung oder gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik als solche.

Die Bundesregierung hat nicht das Recht, ihre politischen Maßnahmen als Bestandteil der verfassungsmäßigen Ordnung anzusehen. Die Praktizierung einer derartigen Auffassung ist rechtsmißbräuchlich.

d) In den Schriftsätzen wird im einzelnen dargelegt, daß die Ziele und die Tätigkeit der VVN der Verfassung entsprechen, ja sogar weitgehend durch das Grundgesetz gefordert werden.

e) Völlig ungerechtfertigt ist die Behauptung der Bundesregierung, daß von den VVN deshalb verfassungsfeindliche Ziele angestrebt würden, weil ihr auch ehemalige Mitglieder der KPD angehören. In den Schriftsätzen wird dargelegt, daß die ehemaligen Mitglieder der KPD nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. 8. 1956 uneingeschränkter Schutz der Grundrechte genießen, insbesondere auch den Schutz der Vereinigungsfreiheit. Die Einschränkung der Rechte eines Bevölkerungsteiles wegen seiner Weltanschauung und politischen Ansichten ist eine schwere Verletzung des Rechtes der Meinungsfreiheit.

f) Diese Tätigkeit der VVN findet in folgenden Worten des Orientierungs- und Aktionsprogrammes des 5. Bundeskongresses der VVN vom 14. 6. 1959 in Frankfurt/Main ihren Niederschlag:

„Im Kampf gegen Hitler war eines der obersten Ziele der Widerstandsbewegung die Verteidigung der demokratischen Freiheiten, ihre Wiedergewinnung und die Schaffung eines demokratischen Staates. Deshalb halten die ehemaligen Widerstandskämpfer und Naziopfer es für ihre Pflicht, die im Grundgesetz verankerten Rechte und Freiheiten zu verteidigen und der immer mehr fortschreitenden Unterwanderung des gesamten Lebens in der Bundesrepublik durch Militaristen, ehemalige Nazigrößen und Neofaschisten entgegenzutreten.“

Diese Auffassungen entsprechen dem Wollen und Willen breiter Teile der Bevölkerung der Bundesrepublik und des Auslandes. Gerade die antisemitischen und nazistischen Provokationen der letzten Monate und vor allem die skandalöse Affäre Oberländer sind Beweise für die Richtigkeit und Notwendigkeit der Bemühungen der VVN.

g) Wenn die Bundesregierung in einer solchen Situation die VVN verbieten will, jedoch SS-Treffen und nazistische Publikationen duldet, so ergibt sich daraus die Schlußfolgerung, daß Menschen mundtot gemacht werden sollen, die aufgrund ihres Kampfes gegen die Hitlerdiktatur es als ihre Pflicht ansehen, auch heute gegen die erneute Unterhöhnung der Demokratie und die Gefährdung des Friedens aufzutreten.

h) Die Absicht der Bundesregierung, die VVN als verfassungswidrig erklären zu lassen, hat vor allem auch im Ausland scharfe Proteste ausgelöst. Es wird in den Schriftsätzen darauf hingewiesen, daß es gerade die in der VVN vereinigten deutschen Widerstandskämpfer waren, die in den ersten Nachkriegsjahren wesentlich dazu beitrugen, das Vertrauen zu unserem Volk wieder herzustellen. In Hunderten von Protesten, Unterschriftensammlungen und persönlichen Erklärungen haben Persönlichkeiten aus fast allen europäischen und vielen außereuropäischen Ländern ihre Verbundenheit mit der VVN zum Ausdruck gebracht.

Es kann deshalb mit Fug und Recht gesagt werden, daß der Antrag der Bundesregierung nicht nur gegen die VVN als Organisation gerichtet ist, sondern im Grunde genommen auch gegen alle diejenigen, die die Politik der Bundesregierung ablehnen oder kritisieren.

In allen Schriftsätzen wird eindeutig nachgewiesen, daß es weder sachliche noch rechtliche Gründe für die Feststellung der Verfassungswidrigkeit der VVN gibt, sondern daß im Gegenteil die VVN sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart einen bedeutenden moralischen Faktor des demokratischen Gewissens unseres Volkes darstellt.

Aus all diesen Gründen ergibt sich die Notwendigkeit, den Verbotsantrag der Bundesregierung als unbegründet zurückzuweisen.

## Stellungnahme

des Präsidiums der Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes (VVN) zum Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der VVN.

Der Bundesminister des Innern, Dr. Schröder, hat beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der VVN gestellt.

Diesen Antrag und seine Begründung empfinden die VVN als offenen Hohn und als eine Verdrehung der Tatsachen ...

Die Mitglieder der VVN sind in ihrem gerechten Kampf beseelt von großer Sorge um Freiheit und Frieden, geleitet vom berechtigten Haß gegen Nazityrannei und Krieg und von Verantwortungsbewußtsein sowie einer tiefen Liebe zum deutschen Volke.

Es ist bezeichnend für die Entwicklung in der Deutschen Bundesrepublik, daß der Verbotsantrag gerade zu einem Zeitpunkt kommt, in dem das In- und Ausland von dem Ausmaß der nazistischen Unterwanderung des öffentlichen Lebens empört und bestürzt ist, auf die seitens der VVN seit Jahren mit Nachdruck hingewiesen worden ist. Die VVN kommen deshalb zu der Feststellung, daß durch diesen

Verbotsantrag der entschiedenste Warner und Mahner gegen die Wiederkehr des Nazismus ausgeschaltet werden soll ...

In der VVN werden alle Beschlüsse auf demokratische Weise beraten. Sie sind der Ausdruck der verschiedenartigen Auffassungen der gewählten Mitglieder und ihrer Vorstände. Irgendwelche Einflußnahme von anderer Seite ist ausgeschlossen und findet nicht statt. Die Mitglieder der Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes (VVN) eint bei aller Verschiedenartigkeit ihrer Auffassungen die gemeinsame Erkenntnis, ihre Erfahrung aus dem Katastrophenweg des Nationalsozialismus, ihr gemeinsames Leben in Zuchthäusern, Konzentrationslagern und in der Emigration. Diese Gemeinsamkeit findet ihren Ausdruck im Orientierungs- und Aktionsprogramm ihrer Vereinigungen.

Ausgangspunkt und Hauptforderungen der VVN sind seit ihrer Gründung im Jahre 1947 bis auf den heutigen Tag die gleichen geblieben.

Nicht die Verfolgten des Naziregimes und ihre größten Organisationen, die VVN, sondern die über 1200 militaristischen und revancharistischen Verbände gefährden die Demokratie in der Bundesrepublik.

Der Anschlag auf die VVN, die mit Millionen Widerstandskämpfern ganz Europas verbunden ist, muß das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland auf das schwerste schädigen. Im Interesse des deutschen Volkes, in Wahrung der im Grundgesetz niedergelegten Rechte und Freiheiten, in Achtung vor der geschichtlichen Bedeutung des Widerstandskampfes und des opfervollen Einsatzes der Widerstandskämpfer – Gegner des Nationalsozialismus – fordert das Präsidium der Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes (VVN) die Zurückziehung des Antrages beim Bundesverwaltungsgericht.

## Register der Namen

- Adenauer, Konrad 7, 9, 13, 19, 21, 22, 23, 24, 25, 30, 33, 41, 46, 47, 52, 54, 55, 56, 57, 61, 62, 65, 66, 70, 71, 72, 96, 105, 117, 135, 137, 148, 150, 174, 176, 178, 179, 187
- Altmann, Johannes 95
- Alverdes, Paul 159
- Alzuhn, Otto 95
- Anders, Hans Peter 10, 152, 159
- Andrae, Alexander 109
- Anton, Max 96
- Arndt, Max (MdB - SPD) 175
- Aschenbrenner, Viktor 86
- Balgen, Werner von 77
- Barbieri, Ernesta 17
- Bardéche, Maurice 133
- Barth, Curth 141
- Bauer, Ida Marie 162
- Bauer, Fritz 100
- Baumann, Hans 159, 161
- Baumer, Josef 100
- Baumkötter, Heinz 116
- Baur, Hans 116
- Beck-Broichsitter, Helmut 151, 154
- Beckerle, Adolf Heinz 96, 116, 151
- Behle, Karl 145
- Bellmann, Kurt 82
- Below, Walter 95
- Bene 75
- Berendsen, Fritz 34
- Berg, Fritz 32
- Bergemann, Günther 88
- Berger, Fritz 105
- Bernhardt, Erich 95
- Beuttel, Friedrich 83
- Bethge 110
- Bibo, Wilhelm 88
- Biese, Karl 96
- Bismarck, Otto von 66
- Blank, Theodor 189
- Blankenhorn, Herbert 25, 70, 71, 75
- Bleick, Herbert 94
- Bloch, Richard 83
- Blunck, H. F. 159
- Bock (General) 163
- Bodenschatz 33
- Bodensteiner 105
- Böhm, Franz 172
- Böhner, K. H. 161
- Borchard, Hellmut 94
- Borchert, Wolfgang 144
- Burkhardt, Martin 95
- Braschwitz, Dr. Rudolf 101
- Bräutigam, Otto 73, 74
- Brecht, Bertolt 160, 162
- Brentano, Heinrich von 26, 40, 41, 42, 71, 72, 96
- Breuer, Emil 172
- Brockmeier, W. 161
- Bruchhaus 82
- Brüning, Heinrich 41
- Brunner 86
- Budde 109
- Bude, Josef 172
- Buhl, Paul 172
- Claudius, Hermann 161
- Clauss, Ludwig F. 159
- Camberini, Maria, 17
- Churchill, Winston 160
- Cila, Svatopluk 83
- Crankshaw, Edward 91
- Daniel, Jens 41
- Daubitz, Otto 95
- Demetra-Schwily, Alexander 54
- Deetjen, Hans 86
- Diels, Rudolf 93, 94
- Dietrich, Sepp 134
- Dinkelbach, Heinrich (Vereinigte Stahlwerke) 46
- Dittmann, Herbert 72, 74, 75
- Dlesk, Ladislav 85
- Dobberstein 131
- Döblin, Alfred 159
- Dönitz, Karl 109, 128, 129, 151, 152, 154, 151
- Dorls, Fritz 106, 181
- Dryak, Vaclav 83
- Dufhues (Minister) 177, 178, 180, 186, 187
- Dumaine, Jacques 71
- Dwinger (Dichter) 159
- Eckardt, Felix von 66, 178
- Egidi, Hans 152
- Ehrhardt, Hermann 127, 128
- Eichhoff, Arnold 109
- Eichmann, Adolf 91, 96
- Einstein, Albert 162
- Eisele 106, 113
- Eisenbach, Arthur 169
- Eisenberg, (RA) 193
- Eisenhower, Dwight D. 134, 180
- Elfes, Wilhelm 54
- Emmersleben, Erich 95
- Engel, Johannes 109
- Engelhart, Wilhelm Karl 110
- Erler, Fritz 42
- Erzberger, Matthias 127
- Esser, Werner 86
- Etzdorf, Hasso von 72, 77
- Euler 150
- Euringer, R. 161
- Eweler, Heinrich 103
- Faupel 60
- Fechner, Wilhelm 109
- Fechters, Paul 160
- Felmy 83
- Feussner, Konrad 94
- Finck, Ludwig 161
- Fischer, Friedrich 95
- Flick, Friedrich, 35, 36
- Flunkova, Emelie, geb. Casenska 83
- Fokker, Anthony 33
- Foltinek, Lothar 172
- Frank, Hans 169, 170
- Franke-Gricksch, Alfred 155
- Frank, Leonhard 159
- Franken, von 110
- Frauenfeld, Eduard 151
- Freisler, Frau 109
- Freisler, Roland, 64, 100
- Fr. Ehler-Verlag 128
- Frenkel, Marcel 43
- Frenz, Wolfgang 11
- Frick, Wilhelm 88
- Frommherz 33
- Foertsch, Friedrich 125, 124
- Förschner, Frau 106
- Fuksa, Cenek 35
- Gabrish 83
- Gaillard 28
- Galland 33
- Gehlen, Reinhard 107
- Gehrken, Richard 153
- Geiger, Alois 83
- Genzken, Karl 110
- Gelleszun, Emil 94
- Gerlach, Heinrich 127
- Gille, Otto 133, 140
- Girgensohn, Thomas 141, 146
- Globke, Hans, 13, 25, 61, 62, 64, 65, 66, 176
- Goldschmidt, Josef 83
- Goldschmidt 86
- Göring, Hermann, 17, 56, 92, 108, 110, 112, 120, 125, 147

- Goitz-Goldlustova, Marianne 85  
 Goebbels, Josef 66, 128  
 Gohlke, Walter 95  
 Gottschalk 80  
 Grabert, W. 160  
 Grau 88  
 Grau, Wilhelm 170  
 Grewe, Wilhelm 66, 67, 69  
 Grimm, Hans 159  
 Gritzbach, Erich 109  
 Großmann, Kurt R. 18  
 Grünberg, Hans Bernhard von 184  
 Grünewald, Georg Ludwig 189  
 Guderian, Heinz 164  
 Guenther, Johannes 95  
 Guthsmuths, Willi 88  
 Haack, Hans 111  
 Haack, Wilhelm 95  
 Habenicht 85  
 Hager, Wilmar 110  
 Haidinger, Oskar 85  
 Halder, Franz 154  
 Hallinghausen 35  
 Hallstein, Walter 69, 70  
 Haltenhoff 111  
 Hamann, Heinrich 195  
 Hamkens, Wilhelm 110  
 Hannemann, August 96  
 Harlinghausen, Martin 126  
 Häuser, Georg, 97, 98  
 Hausser, Paul 166  
 Häuslein, Hermann 82  
 Haubleiter, August 182  
 Hawranka, Eberhard 151  
 Hayn, Wilhelm, 95  
 Hedler, Wolfgang 182  
 Heine, Heinrich 162  
 Heinemann, Gustav 21, 105  
 Heinrich, Gustav 94  
 Heitmann, Wilhelm 95  
 Helbing, Willi 94  
 Helke, Fritz 159  
 Hellinger, Martin 110  
 Hellmuth, Otto 110  
 Helms, Hans 111  
 Helmstädter 100  
 Henlein, Konrad 170, 172  
 Henlein, Frau 110  
 Henne, Willi 89  
 Henrich, Hans 156  
 Henschel, Reinhard 35  
 Henschke 35  
 Herden, August 95  
 Heß, Otto 184  
 Heublein, Adolf 95  
 Heusinger, Adolf 9, 110, 119, 120  
 Herde, Georg 95, 175  
 Hering, Ruzena 85  
 Herzfeld, Hans 161  
 Hesse, Hermann 26, 27  
 Heyde, Frau 116  
 Heydrich, Reinhard 91, 97, 110  
 Heydrich, Frau 110  
 Hilf 57  
 Hinkel, Hans 111  
 Himmler, Heinrich 36, 95, 127, 135, 188  
 Hindenburg, Paul von  
 Beneckendorff und von 129  
 Hirsch, Kurt 18, 88, 154  
 Hitler, Adolf 9, 10, 11, 18, 19, 20, 26, 27, 30, 31, 32, 33, 38, 43, 45, 47, 51, 55, 56, 58, 59, 62, 66, 69, 71, 75, 77, 83, 88, 89, 92, 94, 112, 116, 117, 118, 119, 120, 122, 125, 126, 128, 129, 130, 133, 134, 135, 142, 150, 151, 158, 159, 160, 161, 163, 164, 165, 166, 167, 169, 170, 172, 173, 175, 182, 186, 187, 189, 190, 194, 195  
 Hofer, Franz 88  
 Hofmann, Karl 95  
 Hoffmann, Alfred 177  
 Hoffmann, Heinz 184  
 Höhne, Fr. 138  
 Holleben, Werner von 77  
 Holz, Frau 110  
 Holzhäuser, Walter 95  
 Hörhammer, P. Manfred 18  
 Hoss, Franz 17  
 Hoths 164  
 Huber 104  
 Hübner, Heinrich 95  
 Hugenberg, Alfred 61  
 Hülle, Werner 111  
 Hunke, Heinrich 86  
 Hüttle, Edelwald 152  
 Jaeger, Richard 175  
 Jäckeln, Franz 17  
 Jacob 137  
 Jakobi, Helmut 107  
 Jeß 106  
 Joel, Georg 184  
 Johannes XXIII. (Papst) 23  
 Jordan, Pasqual 145, 146  
 Jordan, Rudolf 111  
 Junck 35  
 Juncker 111  
 Jungnickel, Hellmuth 94  
 Junker, Werner 77  
 Kaiser (siehe Wilhelm II.)  
 Kammhuber, Josef 120  
 Kamradt, Alfred 85  
 Kania, Josef 95  
 Kapp, Wolfgang 127  
 Karmasin, Franz 172  
 Kasler, Rudolf 77  
 Kasper, Kurt 84  
 Kässler, Anton 111  
 Kästner, Erich 162  
 Keil, Theo 171  
 Keiper 35  
 Keitel, Wilhelm 122  
 Kennan, George 45  
 Kern, Erich 135, 138  
 Kern, Erwin 127  
 Kernmayr, Erich 184  
 Kesselring, Albert 134, 140  
 Kestel, Frau 111  
 Keuncke, Fritz 101, 103  
 Keyser, Erich 87, 170  
 Kichne, Karl 103  
 Kierceck, Heinrich 106  
 Kiesinger, Kurt-Georg 15, 150  
 Kilb, Hans 25  
 Kirchfeld 35  
 Kirchhoff, Joseph 95  
 Klein, Herbert 103  
 Kleist (General) 164  
 Klier, Hellmut 177, 178, 187  
 Klingspor, Wilhelm 181  
 Klintzsch 127  
 Klöckner 34, 35  
 Kluge (General) 163  
 Knappertsbusch, W. G. 89  
 Knop, Heinrich 94  
 Kogon, Eugen 44  
 Kohnert, Hans 173  
 Kolb, Annette 160  
 Kolbenheyer, Erwin Guido 56, 151, 162  
 Konrad 35  
 Konsalik 166  
 Kopf, Hinrich Wilhelm 98, 99  
 Kordt, Theo 76  
 Körner, Paul 111  
 Koslowski, Franz 85  
 Kotera, Jaroslau 85  
 Kramer, Otto 95  
 Krebs, Friedrich 111  
 Kretschmer, Otto 131  
 Kriedemann, Herbert 54  
 Krischker 85  
 Kraus, Herbert 170  
 Krause, Otto R. 35

- Krofta, Ottokar E. 55  
 Krohn, Emil 95  
 Kronmüller 156  
 Krumrey, Theodor 94  
 Kübler, Ludwig 165  
 Kumrey, Hermann 96  
 Kunstmann, Heinrich 184, 186  
 Kutzeb, Hjalmar 159  
 Kutzner 85  
 Laffi, Elvira 17  
 Laffi, Leda 17  
 Lammers, Hans Heinrich 115  
 Lamp, Hermann 151  
 Langbehn 162  
 Langenbuches, Helmut 161, 162  
 Lasker-Schüler, Else 162  
 Lautz, Ernst 112  
 Laux, Max 95  
 Lehmann, Ernst 171  
 Lehr, Bruno 104  
 Leitner, Anton 161  
 Lemke, Helmut 87  
 Lemke, Max 112  
 Lersch 162  
 Leuschner, Wilhelm 140  
 Lewit, Walter 85  
 Lex, Hans Ritter von 152  
 Leyers 35  
 Linge, Heinz 112  
 Linke 162  
 List (General) 162  
 Livitova, Yvonne, geb.  
   Ehrlschova, 85  
 Lodgman von Auen 57  
 Lohmar, Ulrich 158  
 Lohse 74  
 Lonza 35  
 Lösener, Bernhard 64  
 Löwenfeld 127  
 Lubbe, Marinus van der 99  
 Lücken, von 156  
 Ludendorff, Erich 129, 159,  
 166  
 Lüders, Marie Elisabeth 27  
 Ludwig, Franz 85  
 Lux, Harry 94  
 Magunia, Waldemar 184  
 Maier, Hans 172  
 Maier, Reinhold 104, 106  
 Malcomess, Hans 89  
 Maltzan, Vollrath Freiher von  
 78  
 Maly 105  
 Mann, Heinrich 160, 162  
 Mann, Thomas 162  
 Mannesmann 35  
 Manstein 146  
 Manteuffel, Hasso von 35  
 Manthey 35  
 Markert, W. 168  
 Mathaei, Kurt 112  
 Matthiessen, Wilhelm 159  
 Mattissen 195  
 Maunz, Theodor 12, 15, 87  
 Maurach, Reinhard 168  
 Mayer, Hans, 20  
 Mehl, Gerhard 95  
 Meinberg, Wilhelm 172, 184,  
 186  
 Meister 35  
 Meißner, Otto 58  
 Menke, Josef 102, 105  
 Menzel, Werner 105  
 Menzel, Herybert 162  
 Merkatz, Hans-Joachim von  
 59, 60  
 Meyer, Hermann 95  
 Meyer, Kurt 45, 155  
 Meyer-Sevenich, Maria 99  
 Miegel, Agnes 162  
 Milch, Erhard 35, 112  
 Missner 181  
 Mohr, Ernst Günther 75  
 Montetretto, Malfatti di 55  
 Moreno 60  
 Monetti, Nilva, 17  
 Moscardo 60  
 Mücke, Paul 95  
 Müller, Otto 95  
 Müller, Otto Heinrich 162  
 Münstermann, Wolfgang 112  
 Musil 162  
 Nahm 54  
 Naumann, Erich, 17  
 Napoleon I., Bonaparte 30  
 Nawrot, Johannes 96  
 Nenwirth, Josef 164  
 Neuenfeld, Kurt 95  
 Neumann, Kurt 95  
 Neumann, Dr. 112  
 Neurath (NS-Außenminister)  
 77  
 Niehoff 112, 115  
 Niemöller, Heinrich 58  
 Noebel, Hans-Heinrich 78  
 Norstad (US-General) 28, 29  
 Nostiz, Gottfried von 78  
 Nüsslein 87  
 Oberländer, Theodor 13, 25,  
 45, 51, 52, 53, 54, 55, 85, 86,  
 88, 172, 177, 178, 195  
 Odewald, Walter 98, 99  
 Ohlendorf, Otto 17  
 Osterkamp 35  
 Otto, Ernst 80  
 Otto, Walter 99  
 Pagenkopf 115  
 Panhorst 60  
 Papen, Franz von, 58, 61, 112  
 Pauli, Reinhard 95  
 Peiper, Jochen 112  
 Petain, Philippe Henri 151  
 Petschek, Franz 55  
 Petschek, Wilhelm 55  
 Pferdenges, Robert 35, 46  
 Pfeleiderer, Karl-Georg 40  
 Phillips ?  
 Pinnow, H. 160  
 Piorowski, Frau 111  
 Pirini, Lydia 17  
 Pittig, Franz 95  
 Plaza 115  
 Pleven 134  
 Pleyer, W. 159, 162  
 Pock, Hermann 113  
 Poppendieck, H. 113  
 Prasdorf, Fritz 95  
 Preißler, Walter 89  
 Preprens 95  
 Quoss, Kurt 94  
 Rademacher, Willy Max 179  
 Rademacher 75  
 Raeder, Erich 115, 128, 129,  
 130  
 Radke, Olaf 107  
 Ramcke, Bernhard 115, 135  
 Randow, Elgar von 78  
 Rapacki, Adam 24, 26  
 Raschenhofer, Hermann 171  
 Rathenau, Walter 127, 188  
 Raupach, N. 168  
 Reeder, Eckert 114  
 Reichert, Ritter von 78  
 Reitlinger, Gerald 18  
 Remer, Ernst 114  
 Remer, Willi 94  
 Renz, August 95  
 Reuter, Georg 37  
 Reuter 86  
 Rettkowski 85  
 Rheden, Hildegard von 184  
 Rheder-Knöspel, Hans 85  
 Rhode, W. 168  
 Ribbentrop, Joachim v. 69, 71,  
 72, 76  
 Richter, Erich 94  
 Richter, (alias Rössler) 181  
 Roeder, Manfred 114

- Rohde 120  
 Röhm, Ernst 89  
 Rolland, Romain 162  
 Rommel, Erwin 122  
 Rommel, Manfred 122  
 Rondelli, Emma 17  
 Rosenberg, Alfred 73, 114, 165, 168, 170  
 Rossbach, Hermann 95  
 Roß 87  
 Roth, Joseph 162  
 Rothberg, Eberhard Hans 37  
 Rothen, Franz 89  
 Röttiger, Hans 120  
 Rothenberger, Curt 114  
 Rubenstroth-Bauer 85  
 Rudel, Hans-Ulrich 98, 134, 151, 166, 182, 185  
 Ruge, Friedrich 130  
 Ruhenstroht 35  
 Rundstedt, Gerd von 163  
 Russell of Liverpool, Bertrand 18, 91, 92  
 Rust, Dr. Josef 34, 35  
 Salmuth, von 146  
 Samek, Ervin 85  
 Samuel, Hermann 94  
 Sander, Dr. Heinz 145  
 Sattler, Erich 95  
 Schacht, Hjalmar 115  
 Schäffer, Fritz 58, 59  
 Scharley 104  
 Schegelberger, Franz 115  
 Scheel, Walter 151  
 Schellhaus, Erich Werner 87  
 Schäfer, Wilhelm 159  
 Schläm, William S. 51, 176, 188  
 Schlemming 114  
 Schlichtinger, Rudolf 138  
 Schlicker 84  
 Schlitter, Oskar, 81  
 Schmidt, Andreas 80  
 Schmidt, F. W. 184  
 Schnabel, Reimund 18  
 Schneider 88  
 Schneider, Oswald 171, 172  
 Schnuhr, Harald 114  
 Schöder, Walter 115  
 Schönbrunn ?  
 Schönebeck, von 33  
 Schranz, Hellmuth 115  
 Schröder, Gerhard 12, 13, 25, 45, 46, 47, 48, 49, 51, 52, 104, 105, 156, 157, 164, 177, 178, 186, 195, 195  
 Schroth 104  
 Schulz (General) 33  
 Schulz 127  
 Schuman 69, 70  
 Schütz, Waldemar 184  
 Schwarzmann, Hans 81  
 Scriba, Friedrich 114  
 Seebohm, Hans Christoph 55, 56, 57, 172, 173  
 Seebohm, Kurt Adolf 55  
 Seng, Willi 85  
 Seraphim, Peter Heinz 169, 170  
 Sethe, Paul 104  
 Sieber, Hans-Joachim 116  
 Simon 79, 80, 157  
 Simonis, Susanne 78  
 Simonsen, Fritz 159  
 Solti, Georg 104  
 Sommer, Ferdinand 95  
 Sommer, Karl 87, 115  
 Speidel, Hans 50, 119, 122, 123  
 Sporrer 102  
 Springenschmid, Karl 159  
 Stachowiak, Anton 83  
 Stain, Walter 173  
 Stalin, Josef W. 158  
 Stampfer, Friedrich 32, 33  
 Stance, Josef 83  
 Stange, Alfred 87  
 Stapel, Wilhelm 159  
 Stechow, Johann von 81  
 Steguweit, Heinz 162  
 Stehr, H. 162  
 Steilrech, Helmuth 115  
 Stelzer, Gerhard 81  
 Stenne, Walter 151  
 Stolleis, Erich 115  
 Straßermann 151  
 Stratmann, Friedrich 95  
 Strauß, Franz-Josef 11, 13, 23, 25, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 50, 152, 173  
 Streckler, Reinhard 175  
 Streicher, 87  
 Stubbe, Erich 94  
 Stulpe, Georg 95  
 Stupperich, R. 168  
 Strzemski, Franz 85  
 Südeck 114  
 Szymanski, Konrad 85  
 Taylor, Telvord (Richter) 9, 120  
 Terboven 88  
 Thadden, Adolf von 182  
 Thiemann, Alfred 115  
 Thierack (NS-Justizmin.) 16  
 Tholen 101, 102  
 Thomas, Alfred 95  
 Thomson, Henning 81  
 Tillessen 127  
 Timm 87  
 Traber, F. 161  
 Trautloff, Hannes 124, 125, 126  
 Trützscher von Falkenstein, Heinz 76  
 Thurner, Harald 97, 116  
 Thurner, Frau 116  
 Tschiang-Kai-schek 151  
 Twardowski, Fritz von 76  
 Ulrich (Innenminister Baden-Württemberg) 135  
 Urbanczyk, Lothar 98  
 Ventzki, Werner 88  
 Vesper, Will 162, 184  
 Vlasák, Wenzel 85  
 Völkner, Bernhard 95  
 Vöpel 88  
 Vries, Axel de 173  
 Wacker 33  
 Wahl, Karl 116  
 Walther, Gebhard von 72  
 Wasserberg, Hans 94  
 Weber, Alfred 42  
 Weiler, Hans 116  
 Wendt, Hans 68  
 Wenck, Walther (General) 33  
 Werhahn, Hermann Josef 35  
 Werfel, Franz 162  
 Werner 100  
 Wertz, Otto 175  
 Werz, Luitpold 81  
 Weiss, Karl 95  
 Wilhelm II. 60, 118  
 Will, Paul 96  
 Winkler, Max 89  
 Wirth, Joseph 188  
 Wödtké, Alexander v. 116  
 Wohlgemuth, Wilhelm 116  
 Wollsrhahm 88  
 Wulf, Josef, 18  
 Yenken 60  
 Zapoteky, Otakar 83  
 Zawadie, Walter 172  
 Zenker, Karl Adolf 128, 129, 130, 131  
 Zillich 184  
 Zinnkann 106  
 Zirpins, Walter 99  
 Zuckel, Rudolf 95  
 Zuckmayer, Carl 162  
 Zweig, Stefan 162

## Anstelle eines Nachworts

von Werner Stertzenbach

*Zu Oberländer heißt es auf der Seite 670 des Ausstellungskatalogs „Verbrechen der Wehrmacht“: „Die Staatsanwaltschaft Köln stellte 1998 nach erneuten Ermittlungen schließlich fest, dass Oberländer für die ihm 1960 zur Last gelegten Verbrechen nicht verantwortlich gemacht werden könne.“ Was wurde ihm 1960 zur Last gelegt und war dies wirklich folgenlos? Der im Jahr 2003 hochbetagt verstorbene antifaschistische Journalist Werner Stertzenbach, der seinerzeit an den Enthüllungen über den hohen NSDAP- und späteren CDU-Repräsentanten Theodor Oberländer maßgeblich beteiligt war und auch an dem vorliegenden Weißbuch mitarbeitete, hinterließ einen Aufsatz, den wir hiermit veröffentlichen.*

*Man nehme ihn anstelle eines Nachworts.*

Nach der militärischen Niederlage des Wilhelminischen Deutschlands 1918 etablierte sich die Weimarer Republik, in der neben demokratischen und liberalen Kräften auch starke nationalistische und militaristische Tendenzen das politische Meinungsbild bestimmten. Zu den extrem rechten Gruppierungen gehörten u. a. die Nazipartei, die Freikorps, wie Freikorps Ehrhardt und Oberland, der Deutsch-Völkische Schutz- und Trutzbund, die Schwarze Reichswehr und andere.

Theodor Oberländer, 1905 geboren, studierte in Königsberg Agrarwissenschaften, schloss sich den reaktionären und militanten Vereinigungen an. 1923 beteiligte er sich an dem Novemberputschversuch der Nazis mit Hitler und Ludendorff. Dieser „Marsch auf die Feldherrenhalle“ in München erbrachte ihm später den Anspruch auf die Verleihung des so genannten Blutordens.

Nach der Machtübergabe an die Hitlerfaschisten und ihre Helfershelfer im Jahre 1933 bot sich ihnen Oberländer als „Ostexperte“ an. Er wurde als einer der ihren sofort in für sie wichtigen Funktionen eingesetzt, so u. a. Gauamtsleiter der NSDAP in Ostpreußen, Reichsleiter des nazistischen „Bundes deutscher Osten“ (Volkstumsarbeit), Leiter des VDA, des Vereins für das Deutschtum im Ausland, der für die „Eindeutschung von Ostgebieten“ wirkte. Er trat in zahlreichen Publikationen, Vorlesungen und Seminaren, Offiziersschulungen und in der Schulung von fremdvölkischen Intelligenzkreisen für die „Reinhaltung der Rasse“, für die „Wiedereroberung des Ostens“, des Baltikums, Polens usw. ein.

Oberländer ließ es nicht bei verbalen völkisch-faschistischen Exkursen. Er stellte sich dem Oberkommando der Wehrmacht zur Verfügung. Er trat der Wehrmachtsdivision „Brandenburg“ bei, die im Hinterland der Front als fünfte Kolonne agierte. Unter Führung deutscher Offiziere, an der Spitze Oberleutnant Dr. Herzner und Hauptmann Dr. Oberländer, organisierte das Bataillon „Nachtigall“, rekrutiert auch aus ukrainischen Nationalisten des Bandenführers Bandera, furchtbare Massaker und Pogrome bei der Besetzung der ukrainisch-polnischen Stadt Lemberg (*ukrain. Lwiv, russ. und poln. Lwow, d. Hg.*) im Juni/Juli 1941. Diesen völkerrechtswidrigen Verbrechen fielen an die 3 000 zumeist jüdische Einwohner der Stadt Lemberg zum Opfer, Rechtsanwälte, Ärzte, Ingenieure, Professoren, Wissenschaftler, Kirchenpersönlichkeiten und andere Angehörige der polnischen Intelligenz, sie wurden ermordet oder hingerichtet. Im Jahre 1942 wurde Oberländer Anführer der sogenannten Bergmann-Truppe, das waren nichtdeutsche Hilfstruppen, die im Kaukasus wüteten. Als eines der zahlreichen Beweise soll stellvertretend die Tagebuchnotiz eines Dr. Bräutigam genannt werden:

„2. Dezember 1942 ... Zu erwähnen wäre noch das Wiedersehen mit einer Anzahl alter Bekannter. In Naltschik traf ich Prof. Oberländer, der als Hauptmann die Gruppe ‚Bergmann‘ führt, die sich aus ausgesuchten Kaukasiern zusammensetzt, die für Spezialaufgaben im Gebirge eingesetzt werden sollten, wie z. B. Aufwiegelung der Stämme und dergleichen. Vorerst wurden sie aber rein militärisch verwandt und hatten dabei schwere Verluste, ehe sie zu ihren eigenen Aufgaben kamen.“

Alle diese Angaben habe ich einem Schriftsatz des VVN-Präsidiums an die Staatsanwaltschaft in Bonn entnommen, der noch mehr beweiskräftige Angaben enthält, gestützt durch zahlreiche Dokumente und Schilderungen von ehemaligen Einwohnern der Stadt Lemberg, die in der antifaschistischen Wochenzeitung „die tat“ veröffentlicht worden sind. Diese Veröffentlichungen waren der Anlass dafür, dass Prof. Oberländer, der zu jener Zeit Bundesvertriebenenminister im Kabinett von Dr. Adenauer war, in einer Nacht- und Nebelaktion im September 1959 eine ganze Auflage der „tat“ beschlagnahmte ließ. Eine unglaubliche Aktion, ein spektakulärer Verstoß gegen das gesetzmäßige Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit.

Die detaillierten Interviews von Augenzeugen der in Lemberg verübten Verbrechen und die zahlreichen Presseveröffentlichungen vom „Spiegel“, „Welt der Arbeit“, „Revue“, „Frankfurter Rundschau“, „FAZ“, „Vorwärts“, „Westdeutsches Tageblatt“, „Jüdische Illustrierte“ u. a. m. sind in der „tat“ (Jahresbände 1959/60) enthalten, die in einigen Archiven einzusehen sind.

Es ist bekannt, dass in der Zeit der Restauration unzählige Altnazis in wichtige Positionen der staatlichen Dienststellen und der Wirtschaft der BRD rückten. Das trifft auf die Verwaltung, die Polizei, die spätere Bundeswehr und vor allem auf die Justiz zu. Der Jurist Alexander von Brünneck schreibt in einem bei der Edition Suhrkamp 1978 erschienenen Buch zum „Personal der Politischen Justiz“: „Der damalige Bundesinnenminister Maihofer erklärte 1964, dass die Zahlen der Ermittlungsverfahren gegen Kommunisten (375.000) einem ausgewachsenen Polizeistaat alle Ehre machten.“

Noch eine Zahl: Etwa 800 Sonder- und Kriegsrichter des Naziregimes waren in Ministerien, Bundesgerichten, als Staatsanwälte, Präsidenten an Oberlandesgerichten, als Präsidenten und Senatspräsidenten an Landesgerichten, als Präsidenten und Direktoren an Amts- und sonstigen Gerichten tätig.

Der eigentliche Skandal Oberländer beginnt mit dem so genannten Entnazifizierungsverfahren, das am 6. 12. 1947 in Bad Kissingen entschied: „Der Betroffene ist Entlasteter nach Art. 13 des Befreiungsgesetzes“. Während Tausende von „kleinen Nazis“ als Belastete oder Mitläufer eingestuft wurden, erhält der „glühende Ostexperte“, ein Obernazi, von der ersten Stunde an vom Kissinger Entnazifizierungsausschuss einen so genannten Persilschein. Dass Oberländer dem Ausschuss die ihn schwer belastenden Fakten seiner Biografie verschwieg und Märchen über seinen angeblichen Widerstand gegen den Nazismus aufzischete und behauptete, vom Naziregime verfolgt worden zu sein, waren bei genauer Untersuchung der Dokumente nichts anderes als der Ausdruck des Streits der Naziführer untereinander über „taktische“ und persönliche Probleme.

Der Fall Oberländer erregte im In- und Ausland großes Aufsehen und wurde zu einer schweren Belastung der Regierung Adenauer. Entgegen allen Versuchen der Reinwaschung dieses tiefbraunen Nazis sah sich die Bundesregierung politisch gezwungen, den Vertriebenenminister zuerst zu beurlauben (8. April 1960) und dann zum Rücktritt zu zwingen. (8. Mai 1960) – bei Aufrechterhaltung einer beträchtlichen Ministerpension.





druckwerkstatt renchen, druck & verlag

ISBN 3-00-013000-4 8,-- €

„Wie soll und kann die Vergangenheit des Dritten Reiches bewältigt und die junge Demokratie gefestigt werden, wenn einem diese Vergangenheit bei jeder bundesdeutschen Behörde in Gestalt der dort bestimmenden, aus der braunen Front kommenden Staatssekretäre, Ministerialdirektoren und hohen Beamten sowie Offizieren begegnet? Diese nazistische Durchsetzung der bundesdeutschen Behörden reicht tatsächlich von den höchsten Ministern über hohe Beamte, die in Hitlers Ministerien tätig waren, zu jenen Angestellten, die in den Wiedergutmachungsbehörden nationalsozialistische Lieder grölen, bis zur Feuerwehr der Stadt Kehl, die des ‚Führers Geburtstag‘ am 20. April 1959 mit einer gehißten Hakenkreuzfahne und Hitler-Jugend-Lieder singend, feierte.“

*Aus dem Weißbuch der VVN von 1960*

Über die Wiederverwendung der alten Kader in den ersten zehn Jahren der Bundesrepublik Deutschland wird oft gesprochen. Ausmaß und Qualität der Durchdringung der Republik mit Nazikadern – hier werden sie mit authentischen Dokumenten jener Zeit belegt. Wie weit sie bis heute in der bundesdeutschen Gesellschaft wirksam sind, möge jede Leserin und jeder Leser dieser erregenden und verdienstvollen Dokumentation selbst beantworten.